



DIRK MÜLLER

# Machtbeben

DIE WELT VOR DER GRÖSSTEN  
WIRTSCHAFTSKRISE ALLER ZEITEN

Hintergründe, Risiken, Chancen

HEYNE <



DIRK MÜLLER

# Machtbeben

DIE WELT VOR DER GRÖSSTEN  
WIRTSCHAFTSKRISE ALLER ZEITEN

Hintergründe, Risiken, Chancen

HEYNE<

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,  
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,  
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich auf deren  
Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Verlagsgruppe Random House FSC\* N001967

Originalausgabe 9/2018

2. Auflage

Copyright © 2018 by Wilhelm Heyne Verlag, München,  
in der Verlagsgruppe Random House GmbH,

Neumarkter Straße 28, 81673 München

Redaktion: Henning Thies

Umschlaggestaltung: Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich,  
unter Verwendung eines Fotos von © Marvin Ströter

Satz: Satzwerk Huber, Germering

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN: 978-3-453-20489-8

[www.heyne.de](http://www.heyne.de)

*Für meinen Vater*

# Inhalt

Vorwort: Ein großes Puzzlespiel . . . . .	9
<b>I. Die aktuelle Lage im Frühjahr 2018. . . . .</b>	<b>15</b>
Schwere Gewitterwolken am Horizont . . . . .	15
Weder Pessimist noch Optimist, sondern Realist. . . . .	18
Die Bankenkrise von 2008: Ein Rückblick. . . . .	24
Die »Mutter aller Blasen«: Ein Anleihemarkt an der Grenze zum Irrsinn. . . . .	27
Netzwerke der Macht . . . . .	36
Russlands Einfluss auf die US-Wahl?. . . . .	39
<b>II. Die Macht der Plutokraten. . . . .</b>	<b>43</b>
Demokratie - Plutokratie - Kleptokratie. . . . .	43
Auf dem Weg in die Kleptokratie. . . . .	51
Zahnlose Medien. . . . .	57
Die Macht des Internets. . . . .	62
Datenkontrolle, Internetzugang und Demokratie. . . . .	67
Die unsichtbaren Mächtigen - Wen man nicht kennt, den kann man auch nicht bekämpfen. . . . .	74
Sind wir wirklich wehrlos? - Widerstand beginnt mit Achtsamkeit und Respekt, nur gemeinsam sind wir stark ...	75

**III. Pulverfässer - Eine Fülle von ungelösten  
Problemen** **93**

Globalisierung: Die Weltmacht als Ziel . . . . .	93
Ein Europa der Regionen . . . . .	104
Ein Naher Osten der Regionen - A New Middle East . . . . .	110
Konkurrierende Plutokraten-Netzwerke, aber ein gemeinsames Ziel . . . . .	113
Eine moderne Völkerwanderung . . . . .	116
Die ungelöste Eurokrise . . . . .	123
Wieder wie 2008: Problemkredite in den USA als Zeitbombe . . . . .	127

**IV. Die gefährliche weltpolitische Gemengelage  
durch das Ende des Ölzeitalters . . . . .** **131**

Explosive Zeiten für die arabische Welt . . . . .	131
Saudi-Arabien gegen Iran: Sunniten gegen Schiiten . . . . .	152
Der alte Konflikt zwischen USA und Iran . . . . .	158
Syrien, Russland, der Ukraine-Konflikt und die Gefahr eines dritten Weltkrieges . . . . .	168
Der Nordkorea-Konflikt . . . . .	176
China: Die größte Blase der Weltwirtschaftsgeschichte . . . . .	184
Expansion nach Westen: Die neue Seidenstraße . . . . .	207
Myanmar - weit mehr als ein Lokalkonflikt . . . . .	215
Chinas Dominosteine . . . . .	222

**V. Das Große Beben: Wie kann man sich schützen  
oder sogar profitieren? . . . . .** **237**

Erdbeben und Seismografen . . . . .	237
Arche Noah: Ein Vorsorgekonzept für die Krise . . . . .	245

Von der Krise zur Chance. . . . .	248
Der Tag danach. . . . .	259
Meine ganz persönliche Arche. . . . .	265
Groß oder klein?. . . . .	269

**VI. Die totale Digitalisierung und ihre Folgen . . . . . 273**

Kryptowährungen: Das Ende des Bargelds. . . . .	273
Onlineshopping. . . . .	283
Automobilität der Zukunft. . . . .	287
Digitalisierung, Automatisierung. . . . .	299
Schlaraffenland: Das Ende der Arbeit. . . . .	307
Mischen Sie sich ein. . . . .	323
Quellenverzeichnis. . . . .	327
Bildnachweis. . . . .	349

## Vorwort: Ein großes Puzzlespiel

Die täglichen Berichte aus Politik und Wirtschaft wirken oft wie zusammenhangslose Schnipsel, die in ihrer Bedeutung nur schwer einzuschätzen sind. Zum einen fehlen uns oft der tiefere Hintergrund und die Details zu dieser oder jener Meldung, vor allem aber fehlen uns die Anschlussstücke zu diesen Puzzleteilen. Wenn wir die Schachtel eines Puzzlespiels öffnen und ein einzelnes Stück herausnehmen, sehen wir zwar seine Umrisse und ein irgendwie aufgedrucktes Muster, können aber nichts damit anfangen, egal wie intensiv wir dieses eine Teil studieren. Erst wenn wir weitere Teile in dem großen Haufen finden, die sich mit dem ersten Stück zusammenfügen lassen, ergibt sich etwas mehr Sinn. Je mehr zusammenhängende Teile wir im Laufe der Zeit finden und in der richtigen Anordnung zusammenfügen können, desto eher erkennen wir das gesamte Bild.

Die Welt aus Politik und Wirtschaft müssen wir uns als ein solches Puzzlespiel mit nahezu unendlich vielen Teilen vorstellen. Zumindest sind es so viele Teile, dass niemand im Laufe seines Lebens in der Lage sein wird, sie alle zusammenzutragen, um das eine, einzig korrekte und umfassende Bild zu erkennen. Dennoch hängt unser Verständnis maßgeblich davon ab, dass wir zumindest die wichtigsten und für uns aktuellsten Elemente erkennen, verstehen und in einen Zusammenhang bringen, mit dem wir etwas anfangen können.

Daher ist dieses Buch der Versuch, dem geneigten Leser meine Erfahrungen und Sichtweisen auf die Zusammenhänge und Hintergründe dessen näherzubringen, was aktuell und in naher

Zukunft in jenen Bereichen von Politik und Wirtschaft geschieht, die direkten Einfluss auf unser derzeitiges und künftiges Leben haben.

Erst im Zusammenhang der einzelnen Puzzleteile ergibt sich ein Gesamtbild unserer Umgebung. Und nur wer dieses Gesamtbild erkennt, ist in der Lage, die Dinge korrekt zu beurteilen. Nur wer die gegenwärtige Situation und die zukünftige Entwicklung richtig einschätzt, vermag sich darauf einzustellen und den für sich richtigen Weg einzuschlagen.

Die meisten Sachbücher beschäftigen sich auf vielen Seiten sehr intensiv mit einem einzigen Puzzlestück und beschreiben dieses von allen Seiten und in allen Details. In der Folge hat man dann sehr gute Kenntnis von diesem einen Stück, aber es hilft nicht weiter, wenn man nicht auch die anderen Puzzlestücke kennt. Entsprechend müsste man eine Unzahl an Büchern lesen, Gespräche führen und Nachforschungen anstellen, um jedes einzelne Teil detailliert zu kennen und dann mit seinen Nachbarelementen zusammenzufügen - eine Lebensaufgabe. Genau dies war ein wesentlicher Teil meiner Tätigkeit in den mehr als 25 Jahren, die ich inzwischen in dieser Welt aus Kapital und Politik verbringen durfte. Nur wer einen Zusammenhang umfangreich und im Detail kennt, ist in der Lage, diesen auch auf die wichtigsten Elemente hin zusammenzufassen.

So könnte ich Ihnen zahlreiche Puzzlestücke von allen Seiten umfangreich beschreiben. Dann hätten Sie am Ende des Buches eine Handvoll Teile kennengelernt - und noch immer würde Ihnen der Blick auf das komplette Bild verschlossen bleiben. Ich muss mich also entscheiden, ob ich wenige Teile intensiv oder möglichst viele Teile knapp, aber dennoch mit den wichtigsten Informationen beschreiben will. Ich habe mich für Letzteres entschieden: Ihnen lieber einen wesentlichen Teil des Gesamtbildes vorzustellen, wie es sich für mich aus den mir vorliegenden Informationen ergibt. Albert Einstein sagte einmal sinngemäß: »Wenn man etwas nicht einfach erklären kann, hat man es nicht verstanden.«

Manches neue Puzzleteil mag irritierend wirken, wenn es nicht sofort zu unseren bisher als sicher geglaubten Zusammenhängen passt. Doch wenn man bereit ist, die eigenen bisherigen Sichtweisen stets aufs Neue zu überprüfen und infrage zu stellen und bereits zusammengesetzte Elemente zu trennen, wenn es neue Erkenntnisse gibt, die mehr Sinn ergeben, dann hat man die Chance, am Gesamtbild weiterzubauen. Wer dagegen einst falsch zusammengesetzte Teile nie mehr infrage stellt, wird jedes neue Element ablehnen, nur weil es nicht in das bisherige Weltbild passt.

Als zu Zeiten der Renaissance ein gewisser Nikolaus Kopernikus mit seinen Forschungen das neue Bild des Universums entwarf, in dem sich die Erde um die Sonne bewegte, statt umgekehrt, traf ihn Hohn und Verachtung. Was war passiert? Er hatte das bestehende Weltbild der durchaus intelligenten Menschen seiner Zeit, das Weltbild der Obrigkeit und damit zugleich einen wesentlichen Machtfaktor zur Diskussion gestellt. Die einen konnten ihm gar nicht recht geben, da ihre Macht davon abhing, dass alles beim Alten blieb; die anderen wollten ihm nicht folgen, weil sie nicht bereit waren, ihre bisherige Sichtweise infrage zu stellen und sie mit aufkommenden neuen Ideen und Sichtweisen immer wieder abzugleichen. Sie verteidigten ihre Sicht auf die Dinge um jeden Preis.

Etwas Ähnliches passiert auch heute noch in allen Bereichen des Lebens: Ein neuer Mitarbeiter bringt neue Ideen in den verkrusteten Arbeitsablauf eines Betriebes, und die häufigste Reaktion ist: »So ein Blödsinn, das haben wir doch schon immer so gemacht.« Neue Erkenntnisse beweisen, dass sicher geglaubte politische Zusammenhänge der Vergangenheit in einem völlig anderen Licht gesehen werden müssen, und die häufigste Reaktion ist eine Ablehnung dieser »Verschwörungstheorien«. Dabei geht es gar nicht um die Prüfung und Abwägung von Argumenten, sondern um den verbissenen Versuch, das eigene bislang als sicher angenommene Weltbild nicht infrage stellen zu müssen.

In meinem letzten Buch, *Showdown. Der Kampf um Europa und unser Geld* (erschienen 2013), habe ich mich intensiv mit den

Erdgasvorkommen des östlichen Mittelmeerraums beschäftigt. Das Buch polarisierte in von mir ungeahnter Weise. Einerseits wurde es ein SPIEGEL-Bestseller, und ich bekam großen Zuspruch von vielen Lesern, andererseits erbitterte Gegenwehr - meist von Journalisten bekannter Häuser, die ihr Weltbild gefährdet sahen und daher für sich ausschlossen, dass meine Sicht korrekt sein könnte. Ich hatte alle Behauptungen mit nachprüfbaren Primärquellen unterlegt. Ich hatte mit den Chefgeologen des Griechischen Geologischen Institutes gesprochen, mit der ehemaligen griechischen Außenministerin, die mir erklärte, dass nach ihren Kenntnissen Griechenland auf ähnlich großen Gasvorkommen sitze wie Libyen. Ich hatte die geologischen Gutachten und sogar die Werteinschätzungen in dreistelliger Milliardenhöhe durch die Deutsche Bank, London und die Royal Bank of Scotland herangezogen. Dennoch sagte ein Journalist eines namhaften Magazins zu mir: »Ihre Quellen interessieren mich nicht, ich halte das für Blödsinn.« Der Moderator eines gleichfalls bekannten Fernsehformates kommentierte meine oben angeführten Quellen mit dem inzwischen legendären Satz: »Die können Ihnen alle ja viel erzählen, sind Sie denn selbst hinuntergetaucht und haben das überprüft!?!« Das sind die Momente, an denen man sich in die schwierigen Zeiten der Aufklärung zurückversetzt fühlt.

Inzwischen ist die Tatsache, dass es im östlichen Mittelmeerraum riesige Gasfelder gibt, Allgemeinwissen:

*Handelsblatt* 2013: »Schatzinsel Zypern«<sup>1</sup> - *Spiegel* 2018: »Gas im Mittelmeer«<sup>2</sup> - *Reuters* 2018: «Total, Edison get Greek go-ahead for oil and gas exploration».<sup>3</sup>

Vor wenigen Tagen - im Frühjahr 2018 - erhielt ich folgende Zusage eines Lesers, die ich mit seinem Einverständnis hier wiedergeben darf: »Herr Müller. Ich musste die letzten Tage oft an Sie denken! Ich arbeite bei Siemens, Gasturbinen. Wissen Sie, womit unsere ca. 15 Gasturbinen in den israelischen Kraftwerken laufen? Mit dem Gas aus dem Gasfeld hier im Mittelmeer, für welches Sie als >Verschwörungstheoretiker< verspottet wurden! Unser Pro-

jektleiter erzählte gestern beim Essen auch davon, wie gut die Gasqualität ist und wie super unsere Turbinen hier laufen! Die Verschwörungstheorie von gestern ist die Nachricht von morgen. Liebe Grüße aus Haifa, Israel.«

Im Mai 2018 gab der Vorsitzende der Griechischen Gesellschaft zur Verwaltung Fossiler Brennstoffe, Jannis Basias bekannt, dass unter der Meeresoberfläche südlich von Kreta so viel Erdgas lagere, dass Griechenland bis zu 600 Milliarden Dollar innerhalb von 25 Jahren erwirtschaften könne.<sup>4</sup>

Dennoch habe ich großes Verständnis für die kritischen Kommentare von damals wie heute. Neue Erkenntnisse und Sichtweisen, die der eigenen bisherigen Überzeugung widersprechen, sind für die meisten Menschen schwer zu glauben und verursachen ihnen großes Unbehagen. Dann gehen sie nachvollziehbarerweise den für sie angenehmeren Weg, die neuen Aspekte abzulehnen, um ihr bisheriges Bild nicht korrigieren zu müssen. Sie empfinden das in der Regel als Fehlereingeständnis. Etwas, das einem unangenehm ist. Es ist, als würde man im Beruf einen Fehler machen und sich die Situation dann irgendwie so zurechtargumentieren, dass man ja doch irgendwie richtig gehandelt habe.

Dabei ist das gar nicht nötig. Es ist doch alles vollkommen normal. Das eigene Weltbild - auch meines - kann gar nicht hundertprozentig korrekt sein. Es wäre ein Zufall wie ein Lottogewinn, wenn die eigene Weltsicht der absoluten Wahrheit entspräche. Es gibt einfach zu viele Elemente, zu viele Zusammenhänge. Ich habe diese Einsicht für mich schon vor langer Zeit gewonnen und stelle meine Sichtweise immer wieder selbst infrage. Ich freue mich natürlich, wenn mir jemand meine Sicht der Dinge bestätigt. Aber genauso freue ich mich, wenn jemand mein Bild korrigiert. Wenn er mir Argumente und Fakten liefert, die mir helfen, mein fehlerhaftes Bild zu korrigieren oder zu vervollständigen, ist das ein großes Geschenk, für das ich gelernt habe, dankbar zu sein. Nur wer seine Sicht auf die Dinge immer wieder hinterfragt, auf Fehler überprüft und vor allem offen bereit ist, sie zu korrigieren, hat eine

Chance, sich der Wahrheit immer weiter anzunähern. Das ist nichts Ehrenrühiges, es ist die reinste und einzige Form der Erkenntnisgewinnung.

# I. Die aktuelle Lage im Frühjahr 2018

## Schwere Gewitterwolken am Horizont

Egal mit wem ich derzeit hinter den Kulissen über die wirtschaftliche und politische Großwetterlage spreche, es ist nicht einer darunter, der die Ansicht vertritt: »Alles wird gut«. Vor der Kamera mag das durchaus anders klingen, hier gilt es, nicht zu beunruhigen, nicht als Pessimist dazustehen oder schlicht die Interessen dieses oder jenes Hauses zu wahren. Ganz offenkundig sieht jeder die schweren Gewitterwolken am bedrohlich gelben Horizont heraufziehen. Aber noch stehen wir in der Sonne und hoffen, dass diese Gewitterzelle sich vielleicht irgendwie doch noch auflösen oder zumindest an uns vorbeiziehen wird. Doch die Meteorologen der Wirtschaft und der Politik, mit denen ich seit vielen Jahren in engem Austausch stehe, haben derzeit tiefe Sorgenfalten auf der Stirn. Einer sagte: »Da kommt etwas auf uns zu, das hat noch keiner von uns je gesehen. Was da kommt, ist der perfekte Sturm.«

Die amerikanische Investorenlegende Jim Rogers beschrieb es im Sommer 2017 mit den Worten: »Its going to be the worst crash in my lifetime. Be worried!« (Das wird der schlimmste Crash meines Lebens werden. Seien Sie besorgt!)<sup>5</sup> Jim Rogers wurde 1942 geboren und ja, es ist zu befürchten, dass das, was sich hier zusammenbraut, näher an den Auswirkungen der großen Weltwirtschaftskrise nach dem Crash von 1929 liegen wird als an jenen der relativ harmlosen, aber uns noch sehr präsenten Krise im Jahre 2008.

Man muss einschränkend anmerken, dass Jim all die Zusammenhänge korrekt erkennt, beschreibt und deren wahrscheinlichen

Ausgang zu Recht fürchtet: Was aber niemand prophezeien kann, ist der zeitliche Ablauf der Dinge. Es ist immer wieder erstaunlich, wie lange Systeme und Strukturen durchhalten können, bei denen von Beginn an klar ist, dass sie fehlerhaft sind, um langfristig zu bestehen.

Zu Beginn der kommunistischen Staatsformen Anfang des 20. Jahrhunderts waren sich zahllose Wirtschaftsexperten einig, dass das nicht dauerhaft funktionieren werde. Jedoch dachte man an Zeiträume von fünf bis zehn Jahren. Tatsächlich hat der Kommunismus siebzig Jahre durchgehalten.

Der Euro bereitet große Probleme und ist eine Fehlkonstruktion, solange Europa aus unterschiedlichen und eigenständigen Staaten besteht. Selbst Helmut Kohl sagte in seiner Regierungserklärung am 6. November 1991 schicksalsschwer: »Man kann dies nicht oft genug sagen. Die Politische Union ist das unerlässliche Gegenstück zur Wirtschafts- und Währungsunion. Die jüngere Geschichte, und zwar nicht nur die Deutschlands, lehrt uns, dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne Politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist.«<sup>6</sup>

Ich habe in meinem letzten Buch *Showdown* umfangreich dargelegt, welchen Schaden der Euro tatsächlich anrichtet und dass es ein weitverbreiteter Irrtum ist, anzunehmen, Deutschland würde davon per Saldo profitieren. Damals galt diese Sichtweise als Ketzerei und seine Anhänger als »europafeindlich«. Inzwischen haben auch die Volkswirte der Europäischen Zentralbank eingeräumt, dass der Euro sogar Deutschland bremst.<sup>7</sup>

Dennoch haben wir genau dieses Konstrukt mit all seinen Problemen und Krisenfolgen nun seit fast zwei Jahrzehnten, und niemand kann sagen, ob wir dieses halbherzige Gebilde nicht noch weitere zwanzig Jahre durchschleppen oder ob wir am Ende doch die Vereinigten Staaten von Europa haben und der Euro dann die richtige Währung für diese politische Union sein wird, wenn vielleicht auch längst in Form eines bargeldlosen Krypto-Euro.

Wer immer sich mit geopolitischen und weltwirtschaftlichen Entwicklungen auseinandersetzt, macht allzu oft den Fehler, die

zeitlichen Komponenten massiv zu unterschätzen. Man sieht die Zusammenhänge, schreibt die derzeitige Entwicklung linear fort und kommt zu klaren Ergebnissen, wie die Zukunft aussehen wird. Doch das beinhaltet zwei gefährliche Irrtümer: Der erste ist die zeitliche Komponente. Im eigenen Gehirn laufen diese erwarteten Entwicklungen im extremen Zeitraffer ab, und man glaubt, die daraus resultierenden Ergebnisse müssten in wenigen Wochen zutage treten. Tatsächlich sind es oft Jahre, in denen diese Ereignisse sich langsam und keineswegs geradlinig entwickeln. In dieser angenommenen Gradlinigkeit steckt auch schon der zweite Fehler. In den seltensten Fällen lässt sich die gerade stattfindende Entwicklung linear fortschreiben.

Nehmen wir beispielhaft die Flüchtlings- oder besser Völkerwanderungswelle im Jahr 2015. Eine Million Menschen kamen binnen kürzester Zeit nach Deutschland. In der Diskussion war oft zu hören: »Wenn das so weitergeht, sind das in fünf Jahren fünf Millionen Zuwanderer. Und da ist der Familiennachzug noch nicht mal berücksichtigt!« Genau in der Floskel »Wenn das so weitergeht« steckt der Haken. Niemand konnte zu jener Zeit absehen, dass wenige Monate danach ein Flüchtlingsdeal mit der Türkei den Zustrom rapide reduzieren würde. Und schon fällt das ganze eigentlich klar absehbare Szenario in sich zusammen. Der große Katastrophen-Sturm reduziert sich auf ein kleineres Gewitter. Das schließt allerdings nicht aus, dass sich auch dieser Rückgang nur als vorübergehende Wendung herausstellt und die Gewitterzelle sich wieder auflädt. Aber es zeigt, wie schwierig und oftmals falsch es ist, aktuelle Entwicklungen direkt fortzuschreiben.

Bleibt also die Frage, wie sich künftige Entwicklungen überhaupt prognostizieren lassen. Wie kann man denn wissen, was auf einen zukommt?

## Weder Pessimist noch Optimist, sondern Realist

Sicher kann man sich grundsätzlich auch bei einer Wetterprognose niemals sein. Zu viele unbekannte Variablen und zu viele Einflüsse spielen zusammen, als dass man heute in der Lage wäre, das Wetter hundertprozentig korrekt zu berechnen. Auf unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen wirken noch weit mehr Variablen ein, deren genaue Anzahl und Wert kein Mensch und kein Computer dieser Welt kennt und folglich auch nicht berechnen kann. Aber man kann versuchen, möglichst viele Daten und Zusammenhänge zu erheben, miteinander in Beziehung zu setzen und schließlich daraus auf die wahrscheinlichen möglichen Abläufe zu schließen. Eine Garantie wird Ihnen niemand geben können.

Das trifft selbstverständlich auch auf mich selbst zu. Ich hatte das große Glück, in meinen nunmehr 25 Jahren an der Börse und später in der Öffentlichkeit ein sehr großes Netzwerk aufbauen zu dürfen. Spannende, einflussreiche und vor allem gut informierte Menschen aus allen Bereichen des Lebens durfte ich kennenlernen, und mit vielen verbindet mich bis heute ein reger Austausch. Politiker, Wirtschaftsbosse, Lobbyisten, Sportler, Künstler, Unternehmer, Mediziner, Wissenschaftler und nicht selten einfach ganz »normale« Menschen mit guten Kenntnissen und Einschätzungen.

Von jedem einzelnen erfahre ich wertvolle Detailinformationen aus seinem jeweiligen Fachgebiet und seiner jeweiligen Sicht auf die Dinge. Diese Informationen vernetze ich miteinander und bringe sie in einen Zusammenhang. Es ist wie beim Zusammensetzen der erwähnten Puzzleteile: Mit jedem neuen Element wird das große Gesamtbild ein wenig besser erahnbar. Aber mir ist klar, dass ich auch am Ende meines Lebens niemals das gesamte Bild sehen werde. Zu viele Teile, zu viele Ebenen. Niemand auf Gottes Erdboden hat jemals oder wird jemals das Gesamtbild sehen. Wer Ihnen sagt, er wisse sicher, wie der Hase läuft, ist ein Scharlatan. Sie können sich bis ans Lebensende 24 Stunden am Tag mit den Themen Macht,

Wirtschaft und Finanzen auseinandersetzen und werden am Ende doch nur einen kleinen Teil aller Informationen jemals gesehen haben. Aber genau das ist es, was jeder von uns alltäglich tut und was auch ich Ihnen anbiete.

Ich berichte Ihnen über jene Teile, die ich gesehen habe und in welchem Zusammenhang sie aus meiner Sicht stehen. Ich habe Ihnen zu allen Fakten des Buches bewusst gesellschaftlich allgemein anerkannte Quellen angegeben, sodass Sie sich diese Puzzleteile selbst genauer ansehen können. Auf der extra eingerichteten Seite [www.cashkurs.com/machtbeben](http://www.cashkurs.com/machtbeben) finden Sie alle im Buch angegebenen Quellen zum einfachen Anklicken sowie die aktuellsten Entwicklungen zu den in diesem Buch angesprochenen Themen. Die angeführten Belege sind natürlich nicht die einzige Quelle meiner Einschätzungen, aber eben solche, die für jedermann zugänglich und somit nachprüfbar sind.

Die eigene Sicht ist immer die Summe zahlloser Studien, Erlebnisse und Erfahrungen. Nur darüber kann ich berichten - wohl wissend, dass dies nicht die absolute Realität sein muss und immer nur eine reduzierte oder verzerrte Sicht auf die Dinge sein kann. Doch das gilt für den Leser genauso wie für den Kritiker. Auch dessen Wahrnehmung ist mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht die direkte Spiegelung der Realität, sondern nur die Summe seiner wenigen erlebten und wahrgenommenen Puzzleteile. Es geht mir daher darum, meine Sicht auf die Welt zu beschreiben - wohl wissend, dass es sich nicht um die absolute Realität handelt, dass ich ihr aber vielleicht nahekommen kann. Wer behauptet, meine Sichtweise sei falsch, der setzt voraus, selbst im Besitz der einzig echten und vollständigen Wahrheit zu sein. Doch kann er sich dessen sicher sein? Ich bin es mir jedenfalls nie.

Der griechische Philosoph Sokrates fasste das vor 1400 Jahren in dem berühmten Satz zusammen: »Ich weiß, dass ich nichts weiß.« Wer behauptet, etwas unumstößlich sicher zu wissen, erhebt sich darüber und muss mit sich selbst ins Gericht gehen, ob das zu Recht geschieht. Wenn sich aber zwei Menschen begegnen, die beide ihre

Sicht auf die Dinge vertreten und sich zugleich ihrer eigenen Fehlbarkeit bewusst sind, entsteht eine wundervolle fruchtbare Diskussion mit Erkenntnisgewinn und Fortschritt für beide Diskutanten.

Wenn die Börse eines lehrt, dann ist es Demut. Die Demut, zu erkennen, dass niemand absolut sicher sein kann, was als Nächstes geschieht, so gut er auch informiert sein mag. Die Demut, zu erkennen, dass man dann am meisten auf die Nase bekommt, wenn man sich seiner Sache zu sicher war. In dieser Demut berichte ich Ihnen von meinem Blick auf die Welt, auf deren Zusammenhänge und die daraus resultierenden Folgen. Vielleicht haben Sie einige der Puzzleteile, von denen ich Ihnen berichte, selbst schon einmal gesehen, vielleicht kann ich Ihnen andere Teile zeigen, die daran andocken können, und vielleicht ergibt sich daraus für Sie wiederum ein größeres Gesamtbild.

Die Börse ist der Schmelztiegel all dessen, was auf der Welt geschieht. Je mehr Sie davon verstehen, je umfassender und universeller Ihre Kenntnisse in allen möglichen Bereichen der Welt sind, umso besser können Sie das Geschehen an den Börsen einordnen und Szenarien entwickeln. Was nützt es, sich Bilanzen von Pharmafirmen anzusehen, wenn man nicht zumindest rudimentäre Kenntnisse von Krebserkrankungen, Pharmaforschung und den aktuellen wissenschaftlichen Entwicklungen in diesem Bereich hat? Früher war es selbstverständlich, sich ein möglichst universelles Wissen anzueignen. Die Universitäten tragen genau das in ihrem Namen: »Universalität - breites Fächerspektrum«.

Aber in Zeiten der immer kleinteiligeren Arbeitsteilung geht es mehr um hochspezialisiertes Fachwissen, dessen Besitzer umgangssprachlich als »Fachidioten« belächelt werden, als um den Versuch, über den eigenen Tellerrand hinauszuschauen und die Dinge »universell« zu betrachten. Die Börse zwingt hier glücklicherweise dazu, genau dies zu tun; zumindest motivierte sie mich stark dazu. Was nützt es mir, im Spielcasino mit allen wissenschaftlichen Methoden den Lauf der Kugel zu berechnen? Was nützt es, die Rotationskräfte, den Luftwiderstand, den Reibungswiderstand in Korrelation zu

bringen, wenn ich nicht im Blick habe, dass der große Croupier hinter dem Kessel die Kugel einfach aus dem Spiel nimmt und auf ein beliebiges Feld setzt, wenn ihm danach ist? Was nützt es mir also, Unternehmensbilanzen zu wälzen, wenn ich nicht verstehe, was die einflussreichen Kräfte der Weltpolitik auf den jeweiligen Feldern aushecken? Was nutzt es, Bilanzen von Stromkonzernen zu analysieren, wenn über Nacht die Politik den Ausstieg aus der Atomkraft verkündet? Manche Entscheidungen des großen Croupiers sind einfach nicht vorhersehbar, andere kündigen sich sehr wohl an, wenn man den Croupier nur lange genug beobachtet hat, um seine Interessen zu erahnen. Das setzt allerdings voraus, dass man die Existenz eines Croupiers überhaupt akzeptiert.

Allzu viele glauben noch immer, dass Wirtschaft und Demokratie völlig unbeeinflusst von größeren Interessen einflussreicher Personen und Organisationen ihren demokratischen Gang gehen. Wer davon überzeugt ist, der ist allerdings auch überzeugt, dass Zitronenfalter Zitronen falten, und er sollte hier besser nicht mehr weiterlesen, denn das würde ein Weltbild zerstören, mit dem sich doch eigentlich auch ganz gut leben lässt - solange nichts Größeres passiert.

Und das muss in absehbarer Zeit auch nicht zwingend der Fall sein. Der zeitliche Ablauf ist für keinen von uns vorhersehbar, und auch die Umstände, die heute noch große Sorgen bereiten, können morgen durch kluge Entscheidungen oder zufällige Ereignisse beigelegt oder zumindest verschoben werden. Und wer weiß, vielleicht halten die Weltenjongleure die wackligen Teller länger in der Luft, als unsere jeweils individuelle Zeit auf Erden noch andauert. Sollte man sich dann überhaupt Sorgen machen? Soll man da überhaupt, wie Jim Rogers sagt, »besorgt sein«?

Wenn Sie schon einmal auf einem Kreuzfahrtschiff waren, dann haben Sie als Erstes, wenn Sie sich dem Schiff genähert haben, eine große Anzahl orange leuchtender Rettungsboote an der Seite des Luxusliners gesehen. An Bord dann jede Menge Rettungsringe, und bevor es überhaupt auf See ging, waren Sie gezwungen, an einer

Seenotrettungsübung teilzunehmen, bei der Ihnen eindrücklich erklärt wurde, was zu tun sei, wenn das Schiff wahlweise abbrenne, sinke oder der Schnaps ausgehe. Hatten Sie da je das Gefühl, das sei alles völliger Blödsinn und die wollten Ihnen mit den Rettungsbooten und Sicherheitsübungen nur Panik machen und den Spaß an der Reise verderben? Wohl kaum. Es ist ein gutes Gefühl zu wissen: Egal was da kommt, ich weiß, was zu tun ist, und ansonsten genieße ich die Reise.

Erinnern Sie sich noch an Ihre ersten Fahrstunden? Als der Fahrlehrer Ihnen gezeigt hat, dass es sinnvoll ist, an der Kreuzung bremsbereit zu sein, nachzusehen, ob kein Lkw von rechts kommt, und dann erst weiterzufahren? Haben Sie da je gedacht: »Miesmacher! Der will mir nur den Spaß am Autofahren nehmen«? Sicher nicht. Es ist überlebenswichtig, die Gefahrenstellen zu kennen und darauf zu achten, ob sie gerade relevant sind oder nicht. Das bedeutet keineswegs, dass Sie zwangsläufig an jeder Kreuzung von einem Lkw überfahren werden. Aber es ist wichtig, die Kreuzung zu erkennen, einen Lkw zu erkennen, wenn er auf einen zufährt, und es ist wichtig zu beurteilen, wie sich die Situation weiterentwickelt. Reicht der Abstand, bremst der rechtzeitig oder besser ich!?

Nichts anderes mache ich täglich für mich selbst und nehme Sie gerne auf diese Erkundungsreise mit. Ich zeige Ihnen die aus meiner Sicht gefährlichen Stellen und woran Sie künftig selbst erkennen, ob der Lkw für Sie gefährlich wird oder ob er harmlos bleibt. Und erst wenn wir die Zusammenhänge kennen, ihr Risiko jederzeit beurteilen können und vor allem wissen, was im Falle eines Falles zu tun ist, lassen sich die Autofahrt, die Kreuzfahrt oder die abenteuerliche Reise durch unser wirtschaftliches und ganz reales Leben mit Freude und Selbstvertrauen genießen.

Ohnehin kommt in den Diskussionen oft die Frage auf: »Müller, das muss doch frustrieren, diese ganzen perfiden Zusammenhänge zu erkennen, sich über diese Sauereien und Manipulationen der Märkte, der Politik, ja unserer ganzen Gesellschaft klarzuwerden!?!«

Ich bin da anderer Meinung. Die Welt war nie anders. Es ging noch nie an erster Stelle darum, was für die Menschen und die Gesellschaft gut und richtig wäre. Wenn dem so wäre, gäbe es längst keine Kriege mehr, keine toxischen Substanzen in Lebensmitteln und keine Einkaufswagen, an denen immer rechts vorne das Rad hängt. Ernsthaft betrachtet: Es ging schon seit Jahrhunderten immer zuerst darum, was den jeweils Reichen und Mächtigen nutzt, um ihren Reichtum und ihre Macht zu erhalten und zu mehren. Das Wohl der Masse war immer nur so weit von Interesse, als dass sie nicht aufbeehrte und bestmöglich »genutzt« werden konnte. Sei es als Arbeitskraft oder heute besonders als »Konsument«. Gefährlich wird es für uns »Fußvolk« unter zwei Aspekten. Erstens, wenn wir als Gruppe aufbegehren und den Machtanspruch oder den Reichtum der Entscheider infrage stellen, und zweitens, wenn wir als Arbeitskraft UND als Konsument ausfallen.

Unsere Arbeitskraft wird in Zeiten der Automatisierung immer weniger benötigt. In den USA wird die Arbeitskraft eines großen Teils der Gesellschaft längst nicht mehr gebraucht. Man hat zahllose Arbeitsplätze nach Asien oder Südamerika verlagert. Die Partizipationsrate - also jener Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung, der tatsächlich Arbeit hat - geht seit Jahren zurück und liegt derzeit mit 63 Prozent auf dem Stand der 1970er-Jahre. Bislang konnten die amerikanischen Bürger die nicht vorhandenen Einkommen durch immer weiter steigende Kreditaufnahme ausgleichen.

Dass dieses Pferd nicht ewig geritten werden kann, dürfte spätestens 2008 klar geworden sein, als die ersten Beben zu verspüren waren, weil amerikanische Bürger ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten. Binnen Wochen wurden aus eben noch mittelständischen Bürgern Obdachlosenheere in Zeltlagern in amerikanischen Vorstädten. Die Wirtschaftskrise 2008 dauerte nur wenige Monate. Welche gesellschaftliche Wirkung ein größerer und mehrjähriger »Sturm« ähnlich dem des Jahres 1929 heute entfachen würde, kann man sich ansatzweise vorstellen.

Was bringt uns überhaupt dazu anzunehmen, dass es beim nächsten Unwetter ein solch verheerender Sturm sein könnte? Wir hatten doch erst 2008 ein großes Gewitter. War das nicht auch ein reinigendes? Sind die Banken heute nicht robuster als damals?

## Die Bankenkrise von 2008: Ein Rückblick

Erinnern wir uns. 2008 waren es zunächst nur die amerikanischen Hausbesitzer, die sich durch zu laxen Regeln von Staat und Banken zu sehr verschuldet hatten und folglich ihre Kredite nicht mehr bezahlen konnten. Die Häuser wurden zwangsversteigert, die Preise fielen, und noch mehr Kredite kamen in Schieflage. Diejenigen, die die Kredite einst vergeben hatten, und in noch stärkerem Rahmen jene, die diese Kredite in Form verbrieftter Investmentpakete aufgekauft hatten, ohne sich der Risiken bewusst zu sein, kamen in Schwierigkeiten und gingen pleite. Die Pleite des Ersten brachte den Zweiten in Probleme, der diesem Ersten Geld geliehen hatte oder auf andere Art mit ihm verflochten war. Ein Dominoeffekt raste binnen weniger Wochen um die globalisierte vernetzte Welt. Niemand wusste, wer morgen der Nächste sein würde, der die Pforten für immer schließen müsste. Da die Banken untereinander in diesem Chaos ebenfalls nicht wussten, ob der Geschäftspartner auf der anderen Straßenseite am nächsten Morgen überhaupt noch da wäre, weigerten sie sich, sich auch nur über Nacht gegenseitig noch Geld zu leihen.

Da unser ganzes Wirtschaftssystem jedoch auf dieses ständig fließende Kreditgeld angewiesen ist, führte diese »Liquiditätsklemme« in die Beinahe-Katastrophe. Zahllose Marktakteure, von der Großbank über den Industriekonzern bis zum kleinen Mittelständler, brauchten dringend Geld, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Nicht Gewinn oder Verlust waren das Problem, sondern die jederzeitige Zahlungsfähigkeit. Wer nicht zahlen kann, ist pleite. Egal wie viel Gewinn sein Unternehmen übers Jahr abwirft.

In dieser Not verkauften zahllose Marktteilnehmer alles, was sie schnell zu Geld machen konnten, um an Cash zu kommen. Cash, um ihre Verpflichtungen zu erfüllen, ihre eigenen kurzfristigen Kredite zurückzuzahlen, ihre Lieferanten und ihre Mitarbeiter zu bezahlen. Es wurde alles verkauft, was schnell zu verkaufen war. Aktien, Anleihen, Rohstoffe, sogar die sonst so krisenstabilen Edelmetalle wurden zunächst abverkauft. Cash war King! Hätte die Krise länger als nur wenige Monate ange dauert, wäre es auch zum Abverkauf der Immobilien und dem kompletten Zusammenbruch der Wirtschaft gekommen.

Immobilien kann man aber nicht auf Knopfdruck verkaufen wie Daimleraktien. Man muss einen Käufer suchen, Verträge aufsetzen, Fristen einhalten, Notare beauftragen und so weiter. Die Immobilienfonds hingegen kamen in größte Not, da sie in den guten Zeiten die Anleger mit dem irrsinnigen Versprechen geködert hatten, sie könnten ihre Anteile am Immobilienfonds jederzeit zurückgeben. Da diese Anteile an Immobilienfonds aber nichts anderes sind als Anteile an sehr vielen Immobilien, ist klar, dass, wenn zu viele Anleger ihre Anteile gleichzeitig zurückgeben, gar nicht genug Geld für alle in der Portokasse liegt. Es müssen Immobilien verkauft werden, um die Anteilseigner auszubezahlen. Aber das dauert Monate. Eine von Beginn an offensichtliche Fehlkonstruktion.

Diese »Offenen Immobilienfonds« haben langfristige Investitionen (Immobilien) mit extrem kurzfristigen Geldern (täglich rückzahlbare Fondsanteile - also faktisch Tagesgeld) finanziert. Jeder Banklehrling lernt im ersten Lehrjahr, dass eine solch extreme Fristentransformation der Tod jeder Bank ist. Das heißt sogar ganz offiziell »Goldene Bankregel« und besagt, dass man langfristige Investitionen mit langfristig zur Verfügung stehenden Geldern finanziert. Aber man dachte, es würde schon ewig gut gehen. Diesmal sei eben alles anders. Übri gens einer der teuersten Sätze an den Finanzmärkten. Gerade wird er im Zusammenhang mit dem Bitcoin wieder bemüht.

Selbst die Warenversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs war bei uns in Europa kurzfristig akut gefährdet, da die üblichen

Containerschiffe aus aller Welt nicht auslaufen konnten, weil die nötigen Versicherungspapiere fehlten, da nicht klar war, wer im Zweifel bei einem Zahlungsausfall einspringen würde.

Die Banken standen vor dem völligen Zusammenbruch, die Sparer fingen an die Konten zu räumen, ein Run auf die Banken stand unmittelbar bevor, wie die Bundesbank später einräumte - was an einer sprunghaft ansteigenden Nachfrage nach 500-Euro-Scheinen abzulesen war.<sup>8</sup> Es waren verzweifelte Notmaßnahmen der Notenbanken im Zusammenspiel mit der Politik, die alle Regeln über Bord warfen, getreu dem Motto: »Not kennt kein Gebot.«

Dazu gehörten auch die völlig substanzlosen Garantien, die Angela Merkel und der damalige Finanzminister Peer Steinbrück in einer nächtlichen Fernsehansprache an das fast panische Volk richteten: »Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein.«<sup>9</sup> Niemals hätte die Bundesregierung auch nur über einen Bruchteil der Finanzmittel verfügt, die nötig gewesen wären, um dieses Versprechen einzulösen. Es war die pure Verzweiflung und die Hoffnung, es nicht zu müssen. Steinbrück sollte später im Rückblick eingestehen: »Da haben wir alle in einen Abgrund geblickt.«<sup>10</sup>

Am Ende waren es unvorstellbare Liquiditätsspritzen und Garantien, mit denen die weltweiten Notenbanken und Politiker zunächst die unmittelbare Liquiditätsklemme wie auch das dafür ursächliche Misstrauen in letzter Minute beheben konnten. Bereits am ersten Tag der Liquiditätsbereitstellung der EZB mit dem Slogan »So viel ihr wollt, aber gegen die üblichen Sicherheiten« reichte die Zentralbank fast 100 Milliarden Euro aus, was die Dimension der Liquiditätsklemme zeigt.<sup>11</sup> Seit jener Zeiten wurden weder die dem ganzen zugrunde liegenden Ursachen der Krise noch die Nebenwirkungen der Rettungsmaßnahmen behoben. Wir haben nur den akuten Infarkt verhindert und Zeit gewonnen. Wir haben keine Probleme gelöst, sondern sie mit enormer Kraftanstrengung auf eine nie zuvor gesehene Fallhöhe gehoben. Der Schuldenstand der OECD-Staaten hat sich seit 2008 von 25 auf 45 Billionen US \$ nahezu verdoppelt.

All diese Dominoeffekte waren die Folge eines verhältnismäßig kleinen Auslösers: einer zu hohen Verschuldung auf dem amerikanischen Markt für Privatimmobilien.

## Die »Mutter aller Blasen«: Ein Anleihemarkt an der Grenze zum Irrsinn

Wenn schon ein solches, eigentlich regionales Wirtschaftsereignis einen solchen Sturm um den Globus hervorrufen kann, dann verstehen Sie, warum ich mit vielen Experten beim Blick auf die aktuelle Gemengelage der Meinung bin, dass das, was sich aktuell zusammenbraut, alles beinhaltet, was es für einen perfekten Sturm mit maximaler Zerstörungskraft braucht.

Schauen wir zunächst auf die Heimatregion des unstrittigen Hauptakteurs dieses Jahrhunderts, die Vereinigten Staaten von Amerika. Die Weltwirtschaftskrise 2008 hatte hier ebenso ihren Ursprung wie die große Depression nach dem Crash von 1929. Wie fragil ist die Lage heute? Hat man aus den Ereignissen von 2008 gelernt? Nicht im Entferntesten. Die amerikanische Notenbank FED (die bekanntermaßen in privatem Eigentum und keinesfalls eine staatliche Einrichtung ist, siehe mein Buch *C(r)ashkurs*) hat mit bislang historisch einzigartigen Maßnahmen das Pferd unmittelbar vor dem Abgrund herumgerissen. Sie hat über 3,5 Billionen US-Dollar in die Märkte gepumpt.<sup>12</sup>

Was muss man unter diesem flapsigen Begriff verstehen? Die Notenbank hat am Kapitalmarkt Anleihen des amerikanischen Staates gekauft wie auch jene immobiliengedeckten Anleihen, die in der Krise keiner mehr haben wollte. Mit welchem Geld, fragen Sie sich? Mit dem Geld, das die FED genau zu diesem Zwecke aus dem Nichts selbst geschöpft hat. Somit sind mal eben 3,5 Billionen neue US-Dollar in Umlauf gekommen. Da die FED schon zuvor etwa eine Billion US-Dollar unter anderem an Staatsanleihen im Bestand hatte, ist das Depot (die »Notenbankbilanz«) der FED nun auf ein

absolutes Rekordvolumen von 4,5 Billionen US-Dollar angewachsen. Parallel wurden die Leitzinsen auf einen historisch einmaligen Tiefststand von 0,25 Prozent gedrückt.

Doch es war nicht nur die amerikanische Notenbank. Auch die Japanische (Bank of Japan - BoJ), die chinesische Nationalbank, die Bank of England und natürlich die EZB haben zusammen viele Billionen ihrer jeweiligen Währung in die Märkte gedrückt.

Der amerikanische Anleihenpapst und Investor Bill Gross sagte dazu: »Die globalen Renditen sind auf dem niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen vor 500 Jahren. Wir erleben gerade eine Supernova, die eines Tages explodieren wird.« So dramatisch diese Aussage klingt, so ernst muss man ihren Inhalt nehmen.<sup>13</sup>

Man kann lange und trefflich über das Zinsgeldsystem, seine Folgen und Alternativen streiten, wir haben es nun mal. Einfach ausgedrückt: Je höher das Risiko, dass der Kreditnehmer pleitegeht und seinen Kredit eines Tages nicht zurückzahlen kann, umso höher der Zinssatz, den er dafür bezahlen muss. Weder Sie noch ich oder irgendein professioneller Investor ist - schon mangels Zeit - in der Lage, alle Kreditnehmer der Welt auf ihre Kreditwürdigkeit zu überprüfen. Aber die meisten der professionellen Investoren kennen »ihre« Schuldner. Die Analysten überprüfen die Bonität spezieller Länder oder Unternehmen sehr genau und sind entsprechend bereit, diesen Geld zu höheren oder niedrigeren Zinsen - je nach Risiko - zu leihen. Das Ergebnis können Sie persönlich dann auf den Kurszetteln der Börse sehen. Wenn dort eine Anleihe eines spanischen Bauunternehmens sieben Prozent Zinsen bringt und eine Anleihe eines amerikanischen Pharmakonzerns drei Prozent Zinsen abwirft, dann wissen Sie sofort: »Aha! Der Spanier ist gefährlicher ... da muss man aufpassen, ob man sein Geld noch zurückbekommt.«

So können die weltweiten Anleger - ob Profi oder Laie - sehr schnell einschätzen, wie hoch das Risiko ist. Gut, manch ein Privatanleger ignoriert das gelegentlich. Wenn eine isländische »Kaupting«-Bank sechs Prozent Zinsen auf das Tagesgeld bezahlt, während die

heimische Volksbank nur drei Prozent bietet, sollten alle Warnlampen angehen, denn das hat nur einen Grund: Die Isländer MÜSSEN mehr bezahlen, weil ihr Risiko so hoch ist. Wären die genauso sicher wie die heimische Volksbank, müssten sie nicht so hohe Zinsen für Kleinanlegergeld zahlen, sondern würden es von anderen Profiinvestoren auch zu drei Prozent erhalten. Doch bekanntlich frisst Gier gelegentlich Hirn. Die einfache Regel lautet also: Je höher der Zins, desto höher das Risiko, je höher das Risiko, desto höher der Zins. Das gilt für jede Anleihe, egal ob Unternehmen, Staat oder der Überziehungskredit für Lotte Kapulke aus Gernsheim.

Doch jetzt schauen wir auf die aktuelle Situation. Eine zehnjährige Staatsanleihe der Vereinigten Staaten von Amerika hat im September 2017 eine Rendite von 2,25 Prozent. Eine solche der Bundesrepublik Deutschland 0,43 Prozent und eine zehnjährige Italienanleihe 2,17 Prozent. Das bedeutet, Italien bekommt sein Geld billiger als die Vereinigten Staaten von Amerika. Zu einer Zeit, in der Italiens Banken mit dem Hintern über dem Abgrund wanken und die Staatsverschuldung bei etwa 125 Prozent der Wirtschaftsleistung liegt, bekommt dieses Land sein Geld billiger als die USA, die im Gegensatz zu Italien gar nicht pleitegehen können (es sei denn, sie wollen es unbedingt).

Alan Greenspan, der ehemalige Notenbankchef der FED, wurde einmal gefragt, ob es denn noch sicher sei, in US-Staatsanleihen zu investieren. Seine Antwort war so korrekt wie entwaffnend ehrlich: »Diese Frage stellt sich nicht. Die USA können jederzeit alle ihre Schulden bezahlen, denn wir können jederzeit jede beliebige Menge Geld drucken, die wir brauchen!«<sup>14</sup> Genau das ist der Kern. Die USA sind fast ausschließlich in US-Dollar verschuldet. Da ihre Notenbank FED jederzeit und in beliebiger Menge US-Dollar drucken kann, kann sie mit den frisch gedruckten Geldscheinen (im übertragenen Sinne, denn das findet heute alles elektronisch statt) sämtliche US-Staatsanleihen der Welt aufkaufen, und somit wären alle Gläubiger befriedigt, jeder hätte sein Geld zurück. Ob Sie dann für die 500.000 US-Dollar, die Sie mal in amerikanischen Anleihen

angelegt hatten, noch immer ein Reihenhaus oder vielleicht doch nur noch ein Oberhemd bekommen, ist eine ganz andere Frage. Dass dieses Geld durch die »inflationäre Vermehrung« weniger wert ist, das ist ja nicht das Problem der USA, sondern jener Leute, die den USA das Geld geliehen haben. Die USA können daher nicht pleitegehen, es sei denn, die private Notenbank FED verweigert den Gehorsam.

Ganz anders sieht das in Italien aus. Italien verfügt über keine Notenbank mehr, die beliebig Lira drucken könnte. Selbst wenn Italien wieder die Lira einführen und selbst drucken würde, Italien ist in Euro verschuldet, und die kann das Land nicht beliebig erzeugen, das kann nur die EZB. Das Gleiche gilt für die meisten Länder der Welt, die sich eben international nicht in ihrer eigenen Währung verschulden konnten, sondern zumeist in der Weltleitwährung US-Dollar. Kaum ein internationaler Investor würde Uganda einen Kredit in Uganda-Shilling gewähren, in US-Dollar sehr wohl. Ein aus US-Sicht wunderbarer Zustand. Bestimmen sie doch mit ihrer Zins- und Notenbankpolitik das Geschehen der Weltkreditmärkte. Erhöht Amerika die Zinsen und damit den Wert des US-Dollar, wird es für Uganda eng, das sich immer mehr anstrengen muss, um diese wertvoller werdenden US-Dollar zu verdienen, mit denen es seine Kredite zu bedienen hat.

Wir sehen: Ein Land, das faktisch nicht pleitegehen kann, die USA, zahlt derzeit mehr Zinsen als ein Land, das sehr wohl pleitegehen kann und hinter vorgehaltener Hand als nächstes Griechenland gehandelt wird - Italien.<sup>15</sup> Aber als wäre das nicht verrückt genug, geht es auch noch besser. Zum gleichen Zeitpunkt im Herbst 2017 bekommt ein deutscher Häuslebauer - nennen wir ihn Erwin Leihendecker - einen Zehnjahreskredit zu märchenhaften 1,30 Prozent. Ein deutscher Bauherr durchschnittlicher Intelligenz und Schaffenskraft bekommt seinen Kredit zur Hälfte der Zinsen, die die Vereinigten Staaten von Amerika bezahlen. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, dass Erwin durch Jobverlust, Ehebruch, Alkoholexzess, Sexsucht oder Börsenzockerei innerhalb jener zehn Kreditjahre in finanzielle

Bedrängnis gerät und seiner Verpflichtung nicht nachkommen kann, um ein Vielfaches höher, als dass die USA ihre Gelddruckmaschine nicht mehr finden.

Wie soll die Bank mit einem Zinssatz von 1,3 Prozent ihre Kosten decken, eventuelle Ausfallrisiken absichern und auch noch Gewinn machen? Nahezu unmöglich. So kommen die heimischen Banken in immer größere Schwierigkeiten und müssen immer größere Risiken eingehen, um zu überleben.

Die Finanzwelt hat mit der faktischen Abschaffung des Zinssatzes ihre Orientierung verloren. Eine Welt, in der die Bundesrepublik Deutschland sich für fünf Jahre Geld leihen kann und aufgrund eines negativen Zinssatzes von -0,3 Prozent am Ende weniger zurückerzahlen muss, als sie aufgenommen hat, ist keine Normalität. Lassen Sie sich das nicht erzählen. Die Welt ist im Gegenteil vollkommen »verrückt« geworden. Die Naturgesetze der Märkte scheinen aus ihrer Balance »ver-rückt« worden zu sein. So etwas geht schon mal eine Zeit lang gut, aber auf Dauer ganz sicher nicht!

Da der Zinssatz offenkundig nicht mehr zur Risikobewertung taugt, haben die weltweiten Investoren ihr Richtmaß verloren. Sie investieren aber weiter, als wäre nie etwas passiert. Wie ein Kapitän auf offener See, dessen Kompass über Bord gegangen ist, der aber munter unter vollen Segeln irgendwohin fährt - wird schon gut gehen. Die Investoren holen sich Risiken in die Depots, die sie nicht mehr abschätzen können. Noch schlimmer: Selbst wenn sie die Risiken richtig einschätzen, sie sind mangels Alternative gezwungen, diese Anleihen zu kaufen, obwohl es in keinem vernünftigen Verhältnis steht.

Da liegt doch der Gedanke nahe, dass die Notenbanken das Problem lösen könnten, indem sie einfach die Zinsen wieder auf ein normales Niveau - was immer das ist - anheben.

Inzwischen hoffen auch viele Sparer auf einen baldigen Anstieg der Zinsen. Doch machen wir uns klar, dass dieser Anstieg der Zinsen genau jene Katastrophe auslösen würde, die in der langen Phase der extrem niedrigen Zinsen angerührt wurde.

Erinnern wir uns an die bereits eingangs erwähnte »Goldene Bankregel«. Langfristig ausgegebene Kredite auch mit langfristigen Geldern zu finanzieren. Die Banken machen aber in immer größerem Stil und aus der Not heraus das Gegenteil. Die Zinsen für kurzfristige Kredite sind fast immer niedriger als die Zinsen für langfristige Kredite.

Somit besteht ein wesentlicher Ertragsanteil der Banken aus genau dieser eigentlich gefährlichen »Fristentransformation«. Sie verleihen Geld an den Bauherrn Erwin auf zehn Jahre zu einem festen Zinssatz von 1,3 Prozent und leihen sich selbst dieses Geld wiederum bei anderen Banken oder der Zentralbank, aber eben nicht auf zehn Jahre, sondern nur für wenige Monate oder gar Tage. Dieser kurzfristige Zinssatz schwankt ständig, und die Bank muss sich das Geld bei jeder Fälligkeit wieder neu zum dann gültigen Zinssatz leihen. Der Häuslebauer kann sich entspannt zurücklehnen, er hat seine 1,3 Prozent sicher für die ganzen zehn Jahre. Solange die Zinsen niedrig bleiben, ist das alles o.k. Doch wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe. Nehmen wir doch einmal an, die Notenbanken würden die Zinsen irgendwann in den nächsten Jahren deutlich erhöhen. Die Banken müssten sich das kurzfristige Geld plötzlich nicht für 0,5 Prozent leihen, sondern wieder für sonst übliche 3,5 oder gar 7 Prozent. Sie selbst bekommen aber weiterhin nur 1,3 Prozent jährlich von ihrem Häuslebauer.

Sie sehen: Je länger die Niedrigzinsphase anhält und je schneller die Zinsen danach steigen, umso mehr Banken werden den »Lehman« machen. Auch unser Bauherr Erwin wird mit rot verweinten Augen sein noch nicht gepfändetes Hab und Gut aus dem Haus räumen, wenn er am Ende seiner zehnjährigen Zinsbindung sein Haus noch nicht abbezahlt hat, sondern noch immer mehrere Hunderttausend Euro Schulden neu finanzieren muss, die jetzt aber nicht mehr 1,3 Prozent, sondern vielleicht 8,3 Prozent betragen. Hätte er nur lieber ein Reihemittelhaus statt der Poolvilla gekauft. Denn nicht nur die Kreditgeber begeben sich mit jedem Monat Niedrigzins immer tiefer in die Gefahr, auch die Kreditnehmer werden immer leichtsinniger, weil »Geld ja grad nix koscht«.

Ganz besondere Dramatik würde ein Zinsanstieg für Italien entwickeln. Italiens Banken waren in der Vergangenheit besonders risikofreudig oder ihre Kunden einfach besonders problematisch. Wie auch immer, die über Jahre schwierige wirtschaftliche Situation hat dazu geführt, dass die italienischen Schuldner immer klammer wurden und ihre Kredite mehr schlecht als recht bezahlen können. Man spricht dann nicht nur von notleidenden Italienern, sondern auch von notleidenden Krediten. Von denen haben die italienischen Banken jede Menge in den Büchern stehen. Sagenhafte 360 Milliarden Euro an faulen Krediten liegen allein in Italien.<sup>16</sup> Wohlgermerkt sprechen wir gerade über eine Phase, in der die Konjunktur in den meisten Teilen der Welt inklusive Europa brummt und fast schon heiß läuft.

Die nächste Rezession ist nicht eine Frage des »Ob«, sondern des »Wann«. Aber was passiert in einer solchen neuen Rezession? Noch mehr Bankkunden werden ihre Kredite nicht mehr bedienen können, und das dürfte so manche Bank Südeuropas in den Abgrund ziehen. Neue Bankenrettungen Italiens und der Europäischen Union wären die logische Folge. Man gewöhnt sich ja irgendwie daran. Nochmal der Zusammenhang: Italienische Banken unter höchster Bedrängnis. Steigende Zinsen brechen den italienischen Schuldnern und somit den Banken das Genick. Steigende europäische Zinsen kühlen die Konjunktur ab (was in Deutschland ganz guttätig), und das bricht ebenfalls den Italienern das Genick. Somit wird auch ziemlich schnell klar, warum der Notenbankchef der EZB, der Italiener Draghi, sich mit Zähnen, Klauen und Zaubersprüchen dagegen wehrt, die Zinsen anzuheben. Ewig wird das nicht gut gehen, wird er sich dem nicht verschließen können - mit den abzusehenden Folgen.

Wie sind die weltweiten Zinsen überhaupt so niedrig geworden? Das waren die Notmaßnahmen der Not-enbanken - vielleicht heißen sie deshalb auch so?! -, um der extremen Kreditklemme in der Folge der Ereignisse von 2008 zu begegnen. Zunächst hat man die gefährdeten Banken mit frischem Geld versorgt, indem man ihnen

einen Teil ihrer Anleihen zu extrem hohen Preisen abgekauft oder als Sicherheit in den Bestand genommen hat. Dazu muss man wissen, je niedriger der aktuelle Zinssatz, umso höher der Preis der Anleihe. Das klingt komplizierter, als es ist. Stellen Sie sich vor, Sie hätten einem Metzger aus Ihrem Ort vor fünf Jahren 10.000 Euro für zehn Jahre geliehen. Damals wären die Zinsen wesentlich höher gewesen. Als Veganer haben Sie sich gedacht: »Der Metzger soll ruhig auch mal bluten«, und so haben Sie einen Zinssatz von sieben Prozent vereinbart. Seit damals zahlt ihnen der Mann jedes Jahr pünktlich die 700 Euro Zinsen, und es ist absehbar, dass er das auch noch die restlichen fünf Jahre machen wird und Ihnen dann am Ende der Laufzeit den geschuldeten Betrag von 10.000 Euro zurückbezahlen kann. Über das geliehene Geld haben sie damals einen Vertrag gemacht. Einen Schuldschein. Sie können sicher sein, dass Ihre Freunde und Kollegen, die bei der Bank Nullzinsen bekommen, Sie heute um diesen Schuldschein beneiden. Den hätten die auch gerne. Sogar so gerne, dass Ihre Freunde Ihnen den Vertrag abkaufen würden. Sie sind sogar bereit, ihnen mehr als die 10.000 Euro zu bezahlen. Sie würden ihnen auch noch einen Teil der zu erwartenden Zinsen mit drauf bezahlen. Da bliebe ihnen immer noch mehr, als sie heute bei der Bank bekommen.

Sie sehen: Je tiefer die Zinsen fallen, umso wertvoller werden die alten Schuldscheine (Anleihen) mit hohem Zinssatz. Einfach ausgedrückt, je niedriger die Zinsen, desto höher die Kurse der alten Anleihen.

Wenn wir uns also einig sind, dass die weltweiten Zinsen auf sämtliche Kreditverträge und Anleihen heute lächerlich niedrig sind, dann bedeutet dies im Umkehrschluss, dass die Kurse der Anleihen heute lächerlich hoch sind. Eine absolut brutale und noch nie da gewesene Überbewertung. Gemeinhin sprechen wir hier von einer Blase.

Je größer der Markt und je höher die Bewertung, desto größer ist die Blase.

Der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, sprach im Dezember 2017 in diesem Zusammenhang von der

größten Anleiheblase in der Geschichte der Menschheit und bezweifelte, dass diese Blase ohne eine erneute Finanzkrise gelöst werden könne.<sup>17</sup>

Um eine ungefähre Orientierung zu bekommen, über welche Dimensionen wir hier reden, möchte ich Ihnen die Größe einiger Märkte vorstellen. Bitte sehen Sie mir nach, wenn es sich um Circaangaben handelt.

Sie bekommen die gesamte weltweite Stahlproduktion für etwa 800 Milliarden US-Dollar.

Sie bekommen sämtliche Unternehmen des Deutschen Aktienindex für 1,2 Billionen US-Dollar. Somit gehören Ihnen alle Unternehmen von SAP über BASF bis zu Volkswagen zu hundert Prozent, wenn Sie das überhaupt wollten.

Sie bekommen sämtliche Unternehmen des amerikanischen Dow-Jones-Indexes inklusive Apple, Microsoft und McDonald's für fünf Billionen US-Dollar.

Der weltweite Anleihemarkt hingegen hat ein Volumen von über 150 Billionen US-Dollar.<sup>18</sup>

Ein Markt von 150 Billionen US-Dollar, dessen Bewertung wir gerade als lächerlich höchste Bewertung in seiner fünfhundertjährigen Geschichte erkannt haben. Das ist der Grund, warum ich den weltweiten Anleihemarkt als »die Mutter aller Blasen« bezeichne.

Blasen haben eine ausgesprochen unangenehme Eigenschaft: Sie neigen zum Platzen. Auch hier stellt sich nicht die Frage des »Ob«, sondern - wie bei jeder Seifenblase, die Sie mit noch so viel Liebe aus dem Plastikring pusten - des »Wann«. Wann platzt sie?

Wir haben erlebt, was passierte, als im Jahr 2000 eine Internetaktienblase platzte. Wir haben erlebt, was passierte, als eine Immobilienkreditblase im Jahr 2008 platzte. Können wir uns wirklich vorstellen, was passiert, wenn eine 150 Billionen US-Dollar-Anleihen-Blase platzt?

## Netzwerke der Macht

Um die Entwicklungen auf der Bühne der Finanzwelt zu verstehen, muss man sich zunächst die Frage stellen, was hinter dem Theatervorhang gespielt wird. Ohne die Interessenlagen der wirtschaftlich und politisch einflussreichen Gruppierungen auf internationaler Ebene zu kennen, ist kein Verständnis unserer Welt und erst recht nicht der Finanzmärkte möglich.

Beginnen wir unseren Blick hinter jene Kulissen in den USA. Seit Ende 2016 dreht sich die Welt scheinbar nur noch um eine einzige Person: Donald Trump.

Stellen Sie sich vor, der Häuptling eines fernen Stammes käme nach New York und würde dort vor einem der großen Hilton-Hotels aus dem Taxi steigen. Am Eingang begrüßt ihn der Portier mit seiner prachtvollen Uniform und seinem Zylinder. Der unerfahrene Gast wäre beeindruckt und würde ihn bewundern, was er doch für ein reicher und mächtiger Mann sei, dass ihm ein solch prunkvolles Haus gehöre. Das kommt uns natürlich bemitleidenswert naiv vor, denn wir wissen selbstverständlich, dass das Hotel ganz anderen Leuten, einer Investorengruppe, gehört und es ausgesprochen unwahrscheinlich ist, dass der Gast während seines Besuches jemals auf die wirklichen Eigentümer treffen wird. Wir wissen, dass der Portier hier im Hotel für diese oder jene Tätigkeit zuständig ist, aber weder gehört es ihm, noch trifft er die Entscheidungen. Er setzt die Entscheidungen der eigentlichen Besitzer und Manager um, die für die Besucher unsichtbar in ihren Büros sitzen.

Doch geht es uns da wirklich anders als dem ungewöhnlichen Gast in New York? Wir glauben tatsächlich, der amerikanische Präsident regiere und beherrsche das Land. Dabei ist er nichts anderes als der Portier der Vereinigten Staaten. Der Sprecher der eigentlichen Eigentümer und Manager. Dazu noch ein recht ungewöhnlicher.

Uns wird der Eindruck vermittelt, als sei hier ein Quotenirrer zufällig - oder noch besser: durch russische Wahlbeeinflussung! - in

das Amt des (vermeintlich) mächtigsten Menschen der Welt gekommen. Doch schon John F. Kennedy sagte 1960: »In der Politik gibt es keine Unfälle.«<sup>19</sup>

Wir reden über das mächtigste Land der Erde. Wir reden über ein Land, das mit zahllosen Geheimdiensten und dem Zugriff auf die weltweiten Datensysteme alles und jeden - inklusive des Handys der deutschen Bundeskanzlerin - jederzeit kontrollieren und überwachen kann. Wer Einfluss auf den Präsidenten hat, wer den Präsidenten mit seiner nominellen Machtfülle beherrscht, der beherrscht Amerika und der beherrscht große Teile der Welt. Wer immer über Geld, Macht und Einfluss verfügt, wird alles in seiner Macht Stehende tun, um den Präsidenten zu stellen oder zumindest starken Einfluss auf ihn zu nehmen.

Natürlich ist kein einzelner Mensch für sich alleine so reich, so mächtig und so einflussreich, dass er dieses Potenzial hätte, denn es gibt viele Mächtige, Reiche und Einflussreiche. Diese bilden längst Netzwerke der Macht, die seit vielen Jahrzehnten die Strippen ziehen. Diese Netzwerke hat Mike Lofgren, der 28 Jahre im US-Kongress gearbeitet hat, im Begriff »Deep State« zusammengefasst.<sup>20</sup> Die sichtbare, offizielle Regierung beschreibt er als die Spitze des Eisbergs. Darunter gebe es eine weitere, viel größere und schwer definierbare Schattenregierung, die für Außenstehende unsichtbar bleibe. Er beschreibt das als »eine hybride Vereinigung von Regierungselementen und Teilen der Finanzwirtschaft und Industrie auf höchster Ebene, die effektiv in der Lage ist, die Vereinigten Staaten ohne Bezugnahme auf die Zustimmung der Regierten zu regieren.«<sup>21</sup>

Es wäre eine völlig falsche Vorstellung, davon auszugehen, dass hier eine Gruppe älterer Herrschaften sich in einem abgelegenen Hotel trifft und mal eben die Zukunft der Welt bespricht. Es sind Netzwerke einflussreicher und oft durchaus dezenter Menschen, die eher im Hintergrund agieren als auf der großen Bühne. Deren Mitglieder und Gruppierungen bekämpfen sich in vielen Angelegenheiten gegenseitig bis aufs Messer, während sie in anderen Zusammenhängen wiederum am gleichen Strang ziehen. In den

seltensten Fällen sind es jene vermeintlich mächtigen, reichen und lauten Personen, von denen wir es glauben, die wirklich entscheiden. Gehen Sie davon aus, dass in den USA niemand Präsident wird, hinter dem nicht ein großer Teil dieser mächtigen Netzwerke steht. Ein anderer mächtiger Teil mag hinter Hillary Clinton gestanden haben und versucht haben, seine Kandidatin auf den Thron zu bugsieren. Die Auswirkungen der Machtkämpfe hinter den Kulissen erleben wir als staunendes Publikum dann in skurrilen täglichen Geschehnissen und Medienmeldungen.

Es war kein Geringerer als Präsident Dwight D. Eisenhower, der in einer Phase, als diese Machtzirkel, die sich Jahrzehnte zuvor gebildet hatten, nun ihre Macht festigten und ihren Einfluss ausdehnten, eine bis heute prophetische Rede an die Nation hielt. Er war während des Zweiten Weltkrieges Oberkommandierender der alliierten Streitkräfte gewesen und konnte dabei das Ränkespiel der Machtzirkel hautnah erleben. Am 17. Januar 1961 sagte er in seiner Abschiedsrede als Präsident (»Farewell Address«) prophetische Worte, deren Erfüllung wir in ihren vollen Ausmaßen heute erleben:

*»In den Gremien der Regierung müssen wir uns verwahren gegen die Inbesitznahme einer unbefugten Einmischung, ob angefragt oder nicht, durch den militärisch-industriellen Komplex. Das Potenzial für die katastrophale Zunahme unbefugter Macht besteht und wird weiterbestehen. Wir dürfen niemals zulassen, dass das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten oder unseren demokratischen Prozess bedroht. Nur eine wache und kluge Bürgerschaft kann das richtige Zusammenwirken der gewaltigen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, sodass Sicherheit und Freiheit miteinander gedeihen mögen.«<sup>22</sup>*

Eisenhower benannte dabei nur eines von vielen Netzwerken der Macht, die hinter den Kulissen immer mehr Einfluss gewonnen haben und diese heute in faszinierender Perfektion ausspielen. Die Bürgerschaft war offensichtlich nicht wach und klug genug

gewesen, das von Eisenhower eingeforderte Gleichgewicht zu erzwingen. Die Zivilgesellschaft hat in den entscheidenden Jahren versagt.

## Russlands Einfluss auf die US-Wahl?

Dieses Versagen der Zivilgesellschaft zeigte sich exemplarisch bei der letzten Präsidentenwahl in den USA. In diesem Zusammenhang ist die von Idealisten - oder Ideologen - verbreitete Vorstellung, die Wahl eines amerikanischen Präsidenten sei die Wahl des »Besten aus dem Volk durch das Volk«, ebenso naiv wie die Behauptung, die »Russen« oder gar Putin selbst hätten Trump zum US-Präsidenten gemacht.

Man stelle sich das einmal in Ruhe vor: Das mächtigste Land der Welt, das Land mit den besten und größten Geheimdiensten der Welt, das über die größte Militärmacht der Geschichte verfügt und in dem wenige Personen über die komplette Medienlandschaft herrschen, ein Land, das zum Mars fliegt und weiß der Henker was noch alles tut, erklärt von sich selbst, es sei nicht in der Lage, eine Präsidentschaftswahl durchzuführen, bei der die Wahlautomaten nicht manipulierbar seien. Man will uns erzählen, russische Internetaktivisten hätten mit gekauften Facebook-Anzeigen - im Wert von 100.000 US-Dollar!!!<sup>23</sup> - die Wahl des amerikanischen Präsidenten beeinflusst.

Um den Unterhaltungswert dieser Idee noch zu steigern, sollten wir uns klarmachen, dass allein schon die US-Waffenlobby das Dreihundertfache dieser Summe - nämlich 30 Millionen Dollar - für Wahlwerbung pro Trump ausgegeben hat.<sup>24</sup> Das hat sich allemal gelohnt. Denn nur wenige Monate nach der Wahl hielt Trump als erster Präsident seit dreißig Jahren eine Rede vor der National Rifle Association mit den Worten: »Ihr habt einen Freund im Weißen Haus! ... Der Angriff auf eure Freiheit ist zu einem krachenden Ende gekommen.«<sup>25</sup>

Machen wir uns außerdem klar, dass ein Casino-Mogul namens Sheldon Adelson allein 25 Millionen US-Dollar für Trumps Wahlkampf gegen Clinton ausgegeben hat, wobei es kein Geheimnis ist, dass zu dessen größten Wünschen seit Langem die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem gehört. Wer sich also noch wundert, warum Trump ohne ersichtlichen Grund um ein Haar eine dritte Intifada in der arabischen Welt auslöste, indem er zum Erstaunen der Welt ein Jahr nach seiner Wahl ohne jede Not die Verlegung der amerikanischen Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem ankündigte, der sollte einen Blick auf seine Spenderliste werfen.<sup>26</sup>

Wie käuflich Politik in den USA ist, zeigt sich auch in zahlreichen Einzelfällen wie dem neuen amerikanischen Botschafter bei der EU. Mit Gordon Sondland wurde ein Hotelmagnat mit einem Botschafterposten belohnt, der zuvor eine Million Dollar an jenes Komitee spendete, das die Feierlichkeiten zu Trumps Amtsantritt organisierte.<sup>27</sup>

Machen wir uns schließlich klar, dass die Summe, die beide Lager des US-Wahlkampfes eingesetzt haben, bei schwindelerregenden 2,17 Milliarden US-Dollar liegt. Und jetzt lesen wir noch einmal die Geschichte vom blauen Pferd, wie es russischen Aktivisten mit dem Einsatz von 100.000 US-Dollar oder 0,00005 Prozent des Trump-Wahlbudgets gelang, den amerikanischen Präsidenten zu bestimmen.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass die USA für eigene politische Einflussnahme auf andere souveräne Staaten noch deutlich mehr Geld ausgeben als für ihren eigenen Wahlkampf. So sollen die USA über fünf Milliarden US-Dollar (das Doppelte des letzten US-Wahlkampfes) für den Regimewechsel in der Ukraine ausgegeben haben. Das bestätigte zumindest Victoria («Fuck the EU») Nuland ausgerechnet in einer Rede auf einer vom Ölkonzern Chevron gesponserten Veranstaltung. Sie war immerhin Sprecherin des US-Außenministeriums, sollte es also wissen.<sup>28</sup>

Es ist schon beeindruckend, mit welcher Frechheit der Westen hier operiert: 100.000 US-Dollar zur Wahlbeeinflussung in den

USA? »Da wird der Russe sich aber warm anziehen müssen. Sanktionen sind das Mindeste, vielleicht ziehen wir auch gleich die Truppen an der russischen Grenze zusammen.« Fünf Milliarden zum Umsturz einer Regierung in der Ukraine? »Da soll der Russe sich mal nicht so anstellen! Und dann will der auch noch die Krim behalten, ja geht's noch?«

Der Versuch, Wahlen, Regierungen und Oppositionsgruppen in anderen Ländern zu beeinflussen, ist so alt wie Länder, Wahlen, Regierungen und Oppositionsgruppen selbst. Je mächtiger ein Land ist, umso mehr Aufwand betreibt es, um die Entwicklungen in anderen Ländern zu beeinflussen und gleichzeitig Einflussnahmen im eigenen Land zu verhindern. Sich dies gegenseitig vorzuwerfen ist genauso albern wie der Vorwurf der Spionage. Jeder spioniert bei jedem. Wer mit dem Zeigefinger auf andere deutet, deutet mit drei Fingern der gleichen Hand auf sich selbst. Hat Russland versucht, Einfluss auf die amerikanische Öffentlichkeit zu nehmen? Ganz bestimmt. So wie die USA alles versuchen, um die russische Öffentlichkeit bei den Präsidentenwahlen in Moskau zu beeinflussen. Reicht das, um hier wie dort die Wahl zu entscheiden? Wohl kaum.

Wie muss man diese Einflussnahmen auf die freien und demokratischen Wahlen - ob hier oder im Ausland - überhaupt einschätzen, und wie frei und demokratisch sind solche Wahlen eigentlich?



## II. Die Macht der Plutokraten

### Demokratie – Plutokratie – Kleptokratie

An dieser Stelle möchte ich Ihnen einen der großen Wegbereiter der europäischen Union vorstellen. Die wenigsten Bürger kennen ihn, dabei ist er ein ausgesprochen interessanter Vordenker unserer heutigen Politiker, einer, der die aktuellen Entwicklungen nicht nur vorhergesehen, sondern maßgeblich angestoßen hat. Graf Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi wurde 1894 in Japan als Sohn des damaligen Botschafters der österreichisch-ungarischen Monarchie geboren und war der Spross einer Adelsdynastie in lückenloser Abstammung seit dem Kreuzzug von 1099.

Er schuf in den 1920er-Jahren mit seiner Idee, eine »Paneuropa-Union« zu gründen und so künftige Kriege zu verhindern, die geistige Grundlage für die heutige Europäische Union. Der Bankier Max Warburg war mit einer Spende in Höhe von mehreren 10.000 Goldmark einer der Ersten, die diese Idee und die Gründung einer Paneuropa-Fördergesellschaft unterstützten.<sup>29</sup>

Schon der erste Paneuropa-Kongress 1926 in Wien, an dem zweitausend Personen aus 24 Nationen teilnahmen, wurde mit Beethovens »Ode an die Freude« aus dessen Neunter Symphonie eröffnet, die bis heute die Hymne der Europäischen Union ist. Diesem Kongress folgte der Ausbau mit der Gründung von Büros in zahlreichen europäischen Städten von Spanien bis Lettland. Leiter des Komitees in Deutschland wurde der spätere Reichspräsident Paul Löbe, Mitglieder waren Männer wie Konrad Adenauer, Albert Einstein und Thomas Mann. Interessant, dass Coudenhove-Kalergis Konzept

für Europa die Briten gar nicht als Teil dieses Europas vorsah. Da muss man beim Gedanken an den Brexit doch wieder schmunzeln.

Mit dem Zweiten Weltkrieg wurde die Entwicklung auf Eis gelegt, aber schon 1947 gründete Coudenhove-Kalergi die Europäische Parlamentarier-Union. Auch hier mit an Bord: Konrad Adenauer. 1950 wurde Coudenhove-Kalergi für seine Leistungen auf dem Gebiet der europäischen Einigung als erster Preisträger mit dem Karlspreis der Stadt Aachen ausgezeichnet. 1967 wurde die Zentrale der Paneuropa-Union nach Brüssel verlegt, und im Mai 1972 erhielt Coudenhove-Kalergi das große Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland. Ich stelle ihn an dieser Stelle so ausführlich vor, da ich im weiteren Verlauf immer wieder auf seine Ausführungen, Prognosen und Konzepte eingehen werde, die offenkundig bis heute die Entwicklung Europas beeinflussen oder sie zumindest prognostiziert haben. Er ist eine Person, die man sehr ernst nehmen muss.

Immer wieder stößt man bei Recherchen auf einzelne Zitate Coudenhove-Kalergis, mit denen seine angeblich sinisteren Pläne für eine »Umvolkung Europas« und die »Versklavung seiner Menschen« bewiesen werden sollen - was ich nach Studium seiner vollständigen Texte für haarsträubenden Unfug halte. Leider werden diese Zitate wie so oft völlig aus dem Zusammenhang gerissen.

Ohnehin sollten Sie gerade in den heutigen Zeiten eines Informationskrieges höchste Vorsicht bei der Quellenbeurteilung walten lassen. Die Methode des Aus-dem-Zusammenhang-Reißens ist eine der einfachsten und effektivsten Möglichkeiten, Fakten zu verfälschen. Der Zitierte hat das im Zweifel wirklich so gesagt, nur in einem völlig anderen Zusammenhang.

Ein anderes Beispiel: Vielleicht kennen Sie die im Internet oft verbreitete Rede von John F. Kennedy, in der er angeblich vor massivem Einfluss auf die Medien durch geheime Machtzirkel warnt. Dieser Redeausschnitt wurde im Internet unzählige Male aufbereitet, um zu zeigen, dass Kennedy den geheimen Machtzirkeln der USA auf der Spur war und vor ihnen warnte. Wenn Sie sich aber

einmal den zeitlichen Zusammenhang dieser Rede, deren Anlass und vor allem den gesamten Redetext im Original ansehen, dann fällt das Konstrukt vollständig in sich zusammen. Es ist nämlich eine Rede gegen den - wie Kennedy meinte - zunehmenden Einfluss Russlands und der Kommunisten auf die amerikanische Öffentlichkeit.

JFK warnte in seiner Rede nicht, wie oft behauptet, vor falscher Geheimhaltung vor der Öffentlichkeit, sondern machte genau das Gegenteil: Er rief die amerikanischen Medien auf, mehr Geheimhaltung zu üben, um dem politischen Gegner in Russland nicht zu viele Informationen über amerikanische Regierungs- und Machtinterna zu verraten. Machen Sie sich gerne selbst ein Bild, indem Sie sich einmal den gut gewählten Ausschnitt<sup>30</sup> ansehen und danach das Ganze im Originalzusammenhang.<sup>31</sup> Hier spricht sich JFK keinesfalls für mehr freie Presse aus, sondern fordert im Gegenteil die Presse dazu auf, bei jedem Artikel darüber nachzudenken, ob er wirklich sein müsse und ob er im Interesse der nationalen Sicherheit sei. (Im Übrigen halten das heutige Regierungen genauso, nur eben nicht in offiziellen Ansprachen, sondern im kleinen Kreis mit den Besitzern der Zeitungen und deren Chefredakteuren.)

Probieren Sie es doch einmal selbst und zitieren Sie von dem folgenden Text nur den ersten Satz: »Die freie Presse ist unantastbar, und ich möchte die freie Presse auf keinen Fall einschränken. Aber Sie sollten stets überlegen, ob Sie damit nicht die Sicherheit des amerikanischen Staates und seines Volkes gefährden. Daher sollten Sie nur berichten, was unbedingt notwendig ist, sonst müssen wir andere Maßnahmen ergreifen, um uns zu schützen!« Und schon verbreiten Sie die genau gegenteilige Aussage des eigentlich Geäußerten.

Sie sehen, dass Verfälschung von Fakten und Zusammenhängen nicht nur von den eigentlichen Machteliten zur Festigung ihrer Macht betrieben wird, sondern leider auch von wohlmeinenden politischen Aktivisten, die glauben, der Zweck heilige die Mittel. Doch damit bewirken sie nur das Gegenteil, da nun auch jede

wahre Geschichte zunächst als möglicherweise verfälscht wahrgenommen wird. Nicht umsonst besagt ein altes deutsches Sprichwort »Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, und wenn er auch die Wahrheit spricht.« So bleibt uns, die wir nicht in Schwarz und Weiß denken und der Realität möglichst nahekommen wollen, nichts anderes übrig, als jede Quelle stets so weit wie möglich bis auf das Original zurückzuverfolgen.

In ihrer vollständigen Originalfassung ergeben auch die Zitate und Aussagen Coudenhove-Kalergis plötzlich einen völlig anderen Sinn. Das bedeutet nicht, dass man seine Einschätzungen deshalb teilen muss, aber sie sind offenkundig von großer Faszination und Tragweite bis in unsere heutige Zeit und vermutlich auch für die weitere Zukunft. Ich werde im weiteren Buchverlauf immer wieder darauf eingehen. Bis heute wird übrigens von einer Stiftung in seinem Namen eine hohe Auszeichnung, der Europapreis, vergeben, zu dessen Preisträgern auch Helmut Kohl (1990) und Angela Merkel (2010) gehören.<sup>32</sup>

Zunächst liefert uns Coudenhove-Kalergi in seinem Standardwerk *Praktischer Idealismus* von 1925 - Sie finden eine digitalisierte Version im Internet unter Archive.org - aus aristokratischer Sicht eine faszinierend klare und nüchtern analysierende Einschätzung der Regierungssysteme unserer Epoche. Er teilt die Menschheitsgeschichte diesbezüglich in drei Zeitabschnitte ein. In vergangenen Jahrhunderten dominierte ja der Adel das Weltgeschehen, und die Aristokratie (»Herrschaft der Vornehmsten«) des Blutes entschied weltweit über Wohl und Wehe der Menschheit. Darum ist es auch nicht verwunderlich, dass ein Aristokrat wie Coudenhove-Kalergi in diesem Herrschaftssystem etwas durchaus Vorteilhaftes sah. Trotz der aus unserem heutigen Demokratieverständnis resultierenden Anstößigkeit sind CKs Argumente jedoch durchaus bedenkenswert.

Denn klar ist: Um ein wie auch immer geartetes Volksgebilde, zum Beispiel einen Staat, zu organisieren und dessen innere und äußere Machtverflechtungen in Balance zu halten, benötigen

Herrscher ein gutes Verständnis der Zusammenhänge, Kenntnis der einflussreichen Spieler und deren Motivationen und nicht zuletzt eine große Portion strategisch-diplomatischen Instinkt. Darum kann man sich gut vorstellen, dass ein junger Mann, der von klein auf in einer Herrscherdynastie aufwächst, in welcher seit Jahrhunderten und über Generationen diese politischen Instinkte kultiviert und weitergegeben wurden, eher in der Lage ist, den Laden auch künftig zusammenzuhalten, als jemand, der als Bauernsohn aufgewachsen ist und mit Anfang zwanzig auf die Idee kommt: »Ich regiere jetzt mal das Land.«

Das bedeutet nicht, dass dies unmöglich wäre, und ebenfalls nicht, dass jeder Königssohn ein guter Regent würde. Wir reden auch gar nicht davon, dass die meisten Aristokraten sich in der Regel um ihr eigenes Wohl und nicht ansatzweise um das der niederen Schichten kümmerten. Ganz im Gegenteil. Diese Schichten wurden ausgebeutet und in sinnlosen Kriegen um hoheitliche Kränkungen oder Ränkespiele zu Millionen auf den Schlachtfeldern verheizt. Dieses System musste auf dem Entwicklungspfad der Menschheit eines Tages zwangsläufig sein Ende finden - was auch der Aristokrat Coudenhove-Kalergi genau so analysierte.

In seinem Buch *Praktischer Idealismus* gibt er uns einen Einblick, wie er sich die ferne Zukunft der Menschheit vorstellt. Hier wird es sehr interessant, denn wenn man die Skepsis gegen seine Person hintanstellt und sich auf seine Aussagen beschränkt, ist sein Zukunftsideal eines, das wir als ideale Welt durchaus anstreben können. Er sieht in einer fernen Zukunft eine Regierungsform, die er die Aristokratie der Edelsten nennt - nicht der Edelsten des Blutes, sondern der Edelsten des Geistes und der Ethik. Eine Zeit, in der die Klügsten, Weisesten und ethisch Untadeligsten die Entscheidungen nicht mehr zugunsten kleiner Eliten, sondern für die Gesamtheit der Gesellschaft treffen - ein Idealbild, das ich teile. Die Gegenwart zwischen diesen beiden Epochen beschreibt er sehr nüchtern und unemotional als eine keineswegs ideale, aber notwendige Übergangszeit, da der Mensch einfach noch nicht jene Entwicklungsstufe erklommen habe.

Hier wird es Zeit, ihn direkt zu zitieren:

*»Bei dem Tiefstand des Blut- und Geistesadels war es nicht zu verwundern, dass eine dritte Menschenklasse provisorisch die Macht an sich riss: die Plutokratie. Die Verfassungsform, die Feudalismus und Absolutismus ablöste, war demokratisch; die Herrschaftsform plutokratisch. Heute ist Demokratie Fassade der Plutokratie: weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen die nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. In republikanischen wie in monarchischen Demokratien sind die Staatsmänner Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung die Wähler, durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen die Minister.*

*An die Stelle der feudalen Gesellschaftsstruktur ist die plutokratische getreten: nicht mehr die Geburt ist maßgebend für die soziale Stellung, sondern das Einkommen. Die Plutokratie von heute ist mächtiger als die Aristokratie von gestern: denn niemand steht über ihr als der Staat, der ihr Werkzeug und Helfershelfer ist.«<sup>33</sup>*

Das muss man erst einmal wirken lassen. Einer der geistigen Gründungsvater der Europäischen Union, der erste Träger des Karlspreises, zudem ausgezeichnet mit dem großen Verdienstkreuz mit Stern der Bundesrepublik Deutschland, erklärt unsere Vorstellung, in einer Demokratie zu leben, in der die Menschen durch freie Wahlen entscheiden, wohin die Reise geht, zur erwünschten Trugvorstellung. Statt in einer Demokratie, in der die Mehrheit nach freiem Willen entscheidet, leben wir laut Coudenhove-Kalergi in einer Plutokratie, in der jene entscheiden, die über das meiste Geld verfügen. Damit die Menschen das nicht so merken, hat man diesem System - das Coudenhove-Kalergi im Folgenden durchaus legitimiert - eine Scheindemokratie als Fassade vorangestellt, damit die Masse zufrieden ist und glaubt, sie würde tatsächlich etwas entscheiden.

Dieses System sieht er zwar nicht als ideal an, aber im Rahmen der derzeitigen Möglichkeiten als das bessere Übel. Einerseits

schockierend, da es unser gelerntes und medial immer wieder beschworenes Bild von der guten Demokratie, dem Volk als »Souverän« und dem Politiker als oberstem Diener seines Volkes, als Trugbild identifiziert. Andererseits deckt es sich doch genau mit dem, was wir seit Jahrzehnten jeden Tag beobachten und erleben - von der Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan über die Zulassung des Umweltgiftes Glyphosat, die Verhandlungen über TTIP und CETA bis zur Öffnung der Grenzen im Jahr 2015. Die Liste, anhand derer klar wird, dass nicht der Wille des Volkes umgesetzt wird, ließe sich bis zum Ende des Buches weiterführen.

Wenn es also nicht der Wille des Volkes ist, wessen Wille wird dann umgesetzt!? Genau darauf gab Coudenhove-Kalergi schon vor fast hundert Jahren die Antwort. Wir sahen es, wir ahnten es, spätestens jetzt sollten wir es auch wissen. Lebten wir wirklich in einer Demokratie, in der - wie es immer so schön heißt - der Wille des Volkes umgesetzt wird, warum gibt es dann in keinem demokratischen Land der Erde - mit Ausnahme der Schweiz, dem einzigen wirklich weitgehend demokratischen Staatswesen - regelmäßige Volksentscheide oder zumindest Volksabstimmungen zu den großen Themen, die das Volk bewegen und betreffen? Das wird durch Coudenhove-Kalergi völlig klar. Das Volk HAT nichts zu entscheiden. Es darf wählen, aber auch nur, weil Wahlen genau jene Fassade sind, die CK als »nominelle« Demokratie bezeichnet - ich selbst verwende lieber den klareren Begriff »Scheindemokratie«. Hier gibt es keine großen Wunder oder völlig überraschenden Entwicklungen.

Haben Wahlen also gar keine Auswirkung? Sind es tatsächlich bunte Knöpfe, die man voller Staatsbürgerstolz alle paar Jahre drückt, die aber hinter der Fassade nirgends angeschlossen sind? Ganz so fatalistisch darf man es auch nicht sehen, denn einen gewissen Einfluss haben diese Wahlen schon, wenn auch längst nicht in jenem Umfang, wie es weithin angenommen und propagiert wird. Wahlen haben einen großen Einfluss auf Hunderte Abgeordnete in Land- und Bundesparlamenten. Ihr Job, ihr Ansehen und

ihr Einkommen hängen von diesen Wahlen ab. Sie sind also stets bemüht, dem Bürger das Gefühl zu geben, seine Anliegen ernst zu nehmen. Dass das am Ende in großem Gegensatz zur tatsächlichen Politik steht, die der kleine Abgeordnete gar nicht zu verantworten hat, die eben hinter den Kulissen stattfindet, das wird ihm vor jeder Wahl an den Wahlwerbeständen vor dem Supermarkt um die Ohren gehauen. Und da ihm das unangenehm und seine Wiederwahl gefährdet ist, wird er versuchen, so weit wie möglich auf die wirklichen Entscheider einzuwirken, dass sie die Wähler nicht ganz so stark vor den Kopf stoßen und vielleicht doch ein bisschen mehr Rücksicht nehmen. An der einen oder anderen Stelle mag das dann auch mäßigende Wirkung haben. Ohne diese zumindest leichte Kontrollfunktion der Scheindemokratie wäre die Plutokratie längst viel radikaler, aber die Bürger auf der Straße vielleicht auch schon viel aggressiver.

Coudenhove-Kalergi erläutert auch gleich, warum bei allen Mängeln eine Plutokratie gewisse Vorteile habe: Wer eine große Firma aufgebaut habe, wer es geschafft habe, ein Vermögen anzuhäufen, und wer Netzwerke der Macht knüpfen könne, der besitze eher gewisse Fähigkeiten, Intelligenz und ein Verständnis für die Zusammenhänge größerer komplexer Themen als jemand, der seine Zeit mit Playstation oder »Dschungelcamp« verbringt. Daher sei es durchaus besser, wenn diese »Eliten« über die großen Themen entschieden als die Masse der Bevölkerung. Sie seien vielleicht eher in der Lage, weit vorausschauende und somit langfristige Konzepte zu entwickeln und Entscheidungen zu treffen, als jemand, der nur sein eigenes kurzfristiges Wohl im Blick habe.

Ist man hier im ersten Moment vielleicht geneigt zuzustimmen, so fallen einem im nächsten Moment jedoch unzählige Gegenbeispiele ein, wo diese »Eliten« genau das Gegenteil tun. Hier kommt hinzu, dass wir längst nicht mehr »nur« von einer Plutokratie sprechen, in der zwar die ErfolgREICHSTEN die Geschicke lenken, dies aber auch im Sinne der Gesamtgesellschaft tun.

## Auf dem Weg in die Kleptokratie

Längst sind wir auf dem Weg zur nächsten Stufe, der Kleptokratie, der Herrschaft der Plünderer. Dies ist eine Herrschaftsform, in der die Reichen und somit Mächtigen ihre Macht ausschließlich zum eigenen Vorteil nutzen, sich auf Kosten der Allgemeinheit schamlos bereichern und, da sie keine Gegenwehr erfahren, dies immer unverhohlener tun. Mit jedem Jahr, in dem ihre Macht und ihr Einfluss wachsen, in dem sie mehr Möglichkeiten entwickeln, die Massen ruhigzustellen, wird es einfacher, sich immer schamloser selbst zu bedienen. Wir erleben es in vielen Meldungen, die man sich in dieser Frechheit vor Jahren noch nicht hätte vorstellen können. Wenn ein Multimilliardär Trump zum US-Präsidenten wird und als wichtigste, von allen Plutokraten geforderte Entscheidung eine Steuersenkung für sich und diese Gruppierung von 35 Prozent auf 21 Prozent beschließt, deren Lasten nahezu komplett auf die Rechnung der einfachen Bürger gehen, denen dadurch höhere Staatsschulden und Kürzungen der staatlichen Leistungen für das Gemeinwohl aufgebürdet werden, ist das kaum mehr zu ertragen.

In einer wissenschaftlichen Untersuchung haben die Professoren Martin Gilens (Princeton University) und Benjamin Page (Northwestern University) die Interessenlage bei über 1700 Themen und Entscheidungen der US-Politik der Jahre 1981 bis 2002 detailliert untersucht und festgestellt, dass die Interessen der breiten Massen dabei meistens ignoriert, die Wünsche der reichen Eliten aber sehr oft in Gesetze gegossen wurden.<sup>34</sup> Bei Angelegenheiten, die die öffentliche Meinung erregten und Veränderung forderten, blieb es zumeist bei Rhetorik und Versprechungen, die am Ende nicht umgesetzt wurden. Diese Studie kommt auf statistisch-wissenschaftlichem Wege zu einem Ergebnis, das uns auch die tägliche Wahrnehmung immer wieder bietet: Die Interessen der unteren neunzig Prozent in den USA haben keinerlei Auswirkung auf die Gesetzgebung oder Staatsführung. Ich sehe keinen Grund für die Annahme, dass dies in Europa anders sein sollte.

Der ehemalige Gesundheitsminister Horst Seehofer sagte in einem ZDF-Interview auf die Frage:

*»Heißt das dann, dass die Pharmedia wirklich so stark war gegen die Politik und Sie quasi dann zurückziehen mussten?«*

*»Ja. Das ist so seit dreißig Jahren bis zur Stunde, dass sinnvolle strukturelle Veränderungen, auch im Sinne von mehr sozialer Marktwirtschaft im deutschen Gesundheitswesen, nicht möglich sind wegen des Widerstandes der Lobbyverbände... Ich kann Ihnen nur beschreiben, dass es so ist und dass es so abläuft. Und zwar sehr wirksam.«<sup>35</sup>*

In einem späteren Interview als bayrischer Ministerpräsident traf er die verblüffend ehrliche Aussage:

*»Diejenigen, die entscheiden, sind nicht gewählt, und diejenigen, die gewählt werden, haben nichts zu entscheiden!«<sup>36</sup>* Da bleiben keine Fragen offen.

Hier geschieht noch nicht einmal etwas Illegales. Das Ganze ist vollkommen im Einklang mit den Gesetzen, die man über die vergangenen Jahrzehnte genau dafür geschaffen hat. Meilensteine in den USA waren das skandalöse »Citizens United Urteil« von 2010<sup>37</sup> und das McCutcheon-Urteil von 2014.<sup>38</sup> Bis dahin gab es ein gesetzliches Verbot jeglicher Wahlkampfwerbung von Firmen, zum Schluss wenigstens noch eine Beschränkung der Summen. Doch diese Verbote hob der Oberste Gerichtshof auf, und seitdem gibt es so gut wie keine Beschränkung mehr, in welchem Umfang Unternehmen, Lobbygruppen oder Einzelpersonen mit großen Vermögen, offen oder verdeckt, Einfluss auf die Wahlen nehmen können. Ein durch und durch korruptes System, das durch immer mehr Macht immer mehr Macht generiert und die Interessen der weniger Einflussreichen - also neunzig Prozent der Bevölkerung - vollkommen belanglos macht.

Als wolle man das Thema in seiner ganzen Skurrilität zeigen, diese neunzig Prozent öffentlich verhöhnen und ihnen auch noch die Brotkrumen abknöpfen, die versehentlich vom vollen Tisch gefallen sind, schlägt die Regierung Trump, die - wir erinnern uns - gerade die Unternehmenssteuern von 35 Prozent auf 21 Prozent

gesenkt hatte, vor, dass Kellner ihr Trinkgeld zukünftig an den Arbeitgeber abzugeben haben und dieser nach freiem Ermessen darüber bestimmen darf, ob er es dann gnädig an die Mitarbeiter ausbezahlt oder doch lieber selbst behält. Denn auch davon - so die Regierungsvertreter - würden die Mitarbeiter schlussendlich ja profitieren - irgendwie.<sup>39</sup>

Zeitgleich wird bekannt, dass die 500 im »Bloomberg Milliardär Index« aufgeführten Einzelpersonen ihr Vermögen alleine im Jahr 2017 um 26 Prozent oder 1,1 Billionen US-Dollar auf nunmehr 5,3 Billionen US-Dollar gesteigert haben - und da ist das Trinkgeld der Kellner noch nicht eingerechnet.<sup>40</sup>

Dass sich mit so viel Geld nicht nur jeder nationale Politiker beeinflussen lässt, sondern dass auch ganz vorzüglich in die politische Entwicklung anderer Staaten und Gesellschaften rund um den Globus eingegriffen werden kann, zeigt George Soros, der auf Platz 195 des Bloomberg Index »abgerutscht« war, nachdem er in den letzten Jahren 18 Milliarden US-Dollar an seine »Open Society Foundation« gespendet hatte, deren erklärtes Ziel es ist, die politische Entwicklung vor allem in Mittel- und Osteuropa zu beeinflussen, und die unter dem Überbegriff »Demokratische Praxis und Menschenrechte« entsprechende Summen an wohlgesinnte Journalisten und Demonstrationsbewegungen ausschüttet. Schließlich sollen all diese Länder künftig auch in den Genuss der so erfolgreichen westlichen Plutokratie kommen.<sup>41</sup>

Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter kam in einem Interview 2015 im Zusammenhang mit den oben angesprochenen Gesetzesänderungen zur Wahlkampffinanzierung zu einer vernichtenden Analyse:

*»Jetzt ist [das politische System der USA] nur noch eine Oligarchie, in der unbegrenzte politische Bestechung das Wesen der Nominierung zum Präsidenten oder der Wahl zum Präsidenten ausmacht. Und das Gleiche gilt für die Gouverneure, US-Senatoren und Kongressabgeordneten. Jetzt haben wir gerade eine Subversion unseres politischen Systems erlebt, als Lohn für Großspender, die Gefälligkeiten für sich*

*selbst wollen, erwarten und manchmal auch bekommen, nachdem die Wahl vorbei ist.*<sup>42</sup>

So ist es auch nur folgerichtig, dass der neue US-Präsident Trump mit seinen Firmenimperien in höchstem Maße selbst von seiner Wahl profitiert. Das zeigt, wie ungeschminkt sich diese Kleptokratie heute gebärden kann, ohne Gegenwehr zu fürchten. War in der Vergangenheit die vorgelagerte Scheindemokratie zumindest noch ein gewisser Schutz vor allzu großer Gier der Plutokraten, so haben sie diese Schutzmechanismen inzwischen durch ihre Machterweiterung zur Bedeutungslosigkeit reduziert.

Rücktritte von Amtsinhabern, die früher bei allzu offensichtlichen Verstößen gegen das Gerechtigkeitsempfinden der Massen noch üblich waren, sind weitgehend verschwunden. Warum auch nicht? Bei jedem Skandal ereifern sich die Massen für ein oder zwei Tage, bevor das nächste Ablenkungsthema im großen Mahlstrom der Informationsflut die Aufmerksamkeit auf den Hintern der Kardashian-Schwestern oder die Finanzprobleme von Boris Becker lenkt. Einer der jüngsten Höhepunkte solcher Volksbeschwichtigung fiel in die Endphase des deutschen Bundestagswahlkampfes 2017, als es in den Medien nicht um Glyphosat oder Grenzöffnungen ging, sondern um folgende alles entscheidende Information: »Merkel verrät das Geheimnis ihrer Kartoffelsuppe - stampfen, nicht pürieren«, die über alle Medien liebevoll und in vielen Facetten verbreitet wurde.<sup>43</sup>

Lange Zeit war es üblich, dass die finanzstarken Gruppen Lobbyisten bezahlten, die mit Millionensummen Kampagnen finanzierten, um die Meinung der Politiker in ihre Richtung zu bewegen. Der nächste Schritt war, die Politiker indirekt zu korrumpieren - durch die Zusage großer Wahlkampfspenden, damit sie auch bei der nächsten Wahl ihren lukrativen Posten behalten könnten. Hierfür gibt es in den USA inzwischen, wie wir gesehen haben, keine Obergrenzen mehr. Schließlich folgte der nächste Schritt, Politiker direkt zu korrumpieren, indem man ihnen für die Phase nach ihrer Amtszeit hoch dotierte Posten in der jeweiligen Industrie anbot.

Natürlich lässt sich das in kaum einem Fall exakt beweisen, aber der gesunde Menschenverstand erlaubt dazu trotzdem eine klare Meinung. Beispiele gefällig?

José Barroso war Ministerpräsident Portugals, bevor er von 2004 bis 2014 EU-Kommissionspräsident wurde und dort als einer der großen Verfechter der umstrittenen TTIP-Verhandlungen mit den USA agierte.<sup>44</sup> 2016 taucht der Mann dann plötzlich als Lobbyist bei Goldman Sachs auf. Das kam bestimmt nicht, weil er sich während seiner Amtszeit bei dem Unternehmen unbeliebt gemacht hätte.<sup>45</sup>

Der Staatsminister im Kanzleramt, Eckhart von Klaeden, wurde Cheflobbyist bei Daimler, der Vize-Regierungssprecher Thomas Steg Cheflobbyist bei VW und der ehemalige Verkehrsminister Matthias Wissmann wurde direkt Präsident des Verbandes der Automobilindustrie. Nur wenige Monate nach seinem Ausscheiden als Bundesaußenminister wurde Sigmar Gabriel in den Verwaltungsrat des Zuggiganten Siemens Aistom berufen, für dessen Geschäfte er sich in seiner Zeit als Minister starkgemacht hatte.<sup>46</sup> Diese Beispiele von Personalrotationen mit Beigeschmack ließen sich endlos fortführen.

Der letzte, konsequenteste und kostengünstigste Schritt war es dann, die Politiker nicht mehr für sich gewinnen zu müssen, sondern die eigenen Leute direkt ins Amt zu bringen, indem man junge politisch Interessierte rechtzeitig in die eigenen Strukturen einband und förderte. Dann wurden sie in den Politikbetrieb geschickt, politisch und medial aufgebaut. Man züchtete somit seine eigenen künftigen Politiker, wie wir es exemplarisch beim derzeitigen französischen Präsidenten Macron beobachten, der, durch einflussreiche Gönner wie Rothschild aufgebaut, quasi aus dem Nichts zum französischen Präsidenten wurde.<sup>47</sup> Wer dem französischen Präsidenten ins Ohr flüstert, der entscheidet ganz wesentlich auch Europas Zukunft.

EZB-Chef Mario Draghi war Vizepräsident bei Goldman Sachs, da verwundert es wenig, dass seine heutige Politik den internationalen Banken große Freude bereitet.

In den USA hatte 2006 mit Henry Paulson der damalige Vorstandsvorsitzende von Goldman Sachs direkt das Amt des Finanzministers übernommen und danach in der nicht unerwarteten Krise 2008 sein eigenes Haus und das der Kollegen mit riesigen Steuermitteln unterstützt. Zugleich ließ er seinen Erzrivalen Lehman Brothers pleitegehen.<sup>48</sup> Wenn man eine beispielhafte Beschreibung des Begriffs »Kleptokratie« erfinden wollte, könnte sie nicht besser gewählt werden. Auch unter Trump wurde mit Steven Mnuchin ein hochrangiger Investmentbanker von Goldman Sachs zum Finanzminister ernannt.<sup>49</sup>

Auch diese Liste ließe sich endlos fortsetzen. Dass der neue Star am deutschen Politikerhimmel, Jens Spahn, der gerade zum Gesundheitsminister ernannt wurde, jahrelang als Lobbyist für die Pharmaindustrie engagiert war, sei dabei nur am Rande erwähnt, es wundert einen kaum noch etwas.<sup>50</sup> Es wird zur Gewohnheit.

Coudenhove-Kalergi erkannte bereits 1925: *»Indessen hüllt sich die neue Plutokratie in öde Geschmacklosigkeit und aufdringliche Hässlichkeit: ihr Reichtum wird unfruchtbar und abstoßend.*

*Die europäische Plutokratie vernachlässigt - im Gegensatz zur amerikanischen - ihre ethische Mission ebenso sehr wie ihre ästhetische: soziale Wohltäter großen Stiles sind ebenso spärlich wie Mäzene. Statt ihren Daseinszweck im sozialen Kapitalismus zu erblicken, in der Zusammenfassung des zersplitterten Volksvermögens zu großzügigen Werken schöpferischer Humanität - fühlen sich die Plutokraten in ihrer erdrückenden Mehrheit berechtigt, ihr Wohlleben verantwortungslos auf Masseneleud aufzubauen. Statt Treuhändler der Menschheit sind sie Ausbeuter, statt Führer Irreführer.*

*Durch diesen Mangel an ästhetischer und ethischer Kultur zieht sich die Plutokratie nicht nur den Hass, sondern auch die Verachtung der öffentlichen Meinung und ihrer geistigen Führer zu: da sie es nicht verstand, Adel zu werden, muss sie fallen.«<sup>51</sup>*

Und weiter:

*»In Europa haben nur zwei Menschenklassen die Voraussetzungen zum Glück: die Reichen, die alles tun und haben können, was sie wollen - und die Heiligen, die nicht mehr tun und haben wollen, als ihnen ihr Schicksal gewährt. Die Reichen erobern sich eine objektive Freiheit durch ihre Macht, Mitmenschen und Naturkräfte in Organe ihres Willens zu verwandeln - die Heiligen erobern sich eine subjektive Freiheit durch die Gleichgültigkeit, mit der sie irdischen Gütern gegenüberstehen. Der Reiche kann sich nach außen entfalten - der Heilige nach innen.*

*Alle übrigen Europäer sind Sklaven der Natur und der Gesellschaft: Zwangsarbeiter und Gefangene.«<sup>52</sup>*

Man kann es nicht oft genug betonen: Dies sind nicht die Worte von Karl Marx, sondern die eines hochdekorierten Wegbereiters der Europäischen Union.

## Zahnlose Medien

Lassen sich Plutokraten und Kleptokraten überhaupt noch kontrollieren, und wie steht es mit den viel beschworenen Kontrollinstanzen einer Demokratie? Die Medien, die vor Jahren wie Wadenbeißer Amtsinhaber und Plutokraten jagten und beaufsichtigten, sind inzwischen allzu oft zum willfährigen Instrument der Macht geworden. Einst waren sie noch einer der ohnehin wenigen Zähne in der Fassadendemokratie, die die Plutokratie ein wenig ärgern und beschränken konnten. Sie hatten die Macht, Dinge aufzudecken, die Massen zum Protest, zur gemeinsamen Gegenwehr anzustacheln. Die Angst vor öffentlicher Berichterstattung und einem aufbegehrenden Mob verhinderte in der Vergangenheit manche Eskapade. Absolut nachvollziehbar, dass dieser Zahn möglichst bald geschliffen werden sollte.

Wie diese »Kastration« der Medien vonstattenging, ist einfach zu verstehen. Mit dem Aufkommen des Internets und dem kosten-

losen Zugang zu Medieninhalten begann der dramatische Abstieg zahlreicher Medien vom Kontrolleur der Macht zu deren Lakai.

Es ist zu leicht, die einzelnen Journalisten dafür verantwortlich zu machen, daher schauen wir ein wenig auf die Zusammenhänge. Niemand wird Journalist mit dem Ziel, sich den Mächtigen anzudienen. Ganz im Gegenteil. Die meisten Journalisten, die ich kenne, sind einmal mit den edelsten Vorstellungen, die Welt verändern zu wollen und das Schlechte anzuprangern, in den Beruf gestartet. Sehr viele bemühen sich auch heute noch darum. Aber mit den kostenlosen Informationen im Internet gab es für die meisten Leser keinen Grund mehr, Geld für Informationen zu bezahlen. Journalistische Inhalte wurden »wertlos«, Zeitungen verloren in großer Zahl Abonnenten.<sup>53</sup> Je weniger Leser eine Zeitung hat, umso weniger Geld bekommt sie auch für eine Werbeanzeige. Die Verlage konnten sich ihre großen Redaktionen und Journalisten kaum mehr leisten. Ganz besonders nicht die investigativen Journalisten.

Es geht im schnelllebigen Internet nicht mehr darum, die am besten recherchierte Story zu haben, sondern darum, irgendeine Meldung, die möglichst viele Klicks bringt, schneller zu bringen als alle anderen. Ein Sexskandal, ein Fußballaufreger, ein polemischer Tweet eines Donald Trump - Hauptsache, man hat es zuerst online (zur Not auch mit Tippfehlern) und somit die meisten Klicks, denn für jeden Klick gibt es ein paar Cent von der Werbeindustrie. Paid Content - also Inhalt, für den der eigentliche Nutzer, der Leser, bezahlt - war auf einmal out, es gab nur noch Werbeklickgelder. Und diese Werbung wird von jenen Konzernen geschaltet, die den Plutokraten gehören.

Zehn schnelle Meldungen bringen mehr Klicks als ein langer tiefgründiger Artikel. Dazu muss ein investigativer Journalist Wochen oder Monate recherchieren und Kosten verursachen, um am Ende eine einzige Nachricht zu haben. In der gleichen Zeit hätte er Hunderte Meldungen verfassen können, die insgesamt ein Vielfaches der Klicks und somit des Ertrages gebracht hätten.

Man stelle sich vor, dieser investigative Journalist hat dann auch noch in diesen vielen Monaten der »Zeitverschwendung« einen Skandal über einen großen Industriekonzern oder einen Politiker aufgedeckt, der von dieser oder jener Lobby gefördert wird. Spätestens dann hätte ihn der Chefredakteur zu einem freundlichen Gespräch nach Feierabend gebeten, das dann etwa so abläuft: »Wow, da hast du aber eine tolle Story ausgegraben. Aber mal ehrlich, das interessiert doch niemanden wirklich. Das machen die doch schon immer so. Weißt du eigentlich, dass dieses Unternehmen für zehn Prozent unserer Werbeeinnahmen verantwortlich ist?... Ja klar haben wir Pressefreiheit und einen Auftrag ... aber dir ist schon klar, dass wir finanziell mit dem Rücken zur Wand stehen und auch nächsten Monat wieder die Redaktion verkleinern müssen!?... Wie viele Artikel hattest du im letzten Quartal... ach nur zwei, weil du für diesen Artikel hier recherchieren musstest ... Das verstehe ich ja, aber ich muss auch betriebswirtschaftlich denken. Was nutzt es uns und der Pressefreiheit, wenn ich deinen Artikel bringe, wir aber dann bald den Laden schließen müssen und gar nichts mehr veröffentlichen können? ... Ich wusste ja, du verstehst das. Hast ja auch selbst Familie und noch ein Haus abzubezahlen, soweit ich weiß? Prima, dann sind wir uns ja einig. Mach doch mal wieder was über russische Hacker.«<sup>54</sup>

Das kostenlose Internetangebot hat die Krise des unabhängigen Journalismus und somit das Ende eines der wichtigsten Kontrollmechanismen dieser demokratisch ein wenig eingedämmten Plutokratie stark befördert. Die kleinen, unabhängigen Medien verschwinden, und übrig bleiben wenige Medienkonzerne, die im Besitz eben jener Plutokraten sind, die eigentlich kontrolliert werden sollten.

Selbst die Bundeszentrale für politische Bildung berichtete bereits 2008, dass neunzig Prozent des amerikanischen Medienmarktes (1800 Fernsehsender, 15.000 Radiosender, 10.000 Zeitungen) von fünf großen Medienkonzernen beherrscht werden.<sup>55</sup> Anfang der 1980er-Jahre waren es noch über fünfzig Medienkonzerne,

inzwischen sind es nur noch fünf. Hier zeigt sich, wie schnell sich die Macht konzentriert hat. Fünfzig Medienkonzerne und ihre Inhalte zu kontrollieren ... schwierig. Aber fünf!? Ein Kinderspiel. In der deutschen Medienlandschaft sieht das übrigens auch nicht viel anders aus, wie der begnadete Kabarettist Volker Pispers auf traurige wie humorvolle Weise dargelegt hat.<sup>56</sup>

Dass es dann zu einer Hofberichterstattung kommt, die nichts mehr mit freiem und investigativem Journalismus zu tun hat, erklärt sich von selbst. Ganz im Gegenteil werden diese Medien nun eingesetzt, um die »Feinde der Plutokratie« zu jagen, zu diffamieren und somit die Macht unangreifbarer zu machen.

Journalisten, die es wagen, sich dagegen zu stellen, müssen um ihren Job fürchten. Da in allen Redaktionen, die nicht von großen Konzernen querfinanziert werden, Jobs gestrichen werden, bleibt kaum eine Möglichkeit, als gefeuerter Journalist irgendwo unterzukommen.<sup>57</sup>

Ein befreundeter Journalist eines großen Medienhauses sagte mir hierzu: »Die Einzigen, die inzwischen noch Journalisten einstellen, sind Parteien, parteinahe Stiftungen oder Industriekonzerne für ihre jeweilige PR-Arbeit. Geh davon aus, dass das meiste, was meine Kollegen derzeit schreiben, keine journalistischen Recherchen, sondern Bewerbungsschreiben sind. Sie biedern sich mit regierungs- oder unternehmensfreundlichen Artikeln bei denen an, in der Hoffnung, bemerkt zu werden und ein Jobangebot zu bekommen.«

Ist es nach solchen Sätzen noch verwunderlich, dass der ehemalige Leiter der Programmgruppe Fernsehen Börse in der ARD, Michael Best - der selten mit kritischen Tönen auffiel - inzwischen den Zentralbereich Kommunikation der Deutschen Bundesbank leitet?<sup>58</sup> Dass der Fernsehjournalist und ZDF-heute-Moderator Steffen Seibert jetzt Regierungssprecher ist?<sup>59</sup> Dass Christian Fischer, der bis Ende 2015 als Chefreporter und Chefkorrespondent Politik bei BILD Ostdeutschland die CDU demokratisch kontrollieren sollte, zum 1. Januar 2016 Pressesprecher der CDU-Fraktion des Sächsischen Landtags wurde?<sup>60</sup> Dass Eva Christiansen, die

persönliche Redenschreiberin und Vertraute von Angela Merkel, nicht nur Leiterin des Stabs »Politische Planung« und des Referats »Medienberatung« im Kanzleramt, sondern auch Mitglied im ZDF-Fernsehrat ist?<sup>61</sup>

Wie regierungskritisch und parteineutral kann man eine ARD erwarten, wenn der Chef des Bundespresseamtes und ehemalige Regierungssprecher der Bundesregierung, Ulrich Wilhelm, unter Merkel höchstselbst erst zum Intendanten des Bayerischen Rundfunks wird und dann in den Rundfunkrat einzieht?<sup>62</sup>

Wie unvoreingenommen regierungskritisch kann Christine Strobl, die Tochter des bisherigen Finanzministers Wolfgang Schäuble, als Fernsehfilmchefin des SWR und seit 2012 zur Programmgeschäftsführerin der ARD-Tochter Degeto Film (Jahresetat über 400 Millionen Euro) aufgestiegen, agieren?<sup>63</sup> Die Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Der ehemalige stellvertretende Hauptredaktionsleiter Innenpolitik des ZDF, Wolfgang Herles, war unter anderem Leiter des ZDF-Studios Bonn. Zuvor war er schon bei der ARD als Redakteur bei Report München, Tagesschau und Tagesthemen. Er nimmt heute kein Blatt mehr vor den Mund und berichtet aus seinen Erfahrungen:

*»Wir haben in den Öffentlich-Rechtlichen eine Regierungsnähe. Nicht nur, dass so kommentiert wird, wie es der Großen Koalition entspricht... Die Themen, über die berichtet wird, werden von der Regierung vorgegeben ... Es gibt tatsächlich ... Anweisungen von oben, auch im ZDF, da sagt der Chefredakteur: >Freunde, wir müssen so berichten, dass es Europa und dem Gemeinwohl dient<, und da braucht er gar nicht dazusagen: >Wie es der Frau Merkel gefällt<. Solche Anweisungen gibt es, die gab es auch zu meiner Zeit. Es gab eine schriftliche Anweisung, dass das ZDF der Herstellung der Einheit Deutschlands zu dienen habe, und das ist etwas anderes, als zu berichten, was ist. Wir durften damals nichts Negatives über die neuen Bundesländer sagen; heute darfman nichts Negatives über die Flüchtlinge sagen. Das ist Regierungsjournalismus, und das führt dazu, dass Leute das Vertrauen in uns verlieren.«<sup>64</sup>*

Es bleibt die nüchterne Erkenntnis, dass das als demokratische Revolution gefeierte freie Internet mit seinen für jedermann zugänglichen kostenlosen Nachrichten zum Totengräber des letzten bisschen demokratischer Kontrolle der Bürger über die Plutokratie geworden ist.

Ja, es gibt sie noch, die mutigen unabhängigen Journalisten, die frei recherchieren und berichten. Es gibt sie noch, die eine oder andere mutige Publikation, die sich gegen den massiven Druck behauptet, aber es wird offenkundig, dass die große Medienmacht längst die Seiten gewechselt und somit die Meinungs- und Deutungshoheit zugunsten der Plutokratie verschoben hat. Der amerikanische Bürger verbringt täglich bis zu zehn Stunden in diesen Medien und setzt sich damit einer permanenten Beeinflussung bis zur Gehirnwäsche aus. Und irgendwie glaubt der Bürger dann eben doch das, was in der großen Zeitung steht oder im großen Fernsehsender behauptet wird. Die sind so groß, dann muss das doch im Prinzip stimmen, oder nicht!?

Die legendäre Ausgabe der ZDF-Satiresendung »Die Anstalt« vom 29.4.2014 zeichnete in minutiöser und erschreckend offener Weise die Abhängigkeiten einiger deutscher Journalisten und Medien von politischen und wirtschaftlichen Lobbyorganisationen nach.<sup>65</sup> Eine Klage zweier in der Sendung angegriffener »Zeit«-Redakteure wurde vom Bundesgerichtshof abgewiesen.<sup>66</sup>

Das ist die gute Nachricht daran, dass manche Berichte doch den Weg an die Öffentlichkeit finden, und sei es nur in Form der Satire. Schon zu Zeiten der aristokratischen Herrschaft war es ein Privileg der Hofnarren, die Regenten zu kritisieren.

## Die Macht des Internets

Aber gut, es bleiben ja noch die unabhängigen Blogs, die alternativen Medien, Facebook und YouTube, wo niemand mehr etwas verheimlichen kann und alles ans Tageslicht gebracht werden kann.

Wirklich? Seit der so plötzlich aufgekommenen Debatte um russische Einflussnahme auf die amerikanischen Wahlen und Fake News im Allgemeinen ist die Empörung in den - nennen wir sie »plutokratietreuen Mainstream-Medien« groß geworden. Diese Konkurrenz der »Bürgerjournalisten«, die das eigene Schaffen in ein schlechtes Licht rückt, passt so gar nicht ins Spiel. Ganz im Sinne der Mainstreammedien UND der Plutokratie. Also beginnt die Zensur des ach so freien Internets, um die hilflosen Bürger vor gefährlicher Desinformation zu bewahren. Es hat gerade erst begonnen.

Noch zu Beginn des 21. Jahrhunderts war das Internet ein wunderbarer und gleichberechtigter Ort, aber das sollte nur wenige Jahre so bleiben. An dieser Stelle sei in Erinnerung gerufen, dass das Internet aus einem Projekt des US-Verteidigungsministeriums namens »Arpanet« hervorgegangen ist.<sup>67</sup> Kaum ist die Welt auf dieses Netzwerk eingeschworen und ohne Internet nicht mehr lebensfähig, beginnt es zu einem komplexen und restriktiven Herrschafts- und Kontrollinstrument zu werden. Wir haben die Macht des Einzelnen, über seine Daten zu bestimmen, de facto abgeschafft und diese Daten an wenige zentralisierte Unternehmen übertragen. Als die ersten Berichte über »die Cloud« aufkamen, war mein Gedanke: »Wer wäre so wahnsinnig, seine geheimen Daten aus dem eigenen Rechner auf irgendein waberndes Netzwerk unter fremder Kontrolle zu übertragen!?« Die Antwort darauf heute muss lauten: Nahezu jeder, da die Alternativen schwinden. Selbst die riesigen Mengen an Microsoft-Office-Dokumenten, die bisher selbstverständlich auf dem eigenen Rechner lagen, wandern unter Microsoft Office 360 in den tiefen Schlund der Wolke.

Die Gefahren sind nicht surreal in ferner Zukunft. Sie existieren bereits jetzt und hier.

Milliarden Menschen haben alle ihre persönlichsten Informationen einem Mann namens Mark Zuckerberg übergeben. Ein Mann - besser gesagt dessen Machtnetzwerk -, der mit diesen Daten über eine im wahrsten Sinne grenzenlose Macht verfügt, die über Staaten und Kontinente reicht, und der von niemandem gewählt wurde.

Amerikanischen Wissenschaftlern ist es gelungen, anhand von 100 bis 150 Facebook-Likes, die ein User im Laufe der Zeit abgibt, dessen wesentliche Charakterzüge besser zu erkennen als seine Freunde und seine Familie.<sup>68</sup>

Stellen wir uns jetzt vor, welche Informationsflut über jeden Einzelnen von uns sich auf den Rechnern der Großfirmen Amazon, Google, Facebook und Microsoft befindet und was sich bei Analyse dieser Datenflut herauslesen lässt. Es ist sicherlich nicht falsch anzunehmen, dass, wer auch immer diese Datenmischung über seine Analysesoftware laufen lässt, mehr über uns weiß als wir selbst, zumal wir dazu neigen, uns selbst idealisiert wahrzunehmen.

Wer über ein solches Wissen verfügt, ist in der Lage, jede Person unserer Gesellschaft und somit die Gesellschaft als Ganzes zu manipulieren und in jede gewünschte Richtung zu lenken.

In diesen Tagen erhielt ich auf privater Ebene von Marcus Brumme, einem Politikberater der Bundespolitik, dessen vorausschauende politstrategische Sichtweise ich sehr zu schätzen weiß, folgende persönliche und sorgenvolle Einschätzung:

»Das Internet verändert sich, und wir verändern uns mit ihm. Als einzelne Menschen wie auch als Gesellschaft insgesamt. Allen Möglichkeiten sind Risiken und allen Risiken sind Möglichkeiten gegenübergestellt. Sollten wir zu stark auf die Möglichkeiten eingehen, ohne uns Gedanken über die Risiken zu machen, ist es nicht unrealistisch, eine schwächere oder stärkere Variante des nachfolgenden Szenarios zu erleben:

## **I. Erste Welle**

Zunächst werden all deine relevanten Daten über eine große Bandbreite kostenloser digitaler Dienstleister und Webseiten wie Amazon, Facebook und LinkedIn gesammelt, archiviert und zusammengeführt. Wenig später werden all diese Daten gegen dein meist sehr vollständiges soziales Profil abgeglichen und analysiert. Schließlich möchten Alexa, Siri, Cortana und andere Dienste alles hören, was du tust.

## **II. Zweite Welle**

In der zweiten Welle werden alle sorglos und gutgläubig von uns in Apps und Internetportale eingegebenen Daten gehackt oder völlig legal abgesogen und über mehr oder weniger legitime Kanäle an Nachrichtendienste, die Mafia, Creeps, Banken, Einzelerpresser, Detektive oder an deinen Arbeitgeber verkauft. Alle Geheimnisse liegen preis. Finanzielle Informationen, der Besuch von Sex- oder Escortwebseiten, persönliche Nachrichten und E-Mails, Kontaktdaten, Bewegungsprofile, unsere Fahr- und Essgewohnheiten, Krankheitsbilder, Versicherungsdaten und Listen unserer Freunde und Feinde.

All das wird vor dem Hintergrund der Gesprächs- und Verurteilungskultur in den sozialen Medien, dem schonungslosen Umgang von Journalisten und einer sehr gespaltenen Gesellschaft zu sehr schwerwiegenden Reaktionen führen. Schadenfreude, Hetze, Vorverurteilungen, große Skandale und auch Tote. Das Leben sehr vieler Menschen wird ruiniert sein.

## **III. Dritte Welle**

Die Leaks, die Hacks, die Verurteilungen und die Internetkriminalität werden massiv ausufern und sich zu einer sehr ernsten Plage entwickeln. Jeder wird entweder direkt oder indirekt selbst betroffen sein. Nichts wird mehr sicher sein - weil wir uns aber in allen Bereichen des täglichen Lebens in seine Hand begeben haben, wird auch nichts mehr ohne das Internet funktionieren.

## **IV. Vierte Welle**

In der, sich der grassierenden Plage anschließenden, vierten Welle werden die Leute das gute alte Internet ohne all die Probleme zurückhaben wollen. Dies wird zur Einführung biometrischer Sicherungssysteme führen. Die Erklärung für diesen sehr weitgehenden Schritt wird ebenso einfach wie überzeugend sein:

Um absolut »sichere« Systeme bereitstellen zu können, die in keinem Merkmal gefälscht werden können und somit Hackern das

Handwerk legen, wird ein vollständig einzigartiger biometrischer Schlüssel erstellt. Dieser Schlüssel überträgt absolut zweifelsfrei nur auf eine einzige Person passende Datenstrukturen auf ein elektronisches Pendant: die eigenen Augen, den eigenen DNA-Strang oder den Daumen. Darüber hinaus wird die Implementierung eines sogenannten RFID-Chips in den eigenen Körper sinnvoll werden. Wichtige Funktionen wie Banking, dein soziales Statusprofil, Anrufe oder Mails sind nur noch über diesen Chip und deinen bioelektrischen Schlüssel zugänglich. Die Deaktivierung oder Nichtannahme deines Schlüssels hat erhebliche negative Auswirkungen auf dich. Der Zugang zu Konten, zur Müllabfuhr, zu Bezahlssystemen und Versicherungen wird nur schwer oder gar nicht möglich sein. Jeder Bürger wird dabei durch eine zentrale oder dezentrale künstliche Intelligenz »unterstützt« - man kann auch sagen beaufsichtigt - werden.

In der Folge wird jeder, der den Schlüssel kontrolliert, Kontrolle über uns haben - vor allem, wenn wir keine alternativen Accounts oder einen Weg abseits des Kraken kennen.

## **V. Fünfte Welle**

In der fünften Welle werden sehr weite Teile der Bevölkerung das Chaos gegen eine totalitäre, von künstlicher Intelligenz beherrschte Zentralregierung eingetauscht haben. Jeglichem Widerstand gegen den Willen und die Regeln der Zentralregierung wird mit ausgesprochen brutaler Gewalt begegnet. Ein neues, dunkles Zeitalter hat begonnen.

Es hört sich nach Science-Fiction an und doch bleibt die Frage: An welcher Stelle der Prophezeiung ist der Ablauf unrealistisch!?

Natürlich sind es nicht Einzelpersonen wie Mark Zuckerberg oder Jim Bezos von Amazon, die diese Macht haben, sondern die Machtstrukturen, die hinter ihnen stehen und diesen Aufstieg erst möglich gemacht haben. Hier sehen wir auch ein Beispiel, warum es wichtig ist, diese politischen und strategischen Dinge zu kennen, um Entwicklungen an der Börse besser einzuschätzen. Die

genannten sind nicht einfach nur irgendwelche Wirtschaftsunternehmen, es sind zugleich wertvolle Machtinstrumente. Wer die Strippen zieht, hat ein großes Interesse daran, dass die Daten der Welt über jene Unternehmen laufen, auf die sie Zugriff haben. Je zentralisierter und konkurrenzloser, umso besser.

Diese Netzwerke der Macht haben ein großes Interesse daran, dass die weltweiten Eliten Apple-Handys quasi als Wanzen in der Hosentasche tragen, denen sie ihre intimsten Geheimnisse anvertrauen, über Google-Suchmaschinen ihren Begierden nachgehen und ihre geschäftlichen Geheimnisse der Microsoft-Cloud anvertrauen. Diese Unternehmen wird man, wo immer möglich, unterstützen, den Weg frei räumen, Konkurrenz bekämpfen und dafür sorgen, dass sie beliebt bleiben, keiner übermäßigen Regulierung ausgesetzt werden und so immer einflussreicher werden. Natürlich können auch deren Aktienkurse durchaus mal starke Korrekturen erfahren, das ändert aber nichts am langfristigen Erfolg dieser Machtinstrumente, die sich als »freies Unternehmertum« verkaufen.

## Datenkontrolle, Internetzugang und Demokratie

Diese Unternehmen wurden nun auch noch von der Politik zu Nachrichten- und Wahrheitswächtern bestimmt. Sie haben Falschmeldungen und Hasssprache zu zensieren. Was eine Falschmeldung und was Hasssprache ist, muss also ein kleiner Mitarbeiter bei Facebook entscheiden.<sup>69</sup> Der wird sich sagen: »Wenn etwas offizielle Regierungssicht ist, kann es ja nicht falsch sein. Da bekomme ich ganz sicher keinen Ärger, wenn ich das stehen lasse. Wenn jemand das Gegenteil behauptet, kann es ja dann eigentlich nur falsch sein. Da bekomme ich Ärger, wenn ich das nicht lösche.« In naher Zukunft wird das eine künstliche Intelligenz mit ihren Algorithmen erledigen. Auf welche Wahrheit die dann wohl programmiert sein wird?

Aber nicht nur die Zensur der großen Verbreitungsplattformen der Social-Media-Firmen verschiebt die Machtverhältnisse zugunsten der Plutokratie. Ein weiteres wesentliches Element hat Donald Trump gerade hinzugefügt: das Ende der Netzneutralität. Was so sperrig klingt, dass man sich gelangweilt abwenden möchte, hat jedoch höchste Brisanz für die Informationsfreiheit. Netzneutralität bedeutet, dass alle Informationen im Internet gleich behandelt werden, unabhängig davon, wer der Absender ist oder um welche Daten es sich handelt. Sie werden beispielsweise alle mit der gleichen Geschwindigkeit übertragen werden. Keine Information wird bevorzugt, keine mit verminderter Geschwindigkeit übertragen. Das hat seit dem 14. Dezember 2017, beginnend in den USA, ein Ende. An diesem Tag wurde diese Netzneutralität gekippt. Das bedeutet, dass die Telekommunikationsgesellschaften künftig Daten von jenen, die ihnen mehr bezahlen als andere, deutlich schneller übertragen können als jene, die von finanzschwachen Internetnutzern kommen. Ein Nachrichtenvideo eines milliardenschweren Nachrichtenkonzerns wird dann blitzschnell auf dem Bildschirm erscheinen, ein Videointerview, das von einem finanzschwachen Blogger online gestellt wird, kann eventuell nur in unerträglicher Ruckelgeschwindigkeit angesehen werden oder nach Gutdünken des Netzbetreibers sogar komplett nicht übertragen werden.

Mit diesem Zusammenspiel der Zensur auf den Social-Media-Kanälen im Sinne des »Bürgerschutzes« und einem Ausbremsen aller anderen unbeliebten Plattformen durch die Telekommunikationsunternehmen ist die Einschränkung der freien Meinungsverbreitung nahezu perfekt. Aktivisten müssten wieder über die Marktplätze der Republiken ziehen und ihre Thesen an die Kaufhaustür schlagen, wo das Publikum aber auch immer spärlicher wird, seit sich das Leben in die virtuelle Welt verlagert.

Den Kommunikationsunternehmen entsteht dadurch eine große Macht. Sie entscheiden künftig, wessen Informationen die Welt erreichen und welche nicht. Diese Entscheidung lassen sie sich von jenen, die es bezahlen können, vergolden. Macht gegen Geld.

Es sei noch erwähnt, dass der von der US-Kommunikationsaufsicht am 14. Dezember 2017 verabschiedete Entwurf zu dieser Neuregelung von einem gewissen Herrn Ajit Pai stammt, dessen Karriere eindrucksvoll die neuen Mechanismen der Plutokratie aufzeigt. Nach seiner Juraausbildung arbeitete er noch als kleines Licht in Washington für das Justizministerium im Bereich der Anti-Kartellbehörden mit Schwerpunkt »Telekommunikationsunternehmen«. 2001 verließ er die Behörde, und was glauben Sie, wohin er wechselte!? Zum amerikanischen Telekommunikationsriesen Verizon Communication, wo er wieder für Wettbewerbsrecht zuständig war. Nun, hier hatte er ja gute Insiderkenntnisse und Kontakte in Washington gesammelt. Aber es kam noch besser. 2003 verließ er Verizon, um wiederum zurück ins Justizministerium zu wechseln. In den folgenden Jahren hatte er hier viel zu tun, wenn es um Themen seines ehemaligen Arbeitgebers wie Regulierung von Internet, Wireless, Medien und Satellitenkommunikation ging. 2011 wurde er dann in die Federal Communication Commission unter Obama gewählt und 2017 von Trump erneut bestätigt. Hier hat er jetzt den großen Coup gelandet und mal eben die Netzwerkneutralität zulasten aller freien Bürger und zugunsten der Plutokratie und ganz besonders seines ehemaligen Arbeitgebers Verizon gekippt.<sup>70</sup>

Wer erinnert sich noch daran, dass die ehemalige amerikanische Außenministerin Condoleezza Rice (2005-2009) vor ihrem Amtsantritt von 1991 bis 2000 Mitglied im Direktorium des Ölkonzerns Chevron mit Zuständigkeit für die Standorte Kasachstan und Pakistan war? Ob es da wirklich keinerlei Kontakte während ihrer Amtszeit mit ihren langjährigen Kollegen gegeben hat? Es war sogar ein Öltanker nach ihr benannt, der nach Amtsantritt dezent von »Condoleezza Rice« in »Altair Voyager« umbenannt wurde.<sup>71</sup> Während sie noch bei Chevron unter Vertrag stand, beriet sie bereits die amerikanische Regierung und die US-Streitkräfte durch ihre aktive Arbeit in der RAND Corporation, einem Thinktank mit strategischer Ausrichtung.<sup>72</sup>

In einer Zeit, in der solche Dinge ungestrafte Normalität sind, fällt es schwer, noch die Augen davor zu verschließen, dass die Plutokratie sich längst zur Kleptokratie wandelt, und anzunehmen, wir hätten eine Demokratie mit dem Volk als Souverän.

Aber diese direkte Demokratie, von der heute viele träumen, war nie das Ziel - nicht von Coudenhove-Kalergi, und nicht einmal im alten Griechenland, das wir doch pauschal mit der Wiege des demokratischen Gedankens gleichsetzen, war man sich hierin einig. Sokrates, Piaton oder Aristoteles, allesamt große Helden der griechischen Philosophie, waren keineswegs vom allgemeinen Wahlrecht überzeugt. Die Masse des Volkes würde auf keine Stimme der Vernunft hören. Eine solche Regierung würde laut Piaton in die Anarchie und später in die Gewaltherrschaft führen.<sup>73</sup>

Auch die »entschärfte« Version einer direkten Demokratie, das allgemeine Wahlrecht zu einer parlamentarischen Demokratie, haben wir wohl nur deshalb noch, weil die Wahlen an den großen Entscheidungen ohnehin nichts ändern. Ein viel zitierter Satz heißt: »Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie schon längst abgeschafft.« Also kann man ruhig jeden mit der gleichen Stimme wählen lassen, egal ob Politikprofessor oder »Kieholzdeppel«, wie Oma Alma zu sagen pflegt. Es hat ohnehin keine tieferen Auswirkungen.

Ganz anders wäre es mit Volksabstimmungen oder gar bindenden Volksentscheiden. Die würden direkt etwas verändern, und daher finden Sie mit Ausnahme der Schweiz weltweit nicht statt. Die Schweiz hat hier eine jahrhundertealte Tradition erhalten und ist durch diese Erfahrung, so kann man feststellen, die am weitesten entwickelte demokratische Gesellschaft unserer Zeit.

In einer Gesellschaft, in der die überwiegende Mehrheit gut gebildet, politisch interessiert ist und ihr eigenes Wohl hinter das der Gesellschaft zu stellen vermag, kann eine breit angelegte Demokratie auch mit gelegentlich direkten Volksentscheiden wie in der Schweiz möglich sein. Hier kamen beeindruckende Wahlergebnisse zustande. So stimmten die Schweizer Bürger 2012 in einer

direkten Volksabstimmung gegen eine Erhöhung der gesetzlichen Urlaubstage, da sie negative Auswirkungen auf die Wirtschaft als Ganzes befürchteten. Direkte Volksabstimmungen sind nur möglich, wenn die überwiegende Mehrheit der Bürger auch die Reife und vor allem das Wissen für solche Abstimmungen hat.

Diese Grundsatzfrage ist schon so alt wie die Aufklärung. *Es* ist das Verdienst von Professor Rainer Mausfeld, diese Diskussion in unserer Zeit wieder in Erinnerung gerufen zu haben.<sup>74</sup> Eine große Grundsatzdiskussion gab es um diese Frage in den USA der 1920er-Jahre. Damals lag Walter Lippmann als intellektuelle und mediale Speerspitze der Plutokraten mit John Dewey im öffentlichen Clinch über die Frage, ob Eliten das Volk regieren müssten, weil der einzelne Bürger den Weitblick gar nicht habe, oder ob das Volk in Abstimmungen sozusagen als »Schwarmintelligenz« doch die richtigen Entscheidungen treffen würde. Lippmann ging so weit zu fordern: »The public must be put in its place, so that it may exercise its own powers, but no less and perhaps even more, so that each of us may live free of the trampling and the roar of a bewildered herd.«<sup>75</sup> (»Die Öffentlichkeit muss auf ihren Platz verwiesen werden, damit wir [die intelligenten herrschenden Eliten] durch das Getrampel und Geschrei der verwirrten Herde nicht beeinträchtigt werden.«)

Der Philosoph John Dewey war hingegen der Meinung, dass eine Gesellschaft als Kollektiv von Einzelmeinungen und Einzelwissen gemeinsam sehr wohl die richtigen Entscheidungen treffen könnte. Die Grundidee der Basisdemokratie. In der Tat gab ihm eine Studie der Princeton Universität von 2005 nachträglich recht, die herausfand, dass die sogenannten Eliten oder Experten den gleichen Irrtümern und Fehlern unterlagen wie die Masse der normalen Bürger.<sup>76</sup>

Theoretisch könnte die Basisdemokratie also funktionieren, aber nur unter der Maßgabe, dass der Bevölkerung alle Informationen korrekt zur Verfügung gestellt werden. Und damit wären wir wieder bei der bedauernswerten Situation der aktuellen Medienlandschaft. Darum fehlt häufig das Wissen über die oft komplexen

Zusammenhänge; reale Informationen liegen oft nur verzerrt oder gar nicht vor. Ist es dann letztlich nicht doch sinnvoller, dass ausgewählte Einzelne, die einen guten Überblick haben und sich hauptberuflich um diese Zusammenhänge kümmern, im Sinne der Gemeinschaft entscheiden, während der Rest dieser Gemeinschaft sich seinen jeweils individuellen Aufgaben und Interessen widmet? Also doch lieber eine repräsentative als eine Basisdemokratie?

Leider sind wir noch weit von jenem Punkt der Geschichte entfernt, an dem die besten, weisesten und integersten Personen das Schicksal der Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaft entscheiden. Wir befinden uns in einem bedauernswerten Zwischenstadium, in dem die Plutokraten sicherlich mit einem gewissen Sachverstand, aber eben mit noch mehr Streben nach Eigennutz dafür sorgen, dass die bislang wenigstens ansatzweise vorhandenen Kontrollmechanismen einer parlamentarischen Demokratie zunehmend wirkungslos werden. Abhängige oder am besten gleich aus den eigenen Reihen stammende Politiker, selbst kontrollierte Medien, Ausschaltung einer unabhängigen Medienlandschaft, Verhinderung jeder Form größerer ziviler Zusammenschlüsse und am Ende eine perfekte individuelle Kontrolle und Beeinflussung jedes Einzelnen durch die Analyse seiner Daten und Schwächen. Und das Ganze noch angenehm verpackt, sodass sich der Einzelne bereits fragt: »Warum sollte ich daran was ändern? Lass sie mich doch kontrollieren und manipulieren. Solange es mir dabei gut geht, soll es mir recht sein.«

Damit sind wir schon fast in der »Matrix« angekommen. Wenn Sie den Science-Fiction-Film aus dem Jahr 1999 kennen, wissen Sie, dass es durchaus eine existenziell-philosophische Frage sein kann, ob man sein Leben mit Problemen und Sorgen, aber selbstbestimmt führt, oder ob man fremdgesteuert, aber sorgenfrei leben will. Im Film entscheidet die Einnahme einer blauen oder roten Pille darüber, zu welchem Leben man sich bereit erklärt. Wie sieht es bei Ihnen aus!? Welche Pille würden Sie wählen? Die Frage ist keineswegs nur akademischer Natur. Sie entscheiden in diesen Monaten und vielleicht in diesem Augenblick, da Sie dieses Buch lesen,

genau darüber. Wollen Sie sich wirklich mit all den negativen Aspekten, den Machenschaften der Netzwerke, der Manipulation der Massen beschäftigen und sich damit das Leben schwer machen und vielleicht künftig ins Fadenkreuz der Eliten geraten, oder lieber wegsehen, die Annehmlichkeiten, die man uns zugesteht, genießen und sich als braves Schaf der Gunst der Hirten erfreuen? Ist die Entscheidung wirklich so klar?

Dass die Antwort keineswegs so selbstverständlich ist, wie man zunächst meinen mag, haben mir zwei private Diskussionen in jüngster Zeit gezeigt. Wir diskutierten in belesener Runde über das Problem, dass immer mehr Menschen sich dem Alltag entziehen und ihr Leben fast ausschließlich im virtuellen Raum leben. Dort nehmen sie die Gestalt eines Helden an und bestehen rund um die Uhr Abenteuer, während sie im wahren Leben immer weiter abrutschen. Ein für mich durchaus verblüffendes Argument war: »Was hast du dagegen? Ist es für ihn besser, sich seinem eigenen verpfuschten Leben zu stellen und sich bewusst zu machen, was für ein Versager er ist, oder sich im virtuellen Raum ein erfolgreiches Leben als Held zu simulieren? Was macht ihn die meiste Zeit seines Lebens glücklicher!?!«

Rote oder blaue Pille?

Ich diskutierte mit einem 15-jährigen Gymnasiasten über die Beeinflussung durch Medien und Politik. Viele Menschen verbringen die meisten Stunden des Tages damit, sich Katzen- oder sonstige Videos und Belanglosigkeiten auf YouTube, Facebook, WhatsApp etc. anzusehen. Jeder einzelne Schnipsel sorgt dafür, dass man sich nicht um die wirklich wichtigen Dinge in der Welt, in der Politik, ja nicht einmal im eigenen Leben kümmert, da einem am Ende schlicht die Zeit dazu fehlt. In der Folge seien viele nicht mehr bereit oder überhaupt in der Lage, Dinge zu hinterfragen und vielleicht sogar zu ändern, sagte ich. Der junge Mann fragte mich völlig verständnislos und irritiert: »Was soll man denn ändern wollen, es läuft doch alles prima!?!« - Mission accomplished. Wir sind der »Matrix« näher, als wir dachten.

## Die unsichtbaren Mächtigen – Wen man nicht kennt, den kann man auch nicht bekämpfen

Die Herrschaft der Plutokratie unterscheidet sich in zwei wesentlichen Elementen von der Herrschaft der Aristokratie. In früheren Zeiten war völlig klar, wer Herrscher und wer Beherrscher war. Die Mächtigen waren namentlich und mit Wohnort bekannt, und Revolutionen richteten sich gezielt gegen ihre Burgen und Häupter. In der Plutokratie dagegen bleiben die Herrscher weitgehend unbekannt. Kein Name, keine Adresse. Wer als Politiker oder Unternehmensvorstand als Sprecher und Handlanger der eigentlich Einflussreichen fungiert, jener, die hinter den Kulissen bleiben und deren Namen kaum jemand kennt, ist leicht zu ersetzen. Wird der Zorn gegen die Macht zu groß, wird eine der Strohfiguren dem Volkszorn geopfert, und es gibt einen neuen Kanzler oder Präsidenten – eine neue Marionette an den Strippen der eigentlich Regierenden, die niemals ausgetauscht werden.

Damit ist zugleich der große Vorteil der Plutokratie gegenüber der Aristokratie klar. Dem Feudaladel, der im vollen Zorn des Volkes stand, blieb gar nichts anderes übrig, als seine Macht und seine Unversehrtheit durch brutale physische Unterdrückung seiner Untertanen zu erzwingen. Für die von direkten Attacken nicht bedrohten Plutokraten ist es viel geschickter, die Untertanen zu manipulieren, sie im Glauben zu lassen, sie hätten mitzureden, und sie mit allerlei Tinnef wie Fußball, Fernsehserien und kleinen Alltagsfreuden bei Laune zu halten.

Offen gestanden ist mir – bei aller Kritik, die ich in der Hoffnung auf Verbesserung daran äußere – diese Variante durchaus angenehmer. Und damit bekommt der Satz von Winston Churchill die richtige Bedeutung: »Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind.«<sup>77</sup>

## Sind wir wirklich wehrlos? – Widerstand beginnt mit Achtsamkeit und Respekt, nur gemeinsam sind wir stark

Hier schließt sich automatisch die gefährliche Frage an, ob wir denn überhaupt etwas ändern könnten. In der Tat kann man ausschließen, dass ein einzelner von uns in der Lage wäre, die Welt der Macht in ihren grundlegenden Strukturen zu verändern. Es geht seit Anbeginn der Zivilisation mit wenigen Ausnahmen, die sich höchstens wie ein kurzes Aufblitzen in dunkler Nacht ausnehmen, immer nur darum, das Geld und die Macht der Einfluss-Reichen zu erhalten und zu mehren. Offenkundig war in den bisherigen Jahrtausenden kein Poet, kein Weiser, kein Politiker, kein Revolutionär und kein Feldherr in der Lage, diese Grundstruktur nachhaltig zu verändern. Selbst nach einer Revolution bildeten sich bald wieder die gleichen Strukturen mit neuen Köpfen.

Aber bedeutet das auch, dass wir wirklich keinen Einfluss haben, nichts machen könnten, außer zu resignieren und mit uns machen zu lassen, was diesen Kreisen beliebt? Absolut nicht. Der einzelne Arbeiter im 19. Jahrhundert konnte wenig tun gegen seine Ausbeutung. Erst als er sich mit anderen zu mächtigen Gewerkschaften zusammenschloss und seine Ausbeuter offen herausforderte, konnte er seine Rechte und Bedürfnisse auf Augenhöhe bringen. Dabei ging es den Gewerkschaften keineswegs darum, die Fabriken niederzubrennen und die Fabrikbesitzer an der nächsten Laterne aufzuknüpfen. Es ging darum, ein Gleichgewicht zu erstreiten zwischen den berechtigten Interessen der Arbeiterschaft und den berechtigten Interessen der Fabrikbesitzer. Daraus entstand eine Balance der Macht, die zumindest eine Weile Stabilität, Fortschritt und Wohlstand brachte und die bis heute unter dem oft vergewaltigten Begriff »Soziale Marktwirtschaft« als Verbindung zwischen den Bedürfnissen der Gesellschaft (sozial) und den Bedürfnissen der Industrie (Marktwirtschaft) ein Gleichgewicht hergestellt hat.

Der einzelne Bürger bewirkt ebenso wenig wie der einzelne Arbeiter jener Zeit. Die Bürger müssten sich zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammenschließen, zu einer Art Gewerkschaft. Das wäre eine echte Herausforderung der Macht mit allen Gefahren und Konsequenzen.

Auch das ist den Plutokraten natürlich vollkommen bewusst, weshalb sie von Beginn an das römische Prinzip »Teile und beherrsche sie« angewandt haben (lat. Divide et impera). Um der Gefahr zu entgehen, dass die Bürger sich geschlossen gegen die da oben richten, teilt man die Bürger auf ihrer Ebene in unterschiedliche Gruppen auf und sorgt dafür, dass sie im ständigen Streit miteinander liegen. In Linke, Rechte, die neue Mitte und so weiter. Institutionalisiert in Parteien.

Wie skurril das ist, zeigt sich im Dorfleben. Auch hier gibt es alle Parteien. Die einzelnen Bürger unterscheidet eigentlich gar nichts. Es ist reiner Zufall, in welcher Partei sie Mitglied werden. Wenn dich beim Dorffest der Vorsitzende der SPD beim Bier anspricht, trittst du da ein. Wenn es der von der CDU oder den Freien Wählern ist, dann dort. Oder weil der Vater dort schon immer Mitglied war. Und von Stund an bekämpfst du in örtlichen Veranstaltungen die von der anderen Partei, obwohl euch nichts, aber auch gar nichts unterscheidet in euren Grundhaltungen zu den örtlichen Themen, etwa ob der Kindergarten gebaut werden soll oder nicht.

Dieses Trennen der Menschen in sich bekämpfende Gruppen zieht sich wie ein Bauplan durch alle Ebenen der Gesellschaft. Diese Gruppen bekämpfen sich permanent auf allen Gebieten und kommen so gar nicht auf die Idee, dass ihr eigentlicher Gegner nicht neben ihnen auf der gleichen Ebene steht, sondern über ihnen allen und sie beherrscht. Solange wir uns als Gesellschaft auf horizontaler Ebene zwischen Linke, FDP, Grüne, AfD, SPD und CDU aufreihen, solange wird es kein Aufbegehren der Bürger gegen Plutokraten geben und solange wird sich nichts Grundlegendes verändern.

Wer wirklich bereit ist, die Machtfrage zu stellen, der gründet eine Bürgerbewegung, die wie einst die ersten Gewerkschaften

völlig frei von politischen Glaubensfragen zwischen rechts und links ist. Das ist so ungewöhnlich, dass es einem befremdlich vorkommt. Merken Sie das gerade auch selbst? Eine Vereinigung, in der Kommunisten und Rechtsextreme genauso vertreten sind wie Liberale und Konservative? Unmöglich!? Dass wir das denken, ist absolut im Sinne der Plutokraten und wird durch permanente Aufstachelung der unterschiedlichsten Lager gegeneinander gefördert.

Was wäre denn an einem solchen Bürgerzusammenschluss verkehrt? Jede Gesellschaft wird immer aus allen Varianten der politisch denkbaren Grundfarben bestehen. Es wird immer Menschen geben, die sich nach Anarchie und einem extrem kommunistischen Gesellschaftsideal sehnen. Ist das schlimm? Solange sie nicht die Mehrheit darstellen, ist es doch völlig in Ordnung, ihnen ihre Sicht zu lassen und auch mit ihnen zu diskutieren. Vielleicht gibt es in ihrem Weltbild Elemente, die durchaus zur Lösung unserer Probleme beitragen könnten, die aber in unserem Weltbild gar nicht vorkommen und daher auch nicht in Erwägung gezogen werden. Das gilt für alle gesellschaftlichen Denkrichtungen von links außen bis rechts außen. Eine Gesellschaft ist wie ein Chor. Ein guter Chor besteht nicht nur aus den Mittelstimmen, auch Sopran und Bass gehören dazu. Dominant sind meist die Mittelstimmen, aber die Randstimmen geben dennoch wichtige Impulse in den Gesamtklang.

Ich hatte im Sommer 2017 ein höchst interessantes Erlebnis dieser Art. Ich rief über die sozialen Medien zu einer spontanen Diskussionsrunde in einem Mannheimer Biergarten auf. Binnen kürzester Zeit kamen die unterschiedlichsten Menschen zusammen, und mit den ersten, die eintrafen, bildeten wir eine vollkommen zufällige Diskussionsrunde. Einer der Teilnehmer erklärte sich dem linken Spektrum zugehörig - was man ihm auch ansehen konnte. Kurz darauf erschien sein Gegenpart, ein Vertreter der Mannheimer Hooliganszene, der sich offen und unmissverständlich der rechten Szene angehörig erklärte. Die Spannung aller Anwesenden war für einen Moment greifbar. Doch dann passierte etwas Beeindruckendes. Die beiden kamen, motiviert durch die offene Atmosphäre, ins Gespräch

und fingen an, über aktuelle politische Themen zu diskutieren. Jeder hörte dem anderen zu, ließ ihn ausreden, nahm dessen Argumente auf und erwiderte sie oder stimmte zu. Nach einer Weile kamen beide zu der Erkenntnis, dass man eigentlich in den grundlegenden Sichtweisen weitgehend übereinstimmte. Auch wenn es dieses oder jenes Feld gab, wo man sich klar unterschied, so erklärten doch beide, die Meinung des anderen zu respektieren, auch wenn man sie nicht teilte. Am Ende gingen alle friedlich auseinander und hatten ein völlig neues Bild von denen, mit denen sie zuvor noch nie gesprochen hatten. Dies war sicherlich eine ungewöhnliche und seltene Situation, aber es zeigt, dass es durchaus möglich ist - und zwar nicht nur in Mannheim.

Auszunehmen sind grundsätzlich nur jene - und das trifft für alle Gruppierungen gleichermaßen zu -, die ihre Sicht ohne Respekt vor anderen Ansichten mit wie auch immer gearteter Gewalt erzwingen wollen.

Würde sich eine solche Gruppierung bilden, die alle politischen Ansichten mit einschließen würde und ihre Überlegungen und Kräfte weg von den Streitigkeiten untereinander auf die Auseinandersetzung mit den wirklich regierenden Plutokraten richten, dann würde es gefährlich. Die Gewerkschaften des 19. Jahrhunderts haben das gleichfalls zu spüren bekommen. Die Fabrikbesitzer wehrten sich mit Schlägertrupps, Polizei und Waffengewalt gegen die aufkommenden Gewerkschaften, und es war eine blutige Zeit, bis sich die Arbeiter mit ihren Interessen auf Augenhöhe gebracht hatten. Die Plutokraten tun ihrerseits alles, um das Entstehen eines solchen Bürgerverbandes um jeden Preis zu verhindern.

Heute ist es nahezu unmöglich, sich in größeren gesellschaftlichen Gruppen zu organisieren, um jene herauszufordern, die die Macht ausüben. Wo immer das geschieht, werden diese Bewegungen sofort mit allen Mitteln - und die sind mannigfaltig - durchsetzt, diffamiert, bekämpft und zerschlagen. Hier sei beispielhaft auf die Bewegung »Occupy Wall Street« hingewiesen. Es war die größte Protestbewegung in den USA, die sich ab Herbst 2011 gegen

die allmächtige Dominanz der Wall-Street-Banken und des Finanzwesens über die amerikanische Gesellschaft formierte und somit einen bedeutenden Arm des Machtnetzes direkt herausforderte.

Zehntausende Demonstranten protestierten in verschiedenen Städten der USA und später auch in Madrid, Wien und Frankfurt gegen soziale Ungerechtigkeit und die Macht der Finanzelite.<sup>78</sup> Die Polizei ging mit äußerster Härte gegen die Demonstranten vor. Einkesselungen und Pfefferspray gegen friedliche Demonstranten gehörten zum Routineprogramm. Die Polizei nahm mehr als 700 Demonstranten fest, deren Vergehen darin bestand, während des angemeldeten Demonstrationszuges den Bürgersteig zu verlassen und auf der Straße zu marschieren.<sup>79</sup>

Dies ist gerade heute, Anfang 2018, besonders interessant, da US-Präsident Trump die iranische Führung kürzlich aufforderte, die nicht angemeldeten und gewalttätigen Proteste im Iran auf keinen Fall aufzuhalten und das Demonstrationsrecht des iranischen Volkes zu respektieren.<sup>80</sup> Es schmerzt manchmal fast körperlich, regelmäßig zu erleben, wie verlogen unsere westliche Politik und Moral doch sein kann.

Die Occupy-Bewegung war als Bürgerbewegung gestartet und wollte bewusst keine Hierarchien bilden, da sie genau darin das Grundübel sah. Sobald sich Hierarchien bilden, gibt es sofort die ersten Kämpfe um Macht, Einfluss und Positionen, die ja genau das Problem der Strukturen bilden, die es zu bekämpfen gilt. Doch offenkundig funktioniert in unserem menschlichen Entwicklungsstadium kein System ohne diese Hierarchien, ohne jemanden, der vorgeht, der organisiert und am Ende entscheidet - und damit auch Macht und Einfluss hat, was ihn wiederum verleitet, mehr davon zu wollen, und andere verleitet, es ihm streitig zu machen. Die Piratenpartei hatte es mit allem jugendlichen Elan versucht umzusetzen und ist grandios daran gescheitert.

Kein Sportverein, kein Staat der Erde hat je basisdemokratisch und ohne Vorturner funktioniert. Und selbstverständlich waren auch Occupy und Piratenpartei nicht völlig ohne Führungsperso-

nen und Ebenen. So sehr sie es verhindern wollten, suchte sich die Masse doch das eine Gesicht, den einen (oder das Kernteam), hinter dem man sich sammeln konnte, der die Ideen aufbrachte, motivierte und die Veranstaltungen organisierte. Und genau diese Organisatoren wurden auch ganz gezielt und oft unterhalb der Wahrnehmungsschwelle der Öffentlichkeit angegriffen. Denn es ist klar, wenn man die zentrale Schaltstelle abschaltet, versandet jede Bewegung, zerstreut sich jede Armee.

Ich hatte während der heißen Phase der Occupy- Bewegung Kontakt zum damaligen »Gesicht und Organisator der Bewegung« in Deutschland, Wolfram Siener, der mit großem Engagement und frischer Begeisterung, wie sie nur die Jugend hervorbringt, an die Sache heranging. Er war wie seine Mitstreiter fest überzeugt, endlich eine bessere, demokratischere Welt schaffen zu können. Sie sahen sich als Start einer Lawinenbewegung, wenn ihnen nur genug Menschen folgen würden. Doch so schnell die Bewegung sich formiert hatte, so schnell erstarb sie, und wenige Monate später erinnerte sich kaum noch jemand daran.

Jahre später hatte ich wieder Kontakt zu ihm, als wir im Oktober 2013 für unsere Informationsplattform Cashkurs.com ein Interview mit ihm führten. Was wir da zu hören bekamen, bestätigte meine dunklen Ahnungen. Er berichtete von massivem Druck auf sein Privatleben und auf seine Familie. Siener wörtlich: *»Mir wurde am Telefon auf Englisch gedroht... >Sie werden aufhören damit, das zu tun, was Sie gerade tun, Sie wissen nicht, was Sie den Leuten da erzählen. Und wenn Sie nicht aufhören, dann werden wir nicht mit Ihnen anfangen, sondern wir werden mit Ihrer Familie anfangen.«* Und weiter: *»Diese Anrufe kamen alle zwei Tage über zwei Wochen hinweg... Am Anfang war es ein Mensch, der mir Ansagen gemacht hat und mir Drohungen gemacht hat, aber danach war es nur noch ein Band, das ablief, das immer wieder gefragt hat: >Wie lange soll dein Tod dauern?<, und dahinter kam immer eine höhere Zahl: zehn Sekunden, zwanzig Sekunden, das hat sich immer gesteigert. Das war so eine Art Psychoterror in der Art >Je länger du das hier machst,*

*desto schmerzvoller wird dein Tod werden.*«<sup>81</sup> Als Siener ernsthaft um sein Leben und das seiner Liebsten fürchtete, zog er sich schlussendlich wie gewünscht aus den Aktivitäten zurück. Mitstreitern sei es nicht anders ergangen.

Er berichtete von Unterwanderung der Bewegung, Diffamierungskampagnen und Machteinflüssen, die er sich trotz aller Befürchtungen nie habe vorstellen können. Ohne Generäle zerstreut sich jede Armee. Selbstverständlich haben auch die etablierten Medien ihre Aufgabe wahrgenommen, und so stellte *Die Welt* die Occupy-Bewegung als eine antisemitische Gruppierung dar, die von Neid geprägt sei. Wörtlich ist da zu lesen: »Die Parole >Dieses Land gehört uns, nicht den Plutokraten< etwa gemahnt nicht zufällig an einen Jargon, mit dem in der Bewegungsphase des Nationalsozialismus gegen das >jüdische Kapital< gehetzt wurde.«<sup>82</sup>

Inzwischen hat es schon eine gewisse Routine, jede unliebsame Bewegung mit der Nazi-Keule zu erschlagen, wie sehr es auch an den Haaren herbeigezogen sein mag. Es funktioniert doch immer wieder, ist ein bewährtes Rezept. Teile und herrsche. Teile sie in Linke, Rechte und die gute Mitte. Jeder Unliebsame wird wahlweise der bösen Rechten oder der bösen Linken zudefiniert. Ob das stimmt oder nicht, spielt gar keine Rolle. Man muss eine Lüge nur oft genug wiederholen, um sie zur akzeptierten Wahrheit zu machen. In Deutschland ist es besonders erfolgreich, die Gegner als irgendwie rechts zu brandmarken, in Amerika funktioniert es besser mit »irgendwie kommunistisch«.

Aber auch das ist noch nicht die ganze Geschichte. Inzwischen stellt Siener sogar die Frage, ob die Occupy-Bewegung selbst nicht von den gleichen Leuten gegründet wurde, gegen die sie protestierte, um dem wachsenden Unmut in der Bevölkerung in der Folge der Bankenkrise ein Ventil zu geben, das man jedoch selbst jederzeit unter Kontrolle haben würde und rechtzeitig wieder schließen könnte, wenn genug Dampf entwichen sei.

Selbst auf den ersten Blick harmlose Bewegungen werden im Keim zersetzt und zerstört, bevor sie das System auch nur ansatzweise

gefährden können. Im Herbst 2015 gründeten einige bekannte und politisch interessierte Finanzexperten die Aktion »Stop Bargeldverbot« und wollten mit bundesweiten Kundgebungen die Bürger gegen eine drohende Abschaffung des Bargeldes und die Folgen für die Freiheit jedes Einzelnen sensibilisieren. Sie banden auch mich früh in diese Pläne ein, und ich sagte ihnen voraus, wie der Ablauf aus meiner Sicht sein würde.

*»Ihr werdet eure ersten Kundgebungen abhalten und danach gibt es zwei mögliche Entwicklungsstränge. Der erste: Es interessiert keinen und es werden nur wenige Leute dazukommen. Das ist das Beste, was euch passieren kann. Dann habt ihr nur Zeit und Geld verschwendet. In der zweiten Variante bekommt ihr mehr Aufmerksamkeit, es kommen mehr Leute zu euren Kundgebungen. Man wird dann sehr schnell Claqueure wahlweise von rechts oder links unters Publikum schicken, und die Kameras der einschlägigen Sender werden genau draufhalten. Man wird euch als linke oder, was ich eher vermute, als rechte Spinner diffamieren, je nachdem was einfacher und wirksamer ist. Damit will die Masse der Menschen, die sonst zu euch kämen, natürlich nichts zu tun haben. Die werden sich künftig schnell fernhalten und dafür werden mehr Rechte von den Berichten angezogen. Am Ende stirbt das Projekt schneller, als ihr es gegründet habt, und ihr habt Geld, Zeit und eure Reputation verloren, ohne jemals die Chance gehabt zu haben, irgendetwas an der Abschaffung des Bargeldes zu ändern. Man sollte sich immer einbringen und versuchen, etwas zu verändern, aber man muss es auch strategisch sinnvoll tun und erkennen, was geht und was nicht funktioniert. Es macht keinen Sinn, sich vor einen führerlosen ICE auf die Gleise zu stellen - in der Hoffnung, dass er anhält.«*

Leider behielt ich mit meiner Einschätzung recht.

Im Mai 2016, bei einer der ersten Kundgebungen in Frankfurt am Main, wurde auch gleich die ZDF-»heute show« aktiv. Zur besten Sendezeit am 20. Mai 2016 wurden die Veranstaltung, die Teilnehmer und natürlich die Redner der Lächerlichkeit preisgegeben.<sup>83</sup>

Die *Frankfurter Neue Presse* beschrieb schon in der Ankündigung der Kundgebung die aus dem Nichts erfundene »Sorge«, es könne

dabei in Wahrheit um »Hetze gegen Geflüchtete oder andere rechtspopulistische Themen« gehen. Den Rednern, darunter auch dem von mir hochgeschätzten Professor Max Otte, wurde in diesem Beitrag rechte Gesinnung unterstellt, noch bevor sie die Bühne betreten hatten.<sup>84</sup>

Die Kampagne gegen die »bösen Bargeldbefürworter« zeigte genau die befürchtete Wirkung. Die mit 130.000 Unterschriften stark gestartete Aktion versandete, und die Beteiligten büßten Geld, Zeit und sehr viel Reputation ein, was noch lange Jahre nachwirken sollte. Einer der Akteure war der ehemalige Investmentbanker Thorsten Schulte. Dessen jüngstes Buch *Kontrollverlust*, das sich kritisch und quellensicher mit der Politik Merkels und der EZB auseinandersetzt, schaffte es trotz aller Gegenmaßnahmen durch die öffentlichen Medien aufgrund seiner Verbreitung in den noch zugänglichen sozialen Medien auf Platz zwei der SPIEGEL-Bestsellerliste. Dennoch wurde das Buch in manchen namhaften Buchhandlungen nicht verkauft. An der Stelle, wo es im Regal der Bestseller stehen sollte, fand sich folgendes Schild: »SPIEGEL-Bestseller - Thorsten Schulte >Kontrollverlust<. Dieser Titel wird in unseren Buchhandlungen nicht präsentiert.«<sup>85</sup>

Eine solche Zensur eines harmlosen Sachbuches gab es zuletzt in den dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte. Wäre es ein verbotenes Buch mit verfassungsfeindlichem Inhalt, jedes Verständnis. Aber ein Buch zu zensieren, weil die Meinung darin regierungskritisch ist, das ist schon starker Tobak und zeigt, wie weit wir uns von unserem vermeintlichen Recht der freien Presse und der freien Meinungsäußerung bereits jetzt entfernt haben, und gibt ein Gefühl, was da in den nächsten Jahren auf uns zukommen wird.

Dazu sei ganz klar gesagt: Man muss niemandes Sichtweise zu hundert Prozent teilen. Es gibt viele Themen, bei denen ich mit Schulte nicht übereinstimme. Aber wenn wir beginnen, Meinungen zu unterdrücken, statt sie zu respektieren und zu diskutieren, dann sind wir am Beginn eines neuen dunklen Zeitalters.

Je schwieriger die Zeiten werden, umso wichtiger ist es, klug vorzugehen. Keine Schlachten zu suchen, die man schon verloren hat,

bevor sie begonnen haben. Dinge dort zu ändern und anzustoßen, wo man eine Chance hat, etwas zu bewegen. Oft ist es nicht die eine große Aktion, sondern es sind die vielen kleinen Dinge, die in ihrer Gesamtheit Großes bewegen. Meinen Sie, Sie persönlich hätten die Möglichkeit, die Machtstrukturen der Welt zu verändern und ein neues, gerechtes Finanzsystem zu schaffen? Ganz sicher nicht. Aber bedeutet das, dass Sie gar nichts tun können? Im Gegenteil! Sie können mehr tun, als Sie denken. Dieses Verändern muss zunächst bei uns selbst beginnen. Jeder kann für sich bewusst die Entscheidung treffen, ob er sein Geld für immer neuen Tinnef ausgibt, der nicht glücklich macht, aber belastet und bislang eine der Haupttriebfedern ist. Die Methoden, mit denen die Massen stillgehalten wurden, änderten sich im Laufe der Jahrhunderte, doch die Mechanismen und Beweggründe waren immer die gleichen. Es ging stets darum, eine kritische Masse zu verhindern, sie früh vom Nachdenken abzuhalten und ihren stillen Gehorsam zu bewirken.

In frühen Jahrhunderten war es die Kirche, die (völlig losgelöst von der Frage, ob es einen Gott gibt oder nicht) mit Aberglaube und Gottesfurcht die Menschen zum Gehorsam gebracht hat. Damals - und aus heutiger Sicht leicht erkennbar - gab es eine enge Verbindung zwischen dem weltlichen Herrscher, dessen Macht und Einfluss geschützt werden musste, und dem jeweiligen Oberhirten der katholischen Kirche, der die Gläubigen im sicheren Griff hielt und durch Übertragung des vermeintlichen göttlichen Willens auf den jeweiligen Herrscher »von Gottes Gnaden« dessen Macht absicherte. Im Gegenzug wurde der eigene geistliche Kopf militärisch geschützt, und man bekam ein gutes Maß an Privilegien des guten Lebens seiner Zeit ab.

Ist es heute so viel anders? Es sind die Konsumtempel, die Medien und die Unterhaltungsindustrie, die es auf eine viel angenehmere Art schaffen, die Menschen davon abzuhalten, sich allzu kritisch mit den eigentlich Mächtigen auseinanderzusetzen. Wer den ganzen Tag Katzenvideos austauscht, kleinen Skandalchen belangloser Personen folgt und mit dem nächsten Schnäppchenkauf beschäftigt

ist, der hinterfragt keine große Machtpolitik. Der hinterfragt selten genug die eigene nächste Umgebung. Sollte es doch zu einer kurzen Erregung ob einer allzu großen Sauerei kommen - keine Sorge, die nächste Ablenkung kommt sofort.

Die Kirchenfürsten wurden abgelöst von den Fürsten der Konsumindustrie. Bill Gates, Mark Zuckerberg, Jeff Bezos und etliche andere sind die neuen Päpste und Kardinäle, die das Volk ruhigstellen und unter Kontrolle halten und als Gegenleistung ihren Anteil am Leben der Schönen, der Reichen und der ganz schön Reichen bekommen. Ab und an kommt ein Abtrünniger, ein Ketzer, der diesen Zusammenhang beleuchtet. So ging im November 2017 der ehemalige Präsident von Facebook, Sean Parker, an die Öffentlichkeit und warnte vor seinem ehemaligen Unternehmen (er hielt einst sieben Prozent daran). »Gott allein weiß, was Facebook mit den Gehirnen unserer Kinder macht«, so Parker. Er bestätigte, dass die sozialen Medien darauf ausgelegt seien, die Schwächen der menschlichen Psyche auszunutzen. Man habe Facebook von Beginn an so angelegt, dass die Menschen so weit wie nur möglich hineingesogen würden und so viel Zeit wie möglich hier verbrächten. Inzwischen warnt Parker vor Facebook: »Es ändert buchstäblich euren Umgang mit der Gesellschaft und untereinander.«<sup>86</sup>

Zugegeben, diese Art der Ruhigstellung dürfte uns allen wesentlich lieber sein als die heilige Inquisition, aber dennoch ändert es nichts an der Tatsache, dass die Macht einmal mehr nicht zum Wohle der Massen, sondern zu deren nachhaltigem Schaden genutzt wird. Wie viel weiter und gerechter könnte die Menschheit sein, wenn es diese Form des Machtmissbrauches nicht gäbe.

Es liegt nun an uns selbst. Wir entscheiden jeder für uns selbst, wie viel Zeit wir mit belanglosen Videos und sozialen Beschimpfungen zu Nebensächlichkeiten verbringen, statt mit Dingen, die unseren Horizont, unser Wissen und unser Verständnis von Zusammenhängen vertiefen, oder statt einfach nur das Leben in seiner reinsten Form zu genießen - das Leben, das um uns herum stattfindet, während wir mit YouTube-Videos beschäftigt sind.

Wir selbst entscheiden, ob wir dem nächsten Konsumterror nachgeben und Stunde um Stunde mit Kauf, Lagerung und Pflege all der vielen überflüssigen »Must-Have«-Artikel verbringen, um dann den Rest der Zeit damit beschäftigt zu sein, das Geld dafür irgendwo aufzutreiben.

Auch hierzu hat Coudenhove-Kalergi eine klare Botschaft für die ferne Zukunft zu bieten, an der wir bereits heute arbeiten können:

*»Der Kulturstaat der Zukunft hingegen wird Konsumentenstaat sein: seine Produktion wird von den Konsumenten kontrolliert werden - nicht, wie heute, der Konsum durch die Produzenten. Es wird nicht dem Gewinn - sondern der allgemeinen Wohlfahrt und Kultur zuliebe produziert werden: nicht um der Produzenten, sondern um der Konsumenten willen.*

*Es ist die künftige Mission des Parlamentes, die übereinstimmenden Interessen aller Konsumenten zu vertreten und zu verteidigen gegen die divergierenden Interessen der Produzentengruppen, deren Sprachrohr heute noch die Abgeordneten und Parteien sind.«\*7*

Wir selbst entscheiden, wie viel Zeit wir vor dem Fernseher oder dem tumben Teil des Internets verbringen. Selbst die Beschäftigung mit den kritischen Themen im Internet kann exakt den gewünschten Effekt als »Ventil« der Macht haben, obwohl man glaubt, sich doch so gut zu informieren. »Overload« nennt man das, »Informationsflut« hieß es früher. Wenn Sie das 32. Video gesehen haben, in dem sich jemand über die Flüchtlinge aufregt, oder wenn Ihnen jemand den x-ten Bericht schickt, wo es wieder einen Übergriff gegeben hat, dann sind Sie danach nicht besser informiert als nach dem dritten Bericht. Aber Sie fühlen sich gut, weil Ihr Wissen und Ihre Meinung, die Sie nun schon seit jenem dritten Bericht haben, immer und immer wieder bestätigt werden. Doch jeder weitere Bericht ist inzwischen pure Zeitverschwendung. Das Internet ist ein Heuhaufen aus Informationen, Desinformationsbrocken, wichtigem und völlig irrelevantem Wissen, Halbwissen oder Blödsinn. Kaum ein Mensch hat noch die Chance, in diesem Heuhaufen die wenigen Grashalme zu finden, die zusammengehören, um das

wahre Bild der Situation zu zeigen. Und so versteckt sich das Gesamtbild, für jeden offenkundig und am Ende für keinen mehr erkennbar, direkt vor unseren Augen.

Der Alltag sieht auch für den interessierten Bürger immer gleich aus. Wir verbringen den Tag mit Arbeit, Familie, Hobby und Konsum. Irgendwann am Abend dann noch ein, zwei Stunden im Internet. Recherchieren, aufregen, diskutieren über heute dies und morgen das. Dabei immer zwei Sätze im Kopf: »Wieso tut niemand was?« und »Man müsste!« Dann der Blick auf die Uhr: »Oh, Schatz, ich komme gleich, wir wollen ja noch essen gehen.« Zurück bleibt das gute Gefühl, sich ja informiert zu haben, sich ja aufgeregt zu haben. Man hat sich ja engagiert ... aber jetzt ist Feierabend. Und genau deshalb bleibt es bei »Man müsste!« und »Wieso tut niemand was?«

Das ist nicht weiter tragisch, aber wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass es genau so auch für unsere herrschenden Plutokraten durchaus hilfreich ist. Das bedeutet nicht, dass auch dieses Element zwangsläufig von Beginn an so geplant war. Aber es ist durchaus gerne gesehen. Den einen ist das große Politikspiel sowie so Jacke wie Hose; die muss man nur satt und beschäftigt halten. Die anderen, die Bemühten, muss man in ihrer Bemühung zufriedenstellen. Lass sie recherchieren, lass sie sich aufregen und dann lass sie das Thema wechseln. Der Mechanismus funktioniert perfekt, und er wird immer weiter perfektioniert. Es wäre naiv anzunehmen, wir könnten ihn durch einen großen Aufschrei (durch wen genau?!) aushebeln. Es geht nur durch Veränderung bei jedem Einzelnen. Entscheiden wir doch wieder frei und selbstbestimmt, was unsere Prioritäten sind. Was ist wichtig in unserem und für unser Leben? Stellen wir uns doch vor jedem Kauf die Frage: »Fehlt mir was, wenn ich das jetzt nicht kaufe? Werde ich dann weniger glücklich sein?« Stellen wir uns doch, bevor wir das nächste Video weiterleiten, die Frage: »Bringt das meinen Freund wirklich weiter, oder stehle ich ihm nur wieder vier Minuten seines Lebens?« Was zählt wirklich im Leben?

Ich hatte in diesem Jahr einen der schwersten Tage meines Lebens, als ich mich für immer von meinem geliebten Vater verabschieden musste. In den Tagen nach seinem Tod, in allen Gesprächen mit den vielen Menschen, die ihm im Leben nahegekommen waren, und im Vorgespräch mit der Trauerrednerin wurde mir eines sehr bewusst. Nicht ein einziges Mal ging es dabei um irgendein materielles Thema. Es ging nicht ein einziges Mal um seine beruflichen Erfolge, seine materiellen Errungenschaften, nicht um sein Haus, nicht um sein Auto, nicht um seine Sammlung oder seine Ehrenzeichen. Es ging immer nur um das eine Thema: »Wo hat er für einen anderen Menschen einen Unterschied bedeutet?« Es war der Azubi von vor vielen Jahrzehnten, der berichtete, wie Vater sich für ihn eingesetzt habe. Es war die junge Frau, vor die er sich schützend gestellt hatte, als es in einer Kneipe zu heiß wurde. Es waren die drei Male, in denen er mir als Kind im letzten Moment und dabei zweimal unter Einsatz seines eigenen Lebens das meinige gerettet hat. Und es waren zahllose Berichte von Menschen, die seinen Weg nur kurz kreuzten und für die er ein gutes Wort oder eine Hilfestellung fand.

Da ergibt sich die Frage: Wenn es das ist, was am Ende eines Lebens offenkundig als Einziges auf der Waage liegt, wenn es das ist, worum es eigentlich geht, warum verbringen wir dann nicht unser Leben viel häufiger damit, für andere und damit automatisch auch für uns selbst einen Unterschied zu bedeuten, als unser Leben mit - schlussendlich - völlig belanglosen Dingen zu vergeuden? Das bedeutet natürlich nicht, seine Arbeit, sein Haus und all die materiellen Dinge völlig zu meiden. Es geht vielmehr darum, jenes gesunde Gleichgewicht wiederherzustellen, das uns immer mehr aus der Hand zu gleiten droht.

Und diesem Gleiten wurde durchaus aktiv nachgeholfen. Wenn der »Bürger« zum »Verbraucher« umdefiniert wird, hat das einen Sinn. Egoistische Einzelpersonen ohne große soziale Bindungen kann man viel leichter manipulieren und ruhigstellen als - im wahren Leben - gut vernetzte Gruppen, die sich als echtes »soziales

Netzwerk« verbinden, unterstützen und nicht gegeneinander auspielen lassen. Je größer eine solche Gemeinschaft wird, umso gefährlicher wird sie für die Plutokratie, denn sie teilt immer stärker gemeinsame Werte, die sie einfordern kann. Je größer diese Netzwerke und Gruppen, desto mehr Menschen beeinflussen sie selbst wieder. DAS ist die größte Gefahr für die Machtstrukturen, die daher auch alles daransetzen, die Menschen zu vereinzeln. Sie fühlen sich in den »Social Networks« als Gemeinschaft, doch das Gegenteil ist der Fall. Die Familien kommen immer mehr aus der Mode. Großfamilien längst, aber auch die - inzwischen traditionelle - »Kleinfamilie« wird zum Auslaufmodell. Jeder soll sein Leben »individuell«, also für sich alleine führen. Mit Lebensabschnittspartner und Datingportal, heute hier, morgen da. Stetige Job- und Ortswechsel, heute hier, morgen da. Echte soziale Netzwerke, die Entwicklungen infrage stellen, gemeinsame Werte und Normen definieren, können so nicht entstehen. Jeder »Individualist« ist beliebig manipulierbar, denn jeder Einzelne unterliegt der Einflussnahme der gleichen Konzerne und ihrer Macher. Nur gemeinsam wären wir eine Macht.

Was heißt das ganz konkret? Interessieren Sie sich noch mehr für Ihre Mitmenschen. Verstärken Sie wieder die Vereinsarbeit. Nehmen Sie sich Zeit füreinander und vor allem üben Sie Achtsamkeit. Suchen wir doch lieber das Verbindende mit den Mitmenschen, als uns gegeneinander aufhetzen zu lassen. Bei politische Diskussionen im Freundeskreis oder im Sportverein ist es auch schon immer heiß hergegangen, aber zumeist überwog der Respekt vor dem Gegenüber, dem Freund, dem Sportkameraden, sodass man Argumente austauschte, sich stritt, aber immer den Respekt vor dem anderen bewahrte. Im »sozialen« Netzwerk Facebook dagegen geht es oft längst nicht mehr um den Austausch von Argumenten unter dem Respekt vor dem Gegenüber. Es geht um Hass, um Dominanz und darum, den mehr oder weniger anonymen anderen verbal zu vernichten.

Teile und beherrsche sie. Bringt das unsere Gesellschaft weiter, oder wessen Interessen dient diese Entwicklung? Wenn wir die

Antwort darauf zu kennen glauben, ist der nächste Schritt, etwas dagegen zu tun. Norbert Blüm hat mir einmal als Ratschlag für öffentliche Diskussionen gesagt: »Dirk, du musst immer so diskutieren, dass das Gegenüber sein Gesicht nicht verliert. Der muss, wenn er abends nach Hause kommt, sich vor seinen Kindern nicht schämen dürfen!« Das waren sehr weise Worte, und ich bemühe mich stets, sie zu berücksichtigen. Das fällt nicht immer leicht, ganz besonders, wenn das Gegenüber sich seinerseits nicht an diese Regel hält. Aber es geht wie bei allen Vorsätzen nicht darum, unfehlbar zu sein, sondern so oft wie möglich das Richtige zu tun.

Als kleine Mosaiksteine, um wieder etwas mehr Achtsamkeit in unsere Gesellschaft zu bringen, möchte ich Ihnen ein winzig kleines Beispiel geben, das - wenn Sie es einmal ausprobieren - eine ungeahnte Wirkung auf Sie selbst und Ihre direkte Umwelt hat.

Auf den Kanaren gibt es in einigen Einkaufsläden eine schöne Sitte. Da steht ein Einkaufswagen, nachdem man die Kasse passiert hat. Man kauft einfach ein Paket Nudeln, Milch oder was auch immer mehr ein und legt es in diesen Einkaufswagen. Ältere Leute, die knapp mit dem Geld sind, können sich da was rausnehmen, ohne fragen oder betteln zu müssen. Eine wunderschöne Geste, wie ich finde. Solch kleine Gesten machen den Unterschied einer Gesellschaft aus, und je unerwarteter sie geschehen, umso wirkungsstärker sind sie. Bezahlen Sie am Bratwurststand eine Bratwurst mehr und sagen Sie dem Verkäufer: »Dem Nächsten, der kommt, schenkst du eine.« Probieren Sie es aus. Ein wunderschönes Gefühl, ein verdutzter Bratwurstbräter, der das klasse findet und mindestens drei Leuten davon erzählt, und ein glücklicher Unbekannter, der mindestens drei Leuten erzählt, was ihm heute passiert ist. Und das alles für drei Euro. Vielleicht macht der Beschenkte es nach, wer weiß.

So bringt man mit kleinen Gesten ein Lächeln in die Welt. In einer Zeit, in der der Staat in jedem Bürger einen potenziellen Gefährder oder Kriminellen sieht, müssen wir aufpassen, uns davon nicht anstecken zu lassen. Es gibt Gefährder und Kriminelle, aber

die meisten Menschen wollen lieber mit uns in Fried- und Freundlichkeit leben. Geben wir ihnen die Chance dazu und lassen uns auf keinen Fall von den wenigen zum Gegenteil erziehen. Natürlich könnte der Bratwurstverkäufer die drei Euro einstecken und uns insgeheim auslachen. Natürlich könnte der Beschenkte ein übler Kerl sein, und ich würde mich ärgern, DEM eine Wurst bezahlt zu haben. Aber vielleicht bewirkt es ja gerade bei dem mehr als bei jedem anderen. Ein Sprichwort sagt: »Sei freundlich zu jenen, die unfreundlich sind, sie benötigen es am meisten.«

Wie das die Gesellschaft verändern soll? Wenn es uns nicht gelingt, eine große schlagkräftige Bürgervertretung auf die Beine zu stellen, die sich ihre Rechte in schweren Schlachten erkämpft, da sie immer wieder im Ansatz zerschlagen wird, bleibt uns nur die Summe unzähliger Kleinigkeiten, die nachhaltig das Wesen einer Gesellschaft verändern kann, die die entmachtende Teilung der Menschen Stück für Stück im Kleinen und unbemerkt aufhebt und die Gesellschaft so automatisch immer stärker macht. Und ist es nicht sinnvoller, wenn jeder Einzelne von uns jeden Tag da, wo er gerade steht, versucht, etwas im Kleinen zum Guten zu wenden, statt nichts zu tun und jeden Tag darauf zu warten, dass irgendein anderer die alles verändernde Revolution entfacht, die vielleicht doch nie kommen wird?

Es gibt eine wunderschöne Geschichte von einem Mann, der an einem langen Sandstrand spazieren geht. Da trifft er einen kleinen Jungen, der sich wieder und wieder bückt, etwas aufhebt und, so weit er kann, ins Meer wirft. Der Mann fragt den Jungen, was er da mache, und der antwortet: »Ich hebe die Seesterne auf, die hier angeschwemmt wurden, sonst vertrocknen sie und sterben.« Darauf lacht der Mann den kleinen Kerl aus und sagt mit ausladender Geste: »Sieh dich um! Hier liegen auf vielen Kilometern Strand Hunderttausende, denen kannst du nicht allen helfen.« Darauf wird der Kleine ganz traurig, denkt kurz nach, bückt sich und wirft den nächsten Seestern ins Wasser. Dann sagt er leise: »Aber dem konnte ich helfen.«

Eine weitere schöne Geschichte spielt im Römischen Reich, wo ein Senator im Senat vorgeschlagen haben soll, Sklaven weiße Armbänder zu verpassen, damit man sie auf der Straße besser von Bürgern unterscheiden könne. Der Vorschlag soll mit Entsetzen abgelehnt worden sein: »Wenn sie erst sehen, wie viele sie sind, werden sie sich womöglich gegen uns erheben.«

Wir werden nur etwas bewegen können, wenn es möglichst viele Einzelne jeder für sich an seiner Position tun. Nur in der Gesamtheit verändert sich eine Gesellschaft. Der eine beim Einkauf mit einem Lächeln, einer Hilfestellung für den Nachbarn, der andere im Job mit Kollegen, Mitarbeitern oder Kunden. Überlege, ob du den nächsten Hasskommentar auf Facebook einstellst oder stattdessen wo immer möglich versuchst, Verständnis und Solidarität zwischen den Menschen zu schaffen, statt uns selbst zu spalten. Wenn »Teile und beherrsche sie« die Strategie der Mächtigen ist, kann unsere Lösung nur im Gegenteil liegen: »Vereint euch und wehrt euch.«

Und vielleicht, ja vielleicht kommt eines Tages ja doch der weiße Ritter, der die Bürger hinter sich versammelt, ohne Ansehen ihres Standes und ihrer Einstellung zu Gott oder Parteien, und ihre Rechte mit ihnen gemeinsam erstreitet. Vielleicht du selbst?

### III. Pulverfässer –

## Eine Fülle von ungelösten Problemen

### Globalisierung: Die Weltmacht als Ziel

Nicht nur wir wollen gerne etwas verändern, auch die Machteliten haben durchaus Ziele und Perspektiven für unsere Gesellschaft. Sie sind relativ klar und überraschenderweise wenig verdeckt, wenn man sie sehen möchte. Diese Ziele haben zunächst sogar durchaus einen nachvollziehbaren Charme. Leider bleibt die nicht unbegründete Befürchtung, dass wir als Gesellschaft dabei wieder einmal über den Tisch gezogen werden. Welche Ziele das sind? Dazu gibt es die unterschiedlichsten Begriffe. Der von seinen Unterstützern eingeführte Begriff nennt sich unscheinbar »Globalisierung«, seine Gegner sprechen von »One World«, was faktisch das Gleiche ist. Ich bevorzuge den zunächst neutralen Begriff »Zusammenwachsen der Menschheit«.

Diese Entwicklung ist eigentlich keine große Überraschung. Die Menschheit wächst spätestens seit dem Mittelalter langsam, aber sicher zu immer größeren Einheiten zusammen. Das geschieht oft nach dem Muster »zwei Schritte voraus, einen zurück«. Baden-Württemberg war zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein unübersichtlicher Flickenteppich aus über dreihundert kleinsten Herrschaftsgebieten, die sich gegenseitig an den Kragen gingen. Erst 1952 vereinigten sich die bis wenige Jahrzehnte zuvor verfeindeten Regionen Baden und Württemberg zu Baden-Württemberg. Heute findet man das bestenfalls in Frotzeleien zwischen »Gelbfüßlern«

(Badener) und »Schwobe«, aber niemand käme im Entferntesten auf den Gedanken, dass es jemals wieder Krieg zwischen ihnen geben könnte. Deutsche und Franzosen haben sich bis vor 73 Jahren regelmäßig die Schädel eingeschlagen. Das ist für uns heute, da wir mit französischen Partnerstädten gemeinsame Feste feiern, eine gemeinsame Europapolitik machen, unsere Industrien zusammenlegen und bald gemeinsame Anleihen ausgeben werden, so unvorstellbar geworden, dass man sich vor Augen führen muss, dass der letzte Vernichtungskrieg gerade ein Menschenleben her ist.

Die Welt wächst zusammen - ein Prozess, der vermutlich ganz selbstverständlich ist, der aber auf natürlichem Wege viele Jahrhunderte benötigt. Es ist wohl keine Utopie anzunehmen, dass die Menschheit sich in weiteren fünfhundert Jahren vollständig zusammengeschlossen haben wird, die Probleme der Welt gemeinsam löst und sich als eine Menschheit auf die Eroberung des Weltraums konzentrieren wird. Kriege unter Staaten wird man dann ebenso für unvorstellbar und archaisch halten wie Rassen- oder Religionskriege. Was haben sich doch Katholiken und Protestanten über Jahrhunderte den Schädel eingeschlagen! Heute unvorstellbar. Diese Entwicklung wäre auch bei anderen heute aggressiv auftretenden Religionen wahrscheinlich. Ein wunderbares Zeitalter würde die Menschen einer fernen Zukunft erwarten, wenn da nicht ein fatales Problem wäre: Zahlreiche Wissenschaftler, darunter eines der größten Genies der Menschheit - der gerade verstorbene Astrophysiker Stephen Hawking - sagen der Menschheit die baldige Auslöschung voraus. Schon in hundert Jahren könne die Menschheit sich in einem der nächsten großen Konflikte selbst ausgerottet haben.<sup>88</sup>

Ein Umstand, auf den im Übrigen Coudenhove-Kalergi bereits 1925 hingewiesen hat:

*»Technik ohne Ethik muss ebenso zu Katastrophen führen, wie Ethik ohne Technik. Wenn Europa in ethischer Hinsicht keine Fortschritte macht, muss es aus einem Weltkriege in den anderen taumeln: diese werden umso fürchterlicher sein, je höher sich inzwischen die Technik entwickelt. Europas Zusammenbruch ist also unvermeidlich, wenn*

*nicht sein ethischer Fortschritt Schritt hält mit dem technischen ... Von der Ethik hängt es ab, ob die Technik den Menschen in die Hölle führt oder in den Himmel.*<sup>89</sup>

Der Mensch verfügt bereits heute über Technologien, für die er die erforderliche ethische Reife noch lange nicht erreicht hat. Das beginnt bei der Atomkraft und endet ganz sicher nicht bei den Möglichkeiten, in das Erbgut eines jeden Lebewesens eingreifen zu können. Auf diese Weise sind heute bereits Waffenarsenale angelegt, deren Freisetzung in einem der wahrscheinlichen großen Konflikte der nächsten Jahrzehnte die Menschheit vollständig auslöschen könnte. Neben einem nuklearen Krieg muss hier der Einsatz biologischer Waffen als noch verhängnisvoller angesehen werden. Kaum ein Krankheitserreger, mit dem in den vergangenen Jahren nicht militärisch gearbeitet und experimentiert wurde.

Russische Überläufer berichteten bereits Anfang der 1990er-Jahre von groß angelegten Biowaffenexperimenten Russlands, bei denen unter anderem ein genetisch verändertes Ebola-Virus zum Einsatz kam.<sup>90</sup> Auch die USA sind auf diesem Gebiet hochaktiv. Der neuste Trend aus dem Horrorkabinett der Biowaffen sind Viren, die gezielt gegen besondere genetische Kombinationen eingesetzt werden. So können Viren freigesetzt werden, die alle Stechmücken einer bestimmten Gattung töten. Dies wird als »Technologie der genetischen Auslöschung« bezeichnet. Eine US-Militärbehörde hatte zuletzt 100 Millionen US-Dollar in die Erforschung solcher »Doomsday«-Technologien investiert, die ganze Arten ausrotten können. Aber es ist dann nur noch ein kleiner weiterer Schritt, dieses Virus auf bestimmte menschliche Genspezifikationen anzupassen, damit es Menschen bestimmter Abstammung, mit bestimmten Eigenschaften oder Erbkrankheiten findet und tötet. Das ist keine Utopie, diese sogenannten »Biowaffen des Jüngsten Gerichts« sind längst Diskussionsthema bei den Vereinten Nationen.<sup>91</sup> Nur Gott weiß, welche Mutanten-Viren die Kombination aus Gentechnik, Krankheitserregern und Militärstrategen inzwischen hervorgerufen hat. Aber die Wissenschaft lässt keinen Zweifel daran, dass es

nur eine Frage der Zeit ist, bis diese Stoffe zum Einsatz kommen, sei es durch Staaten oder Terroristen - was immer man darunter im Einzelfall zu verstehen hat.

An dieser Stelle kommen wir noch einmal auf die eingangs angesprochenen Netzwerke der Macht zu sprechen. Es wäre zu kurz gesprungen, deren Beweggründe auf Gelderwerb und Macht um ihrer selbst willen zu reduzieren. Denn den Menschen treibt in Anlehnung an Maslows Theorie eine Bedürfnispyramide voran.<sup>92</sup> Zunächst geht es um nichts anderes als die Erfüllung der Grundbedürfnisse wie Essen, Wärme und ein Dach über dem Kopf. Danach strebt der Mensch den Wohlstand an. Ist genug Geld im Haus, kommt als Nächstes der Wunsch nach sozialer Anerkennung, nach Ansehen. Und nach dem Ansehen kommt die Versuchung, möglichst viel Macht über seine Umgebung zu gewinnen. Ist auch dieses Bedürfnis gestillt, bleibt der Wunsch, sich zum Schöpfer zu erheben. Maslow beschreibt dies als »Transzendenz«, also als eine Suche nach Gott oder den Versuch, sich selbst zum Gott zu erheben - die Zukunft der Menschheit zu gestalten und Spuren für die Ewigkeit zu hinterlassen.

Bei den Pharaonen, die die gesamte Kette durchschritten hatten, stand am Ende der Bau gewaltiger Pyramiden für die Ewigkeit - Bauwerke, deren Vollendung sie selbst oft nicht erlebten. Aber sie wurden selbst zum Schöpfer für die Ewigkeit. Das Gleiche geschah im Mittelalter beim Bau der Kathedralen. Auch hier haben die Bauherren selten die Vollendung ihres Auftrages erlebt, und dessen waren sie sich stets bewusst. Es ging ihnen darum, die Zukunft zu gestalten und, nachdem sie alle irdischen Stufen der Bedürfnispyramide erklimmen hatten, einen Fußabdruck für die Ewigkeit zu setzen.

Wenn Sie heute eine Rede von Mark Zuckerberg, Bill Gates oder Jeff Bezos hören, wissen Sie, dass diese Menschen - und erst recht jene, die noch reicher und noch mächtiger abseits der Öffentlichkeit hinter ihnen stehen - längst am gleichen Punkt angelangt sind. Zuckerbergs Vermögen wird auf über 70 Milliarden US-Dollar geschätzt, Bill Gates auf 90 Milliarden und Jeff Bezos auf

98 Milliarden US-Dollar. Welche Motivation sollte Zuckerberg noch antreiben? Die 75. Milliarde zu verdienen? Ganz sicher nicht. Geld spielt in dieser Liga absolut keine Rolle mehr. Es kann bedenkenlos in Milliardengröße verschenkt werden, denn das dient ja dem sozialen Ansehen. Soziales Ansehen ist aber auch schon bis zur Langeweile vorhanden. Jeder der Herren bekäme morgen früh eine Privataudienz beim Papst, der Bundeskanzlerin oder seinem Lieblingssportler. Sie werden von Medien, Politik und Wirtschaft gefeiert wie Könige des Mittelalters. Hier ist keine Stufe mehr zu erklimmen.

Bleibt die Machtfrage. Hatte je ein Mensch mehr Macht über die Menschheit als beispielsweise Zuckerberg? Über zwei Milliarden Menschen übergeben all ihre persönlichen Gedanken und Daten an einen einzigen Kerl namens Mark Zuckerberg. Daten sind Macht. War je ein Mensch mächtiger? Machen wir es kurz. Für diesen Bereich der internationalen Eliten gibt es nur noch ein einziges Ziel: Transzendenz. Die Suche nach dem Göttlichen, der Wunsch, die Zukunft der Menschheit maßgeblich zu gestalten.

Sie machen auch kein Hehl daraus. Wir müssen ihnen nur zuhören. Hier ein Auszug aus einem Brief von Mark Zuckerberg an uns, seine »Community«, geschrieben am 16. Februar 2017:

*»Auf unserer Reise, die Welt zu verbinden, sprechen wir oft über Produkte ... Heute möchte ich mich auf die wichtigste Frage konzentrieren: Bauen wir die Welt, die wir alle wollen? Geschichte ist die Erzählung, wie wir gelernt haben, in immer größerer Zahl zusammenzukommen - von Stämmen über Städte bis hin zu Nationen ... Heute stehen wir kurz vor dem nächsten Schritt. Unsere größten Chancen sind jetzt global - wie die Verbreitung von Wohlstand und Freiheit, die Förderung von Frieden und Verständigung, die Überwindung von Armut und die Beschleunigung der Wissenschaft ... Fortschritt erfordert jetzt, dass die Menschen nicht nur als Städte oder Nationen, sondern auch als globale Gemeinschaft zusammenkommen ... Es stellt sich die Frage, ob wir eine globale Gemeinschaft schaffen können, die für alle funktioniert... Dies ist eine Zeit, in der*

*viele von uns [Eliten, Anm. des Autors] auf der ganzen Welt darüber nachdenken, wie wir die positivsten Auswirkungen erzielen können ... Uns alle als globale Gemeinschaft zusammenzubringen ist ein Projekt, das größer ist als eine Organisation oder ein Unternehmen ... Wie können wir den Menschen helfen, eine integrative Gemeinschaft aufzubauen, die unsere kollektiven Werte und unsere gemeinsame Menschlichkeit von der lokalen bis zur globalen Ebene widerspiegelt und Kulturen, Nationen und Regionen in einer Welt mit wenigen Beispielen globaler Gemeinschaften umfasst?... Wir nehmen unsere Verantwortung ernst, und heute möchte ich darüber sprechen, wie wir unseren Teil zum Aufbau dieser globalen Gemeinschaft beitragen wollen ...Es geht darum, eine Gemeinschaft aufzubauen, die uns hilft, uns sicher zu halten, die Schaden verhindert. Probleme wie Terrorismus, Naturkatastrophen, Krankheiten, Flüchtlingskrisen und Klimawandel erfordern koordinierte Reaktionen aus einer weltweiten Perspektive. Keine Nation kann sie alleine lösen. Ein Virus in einer Nation kann sich schnell auf andere ausbreiten. Ein Konflikt in einem Land kann eine Flüchtlingskrise über Kontinente hinweg auslösen. Die Umweltverschmutzung an einem Ort kann sich auf die Umwelt auf der ganzen Welt auswirken. Die derzeitigen Systeme der Menschheit reichen nicht aus, um diese Probleme anzugehen ... Der Aufbau einer integrativen globalen Gemeinschaft erfordert die Einführung eines neuen Prozesses, in dem die Bürger weltweit an der Verwaltung der Gemeinschaft teilnehmen können.«*

Bitte lesen Sie gerne den gesamten Text im Wortlaut, damit es nicht aus dem Zusammenhang gerissen erscheint.<sup>93</sup>

Es sei erwähnt, dass auch Zuckerberg uns im Laufe des Briefes dazu aufruft, die physischen Beziehungen im eigenen Umfeld intensiver zu leben und sich nicht nur auf die digitalen sozialen Netzwerke zu reduzieren. Die gesunde Mischung aus beidem ist ganz sicher die richtige Empfehlung. Hier kann man Zuckerberg absolut zustimmen.

Wenn man Zuckerberg zuhört, kann man ihm nur recht geben. Es besteht die große Chance, die Menschheit zu einen und die Welt

zu einem besseren Ort zu machen. Aber es bleibt das Misstrauen aus fünftausend Jahren Menschheitsgeschichte, dass es eben nie um das Wohl der Massen, sondern stets nur um das Wohl der ohnehin schon Reichen und Mächtigen ging. Manchmal haben wir Glück, wenn diese Interessen deckungsgleich sind. Unterstellen wir, dass es unter diesen Menschen, die wie Zuckerberg die Stufe zur »Transzendenten Phase« erklommen haben, etliche gibt, die tatsächlich das gute Herz haben und die Welt im Sinne der Menschheit positiv gestalten wollen. Doch wir können uns sicher sein, dass es unter ihnen auch mindestens ebenso viele gibt, denen das Wohl der aus ihrer Sicht bedauernswerten Masse - in den USA nennt man sie intern abfällig »White trash« (weißer Abfall)<sup>94</sup> - absolut gleichgültig ist und die es als vollkommen selbstverständlich ansehen, dass sie diese Zukunft ausschließlich in ihrem eigene Sinne gestalten - was durchaus im diametralen Gegensatz zu den Interessen der Gesellschaft stehen dürfte.

Aber wir können annehmen, dass diese einflussreichen und über nahezu beliebige Ressourcen verfügenden Netzwerke der Macht - positive wie negative - alle ein gemeinsames Ziel verfolgen, das Zuckerberg wie viele andere vor ihm absolut unmissverständlich definiert: die Menschheit zu einen und die Welt zusammenzuführen.

Und das ist keine Entwicklung, die erst in diesen Tagen des Internets aufkommt, sondern ein Vorhaben, das seit vielen Jahrzehnten mit allen jeweils zur Verfügung stehenden Möglichkeiten vorangetrieben wird.

So schreibt der Übertäter des Rockefeller-Imperiums in den letzten Jahrzehnten, David Rockefeller (1915-2017), höchstpersönlich in seinen 2003 erschienenen Memoiren:

*»Seit mehr als einem Jahrhundert greifen ideologische Extremisten an beiden Enden des politischen Spektrums auf gut publizierte Ereignisse wie meine Begegnung mit Castro zurück, um die Rockefeller-Familie wegen des übermäßigen Einflusses anzugreifen, den wir angeblich über amerikanische politische und wirtschaftliche Institutionen ausüben. Einige glauben sogar, dass wir Teil einer geheimen Kabale*

*sind, die gegen die Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet, indem sie meine Familie und mich als »Internationalisten« bezeichnen, die sich mit anderen auf der ganzen Welt verschwören, um eine stärker integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine Welt (>One World<), wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf.«<sup>95</sup>*

Man muss die Augen schon fest verschließen, um in Abrede zu stellen, dass die maßgeblichen Kreise der Weltordnung seit Jahrzehnten und mit immer größerer Dynamik das Ziel der Globalisierung verfolgen. Die berechtigte Skepsis, die wir solchen Plänen gegenüber haben, hindert uns aber zuweilen an der nüchternen Analyse. Welche Alternativen haben wir denn?

Nehmen wir einmal an, wir könnten gegen diese mächtigen Netzwerke wirklich verhindern, dass es zu diesem Zusammenschluss der Welt käme. Warum sollten wir das wollen? Natürlich ist es sinnvoll, dass die Menschheit sich vereinigt, an einem Strang zieht. Dass Kriege und ein von Hass getriebenes »Wir« gegen »Die«, in welcher Form auch immer, von dieser Erde verbannt werden. Wer kann dagegen sein? Wäre es wirklich eine Alternative, die jetzige Situation einzufrieren und darauf zu warten, in welchem der nächsten Eskalationskonflikte wir uns endgültig ausrotten oder die Welt lebensfeindlich gemacht haben? Eher nicht. Unsere Sorge ist also wohl weniger dieser Zusammenschluss der Welt als die Sorge davor, dass es wie so oft falsch gemacht wird und am Ende mit großen negativen Folgen für die Gesellschaft einhergeht.

Wenn wir also zu dem Schluss kommen, dass uns gar nichts anderes übrig bleibt, als die Welt zu einen - verhindern würden wir es ohnehin nicht können -, dann sollten wir doch unseren Teil dazu beitragen, dass dieses Zusammenführen wo immer möglich zum Vorteil der Gesellschaft und nicht zu ihrem Nachteil geschieht. Die »guten« Globalisierer unterstützen und es den »aggressiven« so schwer wie möglich machen. Wenn es doch nur so einfach wäre, sie auseinanderzuhalten! Wenn man Zuckerbergs Schrift in Gänze liest, könnte man ihn fast zu den Guten zählen, aber die Aggressivität der

Facebook-Krake verheißt anderes. Nicht umsonst heißt es in der Bibel »An ihren Taten sollt Ihr sie erkennen« (1. Johannes 2,1-6).

Bislang konnten die angesprochenen Netzwerke die Globalisierung mit ruhiger Hand vorantreiben. Langsam, stetig, sodass die Massen noch irgendwie mitgenommen wurden, sich langsam daran gewöhnen konnten. Aber spätestens durch die Aussagen von Hawking und seinen Kollegen wurde klar, dass das nicht mehr genügt. Wir werden die Zeit nicht mehr haben, den natürlichen Lauf der Dinge abzuwarten und nur hier und da ein wenig nachzuhelfen.

Wenn die Technik der menschlichen Entwicklung schon so weit vorausgeeilt ist, bleiben nur zwei Möglichkeiten: die technische Entwicklung zu stoppen oder die Entwicklung der Menschheit zu beschleunigen. Alle Geschehnisse der letzten Jahre deuten darauf hin, dass die Zusammenführung der Welt jetzt deutlich beschleunigt wird. Dadurch entsteht an vielen Punkten Reibungshitze, die wir als ausgesprochen unangenehm wahrnehmen.

Ohnehin scheint sich diese Vereinigung der Welt im Wesentlichen auf den eurasischen Kontinent zu konzentrieren. Das ist auch kein Zufall. Zbigniew Brzezinski, einer der wichtigsten geostrategischen Berater der amerikanischen Präsidenten seit Richard Nixon, hat in seinem Klassiker *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft* unmissverständlich klargestellt: »Das Schicksal der Welt entscheidet sich auf dem eurasischen Kontinent. Hier leben 75 Prozent der Weltbevölkerung, und hier liegen 75 Prozent der Energierohstoffe. Wer den eurasischen Kontinent beherrscht, der beherrscht die Welt.«<sup>96</sup>

Es verwundert also nicht, dass gerade auf dem eurasischen Kontinent diese Reibungshitze der Veränderung zurzeit besonders intensiv zu spüren ist. Der gesamte eurasische Kontinent scheint in einer Umbruchstimmung zu sein, die keineswegs fröhlichen Aufbruch verheißt, sondern eher den großen Knall vor der anschließenden Ruhe befürchten lässt. Der Zusammenschluss der USA war nur als Folge eines Bürgerkrieges möglich. Die Europäische Union wäre ohne den Schockzustand nach dem Zweiten Weltkrieg nicht

denkbar gewesen. Nur in der Folge dieses Schreckens waren die Staatschefs und Bürger für ein vermutlich kurzes Zeitfenster bereit, ihre nationalen Egoismen und Ängste hinter eine noch größere Angst (»Das darf nie wieder passieren«) zurücktreten zu lassen und sich zu einer Europäischen Union zusammenzuschließen.

Es wird aber noch einiges geschehen müssen, bevor der eurasiische Kontinent bereit sein wird, sich zusammenzuschließen. Und Amerika? Vergessen wir nicht, dass unsere Plutokraten alles sind, aber eines ganz sicher nicht: Patrioten irgendeines Landes. Rufen wir uns noch einmal die Worte Rockefellers ins Gedächtnis:

*»Einige glauben sogar, dass wir Teil einer geheimen Kabale sind, die gegen die Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet, indem sie meine Familie und mich als Internationalisten< bezeichnen, die sich mit anderen auf der ganzen Welt verschwören, um eine stärker integrierte globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - eine Welt (>One World<), wenn Sie so wollen. Wenn das die Anklage ist, dann bin ich schuldig, und ich bin stolz darauf.«*

Für Rockefeller, Zuckerberg und ihre Kollegen sind Staaten, Landesgrenzen und Völker Begriffe aus einem vergangenen Jahrhundert. Sie sehen sich längst als Weltbürger, die dummerweise in noch völlig antiquierten Strukturen leben, die sie schnellstens ändern wollen. Das betrifft nicht nur die amerikanischen Wirtschaftsbosse.

Ein recht junger neuer Autokonzern, Byton, wird schon nicht mehr als »chinesischer Autokonzern«, sondern als »ein in China angesiedelter neuer Autohersteller« vorgestellt. Ehemalige BMW-Manager haben hier das Sagen und definieren es sehr klar: »Das Design und Fahrzeugkonzept machen wir in München, Elektronik und autonomes Fahren im Silicon Valley, Einkauf, Lieferkette und Produktion sind in China.«<sup>97</sup>

Der Vorstand eines Großkonzerns in Deutschland sagte im Gespräch über Schaffung von Arbeitsplätzen und Erhaltung von Know-how in Deutschland klare Worte: »Wir produzieren in vierzig Ländern dieser Erde, wir verkaufen in über hundert Ländern und wir haben Mitarbeiter aus hundertzwei Ländern dieser Erde.

Unser Kapital kommt inzwischen aus aller Welt. Dass wir zufällig unseren Hauptsitz in Deutschland haben, ist ein Überbleibsel der Geschichte. Es ist mir vollkommen egal, wo auf dieser Weltkugel ich Arbeitsplätze schaffe oder Know-how ansiedle.« Das trifft den Kern in aller Deutlichkeit.

Auch die Deutsche Bank stellt sich in die Reihe derjenigen, die ganz direkt die Abschaffung des Nationalstaates fordern. Auf seinem hauseigenen YouTube-Kanal veröffentlicht das Haus einen Aufruf der Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung, Ulrike Guerot. Darin heißt es wörtlich: »Der Nationalstaat muss in Europa abgeschafft werden, denn wir wollen ja eine europäische Demokratie. Deswegen müssen wir verstehen, dass die Nation ja nicht der Träger von Identität ist ... Dann haben wir eine europäische Nationenbildung, die auf gleichem Recht beruht. Und das wäre die Zukunft Europas.«<sup>98</sup>

Und glauben wir wirklich, dass Angela Merkel oder Emmanuel Macron hier völlig anders denken als die Eliten, deren Teil sie sind und von deren Gunst ihre Position abhängt? Sie dürfen es nicht so offen sagen, aber im Grunde haben sie sich gedanklich schon längst von den Strukturen der Nationalstaaten gelöst. Wenn Angela Merkel Grenzen faktisch abschafft mit der Begründung, man könne sie eh nicht schützen, wenn sie wo immer möglich auf nationale Symbolik verzichtet und allergisch reagiert, wenn ein Minister Größe im Siegesrausch eine kleine Deutschlandfahne schwenkt,<sup>99</sup> und wenn Emmanuel Macron nach seinem historischen Wahlsieg in Paris zuerst die Europahymne und dann die französische Nationalhymne spielen lässt, dann sind das klare Symbole.

Es sind also weniger »die Amerikaner«, sondern die Mitglieder dieser elitären Machtnetzwerke, von denen viele aus Amerika stammen und die dieses Land zu ihrem bislang wichtigsten Werkzeug, ihrem mächtigsten Hammer gemacht haben. Aber ganz sicher nicht aus amerikanischem Patriotismus.

## Ein Europa der Regionen

Die Welt wächst zusammen, Nationalstaaten werden zum Auslaufmodell - ob wir das wollen oder nicht, spielt dabei am Ende keine Rolle. Auch medial beginnt man die Bevölkerung darauf einzustimmen, wenn der *Spiegel* fordert, Nationalflaggen und Hymnen bei Olympischen Spielen abzuschaffen.<sup>100</sup> Der ehemalige Außenminister Gabriel sagte: »Diese Form der nationalen Souveränität gibt es in der Welt von heute und von morgen nicht.«<sup>101</sup> Wenn man sich ein Bild von der zukünftigen Struktur machen möchte, dann sind die aktuellen Entwicklungen um die aufkommenden Autonomiebewegungen in Schottland oder Katalonien durchaus interessante Ausgangspunkte für weiterführende Überlegungen.

Ich habe in meinem letzten Buch *Showdown* bereits über ein Europa der Regionen gesprochen, in dem nicht irgendwann künstlich gezogene Nationalgrenzen die Strukturen vorgeben, sondern seit Jahrhunderten gewachsene Cluster. Viele Spannungen in Nationalstaaten rund um die Welt haben ihre Ursache darin, dass meist durch kriegerische Eroberung Bevölkerungsgruppen unter ein willkürlich gespanntes Staatsdach gezwungen wurden, die viele Dinge lieber für sich selbst entscheiden wollten, nun aber innerhalb dieses Zwangsverbundes von anderen Volksgruppen dominiert und - so haben sie es empfunden - fremdbestimmt wurden. Das ist eine der Kernursachen vieler Probleme der vergangenen Jahrzehnte. Ob Katholiken gegen Protestanten im zwangsvereinten Irland oder Tiroler gegen Südtiroler, nachdem infolge des Ersten Weltkrieges Tirol geteilt und Südtirol Italien zwangszugewiesen wurde. Die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen in einem Staat namens Jugoslawien zusammenzufassen führte zu großen Konflikten und am Ende zum blutigen Zerfall in Einzelstaaten. Die Zerrissenheit der historisch völlig unterschiedlichen Volksgruppen in der Westukraine und in der Ostukraine sind die Grundlage für die heutige kriegerische Spaltung des Landes.

Im Nahen und Mittleren Osten ist es ähnlich. Die Zwangsvereinigung und willkürliche Grenzziehung der ehemaligen Kolonial-

mächte Frankreich und Großbritannien (Sykes-Picot-Abkommen) sind eine der wesentlichen Grundlagen für die mörderischen Spannungen innerhalb der einzelnen Staaten dieser Region. Vor der Zerschlagung des Osmanischen Reiches war die Region ein Flickenteppich ethnischer Gruppierungen, die sich in ihren jeweiligen Provinzen in unterschiedlicher Weise selbst organisierten, aber dennoch miteinander das Osmanische Reich bildeten. Nach der Zerschlagung dieses Reichs zogen die beiden Diplomaten Mark Sykes (England) und François-George Picot (Frankreich) 1916 willkürliche Linien auf der Landkarte der Region und nahmen dabei keinerlei Rücksicht auf über Jahrhunderte gewachsene regionale, religiöse und kulturelle Zusammenhänge. Diese Linien begründeten im Wesentlichen die heutigen Staaten wie Syrien und Irak mit all den Problemen, die das erzwungene Zusammenleben der einzelnen Gruppierungen und ihrer sehr unterschiedlichen Vorstellungen von vielen Dingen des täglichen Lebens mit sich brachte.

Wir sehen in Deutschland, wie sinnvoll es ist, nach dem Subsidiaritätsprinzip zu leben. Das heißt, Deutschland unterteilt sich in kleine Einheiten, die sich in vielen Dingen selbst organisieren und verwalten, ihre Dinge selbst regeln. Nur die wichtigeren Dinge, bei denen es Sinn macht, an einem Strang zu ziehen, sie gemeinschaftlich zu regeln, werden an die nächsthöhere Ebene abgegeben. So haben die Gemeinden weitgehende Befugnisse, die Dinge, die ihre Ortschaft betreffen, selbst zu regeln. Die nächsthöhere Ebene sind die Landkreise, und darüber gibt es dann das Bundesland, in dem noch vieles individuell gestaltet werden kann im Vergleich zu anderen Bundesländern, besonders wenn man an Bayern denkt. Darüber dann die Bundesregierung, in der die großen Dinge entschieden werden, die alle Bürger angehen und die einheitlich geregelt werden müssen, zum Beispiel Landesverteidigung und Außenpolitik. Zumindest war das so einmal der Plan. Natürlich hat sich inzwischen im Lauf der Zeit einiges zur Zentralmacht hin verschoben, was aber gar nicht unnatürlich ist.

Die kulturellen Unterschiede der einzelnen Bundesländer, die bei der Gründung der Bunderepublik existierten, haben sich über die Jahrzehnte einfach immer mehr angeglichen. In der Folge gab es immer mehr Themen, die man dann auch gut gemeinsam für alle entscheiden konnte, ohne in einer Region zu sehr ihren Lebensstil zu verändern. Ein Thema, das in seinen Details dennoch immer umstritten sein wird.

So sollte auch die Europäische Union funktionieren, als eine weitere Ebene der Zusammenarbeit über die Nationalstaaten hinaus. Hieraus ergeben sich aber neue Probleme. Hat bisher Berlin Entscheidungen für alle Deutschen getroffen, war schon das nicht immer einfach. Wann immer aber jetzt Brüssel als Europäische Union Entscheidungen für alle Europäer treffen wollte, wurde es richtig kompliziert, denn die Menschen der Europäischen Union sind noch sehr unterschiedlich in ihren Lebenswelten - und das ist auch gut so, denn es befruchtet gegenseitig. Es bedingt aber, dass man diese Unterschiedlichkeit akzeptiert und wertschätzt. Eine Schuhgröße für alle - das wird noch lange Jahrzehnte nicht passen.

In Deutschland haben sich in den letzten Jahren sogenannte Cluster gebildet. Regionen, die sich zusammenschließen und gemeinsam ihre Industrie, ihren Tourismus und viele andere Dinge organisieren. In meiner Heimat ist so die »Metropolregion Rhein-Neckar« entstanden, die die Städte Mannheim, Heidelberg und Ludwigshafen sowie deren weites Umland umfasst.<sup>102</sup> Dieses Cluster nimmt keinerlei Rücksicht auf Landesgrenzen und setzt sich aus Teilen von Hessen, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz zusammen. Man hat einfach die staatliche Strukturordnung ignoriert und sich mit denen zusammengeschlossen, mit denen man eine gemeinsame Basis hatte. Da waren den badischen Mannheimern die pfälzischen Ludwigshafener auf der anderen Rheinseite verständlicherweise näher, als die eigenen »badischen« Landsleute im 250 Kilometer entfernten Lörrach. Klar, man hatte ja jeden Tag miteinander zu tun, wohnte nebenan, die Kinder waren miteinander

verheiratet, die Fußballvereine haben gegeneinander gespielt. Das ist eine viel bessere, über Generationen gewachsene gemeinsame Basis als eine nur staatliche Grenzziehung.

Ware es nicht der nächste logische Schritt innerhalb Europas, über ein Ende der Nationalstaaten nachzudenken, die selbst nur Kunstprodukte früherer Kriegsherren sind, und stattdessen ein Europa der Regionen, der natürlich gewachsenen Cluster zu schaffen? Regionen, in denen diejenigen miteinander so viel wie nur möglich ihres Alltages selbst regeln, die auch die gleichen Vorstellungen, Werte und Lebensgewohnheiten über Generationen entwickelt haben? Ob die übergeordneten Themen, die alle gemeinsam betreffen, dann von einer Nationalregierung im fernen Berlin oder gleich in Brüssel beschlossen werden, das sei dann zweitrangig.

Geht es den Katalanen nicht genau darum? Mehr Selbstverantwortung als bisher für ihre Region, in der sie wieder mehr als bislang selbst entscheiden und mehr als bisher auch über ihre eigenen Gelder verfügen wollen. Ob dann die Landesverteidigung, die internationale Diplomatie und all die anderen Themen im jetzt ebenso fernen Madrid oder in Brüssel entschieden werden, ist dann schon nicht mehr so wichtig. Wie würden die Menschen in Franken, Anhalt oder Rheinhessen reagieren, wenn man ihnen sagte: Ihr bekommt mehr regionale Kompetenz, mehr von euren eigenen Steuereinnahmen und mehr Selbstbestimmungsrecht, dafür gehen andere Kompetenzen, die bisher in Berlin liegen (und die ihr auch jetzt schon nicht habt) nach Brüssel?

Keine Frage, das ist nichts, was in zehn Jahren passiert sein wird. Aber es deutet einiges darauf hin, dass nicht nur für Europa, sondern auch für eine zusammenwachsende Welt das Prinzip als Hoffnungsträger gelten kann, die Landkarte einerseits kleinteiliger zu machen, den Regionen mehr individuelle Autonomie in den Dingen der täglichen Lebensführung zu geben und dafür das große Ganze auf eine höhere gemeinsame Ebene zu heben.

Damit würde den Menschen auch die Sorge vor einem Verlust ihrer Identität genommen. Die Menschen identifizieren sich mit

ihrer gewachsenen Region viel mehr als mit ihrem Nationalstaat. Wenn Sie einen Bayern fragen, wird er meist voller Stolz und ohne Sorge, dass es falsch ankommt, sagen »I bin a Bayr!« Bei uns in Baden (Teil von Baden-Württemberg!) ist es bei allen feierlichen Anlässen auch auf offizieller Gemeindeebene üblich, sich zu erheben und gemeinsam das Badener Lied zu singen. Niemand käme da auf die Idee, die Nationalhymne zu singen. Es ist auch nicht Ausdruck eines Überheblichkeitsgefühls über andere, sondern ein Zeichen der Gemeinschaft, der Zusammengehörigkeit, der gleichen Ideen und Werte. Keiner käme hier auf die Idee, ein unabhängiges Baden zu fordern, sich aus der Bundesrepublik oder der Europäischen Union zu verabschieden. Unsinn. Die Menschen hier sind gerne Teil Deutschlands und Teil Europas und lieben es, mit all den anderen unsere Welt gemeinsam und friedlich zu gestalten und viele Dinge eben auch gemeinsam anzupacken und gemeinsam zu entscheiden. Die regionale Identität schließt die überregionale Zusammenarbeit keineswegs aus, sie ist vielmehr das Fundament dafür.

Das sind im Grunde die Forderungen, die auch Tirol, Schottland, Irland, Nordirland, Flandern, Wallonien oder Venetien haben und die ganz sicher überall in Europa auf Zustimmung der Menschen stoßen würden. Was spricht also dagegen, dieses Europa der Regionen zu verwirklichen? Mehr Selbstbestimmung als heute für die gewachsenen Regionen und zugleich mehr gemeinsame Entscheidungen der Regionen in Brüssel als in den Zentralstaaten. Am Ende stünde eine Marginalisierung oder eines Tages gar Abschaffung der Nationalstaaten.

Dass damit auch wieder Risiken verbunden sind, indem einflussreiche Lobbygruppen nur noch eine Brüsseler Zentrale besetzen müssen, anstatt in 27 Mitgliedsstaaten vorstellig zu werden - geschenkt. Die politische Einflussnahme, um nicht zu sagen Steuerung, ist, wie wir gesehen haben, bereits jetzt allumfassend. Ohnehin wird es bei jeder Entwicklung stets darauf ankommen, wie sie ausgestaltet wird und wie wir sie mit Leben füllen.

Im Übrigen entspricht diese Vorstellung wiederum exakt den Plänen der Paneuropa-Union aus den 1920er-Jahren. Auch hier sei wieder auf den Kronzeugen Coudenhove-Kalergi verwiesen:

*»Das Pan-Europa-Programm [CKs Begriff für die heutige Europäische Union] ist die einzig mögliche Lösung des europäischen Grenzproblems. Denn die Unvereinbarkeit aller nationalen Aspirationen, sowie die Spannung zwischen den geografisch-strategischen, historisch-wirtschaftlichen und nationalen Grenzen in Europa macht eine gerechte Grenzföhrung unmöglich. Eine Veränderung der Grenzen würde alte Ungerechtigkeiten beseitigen, aber neue an deren Stelle setzen.*

*Darum ist eine Lösung des europäischen Grenzproblems nur durch dessen Ausschaltung möglich.*

*Die beiden Elemente dieser Lösung sind:*

*A. Das konservative Element des territorialen Status quo, das die bestehenden Grenzen stabilisiert und so den drohenden Krieg verhindert;*

*B. das revolutionäre Element der allmählichen Beseitigung der Grenzen in strategischer, wirtschaftlicher und nationaler Hinsicht, das die Keime künftiger Kriege zerstört.*

*Diese Sicherung der Grenzen, verbunden mit deren Abbau, bewahrt die formale Gliederung Europas, während sie deren Wesen ändert. So sichert sie zugleich den gegenwärtigen und künftigen Frieden, die wirtschaftliche und die nationale Entfaltung Europas.«<sup>103</sup>*

Das Problem hat Coudenhove-Kalergi perfekt erkannt und benannt, es ist bis heute die berechtigte Angst der Nationalregierungen, ihre Macht und ihre Posten zu verlieren. Offenkundig scheint es aber jetzt Politiker wie Macron zu geben, die - oder zumindest deren Hintermänner - diesen neuen Weg gehen wollen und die Nation hintanstellen. Es ist durchaus denkbar, dass Macron genau für diesen Zweck von seinen Netzwerken ins Amt gebracht wurde. Es gibt bereits zahlreiche Aktivitäten in diese Richtung, und unter <https://aer.eu/tabular-regionum-europae/> finden Sie eine Landkarte der europäischen Regionen, wie Europa eines Tages aussehen könnte.

Divide et impera. Wieder stoßen wir auf das Prinzip »Teile und beherrsche sie«. Teile eine zu beherrschende Gruppe in Untergruppen auf. Diese Strategie ist also absolut im Sinne derer, die die Macht ausüben, aber sie könnte bei richtiger Ausführung eben durchaus auch im Sinne der Gesellschaft sein. Eine Win-win-Situation ist möglich, aber keineswegs sicher.

## Ein Naher Osten der Regionen – A New Middle East

Diese Idee des Europas der Regionen scheint womöglich auch die Blaupause für die eine Welt der Zukunft, das Eurasien der Regionen zu sein. In der Vergangenheit haben die westlichen Strategen, nachdem sie unliebsame Herrscher gestürzt hatten, stets einfach einen ihnen wohlgesinnten an dessen Stelle gesetzt, und damit war die Sache erledigt. So geschehen bei der Inthronisation des Schahs im Iran, nachdem der demokratisch gewählte Präsident Mossadegh 1953 von der CIA weggeputscht worden war.<sup>104</sup> Das gleiche Muster in Chile, als wiederum die CIA den Putsch gegen den demokratisch gewählten, sozialistischen Präsidenten Salvador Allende verantwortete, um danach den brutalen Diktator Augusto Pinochet - dem N Robert Blüm einst ins Gesicht sagte: »Herr Präsident, Sie sind ein Folterknecht!« - als Militärdiktator und treuen Vasallen ins Amt zu bringen.<sup>105</sup> Diese Aufzählung ließe sich lange fortsetzen.

Doch in jüngster Vergangenheit scheint sich die Strategie zumindest in Bezug auf die arabische Welt grundlegend geändert zu haben. Es werden keine neuen starken Männer in die alten Staatsstrukturen gesetzt. Diese alten künstlichen Staatsstrukturen werden, nachdem man ihre Herrscher abgesetzt und deren Machtstrukturen zerschlagen hat, zunächst als »failed State« sich selbst überlassen. So haben wir es in Libyen nach dem Sturz Muammar al Gaddafis gesehen. Kein neuer starker Despot wurde installiert, man hat das Land sich selbst überlassen, damit die alten gewachsenen Strukturen sich

wieder ordnen und sortieren konnten. In diesem Fall die jahrhundertalten Stammesgebiete, die sich gerade wieder sortieren, zusammenraufen und beginnen, etwas Stabilität zu erzeugen. Am Ende steht wieder eine Föderation der Stämme. Ebenso im Irak. Wir waren zunächst sehr verwundert, dass die USA nach dem Sturz Saddam Husseins nicht sofort einen starken Mann, den sie selbst an der langen Leine führen konnten, installierten, um dieses bislang große und einflussreiche Land der Region unter ihrer Kontrolle zu halten. Stattdessen sah man nahezu unbeteiligt zu, wie der Irak wieder in seine historisch gewachsenen Regionen zerfiel: die schiitischen Gebiete im Süden an der Grenze zum Iran, die sunnitischen Gebiete im Südosten zur syrischen Grenze und die kurdischen Gebiete im Norden.

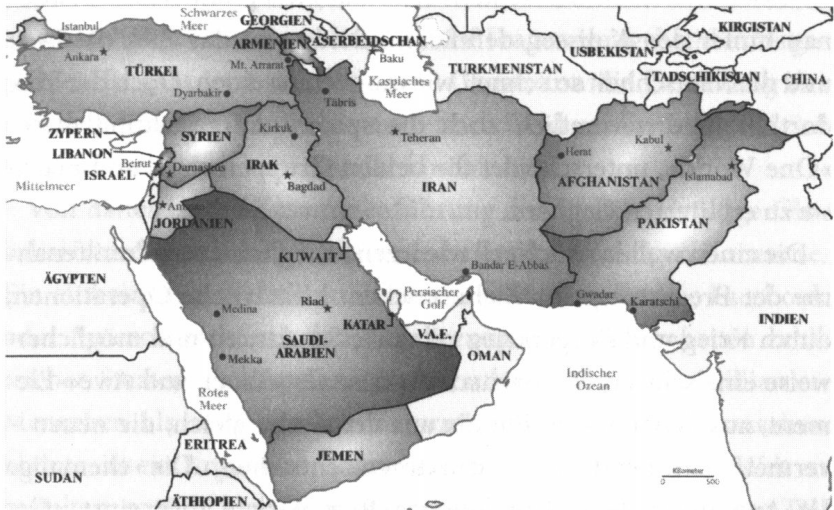
Man war über diese Zergliederung nicht etwa unzufrieden, im Gegenteil. Die USA unterstützen seit Jahren die Bildung eines eigenen Kurdenstaates. Der solle im Idealfall nicht nur aus den nördlichen Teilen des bisherigen Irak bestehen, sondern auch gleich die Kurdengebiete in der Türkei und Nord-Iran mit einschließen. Es scheint, als sei hier ein Masterplan im Gange, die bisherigen künstlichen Staatsstrukturen der Region - und das schließt die türkische und iranische Republik ein - aufzulösen und stattdessen ein Nahostgebiet der Regionen zu schaffen, das sich eben wiederum an den kulturellen Gemeinsamkeiten der vergangenen Jahrhunderte orientiert. Wenn man die inzwischen - leider aus gutem Grund - zur Gewohnheit gewordene Verteufelung geostrategischer Ordnungsversuche beiseiteschiebt, wäre ein solcher neuer Naher Osten möglicherweise tatsächlich die Basis für eine dauerhafte Befriedung dieser Region. Wenn dessen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen sich innerhalb ihrer angestammten Regionen wieder selbst organisierten, ohne sich von der »verfeindeten« anderen Seite unterdrückt zu sehen, wären viele Spannungen der Region gelöst. Mal fühlten sich die Schiiten im Irak von der Clique der Sunniten um Saddam Hussein unterdrückt, dann wollten die Kurden in der Türkei ihre Autonomie - oder zumindest weiterhin ihre eigene Sprache sprechen dürfen.

Auch im Falle Syriens hat der Westen stets nur die Absetzung Assads gefordert. Zu keinem Zeitpunkt gab es eine glaubwürdige Aussage, wer denn danach Syrien führen sollte. Die sogenannte »syrische Exilregierung« hat faktisch nie existiert und war eine Schimäre, wie Peter Scholl-Latour in seinem Meisterwerk *Der Fluch der bösen Tat* wunderbar darlegt. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Es sollte nach dem Sturz Assads kein Syrien mehr geben. Zumindest nicht in den bisherigen Staatsgrenzen. Bestenfalls noch ein Kernsyrien für die Alawiten, denen Baschar al-Assad angehörte. Aber die anderen Regionen Syriens sollten aufgehen in einer sunnitischen Region mit entsprechenden Landesteilen des Irak, die kurdischen im Norden sollten sich mit denen des Irak - und später der Türkei und des Iran - zu einem autonomen Kurdistan zusammenschließen. Es scheint, als wolle man den historischen Fehler von Sykes-Picot wieder korrigieren. In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts setzten unsere Machtstrategen wie auch in Europa auf das Instrument des Nationalstaates, heute hat der Nationalstaat ausgedient, es könnte eine neue Ära der »Regionen« anbrechen.

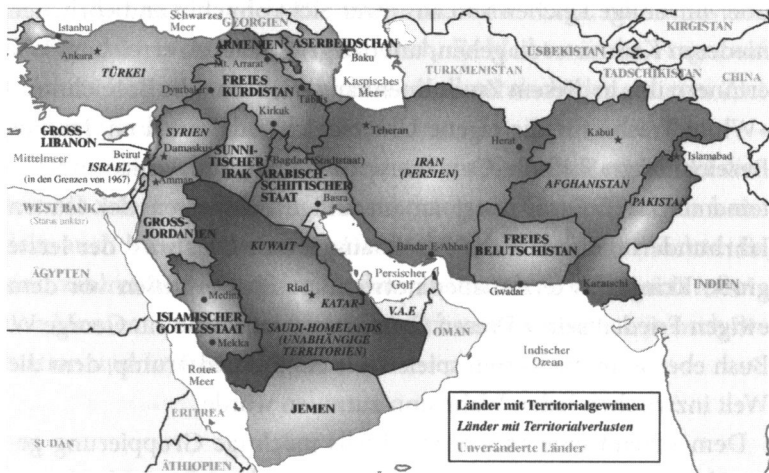
Hierbei handelt es sich keineswegs nur um eine lockere Idee, diese Strategie wurde bereits 2006 von Oberstleutnant Ralph Peters (United States Army) im »Armed Forces Journal« vorgestellt und mit einer entsprechenden Landkarte illustriert.<sup>106</sup>

Interessant ist, dass wir auf dieser Landkarte von vor zwölf Jahren all jene Länder des Nahen Ostens wiederfinden, die inzwischen zerschlagen wurden oder gerade im Auge der Berichterstattung stehen. Daraus lässt sich trefflich auf die weitere Entwicklung in dieser Region schließen. Achten Sie dabei auf Saudi-Arabien, das in seiner heutigen Form auf dieser neuen Landkarte ebenso wenig existiert wie Pakistan und Iran. Die jüngsten Entwicklungen in diesen drei Ländern lassen zusammen mit diesen strategischen Überlegungen erwarten, dass es hier in sehr naher Zukunft zu weiteren schweren Verwerfungen kommen wird.

# Wie sich Oberstleutnant Ralph Peters 2006 die Neugliederung des Nahen und Mittleren Ostens vorstellte:



1. Die gegenwärtige staatliche Gliederung



2. Mögliche staatliche Neuordnung unter Berücksichtigung historischer und ethnischer Gegebenheiten

## Konkurrierende Plutokraten-Netzwerke, aber ein gemeinsames Ziel

Es lassen sich meines Erachtens sehr klar zwei große Machtfractionen hinter den Kulissen definieren. Beide eint das Ziel, die Welt und die Menschheit so schnell wie möglich zu einen. Doch der Weg dorthin, und vermutlich auch die spätere Ausgestaltung dieser »One World«, unterscheidet die beiden Gruppen stark und macht sie zu erbitterten Gegnern.

Die einen wollen so schnell wie irgend möglich unter Zuhilfenahme der Brechstange ihr Ziel erreichen. Militärische Operationen, durch Krieg und Bürgerkrieg zerstörte Strukturen und möglicherweise eine schwere Weltwirtschaftskrise als »Shock and Awe«-Element, aus denen dann, Phönix aus der Asche gleich, die neuen - vermeintlich besseren - Strukturen entstehen. Die ehemalige US-Außenministerin Condoleezza Rice nannte dies einst »Geburtswehen« und »konstruktives Chaos« für einen »Neuen Mittleren Osten«. <sup>107</sup> Dieser Arm der Globalisierungsstrategen ist bereit, über unzählige Leichen von aus ihrer Sicht ohnehin entbehrlichen niederen Kreaturen zu gehen, um das große Ziel zu erreichen. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang wieder an die Bezeichnung »White Trash« für die eigene Unterschicht oder auch an Trumps Bezeichnung »Shithole-Countries« für Länder in Afrika und Lateinamerika. <sup>108</sup> Es erinnert an unzählige Feldherren der letzten Jahrhunderte, die stets die Parole ausgaben: »Dies wird der letzte große Krieg, das letzte, aber notwendige Blutvergießen vor dem ewigen Frieden sein.« Diesen Gruppierungen würde ein George W. Bush ebenso in die Karten spielen wie ein Donald Trump, dem die Welt inzwischen jeden Wahnsinn zutrauen würde.

Dem scheint eine andere gleichfalls mächtige Gruppierung gegenüberzustehen, die diesen Zusammenschluss der Welt ebenso rasch, aber mit so wenig Blutvergießen und Zerstörung wie irgend möglich bewältigen möchte. Vielleicht kann man sich Leute wie Macron oder Zuckerberg auf deren Seite vorstellen, aber das bleibt

im Bereich der Spekulation. Wie bereits zuvor gilt der Satz: »An ihren Taten sollt ihr sie erkennen«, und wir sollten uns die Handlungen zahlreicher Akteure in der Zukunft unter diesem Aspekt betrachten. Diesem übergeordneten Ziel werden derzeit kurzfristige wirtschaftliche und gesellschaftliche Fragen weitgehend untergeordnet. Es geht jetzt um das große Ganze, um die Gestaltung der Zukunft. Wo sich damit aber auch noch Geld verdienen lässt, wird das natürlich gerne miteinander kombiniert.

Von daher ist die Zusammenführung der Welt (endgültige Globalisierung) durchaus im Interesse der kapitalmächtigen Konzerne. Ein einheitlicher Weltmarkt, in dem ein Monopolist wie Facebook oder Amazon nicht mit den Regulierungen und Eigenheiten zahlreicher Staaten zu kämpfen hätte, sondern alle sieben Milliarden Menschen als seine einfach zu erreichende Zielgruppe ansehen könnte, ist ein Argument, das neben aller Begeisterung, die Welt zu gestalten, natürlich ein sehr wünschenswertes wirtschaftliches Ziel ist. Es gibt also mehrere gewichtige Gründe, warum für die Reichsten und Mächtigsten eine Zusammenführung der Welt von Vorteil ist. Es stellt sich folglich überhaupt nicht die Frage, ob sie das anstreben oder nicht. Selbstverständlich. Es bleibt nur die Frage, auf welchen Wegen und mit welchen »Kollateralschäden« dieses Ziel erreicht werden soll.

Zur Verdeutlichung sei noch einmal erwähnt, dass es sich bei diesen Machtnetzwerken nicht um homogene Gruppierungen handelt, auch wenn man zwei »Denkschulen« erkennen möchte. Es sind zahlreiche Netzwerke, die hier ineinandergreifen, sich im einen Moment unterstützen und im nächsten bekämpfen, je nach Situation und Interessenlage.

## Eine moderne Völkerwanderung

Es ist hilfreich, sich die aktuelle Situation auf dem eurasischen Kontinent unter den bisherigen Aspekten anzusehen, dann lassen sich die nächsten Entwicklungen mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vorausahnen.

Europa erlebt derzeit eine Völkerwanderung, wie sie seit Jahrhunderten nicht mehr stattgefunden hat. Millionen Menschen machen sich aus Afrika, Nah- und Mittelost auf den Weg, um hier ein besseres Leben zu finden. Es ist dabei gar nicht entscheidend, welche Beweggründe jemand hat, seine Heimat zu verlassen, sein Leben zu riskieren, um ein besseres Leben irgendwo anders zu finden. Egal ob Sorge vor Bomben oder materieller, existenzieller Not, es gilt Verständnis zu haben für die Beweggründe jedes Einzelnen. Die seien ihm uneingeschränkt zugestanden. Anders sieht es mit der Frage aus, inwiefern wir als Gesellschaft diese Beweggründe für uns akzeptieren, um diese Menschen aufzunehmen.

Diese Diskussion läuft seit 2015 in allen Kanälen und Publikationen, und es wäre überflüssig, sie hier erneut zu führen. Wichtig ist für die weitere Betrachtung die Erkenntnis, dass es keine kurzfristige Flüchtlingswelle wegen eines vorübergehenden Krieges in Syrien ist, sondern eine Völkerwanderung reiner Natur. Ein ehemaliger Bundespolitiker sagte mir: »Wir wussten seit den Neunzigerjahren, dass dieser Tag kommen würde. Uns war damals bereits vollkommen klar, dass wir das Fettauge auf der Suppe der Welt sind und dass diese Welt, sobald sie die Möglichkeit dazu hat, sich auf den Weg zu uns machen wird. Wir haben damals mit Pendeldiplomatie versucht, die Wirtschaftszonen der Europäischen Union auf die südlichen Ränder des Mittelmeeres in Form von Sonderwirtschaftszonen auszudehnen, um diese Menschenmassen dort aufzufangen, bevor sie nach Europa übersetzen. Leider waren wir nicht erfolgreich, wurden die Pläne aus Übersee bekämpft und versandeten schlussendlich.« Es war nicht gewünscht, die Menschen von der Übersiedlung abzuhalten.

Die Politik, die wir seit 2015 von Angela Merkel erleben, gibt uns ganz klar zu verstehen, dass es hier auch heute gar keinen Wunsch mehr gibt, diese Völkerwanderung zu verhindern. Es geht nur noch darum, sie so weit zu kanalisieren, dass die europäischen Bürger nicht auf die Barrikaden gehen und es erdulden. Alle Details wie Familiennachzug, jährliche Obergrenzen, Verteilung innerhalb Europas sind nachgelagerte Facetten, die am übergeordneten Bild der künftigen Entwicklung nichts ändern. Die Völkerwanderung wird weitergehen, und es werden viele Millionen Menschen aus den unterschiedlichsten Kulturkreisen nach Europa einwandern. Diese Einwanderungswelle wird die europäischen Gesellschaften grundlegend verändern. Das Argument, es seien ja nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung, greift hier zu kurz.

Mitte 2017 warteten nach Einschätzung des deutschen Sicherheitsbehörden 6,6 Millionen Menschen an den Küsten des Mittelmeeres darauf, nach Europa überzusetzen, und das sind nur jene, die exakt in diesem Moment dort warteten.<sup>109</sup> Die europäische Bevölkerungszahl liegt bei etwa 500 Millionen Menschen. Entwicklungsminister Gerd Müller spricht von hundert Millionen Menschen, die bereit seien, sich allein aus Afrika auf den Weg nach Europa zu machen. Jede Woche wachse die Bevölkerungszahl dort um eine Million Menschen, die keine wirtschaftliche Perspektive hätten.<sup>110</sup> Was wir hier erleben, ist eine Völkerwanderung biblischen Ausmaßes, die keineswegs beendet ist, sondern gerade erst begonnen hat. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind neunzig Prozent der Zuwanderer unter vierzig Jahre alt. Diese Altersgruppe prägt die künftige Entwicklung einer Gesellschaft weit mehr, als es ältere Menschen tun würden.

Es bleibt wertneutral festzuhalten, dass die europäische Gesellschaft sich in den kommenden Jahrzehnten grundlegend verändern wird. Dies betrifft alle Facetten des gesellschaftlichen Lebens. Ob es eine gute oder schlechte Entwicklung ist, liegt stets im Auge des Betrachters. Wer Gewohntes und Bewährtes bewahren möchte, der sieht darin das Ende seines Lebensumfeldes, so wie er es bisher

kannte. Wir müssen jedoch auch erkennen, dass die europäische Geschichte eine Geschichte ständiger Veränderungen und Wanderungsbewegungen war und sich - bei allem Ungemach, das zu allen Zeiten für die Betroffenen damit verbunden war - langfristig sehr hilfreich für eine vielseitige Entwicklung Europas erwiesen hat. Hätte die Bevölkerung sich in ihren Dörfern und Regionen stets nur voneinander abgeschottet entwickelt, wir hätten eine vage Vorstellung, wo wir noch heute wären.

Dennoch lässt sich diese Vergangenheit nur bedingt mit der heutigen Entwicklung vergleichen. Auch wenn die Lebenswelten der Hugenotten, die im 16. Jahrhundert aus Frankreich nach Hessen flüchteten, sich in vielen Elementen von denen ihrer neuen Nachbarn unterschieden, so waren sie doch weit ähnlicher als die Lebensvorstellungen vieler heutiger Flüchtlinge aus fernen islamischen Gesellschaften, die in unsere westliche Lebenswelt wechseln. Bei solch großen Bevölkerungsgruppen ist es auch keineswegs zu erwarten, dass sie ihre bisherigen Lebensweisen völlig über Bord werfen und sich in die hiesige integrieren. Je größer die Gruppen sind, desto eher muss man erwarten, dass sie ihre Lebensgewohnheiten so weit wie möglich beibehalten wollen und sich immer wieder zu über viele Jahre abgeschotteten Gemeinschaften zusammenschließen werden.

Über die Jahrzehnte wird sich das verlaufen, werden sich auch diese Gruppierungen mit der restlichen Bevölkerung vermischen, und es wird insgesamt eine neue europäische Gesellschaft entstehen, die aus den wesentlichen Elementen der ursprünglichen Bevölkerung besteht, aber zahlreiche Elemente der neuen Mitbürger enthält. Es wird ein neues Europa, es wird ein anderes Europa werden. In diesen Jahrzehnten der Anpassung aneinander, des Ineinander-Aufgehens, wird es große Konflikte und Verwerfungen geben. All die Berichte über diese Konflikte, die wir heute täglich in den Zeitungen und Internetblogs lesen, sind korrekt und nur die Spitze des Eisberges. Dieses Zusammenwachsen der Gesellschaften wird uns, die wir heute leben, vermutlich zeitlebens

beschäftigen und in Unruhe halten. Doch künftige Generationen werden das rückblickend anders wahrnehmen. Sie werden es nicht anders kennen und ihre Version von Europa bauen, die sicherlich noch facettenreicher ist als unser heutiges europäisches Selbstverständnis.

Die Spannungen, die wir in der Zwischenzeit erleben, werden in Wellen ablaufen, deren Höhepunkt wir vermutlich noch nicht erreicht haben. Der Unmut der Bevölkerung im Jahr 2015 hat uns hier einen ersten Vorgeschmack gegeben. Es sind weitere Flüchtlingswellen zu erwarten, die Türkei kann jederzeit ihre Schleusen öffnen. Auch ein immer aggressiveres Vorgehen junger Zuwanderer, vielleicht in Kombination mit einzelnen Terroranschlägen, kann zu einer wahrlich explosiven Stimmung in Teilen Europas führen. Die Geburtswehen dieses neuen Europas haben gerade erst begonnen.

Auch hier stellt sich die Frage nicht, wie wir es verhindern können. Es ist bereits in vollem Gange, und es ist nicht zu verhindern, da wichtige Teile der oben angesprochenen Eliten diese Entwicklung keineswegs ablehnen, sondern begrüßen.<sup>111</sup> Hier geht es auch nicht, wie oft spekuliert wird, um die Zerstörung Europas, ganz im Gegenteil. Europa soll eher der Nukleus, der Kondensationskern einer neuen Weltgemeinschaft sein, in dem die Menschen aus allen Teilen der Welt zusammenkommen und sich vereinen und in künftigen Jahrzehnten die Basis für diese eine Weltbevölkerung legen.

Lesen wir, was der Vordenker der europäischen Union, Coudenhove-Kalergi, hierzu schreibt:

*»Der Mensch der fernen Zukunft wird Mischling sein. Die heutigen Rassen und Kasten werden der zunehmenden Überwindung von Raum, Zeit und Vorurteil zum Opfer fallen. Die eurasisch-negroide Zukunftsrasse, äußerlich der altägyptischen ähnlich, wird die Vielfalt der Völker durch eine Vielfalt der Persönlichkeiten ersetzen.*

*In Zehntausenden von Jahren wird die Geschichte eingeteilt werden in eine vor-technische und in eine nach-technische Epoche. Der Europäer - der bis dahin längst ausgestorben sein wird - wird von jener*

*künftigen Menschheit als Vater der technischen Weltwende wie ein Erlöser gepriesen werden.*«<sup>112</sup>

Elemente dieser Aussage werden immer wieder zitiert mit dem Argument, Coudenhove-Kalergi wolle die europäische Gesellschaft zerstören. Wer seine Ausführungen jedoch im Gesamtzusammenhang liest, versteht es anders. Aus seiner Sicht ist es in einer Welt, in der die Menschen zusammenfinden und gemeinsam das Weltall erobern, absolut kontraproduktiv, wenn jede Volksgruppe weiterhin für sich und gegeneinander existieren will. Er sieht die Vereinigung der Weltbevölkerung als Grundlage, um die Menschheit auf die nächste Entwicklungsstufe zu heben. In Europa sieht er die perfekte Basis für diese Zusammenführung.

Der Unterschied zur heutigen Entwicklung besteht jedoch darin, dass Coudenhove-Kalergi dies als natürlichen Lauf der Dinge über viele Jahrhunderte oder gar Jahrtausende ansah und wir heute eine extreme künstliche Beschleunigung dieser Entwicklung erleben. Es macht einen großen Unterschied, ob Gesellschaften sich über lange Zeiträume und Generationen aneinander annähern, oder ob sie in großen Gruppen zusammengezwungen werden. Letzteres führt nach aller Erfahrung zu gegenseitiger Abschottung und Konflikten.

Wir erleben das bis heute in der Gettobildung in den USA, wo sich Latinoviertel und Stadtbezirke mit fast ausschließlich schwarzer Bevölkerung bilden. Die auch nach mehreren Jahrhunderten andauernden Auseinandersetzungen zwischen den Gruppen sind allgegenwärtig. Sonst wären keine Organisationen wie »Blacklives-matters« notwendig, die sich gegen gewalttätige Diskriminierung durch weiße Polizeibeamte organisierten. Auch die No-go-Areas in manchen Städten Westeuropas und Deutschlands, in denen Großclans sich vollkommen von ihrer Umgebung abschotten und einen Staat im Staate bilden, sind hier zu erwähnen.

Gesellschaften über lange Zeiträume zusammenzuführen ist möglich, kleine Gruppen in einer größeren Gesellschaft zu integrieren ist ebenfalls ein gangbarer Weg, auf dem auch kulturelle und

Wesenselemente der Zuziehenden in diese Gesellschaft - wenn auch nicht dominant - eingebracht werden. Der Versuch, große, kulturell stark unterschiedliche Gruppen zu verschmelzen, ist in der Vergangenheit meist gescheitert und endete in großen schwellenden Dauerkonflikten bis hin zu offenen Bürgerkriegen und Sezession, wie wir jüngst in Jugoslawien oder in der Ukraine erleben mussten. Ob es diesmal in Westeuropa anders abläuft, ist ungewiss. Es bleibt zu hoffen, wenngleich die Wahrscheinlichkeiten etwas anderes sagen.

Es ist dabei auch völlig unerheblich, ob diese Zusammenführung der Menschen über die aktuellen Völkerwanderungen gezielt angestoßen wurde, wie manche spekulieren, oder ob eine von allein in Gang gekommene Entwicklung von den elitären Vordenkern als glückliche Fügung angenommen und gefördert wird. Der Weg ist eingeschlagen und inzwischen unumkehrbar.

Frans Timmermans, EU-Kommissar und ehemaliger Außenminister der Niederlande, spricht dazu ebenfalls Klartext: »Die entstehende Vielfalt (durch Zuwanderung) wird in manchen Teilen Europas als Bedrohung angesehen. Die Vielfalt geht mit Herausforderungen einher, aber Vielfalt ist das Schicksal der Menschheit ... Eine Zukunft, in der nur Menschen eines Kulturraumes zusammenleben, wird es nicht geben. Europa wird sich diversifizieren, wie alle anderen Teile der Welt auch, die Frage ist nur, wie wir damit umgehen.«<sup>113</sup>

Das Thema betrifft in der Tat nicht nur Europa. Der ehemalige Außenminister Gabriel sagte am 5. Dezember 2017 in einer Grundsatzzrede, in absehbarer Zeit werde die Mehrheit der Amerikaner keine europäischen, sondern lateinamerikanische, asiatische oder afrikanische Wurzeln haben.<sup>114</sup>

Ausgesprochen spannend ist es, sich die Veränderungen der Aussagen Angela Merkels in den letzten achtzehn Jahren zum Thema Zuwanderung anzuhören.

30. Oktober 2000: »Dass die multikulturelle Gesellschaft keine Form des Zusammenlebens ist, das glaube ich auch.«

13. September 2002: »Bevor wir neue Zuwanderung haben, müssen wir erst mal die Integration der bei uns lebenden ausländischen Kinder verbessern.«<sup>115</sup>

1. Dezember 2003: »Und da muss man natürlich darüber sprechen, dass es den Missbrauch des Asylrechts gibt. Die Folge kann nur sein: Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung, alles andere wird keine Akzeptanz in der Bevölkerung finden.«<sup>116</sup>

2010: »Natürlich war der Ansatz zu sagen, jetzt machen wir hier mal Multikulti und leben so nebeneinander her und freuen uns übereinander, dieser Ansatz ist gescheitert, absolut gescheitert.«<sup>117</sup>

2017: »Zur Obergrenze ist meine Haltung klar, ich werde sie nicht akzeptieren.«

Jetzt mag man zugestehen, dass Menschen ihre Meinung und Sichtweise im Laufe des Lebens verändern. Eine solche 180-Grad-Wende, jeweils im Brustton der Überzeugung in die Mikrofone geschmettert, ist allemal beeindruckend und zeigt, dass sich in der strategischen Ausrichtung zwischen 2010 und 2015 etwas grundlegend verändert haben muss.

Selbst wenn diese Integration mit damit einhergehender Veränderung der europäischen Bevölkerung auf Sicht von zwei bis drei Generationen (siebzig bis hundert Jahre) funktionieren sollte, so müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass die kommenden Jahrzehnte davor eine Zeit großer Veränderungen und Konflikte sein werden. Die jungen Menschen, die jetzt zu Millionen nach Europa strömen, fordern verständlicherweise jetzt und nicht in siebzig Jahren ihren Anteil an der Gesellschaft und am Leben ein. Zugleich können sie aber bislang aufgrund von Sprach-, Kultur- und Bildungsbarrieren noch gar nicht in der Lage sein, sich in der Weise aktiv einzubringen, dass sie einen Netto-Beitrag zur Gesellschaft leisten. Daher werden sie - in ihrer Gesamtheit und unter Anerkennung, dass viele sich sehr wohl aktiv in die Gesellschaft werden einbringen können - auch unter optimalen Bedingungen noch über Jahrzehnte eine Belastung für die etablierte Bevölkerung sein.

Das ist in wirtschaftlich starken Zeiten trotz aller Sorgen und Befürchtungen bis zu einem gewissen Grad möglicherweise zu bewältigen. Die Nagelprobe jedoch erwartet uns in der nächsten Rezession. Wenn die breite Masse der Bevölkerung wie 2008/09 in ganz Europa wieder Angst um ihren Arbeitsplatz hat, wenn die Exporte und die Wirtschaft einbrechen, Betriebe schließen und Millionen in die Kurzarbeit geschickt werden, dann werden die Spannungen zwischen jenen, die nun Angst um ihre eigene Existenz haben, und jenen, die gerne ihren Teil an der Gesellschaft gewinnen möchten, massiv zunehmen. Wie diese Lage sich dann entwickeln wird, wird von der Zeitdauer und Intensität der nächsten wirtschaftlichen Rezession abhängen. In jedem Fall wird sich nicht im Boom, sondern erst in der Baisse zeigen, was der Satz »Wir schaffen das« wert war. Hiermit wäre das erste Pulverfass benannt, das im Rahmen einer künftigen Wirtschaftskrise die ohnehin gefährliche Lage verschärfen dürfte.

## Die ungelöste Eurokrise

Die Eurokrise, die in der Folge des Wirtschaftseinbruchs 2008/09 für Aufregung sorgte, ist auch keineswegs behoben. Wir haben auch hier die Probleme zu keinem Zeitpunkt gelöst, sondern sie nur wissentlich in die Zukunft verschoben. Es galt früh die Erkenntnis: »Die Notenbanken können nur Zeit kaufen, die Politik muss diese Zeit nutzen, um die Probleme anzugehen.«<sup>118</sup> Wie es zu befürchten stand, hat die Politik diese gekaufte Zeit keineswegs genutzt, zumindest nicht, um die Probleme zu lösen. Das Kernproblem, dessen tiefere Zusammenhänge ich in meinem letzten Buch *Show-down - Der Kampf um Europa und unser Geld* beschrieben habe, ist nach wie vor erhalten. Es ist schlicht nicht möglich, eine Währung über völlig unterschiedliche Wirtschaftsräume zu legen.

Unterschiedliche Währungen haben die Aufgabe, diese Unterschiede zwischen Wirtschaftsräumen abzufedern und auszugleichen.

Das geschieht durch Auf- und Abwertungen und die damit verbundenen unterschiedlichen Zinssätze. Wenn ich diesen Puffer abschaffe, muss ich die Ungleichheit auf anderem Wege beheben. In gemeinsamen Währungsräumen, wie es auch die Bundesrepublik mit ihren wirtschaftlich unterschiedlichen Bundesländern ist, geschieht das durch große Transferzahlungen zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen. Das ist nicht nur der Länderfinanzausgleich, das sind auch die Sozialsysteme wie Renten- und Arbeitslosenkasse. Je größer die Unterschiede, desto größer die sozialen Transferleistungen.

Ich muss mich in Europa also entscheiden. Entweder ich akzeptiere unterschiedliche Währungen, oder ich bin bereit, in großem Umfang Transferzahlungen zu leisten. Helmut Kohl, einer der Väter der Währungsunion, sagte am 6. November 1991 vor dem Deutschen Bundestag: »Die jüngere Geschichte, und zwar nicht nur die Deutschlands, lehrt uns, dass die Vorstellung, man könne eine Wirtschafts- und Währungsunion ohne politische Union auf Dauer erhalten, abwegig ist.«<sup>119</sup>

Dennoch ist es bis heute nicht gelungen, diese politische Union zu errichten. Somit bauen sich die Spannungen eines falschen Währungssystems von Monat zu Monat weiter auf, wie die Spannungen eines Erdbebens. Zuletzt von 2000, der Einführung des Euro, bis zum Jahr 2010, dem großen Beben »Eurokrise«, dessen Trümmer wir mit Hunderten von Milliarden, mit Rettungspaketen für Banken und Staaten wie Griechenland, Portugal, Irland und andere zunächst stabilisiert und dann notdürftig wiederaufgebaut haben. Doch das Grundproblem wurde nicht gelöst.

Die Spannungen bauen sich derzeit wieder auf, und es ist nur eine Frage der Zeit, wann sich diese Spannungen im nächsten großen Beben entladen. Hierzu seien die von Professor Hans-Werner Sinn in den Blick der Öffentlichkeit gerückten Target-2-Salden benannt. Hier handelt es sich - vereinfacht ausgedrückt - um nichts anderes als ein Schuldbuch, in dem Verbindlichkeiten des einen Staates gegen Ansprüche eines anderen Staates festgehalten werden. Dieses

Schuldbuch wird bei der EZB geführt. Ein Verrechnungskonto der Euro-Staaten. In normalen Zeiten schwanken die Salden hier um die Nullmarke. Aber wir haben keine normalen Zeiten, wir haben extreme Spannungen im europäischen Finanzsystem, die sich in den Target-Salden ablesen lassen. In diesem Schuldbuch hat die Deutsche Bundesbank eine Forderung gegen die anderen europäischen Staaten in Höhe von sagenhaften 907 Milliarden Euro.<sup>120</sup> Dagegen stehen die Hauptschuldner Spanien mit 367 Mrd. und Italien mit 436 Mrd. Euro. Vor Jahrzehnten, zur Zeit des sogenannten Bretton-Woods-Systems, wurden solche Ungleichheiten durch Goldlieferungen zwischen den Zentralbanken ausgeglichen. Aus dieser Zeit stammt auch noch der Goldschatz der Bundesbank in Höhe von zuletzt 3378 Tonnen Gold im Wert von etwa 120 Milliarden Euro. Doch heute wird kein Gold mehr ausgeliefert, es wird immer weiter angeschrieben. Der Deckel beim Wirt wird immer größer.

Es ist vollkommen ausgeschlossen, dass Italien oder Spanien dies jemals werden ausgleichen können. Wir standen 2010 kurz davor, die griechischen Forderungen (aktuell etwa 60 Mrd.) auszubuchen. Aber eine Pleite Italiens, der drittgrößten Volkswirtschaft der Eurozone, wäre nicht zu verkraften. Wie wahrscheinlich sie ist? Die italienischen Banken stehen mit einem Fuß über dem Abgrund. Europas Banken haben zusammen nahezu 1 Billion Euro an faulen - das bedeutet: notleidenden oder ausfallgefährdeten - Krediten in den Büchern. Davon entfallen 360 Milliarden auf Italiens Banken. In Griechenland sind auch im Jahr 2018 noch immer 47 Prozent aller Kredite faul.<sup>121</sup>

2017 musste der italienische Staat bereits in einer Notaktion mit 17 Milliarden Euro das Institute Veneto Banca und die Banca Popolare di Vicenza retten.<sup>122</sup> In Spanien wurde im gleichen Jahr die Banco Populär für einen symbolischen Euro an das Bankhaus Santander verkauft. Alle Aktionäre der Banco Populär und die Eigentümer vieler Anleihen verloren ihr Geld.<sup>123</sup>

Bei künftigen Bankenpleiten in Europa ist vorgesehen, dass nicht nur Aktionäre und Anleihebesitzer ihr Geld verlieren, sondern

auch die Kunden der Banken. Denn wer Geld »auf dem Konto« hat, hat in Wahrheit der Bank dieses Geld geliehen. Und wenn die das nicht zurückzahlen kann ... Pech gehabt. Die Einlagensicherung wurde inzwischen dermaßen gerupft, dass man sich darauf nicht verlassen sollte, erst recht nicht, wenn man von größeren Bankenzusammenbrüchen ausgeht.<sup>124</sup>

Wenn schon in einer wirtschaftlichen Boomphase, wie Europa sie im Jahr 2017 erlebt, italienische Großbanken kollabieren, dann benötigt man kein abgeschlossenes Studium der Weltraumphysik, um sich auszumalen, was hier in der nächsten Wirtschaftskrise zu erwarten ist. Noch mal zum Vergleich: Die faulen Kredite der italienischen Banken lagen Ende 2009 bei 59 Mrd. Euro und Ende 2017 bei 360 Mrd. Euro. Die Target-2-Salden können als Spannungsanzeiger im europäischen Finanzsystem angesehen werden. Ende 2009 hatte die Bundesbank eine Forderung in Höhe von knapp 200 Milliarden Euro, auf dem Höhepunkt der Eurokrise 2012 waren es 750 Milliarden. Durch die Rettungsaktionen der Europäischen Zentralbank konnte dieser Saldo bis 2014 auf 430 Milliarden reduziert werden, doch seitdem geht es wieder steil bergauf. Heute stehen wir bei knapp 1 Billion Euro. Kein Zeichen für Entspannung, eher für das nächste große Beben.

Was dieses Beben auslösen wird, kann niemand sicher vorhersagen. Es kann eines der zahlreichen bereits heute bekannten Probleme sein, auf die wir im Weiteren noch eingehen werden, oder eines, das heute noch gar nicht sichtbar ist. Die Krise um amerikanische Immobilienkredite im Schrottsegment (Subprime) war auch von der Öffentlichkeit bis zum letzten Moment unbemerkt geblieben, obwohl wir hinter den Kulissen spätestens seit 2006 über diese Gefahr gesprochen haben.

## Wieder wie 2008: Problemkredite in den USA als Zeitbombe

Auch jetzt türmen sich die Problemkredite in den USA - trotz allen wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre - zu Dimensionen auf, die jene von 2008 bereits jetzt in den Schatten stellen. Die Subprime-Kredite im Jahr 2007 hatten ein Volumen von 1,3 Billionen US-Dollar.<sup>125</sup> Heute sind es die Studentenkredite, die bei unglaublichen 1,4 Billionen US-Dollar liegen.<sup>126</sup> Während hinter den Immobilienkrediten der letzten Krise - wie der Name schon sagt - Immobilien standen, auch wenn deren Wert längst nicht dem Kreditvolumen entsprach, so steht hinter den Studentenkrediten nichts anderes als die Arbeitskraft der jetzigen oder ehemaligen Studenten. 2004 waren die amerikanischen Studenten noch mit 260 Milliarden verschuldet, nur dreizehn Jahre später mit dem Fünffachen dieses Volumens.

Eine Ausbildung in den USA ist teuer. Vier Jahre Biologiestudium in Harvard kosten locker 160.000 US-Dollar, Wohnen, Kleidung und Studentenfutter gehen extra. Ein anschließender Master!? Gehe nicht über Los, gehe zur Kasse und zahle 120.000 US-Dollar ein.<sup>127</sup> Wer Glück hat und nach dem Studium einen guten Job findet, der zahlt jahrzehntelang diesen Ausbildungskredit ab. So schafft man sich fügsame Lohnsklaven, die sich sehr genau überlegen, ob sie dem Chef widersprechen. Wer aber keinen guten Job findet, weil er die Ausbildung nicht mit besten Noten beendet hat oder schlicht, weil es immer weniger gut bezahlte Jobs gibt, der hat ein Problem. Wie viele Pizzas muss der ausliefern, um seinen Kredit für das Jurastudium zu bezahlen? Ein Glück, dass die Zinsen so niedrig sind. Noch!

An dieser Stelle wird ansatzweise klar, was passiert, wenn in den USA die Zinsen steigen. Um das Ganze noch deutlicher zu machen: Bereits heute sind von den 22 Millionen Amerikanern, die einen solchen Studentenkredit aufgenommen haben, 43 Prozent mit ihren Zahlungen im Rückstand. 3,6 Millionen sind bereits im Status »Ausfall«, da sie seit über einem Jahr nicht mehr bezahlt haben.<sup>128</sup>

Es sei erneut daran erinnert, dass wir uns in einer wirtschaftlichen Boomphase mit rekordniedrigen Zinsen befinden.

Doch damit nicht genug. Auch die Automobilkredite sind bei ebenso schwindelerregenden 1,2 Billionen US-Dollar angekommen.<sup>129</sup> Im Jahr 2008, kurz vor der Finanzkrise, waren das noch 800 Milliarden US-Dollar. Ein Anstieg von sagenhaften 50 Prozent. Bereits jetzt steigen auch hier die Ausfallraten kontinuierlich an.

Auf die Frage, ob man aus den Fehlern von 2008 nichts gelernt habe, bleibt die Antwort: Doch, gelernt schon, aber nichts geändert. Denn genau wie damals werden diese wackeligen Kredite wieder verbrieft und an weltweite Investoren verkauft, die auf der panischen Jagd nach ein bisschen Rendite bereit sind, nahezu jedes Risiko einzugehen. So wurden 2017 wieder über 70 Milliarden US-Dollar an Autokrediten verbrieft und verkauft, genau wie 2007.<sup>130</sup> Auch Studenten-, Immobilien- und Kreditkartenschulden der amerikanischen Bürger finden auf diesem Wege wieder ihren Weg in die weltweiten Depots. Diese Nachfrage nach verbrieften Krediten drückt die Zinsen und macht es noch mehr Leuten möglich, Schulden aufzunehmen, die es sich eigentlich gar nicht leisten könnten.

Verbriefung bedeutet, dass die Kredite gebündelt und als Gesamtpaket an einen Investor verkauft werden. Der bekommt die Zinszahlungen und hat nun aber auch das Risiko der Ausfälle; die Bank ist das Risiko los. Daher hat die Bank auch kein Problem damit, riskante Kredite zu vergeben; sie gibt sie einfach schnell mit einem kleinen Gewinnaufschlag weiter.

Inzwischen werden die allermeisten Autos in den USA auf Kredit gekauft, und die Schulden der Amerikaner mit niedrigem Einkommen erreichen neue Rekordstände.

Der Zusammenhang ist völlig klar. Sobald die US-Zinsen steigen, steigen die Zinsen für all diese Schulden, denn sie werden oft mit flexiblen Zinssätzen abgeschlossen. Mit jedem Punkt, den die US-Zinsen nach oben gehen, fallen mehr Kredite aus, da die Schuldner sich die Zinsen nicht mehr leisten können. Je mehr Kredite

ausfallen, umso offensichtlicher steigt das Risiko der Investoren, und sie nehmen die Zinsen für die schlechten Schuldner noch schneller nach oben. Ein verhängnisvoller Kreislauf, dessen Ergebnis wir 2008 in aller Pracht sehen konnten und der sich zur Stunde gerade wieder entwickelt.

2017 hat ein finanzschwacher Autokäufer mit niedriger Bonität einen Autokredit für 5,9 Prozent bekommen. Anfang 2018 ist dieser Zins bereits auf 16,8 Prozent explodiert.<sup>131</sup> Für einen Fünfjahreskredit von 20.000 US-Dollar bedeutet das einen Anstieg der monatlichen Kreditrate auf 100 US-Dollar. Bei einem Mindeststundenlohn von 7,25 US-Dollar sind das fast zehn Prozent des Monatslohns. Zwanzig Prozent aller US-Autokäufer gehören zu dieser bonitätschwachen Gruppe, deren Kredite als erste ausfallen. Das sind etwa 23 Millionen amerikanische Autokäufer oder knapp 280 Milliarden US-Dollar ausfallgefährdeter Autokredite, deren Risiko mit jedem Zinsschritt der Notenbank steigt. Wir dürfen hier gerne nach beliebigen Studenten-, Kreditkarten- und Immobilienkrediten hinzufügen.

Nicht nur Zinserhöhungen, auch konjunkturelle Schwächen mit Stellenabbau werden hier eines nahen Tages mit der Sense durchfahren. Ein weiteres der Pulverfässer.



## IV. Die gefährliche weltpolitische Gemengelage durch das Ende des Ölzeitalters

### Explosive Zeiten für die arabische Welt

Schauen wir uns einen weiteren gefährlichen Sprengsatz an, der im Herzen des eurasischen Kontinents platziert ist. Springen wir dafür mitten hinein in die Wirren der Arabischen Halbinsel. Hier geht es in Saudi-Arabien und den umliegenden Staaten zurzeit sehr hektisch zu. Die Auseinandersetzungen und merkwürdigen Meldungen aus diesen Ländern nehmen kontinuierlich zu, es scheint eine große Unruhe bei den Emiren ausgebrochen zu sein. Das darf einen auch nicht verwundern, denn hier hat ein Kampf ums Überleben begonnen.

Noch in meinem letzten Buch *Showdown - der Kampf um Europa und unser Geld*, geschrieben 2012, habe ich dem Kampf um die Ressourcen Öl und Gas einen großen Anteil gewidmet. Hier hat sich inzwischen viel getan. Ich schrieb damals, dass es keine Rolle spielt, ob man den Geschichten glaubt, dass uns eines Tages das Öl ausgeht, oder nicht. Es reicht, wenn man sich die Aktivitäten der großen »Spieler« auf dem Markt ansieht. Daran erkennt man sehr gut, wohin die Reise geht. Etwa im Sommer 2014 muss sich hier Grundlegendes geändert haben.

Im September 2014, kurz vor einer - wie wir noch sehen werden - bedeutenden UN-Klimakonferenz, erklärte die Rockefeller-Familie, sie wolle sich von ihren Ölinvestitionen trennen und dieses

Geld lieber in erneuerbare Energien investieren. Das war ein Paukenschlag. Der Auftakt zur großen Wende. Das Herz der amerikanischen Ölindustrie erklärt öffentlichkeitswirksam seine Abkehr von fossilen Brennstoffen und sieht die Zukunft in erneuerbaren Energien. Nach Jahrzehnten der brutalen Rücksichtslosigkeit, der Umweltverschmutzung und nach unzähligen militärischen Auseinandersetzungen und Toten für das schwarze Gold lassen die Rockefeller verlauten, um den Klimawandel aufzuhalten, sei es besser, wenn der Großteil der schon entdeckten Reserven an Öl- und Gasvorräten im Boden verbliebe, und werfen dem Energieriesen Exxon Mobil, dessen Gründer sie selbst, gemeinsam mit der Standard Oil-Company, vor über hundert Jahren gewesen waren und von dem sie ihren sagenhaften Reichtum empfangen, moralisch verwerfliches Handeln vor. Die Eliten der Welt zeigen doch immer wieder einen besonderen Sinn für rabenschwarzen Humor.<sup>132</sup>

Aber mit der offiziellen Begründung: »Es macht keinen Sinn - weder finanziell noch ethisch - weiter in diese Unternehmen zu investieren, während die globale Gemeinschaft die Abkehr von fossilen Brennstoffen vorantreibt« ist im Kern alles gesagt.

Es waren nicht nur die Rockefeller. Mehr als 800 weltweite Großinvestoren verpflichteten sich 2014, ihre Investitionen in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar aus dem Geschäft mit Öl innerhalb der kommenden fünf Jahre zurückzuziehen.<sup>133</sup>

Die Eliten der westlichen Welt - und nur auf deren Willen kommt es an - haben sich entschieden, so schnell wie nur irgend möglich von Öl weg und zu erneuerbaren Energien hin zu drehen.

Doch warum dieser plötzliche Schwenk? Hat man damit nicht viel Geld verdient und würde das auch noch in Zukunft tun? Es gibt, wie wir schon in einem früheren Kapitel gesehen haben, zwei Dinge, die über dem Profit stehen. Das erste ist die Machtfrage, das zweite die Gestaltung der Zukunft. Macht ist wichtiger als Profit. Seit Anfang des 20. Jahrhunderts, als die ersten ölbetriebenen Kriegsschiffe aufkamen, war die Herrschaft über das Öl gleichbedeutend mit der Herrschaft über die Welt. Besonders seit dem

Zweiten Weltkrieg war dies die bedeutendste Komponente weltweiter Politik.

Als man in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entdeckte, dass man Steinöl als Lampenöl einsetzen konnte, war es der Urahn genau jener Rockefellers, die heute das Ende des Ölzeitalters einläuten, der dieses Zeitalter damals begründete. 1870 gründete er die Standard Oil Company, die sich zunächst mit Lampenöl und allem, was damit zusammenhing, beschäftigte. Er gründete den ersten internationalen Konzern, der alles aus dem Weg räumte, was nach Konkurrenz roch. Auch die Rothschilds waren hier aktiv; sie finanzierten die Ölförderung und den Transport aus Russland nach Europa und stiegen später selbst in dieses Geschäft ein.

Das Aufkommen der Elektrizität durch Edisons Erfindung der Glühbirne hätte fast das Ende der Öllampen und somit des Ölzeitalters bedeutet, wäre es nicht in diesen ersten Jahren des neuen Jahrhunderts zum Massenphänomen des Automobils mit Verbrennungsmotor gekommen. 1886 von Carl Benz erfunden, ab 1913 durch Henry Fords Erfindung der Fließbandproduktion zum Massenprodukt geworden. Die Nachfrage nach Öl als Antriebsstoff explodierte.

Zunächst förderten die USA selbst in großem Stil Öl. Legendär waren die Ölquellen in Texas, die, 1901 entdeckt, viele Jahrzehnte eine wesentliche Quelle des amerikanischen Ölverbrauchs sein sollten. Auch in die deutschen Haushalte wurde durch die in den 1980er-Jahren beliebte Fernsehsendung »Dallas« das Schicksal der fiktiven Ölfamilie Ewing allabendlich in die Wohnzimmer gebracht.

Im Vorfeld des Ersten Weltkrieges entschied der damalige Marineminister Winston Churchill, die neuen Großkampfschiffe Großbritanniens nicht mehr mit Dampf, sondern mit Öl zu betreiben. Auch an Land wurde das Öl zur entscheidenden Kriegskomponente. Der Krieg wurde motorisiert. Panzer, Lastkraftwagen und Flugzeuge wurden erfunden und waren abhängig von immer neuem Ölnachschub. Der Ölnachschub wurde kriegsentscheidend. Der Erste Weltkrieg war auch der erste Krieg ums Öl Während

(dieselbetriebene) deutsche U-Boote die alliierten Tankschiffe versenkten, versuchte sich Deutschland die Ölquellen Rumäniens zu sichern. Das Öl für die britischen, französischen und amerikanischen Truppen kam im Wesentlichen aus den USA von der dortigen Standard Oil Company, die dadurch zu immer mehr Geld und Macht kam. Deutschlands Versuche, an Öl aus Baku und dem Irak zu kommen (Berlin-Bagdad-Bahn), scheiterten und waren ein wesentliches Element für die Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg.

Öl war endgültig zum entscheidenden Machtfaktor geworden. Man suchte weltweit nach immer neuen Quellen, und in aller Regel waren es amerikanische und britische Unternehmen, die diese Ölquellen suchten, fanden und letztendlich betrieben. Für eine kooperative Haltung der jeweiligen Länder sorgte die Politik und bei Unklarheiten das Militär. Der arabische Raum wurde immer bedeutsamer, gab es hier doch die größten Ölvorkommen der Welt. Bis in die 1970er-Jahre spielten die dortigen Regierungen kaum eine Rolle. Diese Länder waren eher Kolonien der Briten und Amerikaner oder verhielten sich als solche ob deren Übermacht. Britische und amerikanische Ölkonzerne beuteten die Lagerstätten aus und hatten das Sagen. Doch mit der immer größeren Ölnachfrage wuchs das Selbstvertrauen der arabischen Herrscher.<sup>134</sup> Der *Spiegel* schrieb 1974: »In der Meinung der Weltöffentlichkeit rückte Saudi-Arabiens König Feisal, Herr über fünf bis acht Millionen meist schreib- und leseunkundiger Wüstenbewohner und zugleich über die größten Ölreserven der Welt, vom pittoresken Beduinenfürsten zum drittmächtigen Mann der Erde nach Nixon und Breschnew auf.«<sup>135</sup>

Im Bewusstsein dieser Macht fingen die Monarchen der Ölstaaten an, sich ihren Teil am Ölreichtum zu sichern. Der Erste (nach den Enteignungen im Iran und dem CIA-Putsch 1953, auf die wir noch zu sprechen kommen) war Algeriens Staatschef Houari Boumedienne, der im Februar 1971 die Hälfte der französischen Ölanlagen verstaatlichte. Paris akzeptierte dies zähneknirschend.<sup>136</sup>

Kurz darauf enteignete der libysche Staatschef Muammar al-Gaddafi (ja, den gab es damals schon) Ölanlagen der Firmen BP, Royal Dutch, Exxon und Mobil Oil in Libyen (Juni 1972). Saudi-Arabien übernahm wie der Iran einen großen Teil der Ölförderung der bisherigen ausländischen Firmen. Später sollten weitere Verstaatlichungen folgen.<sup>137</sup>

Ohnehin waren es nur sieben Firmen, die sich den Weltölmarkt aufteilten.

- 1 Standard Oil of New Jersey (Esso)
- 2 Royal Dutch Shell (Shell)
- 3 Anglo-Persian Oil Company (BP)
- 4 Standard Oil of New York (ExxonMobil)
- 5 Standard Oil of California (Chevron)
- 6 GulfOil
- 7 Texaco

Die Standard-Oil-Firmen waren die Einzelteile der ehemaligen Rockefeller-Firma «Standard Oil», die ein solch aggressives Monopol erreicht hatten, dass der amerikanische Staat eigene Gesetze dagegen erließ und die Firma 1911 in mehrere selbstständige Teile zerstückelte, die aber schnell wieder zu alter Macht heranwuchsen.

Heute haben diese sogenannten »Sieben Schwestern« des Öls mehrere Zusammenschlüsse hinter sich, sodass heute nur noch vier existieren, nämlich ExxonMobil, Royal Dutch Shell, Chevron und BP.

Seit der Gründung Israels 1948 gab es immer wieder große Spannungen und militärische Auseinandersetzungen mit den arabischen Nachbarn. Einer der Höhepunkte war der Jom-Kippur-Krieg 1973, in dessen Folge Saudi-Arabien und weitere Ölstaaten der Region ihr Öl als Erpressungswaffe gegen die USA, Israel und seine Verbündeten einsetzten. Sie drosselten die Ölförderung und hoben die Preise zunächst um 70 Prozent an, im weiteren Verlauf der Spannungen sollte sich der Preis sogar vervierfachen. Deutschland reagierte mit Sonntagsfahrverboten und Geschwindigkeitsbe-

schränkungen, um Öl zu sparen. Die USA gaben Bezugsscheine aus. Die direkte Folge des Ölembargos war eine heftige Wirtschaftskrise in den westlichen Ländern. Die USA erwogen zu dieser Zeit eine Invasion Saudi-Arabiens, Kuwaits und Abu Dhabis, wie erst 2003 bekannt wurde. Auch ein Umsturz und »Austausch« arabischer Herrscher im westlichen Sinne war Teil der Überlegungen.<sup>138</sup> Bis zur Veröffentlichung dieser Unterlagen blieb es lange Jahre unklar, warum die arabischen Staaten Anfang 1974 ihr Ölembargo gegen den Westen und in erster Linie gegen die USA beendeten, ohne dass ihre Forderungen erfüllt worden wären.

Vermutlich waren es genau diese durchaus glaubhaften Invasionsdrohungen, die der damalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger durchscheinen ließ, als er 1973/74 im Auftrage Richard Nixons mit dem Königshaus in Saudi-Arabien verhandelte und einen bis heute einmaligen und noch immer gültigen Deal aushandelte, der die Weltgeschichte über Jahrzehnte bestimmen sollte.

Das Ziel war es, die Ölwanne der Saudis zu entschärfen und zum eigenen Vorteil umzuschmieden.

Der Deal war verblüffend einfach: »Wir, die USA, starten keine Invasion Saudi-Arabiens und stürzen das saudische Königshaus nicht, was militärisch ein Leichtes wäre. Im Gegenteil. Wir schützen euch künftig vor euren inneren und äußeren Feinden mit unserem Militär und unseren Geheimdiensten. Dafür liefert ihr uns zuverlässig und preiswert das Öl, das wir benötigen. Ihr werdet ab sofort Öl nur noch gegen US-Dollar an wen auch immer verkaufen. Diese US-Dollar investiert ihr im Wesentlichen in US-Staatsanleihen, da sind sie sicher aufgehoben, und ihr bekommt eine gute Verzinsung. Ihr werdet sagenhaft reich, lebt sicher wie in Abrahams Schoß und müsst euch um nichts kümmern.« Ein Deal, den der damalige saudische König Faisal bin Abdulaziz Al Saud eingegangen ist und der bis heute den märchenhaften Wohlstand und die Unantastbarkeit des Herrscherhauses begründet. Keine Anklagen wegen Verletzung der Menschenrechte, keine militärischen Bedrohungen durch wen auch immer. Ein unantastbares Protektorat der USA.

Für Amerika begann damit die Weltherrschaft des Dollars als Weltleitwährung. Wer immer auf dieser Welt Öl wollte, brauchte dafür US-Dollar. Die konnten die Amerikaner nach Belieben drucken und gegen andere Devisen oder Gold an die Welt verkaufen. Diese Staaten nahmen die erworbenen US-Dollar, gaben sie den Scheichs gegen Öl, und die wiederum verliehen sie dauerhaft zurück an die Amerikaner. Ein für die USA wunderbares Petro-Dollar-System, das über Jahrzehnte die Finanzierung Amerikas sichern sollte.<sup>139</sup>

Die Amerikaner sahen in dieser Zweckverbindung eine der wichtigsten strategischen Allianzen. Aber ganz sicher nicht mehr. Es ist schon bigott, wie sich die USA öffentlich über angebliche Verstöße gegen die Demokratie in aller Welt echauffieren und gleichzeitig ihre offiziellen und inoffiziellen Kanäle nutzen, um Regierungen zu stürzen, Wahlen zu beeinflussen und Aufstände zu unterstützen. Immer mit dem Argument, den »legitimen demokratischen Interessen« des jeweiligen Volkes zu ihrem Recht zu verhelfen. Aber im Falle Saudi-Arabiens spielt das alles keine Rolle. Der Strafenkatalog Saudi-Arabiens ist in weiten Teilen deckungsgleich mit jenem des verhassten Islamischen Staates (IS). Ein Blogger wird öffentlich ausgepeitscht wegen regierungskritischer Äußerungen. Auf Blasphemie (Gotteslästerung) steht in beiden Gesetzbüchern die Todesstrafe, auf Ehebruch die Steinigung. Sex vor der Ehe wird mit Peitschenhieben bedacht, Diebstahl mit Amputation der Hand. Bei einem Raubüberfall ist es nicht nur die Hand, sondern zusätzlich die Amputation eines Fußes. Homosexualität wird gleichsam wie die Abwendung vom Islam mit der Todesstrafe geahndet.<sup>140</sup>

Doch das alles spielt weder für die amerikanische noch für die europäische Politik eine Rolle. Deutschland genehmigte allein im dritten Quartal 2017 Waffen- und Rüstungsexporte in Höhe von 148 Millionen Euro nach Saudi-Arabien. Im Gesamtjahr 2016 waren es 530 Millionen Euro.<sup>141</sup>

Und das sind noch kleine Fische gegen die Waffenlieferungen der Amerikaner. Präsident Trump vereinbarte mit den Saudis 2017

Rüstungsdeals in Höhe von über 100 Milliarden Dollar.<sup>142</sup> Menschenrechte? Welche Menschenrechte? Wir reden von jenen Vereinigten Staaten, die im gleichen Jahr massive Vorwürfe gegen den Iran erhoben und die Regierung ermahnten, die demokratischen Rechte ihrer Bürger zu schützen und ungenehmigte und gewaltsame Demonstrationen keinesfalls zu unterbinden. Man habe das genau im Blick.

Parallel lobte Trump die Festnahmen in Saudi-Arabien. Er habe »großes Vertrauen« in König Salman und Kronprinz Mohammed Bin Salman, denn »sie wissen genau, was sie tun.«<sup>143</sup> Das sagte Trump im Zusammenhang von zahlreichen Festnahmen bislang einflussreicher, aber dem neuen Prinzen gefährlicher Kader und der Beschlagnahme von bis zu 800 Milliarden US-Dollar.<sup>144</sup> Die geschätzten Zahlen gehen hier weit auseinander.

Diese Entwicklung muss man wie viele andere Mosaiksteine der Region in einem größeren Zusammenhang betrachten. Die Welt hat sich entschieden, sich von Öl zu verabschieden. Gehen wir davon aus, dass es auch dem amerikanischen Establishment bei aller Fokussierung auf Geld und Macht keineswegs angenehm ist, diese archaischen Strukturen der arabischen Welt zu tolerieren und sogar zu unterstützen. Es war bislang ein notwendiges Übel, die saudischen Könige zu hofieren und deren aggressive, mittelalterliche wahhabitische Glaubensausrichtung mit all ihren Eskapaden zu dulden. Man brauchte das Öl, man brauchte die Petro-Dollars. Sie waren eine der Grundlagen der amerikanischen Macht. Dafür sieht man auch mal über ein paar Enthauptungen hinweg.

Man sah keine andere Möglichkeit; das Öl war unersetzlich. Doch die Betonung liegt auf »war«! Irgendwann zwischen 2010 und 2014 wurde den entscheidenden Kreisen klar, dass die erneuerbaren Energien unmittelbar vor dem endgültigen technischen Durchbruch standen. Solarzellen und Windanlagen waren keine Spinner-technologie mehr, sie hatten inzwischen hohe Effizienz bewiesen. Natürlich war klar, dass es noch einige Jahre Entwicklung dauern würde, um die Welt vollständig von fossilen Brennstoffen zu lösen.

Aber jene Entscheider haben durch ihre Entwicklungsabteilungen und Geheimdienste eine sehr klare Kenntnis davon, was bereits heute an künftigen Technologien in den Schubladen der Entwickler liegt, und können sehr gut prognostizieren, wo die Welt technologisch in fünf, zehn oder zwanzig Jahren sein wird. Daher war vollkommen klar, dass wir bis spätestens 2050 alle Komponenten zusammenhätten, um die Welt endgültig von der Verfeuerung von Öl zu befreien.

Gas ist dabei ein ganz anderes Thema, wie wir später noch sehen werden. Die strategischen Optionen, die sich daraus ergeben, müssen ein Leuchten in den Augen der amerikanischen Geostrategen und Globalisierer ausgelöst haben. In einer Welt, in der wir keine Abhängigkeit mehr von Öl haben, besteht keinerlei Notwendigkeit, korrupte und für die westlichen Wertevorstellungen kaum erträgliche Systeme wie die der arabischen Scheichs zu unterstützen. Es gibt keine Notwendigkeit mehr, in abgelegenen Gebieten der Welt Kriege um Öl, Pipelines und Transportwege zu führen und damit auch die Menschen dieser und anderer Regionen gegen sich aufzubringen.

Mit dem Tag, an dem die Erkenntnis gewonnen wurde, dass es in relativ kurzer Zeit - bis zum Jahr 2050 sind es nur noch 32 Jahre - möglich sein würde, ohne Öl auszukommen, wurde ein großer Hebel umgelegt. Vollgas voraus. Es ist klar, dass wir nicht bis zum Dezember 2049 weiter Öl verfeuern und dann in der Silvesternacht den Schalter umlegen. Die Entwicklung läuft bereits, und die Dynamik nimmt von Jahr zu Jahr exponentiell zu. Wer hier schnell reagiert, hat den strategischen Vorteil. Und wieder waren es die USA, die mit ihren Verbündeten auf Vollgas schalteten. Bundeskanzlerin Merkel nutzte die Fukushima-Katastrophe, um in einer Hauruckaktion aus der Atomkraft aus- und in die erneuerbaren Energien einzusteigen. Es ging dabei weniger um die Abschaltung der Atomkraft als vielmehr um den Schub, den das für die Erneuerbaren bringen würde. Es galt, der Technologie wirtschaftlich zum Durchbruch zu verhelfen. Dazu dienten auch die so heiß diskutierten

Subventionen, die die Bundesbürger mit ihren Stromabgaben zu bezahlen hatten. Große Summen flossen in die weltweiten Entwicklungen, Windanlagen wurden größer, effizienter und billiger. Gleiches galt für die Solarzellen. Deutschland war der Turbo, der den entscheidenden Durchbruch der weltweiten Energiewende finanziert hat. 2009 waren mehr als die Hälfte aller weltweiten Solarzellen in Deutschland installiert.

Das wäre ohne die Subventionierung durch die Bundesbürger mittels des Energieeinspeisegesetzes nie möglich gewesen. Merkel ging es dabei keineswegs um die deutsche Wirtschaft. Die Subventionen bekam jeder, egal wo die Zellen herkamen. Also wurden sie in Asien hergestellt und nach Deutschland geliefert. Die Effizienzsteigerungen und die Verbesserung der technologischen Möglichkeiten fanden in China statt, und Deutschland hat es finanziert. Zwei Drittel der in Deutschland installierten Solarzellen kamen aus China.<sup>145</sup> Das war die elementare Grundlage, um die geostrategisch entscheidende Energiewende zu ermöglichen. Deutschland finanziert, China entwickelt, und die Globalisierung gewinnt.

Auch die chinesische Regierung hat ein großes Interesse am Ausbau der erneuerbaren Energien. Auch China benötigt derzeit mehr Öl, Kohle und Gas, als es selbst je fördern kann, und ist daher strategisch ebenso abhängig von Lieferungen aus dem Iran und aus Russland, wie es die Amerikaner sind. Diesbezüglich besteht also eine strategische Partnerschaft dieser beiden großen Spieler auf der Weltbühne.

Auch die USA tun ihrerseits alles, um den erneuerbaren Energien zum Durchbruch zu verhelfen. Plötzlich war auch für die amerikanische Öffentlichkeit der Klimawandel ein Thema, nachdem man ihn lange Zeit nicht als menschengemacht angesehen hatte. Dieses Thema wäre sicherlich ein eigenes Buch wert, weshalb ich es hier nicht weiter erörtern möchte.

Plötzlich wurden die USA, das Mutterland der Ölindustrie und die Heimat der Big-Block-V8-Motoren, zum Vorreiter einer automobilen Technologiewende. Elon Musk mit seinem Unternehmen Tesla

war der absolute Inkubator der technologischen Wende. War es 1911 der Amerikaner Henry Ford, der mit der Massenproduktion des Automobils mit Verbrennungsmotor zum entscheidenden Faktor für den Siegeszug des Öls wurde, so war es hundert Jahre später der Globalist Elon Musk mit der Marktreife der ersten Elektrofahrzeuge der Neuzeit. Der Bezug zur Globalisierung sei hier mit einem interessanten Seitenblick getan, denn Elon Musk wird nicht als »amerikanischer Unternehmer« präsentiert, sondern stets als »ein global aktiver Unternehmer«. <sup>146</sup> Er hat die Staatsangehörigkeit von Südafrika, Kanada und den Vereinigten Staaten von Amerika. Ein wahrer Globalist, dem Staatsgrenzen, Nationen und Völker wie aus einem vergangenen Jahrhundert erscheinen, der seinen Blick längst ins Weltall gerichtet hat und die Menschheit geeint dorthin führen möchte. <sup>147</sup>

Ohne massive politische Unterstützung der Einfluss-Reichen wäre der Aufstieg von Musk und Tesla nie möglich gewesen. Schon einmal wurde der mögliche Siegeszug des Elektroautos von den gleichen Kräften verhindert, als die Zeit dafür einfach noch nicht reif war, als man Big Oil noch benötigte und die Technologien für einen endgültigen Schwenk noch nicht absehbar zur Verfügung standen. Das war in den 1990er-Jahren, als ebenfalls in den USA ein Elektrofahrzeug sich anschickte, die Welt zu verändern. Wer hierzu mehr wissen möchte, dem sei der Dokumentarfilm »Warum das Elektroauto sterben musste« (engl. Original »Who killed the electric car«) ans Herz gelegt. <sup>148</sup> Es war einfach noch nicht die Zeit dafür, deshalb wurde die Entwicklung massiv torpediert.

Jetzt jedoch ist die strategische Entscheidung gefallen, und somit werden die, die man noch vor Jahren verhindert hätte, unterstützt und zum Erfolg gepeitscht. Koste es, was es wolle. Es geht nie darum, was technologisch sinnvoll ist, die Gesellschaft weiterbringt oder die Umwelt schützt. In erster Linie geht es um die Frage: »Bringt es jenen, die heute über Geld und Einfluss verfügen, einen Vorteil, um ihr Vermögen und ihre Macht zu steigern?« Wenn es ihnen schadet, wird es verhindert, wenn es ihnen nutzt, gefördert, und wenn es keine Rolle spielt, lässt man sie gewähren.

Plötzlich springt ein Konzern wie Apple auf dieses Pferd und investiert 850 Millionen US-Dollar, um Solarzellen in Kalifornien zu installieren. Apple möchte seinen kompletten Stromverbrauch mit erneuerbaren Energien decken. Kalifornien will ein Gesetz verabschieden, dass der Staat bis 2045 hundert Prozent seiner Energieversorgung aus erneuerbaren Energien gewinnt.<sup>149</sup>

Das sind Leuchttürme, die der Gesellschaft erbaut werden, um die Richtung unmissverständlich klarzumachen: »Vollgas in das neue Zeitalter«.

Dieser Abschied vom Öl hat viel weitreichendere Konsequenzen, als dass man es auf den technologischen Aspekt reduzieren dürfte. Vor allem bringt er Umbrüche und Spannungen, die wir getrost als weiteres Pulverfass definieren können. Öl wird zum größten Teil für die Verbrennung genutzt. Das immer wieder gehörte Argument »Öl braucht man auch für andere Dinge« kann man vernachlässigen. 29 Prozent des Erdöls werden im Verkehr benötigt, 35 Prozent werden verheizt, und 22 Prozent dienen der Energiegewinnung. All das lässt sich durch erneuerbare Energien oder Gas ersetzen. Lediglich 14 Prozent der Ölförderung gehen in sonstige Bereiche wie die chemische Industrie.<sup>150</sup>

Die Bundesregierung hat ein klares Ziel definiert: Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung soll bis 2050 achtzig Prozent betragen.<sup>151</sup>

Internationale Forscher halten es für durchaus machbar, die Energieversorgung der Welt bis 2050 weitgehend (zu 77 Prozent) auf erneuerbare Energien umzustellen. Am Ende spielt es keine große Rolle, ob die vollständige Energiewende bis 2050 oder 2070 erreicht sein wird. Den heutigen Ölproduzenten weltweit ist eines völlig klar geworden: Was sie bis 2050 nicht gefördert und verkauft haben, bleibt als wertloser Dreck im Boden liegen. Der Wirtschaftsphilosoph Anders Indset drückte es so aus: »Das einzig wertvolle Öl wird künftig Olivenöl sein.«<sup>152</sup> Das Märchen von Peak-Oil, »Uns wird in wenigen Jahrzehnten das Öl ausgehen«, hat sich als wunderbarer Marketinggag eines der mächtigsten Industriezweige

herausgestellt. Uns geht das Öl nicht aus, es kommt uns aus den Ohren raus. Jeder Ölproduzent dreht seine Förderung aktuell so hoch er nur kann, um so schnell wie möglich so viel wie möglich auf dem Weltmarkt zu verkaufen, solange es überhaupt noch benötigt wird.

Seit Kurzem wird uns ein weiteres Märchen erzählt. Der niedrige Ölpreis dieser Tage liege an einem Kampf um Marktanteile zwischen den USA und Saudi-Arabien. Die Saudis würden extra so viel Öl fördern, um den Preis zu drücken, damit sich für die Amerikaner das Fracking nicht mehr rentiere, und sie so vom Markt fernzuhalten. Wer sich auch nur ansatzweise mit den tieferen Zusammenhängen beschäftigt, erkennt sofort, dass das Hafenkäse ist.<sup>153</sup>

Die Verbindungen zwischen dem amerikanischen Establishment und dem saudischen Königshaus sind seit 1974 so eng, dass es hier niemals zu einem Handelskrieg kommen würde. Das hätte man sehr schnell hinter den Zeltplanen geklärt.

Tatsächlich hat sich mit der Entscheidung, dem Öl den Rücken zu kehren, auch für die US-Ölindustrie alles verändert. In den 1970er-Jahren, nachdem man einen sicheren Deal mit den Saudis hatte, erließen die Vereinigten Staaten ein Exportverbot für Erdöl. Hier sieht man sehr gut, wie Macht vor Profit geht. Die Erfahrungen der Ölkrise hatten gezeigt, wie wichtig die eigenen strategischen Reserven waren. Man hatte entschieden, die Ölförderung im eigenen Land auf einem niedrigeren Niveau zu stabilisieren. Wenn der Welt eines Tages - aus welchem Grund auch immer - das Öl knapp würde, hätte man genug eigene Reserven, um die Welt weiter zu dominieren. Dieses Verbot war vierzig Jahre in Kraft. Die amerikanischen Ölonternehmen hatten damit wenige Probleme, sie waren es ja, die weltweit in fernen Ländern die Ressourcen ausbeuteten. Ob man das Geld mit heimischem Öl verdiente oder die Lager der restlichen Welt plünderte, war diesbezüglich egal. Wichtig war es, die heimischen Ressourcen zu schonen.

Doch siehe da, 2015 wurde dieses Verbot aufgehoben.<sup>154</sup> Auch den Amerikanern war klar, dass man auf diese Ressourcen keine

Rücksicht mehr zu nehmen hatte. Sie würden in absehbarer Zeit schlichtweg nicht mehr benötigt und wertlos werden. Also kam es auch hier zur 180-Grad-Wende. »Frack, Baby, Frack!!«, hieß es ab sofort.<sup>155</sup> Holt so schnell ihr könnt so viel Öl und Gas aus dem Boden, wie ihr nur könnt, und drückt es auf den Weltmarkt. Trump gibt alle Fördergebiete, auch in Naturschutzgebieten und besonders gefährdeten Naturreservaten, zur Ausbeutung frei, was wiederum zeigt, wie viel den Einfluss-Reichen tatsächlich am Umweltschutz liegt, den sie immer wieder als Grund für die Energiewende anführen. Es geht wie stets nur um Geld und Macht.<sup>156</sup>

Tatsächlich wäre Saudi-Arabien gar nicht in der Lage, einen Wirtschaftskrieg mit den USA zu führen. Nirgendwo auf der Welt wird Öl so billig gefördert wie in Saudi-Arabien. Während man weltweit oft großen technischen Aufwand betreiben muss, um Öl beispielsweise aus den Tiefen des Atlantiks zu fördern, reicht es auf der Arabischen Halbinsel, einen Besenstiel in den Boden zu stecken, damit es unter eigenem Druck aus dem Boden kommt. Das ist natürlich eine überzeichnete Darstellung, trifft aber den Kern. Die Ölförderkosten in Saudi-Arabien werden auf etwa fünfzehn US-Dollar pro Fass geschätzt.<sup>157</sup> Russland muss im Vergleich dazu etwa das Vierfache aufwenden. Auch in der Nordsee liegen die Förderkosten für die Hälfte aller Anlagen über 45 US-Dollar. Ein vermeintlich großer Vorteil für Saudi-Arabien.

Die dortigen Machtverhältnisse sind jedoch von besonderer Natur. Das Königshaus Saud, das seit Generationen das Land beherrscht, stützt seine Macht von Beginn an auf drei Säulen: Religion, militärische Stärke und Geld. Die Staatsreligion, der Wahhabismus, geht auf eine ursprünglich kleine Spielart des islamischen Glaubens zurück, die sich auf die Lehren Muhammad ibn Abd al-Wahhabs beruft, der im 18. Jahrhundert in dieser Region seine Lehren verbreitete. Der militärisch erfolgreiche Stamm der Sauds fand in den Lehren Wahhabs die ideale religiöse Unterfütterung für seinen Machtanspruch und ließ keine Infragestellung oder gar Kritik am Emir zu. Es kam zum Bündnis zwischen den Anhängern Wahhabs und dem

Clan der Sauds: Wir erobern die Region militärisch und machen den Wahhabismus zur unangefochtenen Staatsreligion, und ihr sorgt dafür, dass wir beim einfachen Volk die Unantastbarkeit Gottes haben - und damit die moralische Grundlage, jeder Kritik mit der Todesstrafe zu begegnen, da sie sich gegen den Willen Gottes richtet.<sup>158</sup>

Das funktioniert bis heute recht erfolgreich, und man hat gleich das ganze Land nach dem herrschenden Clan benannt »Saudi-Arabien«, wengleich der dekadente Lebensstil der königlichen Familie so gar nicht zu den puristischen Grundsätzen des wahhabitischen Glaubens passt. Das ist im Übrigen auch einer der Gründe, warum sich islamische Extremisten des IS, die diesen traditionellen Auslegungen in ihrer asketischen Weise nahestehen, ihren offiziellen Glaubensbrüdern, den Sauds, mit größter Ablehnung gegenüberstehen. Sie werfen ihnen vor, durch ihren dekadenten Lebensstil und die Kollaboration mit dem »amerikanischen Teufel« den wahren Glauben verraten zu haben. Die Sauds müssen daher den IS durchaus fürchten. Wenn davon die Rede ist, dass Saudi-Arabien den islamische Terror unterstütze, muss man immer genau hinsehen, wen in Saudi-Arabien man meint und welche Terrororganisation gerade gemeint ist. Eine sehr komplexe Aufgabe.<sup>159</sup>

In der Tat gibt es in Saudi-Arabien viele Sympathisanten des IS, die oft auch über viel Geld verfügen und die Terroristen unterstützen. Nach aller Wahrscheinlichkeit gehört aber gerade das Königshaus Saud nicht dazu. Der IS würde sich baldmöglichst gegen die Königsfamilie selbst richten. Bereits seit einigen Jahren ist der IS auch im saudischen Untergrund aktiv und hat zahlreiche Unterstützer aus der Bevölkerung, dem Klerus und auch von vermögenden Landsleuten. Da muss man sich nicht wundern, wo der IS die Kolonnen an nagelneuen Geländewagen herhatte, die vor wenigen Jahren im Fernsehen zu sehen waren.

Es rumort im Lande der Saudis. Neben der religiösen Komponente und der amerikanischen Militär- und Geheimdienstunterstützung ist bis heute das Geld eines der wichtigsten Macht-

instrumente der Saudis. Man kann vereinfacht sagen, ein Clan hat sich seine Untertanen erkauft. Durch ein kompliziertes Netzwerk waren die Vertreter der anderen einflussreichen Stämme auf die eine oder andere Weise an die Kapitalströme, die das Öl ins Land brachte, angeschlossen. Sie mussten keiner Arbeit nachgehen, wurden aber vom Staat mit für uns unvorstellbaren Summen bezahlt. So wurde ihr Stillhalten und Wohlwollen erkauft. Das funktionierte seit den 1970er-Jahren perfekt. Die Königsfamilie finanzierte die saudische Bevölkerung von der Wiege bis zur Bahre weitgehend durch, und die Arbeit übernahmen Lohnsklaven aus Indien und Pakistan.<sup>160</sup> Geld hatte man ja genug. Doch in den letzten Jahren nahm der Unmut in der Gesellschaft zu. Bei den einen der Wunsch nach mehr Freiheit, mehr »echter Islam ohne Prunk und Protz« bei den anderen, mehr Frauenrechte und schon gar keine Auspeitschungen oder Todesstrafe mehr für Kritik am König.

Bislang galt auch in Saudi-Arabien die Regel, wer zahlt, bestimmt, welche Musik gespielt wird. Doch genau hier kommen die Probleme. Dieses System eines Lebens wie in Tausendundeiner Nacht für ein ganzes Volk hat seinen Preis. Saudi-Arabien benötigt trotz der extrem niedrigen Förderkosten einen Ölpreis von achtzig bis hundert US-Dollar pro Fass, um alle Verpflichtungen zu erfüllen und einen ausgeglichenen Haushalt zu ermöglichen.<sup>161</sup> Es ist bis heute nicht gelungen, irgendein anderes Geschäftsmodell zu entwickeln - außer »Dreck aus dem eigenen Boden holen zu lassen und dafür Geld einzustreichen«.

In einer Zeit, in der durch weltweite Überproduktion (»Jeder fördert, was er kann, schneller als der Nebenmann«) der Ölpreis in die Knie geht, bricht das Staatssystem der Saudis auseinander.

Seit Sommer 2014 - es ist vermutlich purer Zufall, dass sich das mit den Erklärungen der Rockefellers zum Ende des Ölzeitalters deckt - ist der Ölpreis im freien Fall. Stand das Fass der Sorte »West Texas Intermediate« im Juni 2014 noch bei 130 US-Dollar, hatte sich der Preis bis Dezember des gleichen Jahres schon nahezu halbiert. Den vorläufigen Tiefpunkt erreichte das Öl Anfang 2016 mit

einem Fasspreis von vierzig US-Dollar. Auch zum Zeitpunkt des Schreibens liegt der Ölpreis mit 63 US-Dollar deutlich unter der Schmerzschwelle der Saudis.

Es geht hier nicht um Marktanteile, es geht hier um das physische Überleben der Dynastie der Sauds und ihres Staates. Wenn Sie weniger einnehmen, als Sie ausgeben, müssen Sie an Ihre Reserven ran und im Zweifel Ihr Tafelsilber verkaufen. Genau das passiert nicht nur im deutschen Mittelstand, sondern eben auch bei Königs. Die offiziellen Währungsreserven Saudi-Arabiens bauten sich seit den 1970er-Jahren kontinuierlich auf und erreichten im Sommer 2014 mit 745 Milliarden US-Dollar ihren Höhepunkt. Es ging einem gut, und man konnte es sich leisten, mit tausend Bediensteten mal eben ganze Luxushotels zu mieten oder wahlweise gleich ganz zu kaufen. Wenn die saudischen Herrscher auf Reisen waren, gab es immer wieder kuriose Meldungen. So kostete die Reise von König Salman nach Frankreich und Marokko mal eben hundert Millionen US-Dollar. Sein Gefolge umfasste etwa tausend Personen, für die achthundert Zimmer und zweihundert Mietwagen gebucht werden mussten.<sup>162</sup>

Aber mit diesen Märchengeschichten dürfte bald Schluss sein. Die Währungsreserven sind in nur drei Jahren um 35 Prozent auf 485 Milliarden US-Dollar per September 2017 eingebrochen. Tendenz: schnell fallend. Den Saudis geht das Geld aus, und ihnen ist vollkommen klar: Sobald sie ihre inneren Widersacher nicht mehr bezahlen können, geht es ihnen an den Kragen. Das Königshaus sieht der drohenden Katastrophe entgegen und versucht zu retten, was zu retten ist. Den Überlebenskampf soll ein junger Kämpfer führen: Mohammed bin Salman, der nach einigen hausinternen Intrigen und Ränkespielen mal eben in einer Art innerem Staatsstreich auf den Posten des Kronprinzen gekommen ist, faktisch aber bereits jetzt die Macht im Lande innehat.

Er weiß, was auf dem Spiel steht und dass es nur noch eine Frage der Zeit ist, bevor ihm seine politischen Gegner an den Kragen gehen würden. Also kam er ihnen zuvor und ließ in einem

beispiellosen Akt Hunderte Gegner festnehmen. Das waren keine kleinen Straßenprotestler. Nein, er ließ die Crème de la Crème des Landes - zumindest jener Crème, deren hundertprozentiger Loyalität er sich nicht sicher sein konnte - festnehmen und foltern, bis sie ihm mehr oder weniger freiwillig ihr Vermögen aushändigte. Für Milliardensummen konnten sich einzelne Beschuldigte freikaufen.<sup>163</sup> Der offizielle Vorwurf an die Festgenommenen lautete »Korruption«. Ein Vorwurf, der in einem Land, dessen Geschäftsgrundlage Korruption ist, durchaus etwas Humoriges an sich hat. Viel finanzielle Luft wird auch dieser einmalige Geldsegen ihm nicht verschaffen können.

Die in unseren Medien immer wieder behauptete »Öldrosselung« durch die OPEC oder zumindest die Saudis zeugt von großer Naivität und Unkenntnis der Situation. Würden die Saudis tatsächlich die Ölförderung drosseln, hätte das zunächst keinerlei Auswirkungen auf den Ölpreis. Die Welt ersäuft derzeit in Öl. Die Lagertanks sind zum Bersten gefüllt, und auf den Weltmeeren werden Hunderte von Öltankern als schwimmende Lagerhallen genutzt, um das klebrige Zeug irgendwo zwischenzulagern.<sup>164</sup> Eine Förderreduzierung der Saudis würde sofort von anderen Ölförderern bis hin zu den amerikanischen und kanadischen Ölsandproduzenten ausgeglichen. Die Folge wäre kein Preisanstieg, sondern eine noch schnellere Entleerung der saudischen Staatskassen, die nun weniger Öl zu einem noch immer niedrigen Preis verkaufen würden.

Wir sehen, die Saudis sind gar nicht in der Position für einen Ölpreiskrieg mit den USA, wie es uns immer wieder erzählt wird. Für die Saudis geht es ums nackte Überleben. Der IWF warnte bereits 2015: Wenn die Saudis ihre Ausgaben nicht massiv reduzieren, wird ihnen bis 2020 das Geld ausgehen. Vom König zum Bettelmann ist es oft ein kurzer Weg.<sup>165</sup>

Ein befreundeter Berater arabischer Regierungen drückte es im persönlichen Gespräch so aus: »Einige arabische Staaten kommen aus dem Sand, hatten einige Jahrzehnte Fata Morgana und werden wieder im Sand verschwinden. Es dauert nicht mehr lange, dann

sehen wir einen langen Treck hochgerüsteter Geländewagen auf der Flucht und der Suche nach einer neuen Heimat.«

Der neue starke Mann im Lande hat mit einem Schwertstreich das über Jahrzehnte fein gesponnene Netz aus Abhängigkeiten und Machtbalance zerschlagen und geht »all-in«. Alles auf eine Karte.

Bisher spielte Geld keine Rolle, man hatte es einfach. Steuern waren weitgehend unbekannt. Zum Januar 2018 erhöhte Saudi-Arabien die Benzinpreise für seine Bevölkerung um achtzig Prozent. Das klingt dramatisch, bedeutet aber erst mal nur einen Literpreis von umgerechnet 0,45 Euro. Auch eine neue Mehrwertsteuer von fünf Prozent wurde, wie auch in den Vereinigten Arabischen Emiraten, eingeführt.<sup>166</sup> Freunde bringt einem das im Land sicher nicht, und die Summen verlangsamen den Niedergang nur unwesentlich.

Inzwischen will Saudi-Arabien sein Tafelsilber verkaufen und den Ölkonzern Saudi-Aramco an die Börse bringen. Zwei Billionen US-Dollar erhoffte man sich zunächst, was mir ein stilles Schmunzeln abrang. Jahrzehntelang hat man die Kuh selbst gemolken, und jetzt, wo sie kurz vor dem Verhungern ist, will man sie verkaufen. Wer sollte so wahnsinnig sein und dieses Ölunternehmen für einen solchen Preis kaufen - in einer Welt, die sich gerade entschieden hat, dem Öl den Hahn abzdrehen. Inzwischen wäre man schon mit einem Erlös von 500 Milliarden US-Dollar (einem Viertel der ursprünglichen Summe) zufrieden, aber auch das steht bislang in den Sternen. Oder mit einem Teilverkauf und 100 Milliarden US-Dollar.<sup>167</sup>

Im Übrigen kann man Tafelsilber bekanntlich nur einmal verkaufen. Was käme danach? Womit will Saudi-Arabien künftig Geld verdienen? Es ist immer wieder zu lesen, das Land wolle sich breiter aufstellen und modernisieren. Dafür will man sogar so weit gehen, den Frauen das Autofahren zu erlauben. »NEIN! DOCH! OHHHHHH« würde Louis de Funes dazu sagen. Ja, dann kann es ja nur aufwärtsgehen? Weit gefehlt. Das Land hat es in Jahrzehnten des Überflusses mit allen damit verbundenen Möglichkeiten nie geschafft, irgendein tragfähiges Geschäftsmodell zu entwickeln, das

über »Dreck aus dem Boden holen« hinausging. Warum sollte das jetzt gelingen, wo ihnen das Wasser bis zum Hals steht, wo die Krise sich täglich zuspitzt und die Möglichkeiten kleiner werden?

Die wichtigste Grundvoraussetzung für wirtschaftlich erfolgreiche Staaten ist einzig und allein: Rechts- und Planungssicherheit für Bürger und Unternehmer. Wenn Verträge auch noch in zwanzig Jahren Bestand haben, Steuern und Gesetze berechenbar bleiben, keine willkürliche Korruption die Geschäftspläne über den Haufen wirft, kann ein Unternehmer gut und eng planen. Je unsicherer das Umfeld, desto größere Sicherheitsmargen muss er einrechnen, und umso weniger wettbewerbsfähig ist er. Die Schweiz hat keinerlei klimatische Vorteile, keine Anbindung an Meere und keine Rohstoffe. Sie hat nur eins: größtmögliche Rechts- und Planungssicherheit. Dadurch ist sie eines der erfolgreichsten Länder der Erde.

Wie sieht die Rechts- und Planungssicherheit Saudi-Arabiens aus? Danke. Damit wäre auch geklärt, ob es Saudi-Arabien gelingen wird, neue Industrie- und Wirtschaftszweige anzusiedeln. Aber eine Chance bliebe den Saudis: Weg vom Öl, hin zum Gas. Denn im Gegensatz zum Öl hat das Gas längst noch nicht ausgedient. Ganz im Gegenteil. Das Gas wird die Brückentechnologie der nächsten Jahrzehnte ermöglichen. Dazu später mehr. Und siehe da, die Saudis suchen nach Möglichkeiten, ihre bislang ungenutzten Gasvorkommen anzuzapfen.<sup>168</sup>

Von Einsparungen kann im Staatshaushalt auch keine Rede sein. Ganz im Gegenteil. Die Kosten explodieren. Da gönnt man sich die militärische Einmischung in Syrien, aber auch - ganz besonders teuer - einen Krieg beim südlichen Nachbarn Jemen, und auf den Konflikt mit dem Iran müssen wir in diesem Zusammenhang noch gesondert eingehen.

Was machen denn eigentlich die Amerikaner, die so engen Verbündeten des Königshauses Saud? Charles de Gaulle soll einmal gesagt haben: »Staaten haben keine Freunde, nur Interessen.« Das müssen die Saudis auch gerade lernen. Die Amerikaner brauchen in einer Welt ohne Öl die Saudis nicht mehr. Ganz im Gegenteil. In

der finalen Phase, in der sie selbst alle Selbstbeschränkung aufheben, ihre eigenen Öl- und Gasressourcen auf den Weltmärkten verkaufen wollen, bevor es zu spät ist, werden die Saudis plötzlich zu entbehrlichen Konkurrenten. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen.

Aber bevor man ihn gehen lässt, will man ihm noch abknöpfen, was man ihm einst zugestanden hat. Die Saudis wissen, dass Amerika dabei ist, sie fallen zu lassen, und versuchen sich verzweifelt die Gunst der Mächtigen zu erkaufen, wie sie es lange erfolgreich praktiziert haben. So spendet Saudi-Arabien die ungeheure Summe von hundert Millionen US-Dollar an den Hilfsfonds der Präsidententochter Ivanka Trump zur - man versuche, nicht zu lachen - Stärkung der Frauenrechte.<sup>169</sup> Es war im Übrigen Präsident Trump selbst, der seine Widersacherin Hillary Clinton aufforderte, die über 25 Millionen US-Dollar zurückzuzahlen, die ihre Clinton Foundation zuvor aus Saudi-Arabien erhalten hatte, als man sich noch nicht sicher sein konnte, wer das Rennen um das Präsidentenamt machen würde.<sup>170</sup>

Ohnehin muss man auch an dieser Stelle immer wieder ins Gedächtnis rufen, dass es nie um »die USA« und deren Interessen geht, sondern um die durchaus gegensätzlichen Interessen der mächtigen Plutokratengruppen hinter den oft amerikanischen Kulissen. Hier sei nur als Randnotiz erwähnt, dass die Familie Bush über Jahrzehnte engste persönliche Kontakte mit den Saudis pflegte. Der spätere Präsident George H.W. Bush hatte seine früheren Ölinvestitionen unter anderem mit saudischem Geld finanziert. Um die Ereignisse des 11. September 2001 gab es zahlreiche Verbindungen und Untersuchungen zur Verwicklung Saudi-Arabiens und zur sogenannten Bush-Saud-Connection.<sup>171</sup> Die Verbindung der Netzwerke um Bush zu den Saudis scheint also sehr eng zu sein.

Unter Obama gab es starke Spannungen zwischen den Ländern.<sup>172</sup> Die First Lady - Michelle Obama - wurde vom König vollkommen ignoriert, da sie sich weigerte, ein Kopftuch zu tragen.<sup>173</sup> Die Machtnetzwerke hinter Obama scheinen also eine durchaus andere Sicht

auf das Königtum gehabt zu haben. Mit Trump änderte sich die Haltung schlagartig erneut. Seit er im Amt ist, lobt er die Saudis über den grünen Klee. Und umgekehrt. Er unterstützt ihre Aktionen gegen Katar und die Anfeindungen gegen den Iran. Und siehe da, Melania Trump wurde vom König mit Handschlag empfangen - ohne Kopftuch. Kleine Gesten zeigen oft tiefe Hintergründe.<sup>174</sup>

Aber so richtig an die Fleischtöpfe der Saudis ging es dann mit Trumps Rüstungsgeschäften. Die Saudis erklärten, sie würden für 100-350 Milliarden US-Dollar (die Zahlen schwanken hier je nach Lesart) in amerikanischen Rüstungsschmieden einkaufen.<sup>175</sup> Damit dürfte dann die Staatskasse endgültig geleert sein. Welches Ziel verfolgten damit die saudischen Strategen und welches - jenseits der rein finanziellen Vorteile - die amerikanischen?

## Saudi-Arabien gegen Iran: Sunniten gegen Schiiten

Das lässt sich an zwei Fingern ausrechnen. Alles läuft auf einen finalen militärischen Konflikt zwischen den Erzfeinden Iran und Saudi-Arabien hinaus. Iran und Saudi-Arabien sind die größten und wichtigsten Staaten der Region. Ein Konflikt zwischen ihnen hätte eine ganz andere Dimension als Auseinandersetzungen mit Ländern wie Jemen oder Libanon.

Der Iran ist seit Jahrhunderten der Erzfeind Saudi-Arabiens. Das beruht auf mehreren Aspekten. Der Hauptgrund liegt in einer grundsätzlichen Auslegung der Religion. Der islamische Glaube kennt zahlreiche Auslegungen und daraus resultierende Untergruppen. Die beiden größten sind die Sunniten und die Schiiten. Die Sunniten sind weltweit die mit Abstand größte Gruppe, aber es gibt einige schiitische Länder, die einen großen Einfluss und Machtanspruch haben. Ohne zu sehr in die Religionsdetails einzusteigen (an dieser Stelle sei Peter Scholl-Latours Meisterwerk *Der Fluch der bösen Tat* zur Vertiefung empfohlen), liegt der Hauptstreitpunkt

der beiden Glaubensrichtungen in der rechtmäßigen Nachfolge des Religionsstifters und Propheten Mohammed (ca. 570-632 nach Christus), auf den der gesamte islamische Glaube zurückgeht.

Dieser Streit um die Nachfolge (und damit die Religions- und Machthoheit) entstand schon unmittelbar nach dem Tod Mohammeds. Seine Anhänger zerstritten sich schon in den ersten Tagen darüber, und diese beiden Richtungen und somit Machtachsen existieren bis heute fort. Die Schiiten (die Glaubensrichtung wird als »Schia at Ali« oder kurz Schia bezeichnet) bestehen darauf, dass nur ein direkter Nachkomme Mohammeds aus dessen Familie sein rechtmäßiger Nachfolger sein könne, was bei Mohammeds Tod dessen Vetter und Schwiegersohn Ali war. Da diese Blutlinie irgendwann gewaltsam endete, übernehmen heute Glaubensgelehrte (»Ayatollahs«) diese Rolle der Glaubensführung und Auslegung des Korans.

Die Sunniten gingen pragmatischer vor und entschieden sich dafür, die Macht und die Religionsauslegung einem Kalifen zu übertragen, den sie für geeignet hielten oder der einfach das mächtigere Schwert führte und sich somit offenkundig als von Gott auserwählt zeigte.

Dass sich daraus in den nachfolgenden Jahrhunderten unzählige Varianten, Glaubensinterpretationen und abzweigende Glaubensrichtungen ergaben, versteht sich von selbst, soll hier aber - trotz aller Faszination, die diese Themen beinhalten - nicht weiter thematisiert werden.

Kurzum, es geht wie immer um Macht und Einfluss. So schwer es uns mit unserem christlichen Weltbild heute fällt, auf Antrieb zu verstehen, wieso man sich wegen einer unterschiedlichen Glaubensauslegung gegenseitig den Schädel einschlagen kann, so klar wird uns das beim Blick in die eigene Vergangenheit: Katholiken und Protestanten, die Hugenottenverfolgung und der Dreißigjährige Krieg, der nichts anderes als ein Religionskrieg war, bei dem es schlussendlich nicht um den Glauben, sondern um die darunter angesiedelte Macht ging. Heute hat sich die westliche Welt stark

weiterentwickelt, Religion ist hier kein Machtinstrument mehr. Diese Rolle haben andere Dinge im Rahmen der »Demokratisierung« übernommen, die als Feigenblatt für das immer gleiche Streben nach Macht dienen. Wir lassen uns, wenn auch mit anderen Mitteln, noch immer genauso manipulieren und gegeneinander aufhetzen. Denken wir nur an die Ukraine oder Russland. In vielen arabischen Staaten gelingt es eben noch, die alte Religion dafür zu missbrauchen.

Neben der Religion ist es auch die Volkszugehörigkeit, die die 1400 Jahre alte Feindschaft zwischen dem Iran und Saudi-Arabien, und vor deren Staatsgründungen zwischen deren Vorgängern, begründete. Während Saudi-Arabien von einer arabischen Bevölkerung besiedelt ist, lebt im Iran größtenteils eine persische Bevölkerung, wie der alte Name für den Iran, »Persien« (bis 1935), es anzeigt. Über sechzig Prozent der iranischen Bevölkerung sind Perser. Im Nordwesten, im Grenzgebiet zur Türkei und im Nordirak, liegen sunnitisch-kurdische Gebiete mit einem zehnpromtigen Anteil an der Gesamtbevölkerung Irans. Im Südosten, an der pakistanischen Grenze, leben die ebenfalls sunnitischen Belutschen, die eine kleinere Minderheit ausmachen, aber in den späteren Plänen durchaus noch eine Rolle spielen dürften, wenn wir uns die Landkarte des »Neuen Nahen Ostens« an dieser Stelle noch einmal genau ansehen. Weitere Volksgruppen wie die Aseris (Aserbaidshan) seien hier nicht weiter thematisiert.

Wichtig für unser weiteres Verständnis ist, dass Araber und Perser zwei vollkommen unterschiedliche Volksgruppen mit jeweils eigenständiger Identität und Geschichte sind, die seit Jahrhunderten im Machtkampf miteinander liegen. Als mächtigster und mit achtzig Millionen Menschen einflussreichster schiitischer Staat ist Iran zugleich die Schutzmacht aller anderen schiitischen Gruppierungen im arabischen Raum. Dieser immerwährende Machtkampf ist seit vielen Hundert Jahren einer der Grundtreiber der militärischen Auseinandersetzungen im arabischen, um nicht zu sagen: im islamischen Raum. Die westlichen Kolonialmächte und natürlich

auch die heutigen Strategen aus aller Welt machen sich diesen Umstand natürlich zunutze. Teile und herrsche, spiele sie gegeneinander aus, hetze sie gegeneinander und profitiere von ihrem Zwist - eine Grundregel der Strategeschulen spätestens seit Machiavelli im 16. Jahrhundert.

Der Irak hat ebenfalls einen schiitischen Anteil von sechzig Prozent der Gesamtbevölkerung. Die dortigen Schiiten wurden über Jahrzehnte von dem Sunniten Saddam Hussein und dessen Glaubensbrüdern beherrscht, unterdrückt und verfolgt. Mit dem Sturz des Diktators und der »Demokratisierung« durch die Amerikaner hat sich der Spieß umgedreht. Jetzt beherrschen die Schiiten große Teile des Landes und machen es den Sunniten schwer. Man hat ja noch was heimzuzahlen. Wie auch immer, ein großer Teil des Irak steht inzwischen unter schiitischer Herrschaft, was so gar nicht im Interesse der Saudis ist.

Gehen wir ein Land weiter und kommen wir zu Syrien. Hier herrscht noch immer ein gewisser Baschar al-Assad. Der Großteil der syrischen Bevölkerung ist sunnitischen Glaubens. Nicht so ihr Herrscher. Assad ist Alawit, was eine durchaus geheimnisvolle und sektenhafte Abteilung der Schiiten ist. Und wie es sich seit Generationen gehört, hat er alle Machtpositionen im Staate mit seinen Glaubensbrüdern besetzt. Jetzt versteht man so langsam, warum der schiitische Iran sich militärisch so stark für seinen Glaubensbruder Baschar al-Assad eingesetzt hat. Diese so entstandene schiitische Machtachse Iran-Irak-Syrien vom Persischen Golf bis ans Mittelmeer war die große Befürchtung der Araber und auch der Israelis, die im Iran und in den Schiiten einen weit gefährlicheren Gegner sehen als in den arabischen und sunnitischen Staaten, die man mithilfe der USA und ihrer Finanzränke doch inzwischen ganz pragmatisch im Griff hat.

Das führt derzeit zu der skurrilen Interessenallianz zwischen Israel und Saudi-Arabien. Offiziell würde das keiner zugeben. Die Saudis würden endgültig ihr Gesicht bei den islamischen Glaubensbrüdern verlieren, die beständig ihre Solidarität mit den

Palästinensern bekunden. Saudi-Arabien und Israel unterhalten noch nicht einmal offizielle diplomatische Beziehungen. Dennoch erklärte Israels Generalstabschef vor Kurzem freimütig, dass man mit Saudi-Arabien nicht nur viele Interessen, sondern auch Geheimdienstinformationen teile.<sup>176</sup>

Vor diesem Hintergrund muss man auch die Ende 2017 beobachtete Skurrilität um den Libanon betrachten. Libanon, dieser zwischen Israel und Syrien eingebettete Staat am Mittelmeer, ist seit Jahrzehnten ein völlig zerrissener Flickenteppich der Religionen. Hier bomben sich die Schiiten mit ihrem starken Arm, der Hisbollah, die durch die PLO unterstützten Sunniten und die Christen (Maroniten), oft mit israelischer Rückendeckung, seit einer gefühlten Ewigkeit gegenseitig aus dem Leben. Immer wieder wird mal die eine, mal die andere Fraktion aus dem Ausland militärisch unterstützt. Mal marschieren die Israelis ein, mal die Syrer. Der Libanon dürfte einer der traurigsten Zeugen menschlichen Wahnsinns der letzten Jahrzehnte sein. Nachdem auch reihenweise Politiker der jeweils anderen Seite auf explosive Weise aus dem Leben geschieden waren, hatte man sich 2008 endlich zu einem wackeligen Friedenskompromiss zusammengerauft, indem man eine Regierung der nationalen Einheit schuf, in der alle Religionsgruppen entsprechend ihres Anteils in der Bevölkerung vertreten sein sollten.

Wie sehr es hier im Libanon um einen Schmelztiegel der Konflikte der gesamten Region geht, zeigt sich in der Tatsache, dass bei der Wahl des libanesischen Präsidenten im Mai 2008 der iranische, der syrische, der saudische und der französische Außenminister zugegen waren. Von da an bildete die schiitische Hisbollah als langer Arm des Iran eine gemeinsame Regierung mit den Sunniten unter dem Ministerpräsidenten Saad Hariri. Letzterer ist eine ausgesprochen spannende Figur. Hariri hat nicht nur die libanesischen Staatsbürgerschaft, sondern auch noch die französische und saudische. Er ist nicht nur Politiker, sondern nebenbei auch Multimilliardär, wie bereits sein Vater Rafik al-Hariri, der bis 2004 ebenfalls Ministerpräsident des Libanon war und 2005 durch - sie ahnen es - ein

Bombenattentat ums Leben kam. Der Anschlag ist bis heute nicht aufgeklärt, aber es werden Syrien und die Hisbollah beschuldigt.

Sein Sohn Saad Hariri wird heute von Insidern als Marionette der Saudis eingeschätzt, dessen Vermögen am Tropf und somit dem Wohlwollen des saudischen Königshauses hängt. So erklärt sich auch die Posse seines Rücktritts Ende 2017. Hariri flog zu Konsultationen nach Saudi-Arabien, um dort unter merkwürdigsten Umständen vor laufender Kamera seinen Rücktritt als libanesischer Ministerpräsident zu verkünden - angeblich aus Angst vor einer Ermordung durch den Iran und seinen libanesischen Regierungspartner, die Hisbollah. Danach einige Tage Funkstille und seine Weiterreise nach Paris zu Gesprächen mit Präsident Macron. Dieser wiederum telefoniert eifrig mit Riad und Tel-Aviv und fordert beide zur Zurückhaltung auf. Drei Wochen später ist Hariri wieder zurück im Libanon, erklärt den Rücktritt vom Rücktritt und unterhält sich freundlich mit den Vertretern des Iran und der Hisbollah, denen er eben noch vorgeworfen hatte, ihn umbringen zu wollen.<sup>177</sup>

Dieses Verwirrspiel hängt ganz wesentlich mit der faktischen Machtübernahme des neuen saudischen Kronprinzen Mohammed bin Salman zusammen. Hier ist vieles in Bewegung gekommen und längst noch nicht alles an seinem Platz. Dazu kommt die Randnotiz, dass sich Hariris Kinder (16 und 12 Jahre alt) noch immer in Saudi-Arabien und somit im Machtbereich bin-Salmans aufhalten. Hariri wird seine weiteren Schritte also gut abwägen.<sup>178</sup>

Strategieexperten werten diese Entwicklung als Vorboten eines koordinierten Vorgehens von Israel und Saudi-Arabien gegen den Libanon, um den Einfluss der iranischen Mullahs hier endgültig zu unterbinden.

Insgesamt kann man die Lage so zusammenfassen: Der Einfluss des schiitischen Iran weitet sich aus und umfasst inzwischen den halbmondförmigen Raum Iran-Irak-Syrien-Libanon. Auf der Gegenseite steht die ungewöhnliche Allianz Saudi-Arabien, USA und Israel, die zwar ihre eigenen Probleme miteinander haben, aber angesichts des gemeinsamen Rivalen Iran zusammenarbeiten.

Zunächst hatte man versucht, diesen Halbmond der iranischen Macht durch das Herausbrechen des syrischen Steines zu zerschlagen, was dank der Unterstützung Assads durch die Russen gründlich danebenging. Hariri hatte die Oppositionskämpfer Syriens gegen Assad massiv unterstützt.

Jetzt nimmt man sich den kleineren Libanon vor, dessen Bedeutung mit einer Fläche, die zwei Mal das Saarland umfasst, jenseits der Symbolik geostrategisch vernachlässigbar ist. Interessant ist hier jedoch der Streit Israels mit dem Libanon über ein gigantisches Gasfeld namens »Leviathan« vor beider Küste, über das Israel erklärtermaßen gerne die vollständige Kontrolle hätte.<sup>179</sup> Bei aller Diskussion um das Ende des Ölzeitalters wird das Gas noch lange eine wichtige Rolle spielen. Doch all das ist nur Vorgeplänkel für die große Entscheidungsschlacht: den offenen Krieg zwischen Saudi-Arabien und dem Iran.

## Der alte Konflikt zwischen USA und Iran

Denken wir zurück an das immer wieder gehörte Argument, die Saudis drückten bewusst den Ölpreis, um den Amerikanern das Fracking-Geschäft zu erschweren und dieses unrentabel zu machen.<sup>180</sup> Nehmen wir einmal an, das wäre so gewesen. Und nehmen wir des Weiteren an, die USA hätten sich zugunsten ihrer Fracking-Industrie einen höheren Ölpreis ersehnt. Dann hätten sie ganz sicher alles getan, aber eines nicht: einen der größten Öl- und Gasstaaten der Welt, den sie seit vierzig Jahren an der Sanktionskette halten und dessen Öl- und Gasförderung und vor allem -export sie seit ebenso langer Zeit behindern, wo immer es ihnen möglich ist, genau in dieser Phase von der Kette zu lassen.<sup>181</sup> Die Rede ist natürlich vom Iran.

Ein kurzer Rückblick in die amerikanisch-iranische Beziehungskiste:

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war der Iran ein mittelalterlicher Staat, der von den Briten als Kolonie gehalten und ausgeplündert

wurde. Besonders das Öl war von Interesse, das die britische Anglo-Iranian Oil Company (später umbenannt in BP - British Petroleum Company) förderte und nach Europa brachte, während man die Iraner mit einem Taschengeld abspießte. Im Laufe der Jahre wurden die aber selbstbewusster und verlangten einen höheren Anteil, eine gerechtere Verteilung. Zumindest mal in der Höhe, die Amerikaner und Briten auch anderen Staaten zugestanden. Das lehnten die Briten ab. Daraufhin verstaatlichte der damals absolut demokratisch gewählte - und 1951 vom *Time Magazine* als »Man oft the Year« gefeierte - Premierminister Mohammed Mossadegh die Ölindustrie für das iranische Volk. Darüber waren die Briten »not amused« und drängten die USA zum gemeinsamen militärischen Vorgehen. Präsident Truman lehnte zunächst ab, da er als Folge ein Erstarken des Kommunismus im Iran und folglich eine Allianz des Iran mit Russland befürchtete.

Doch der nachfolgende Präsident Eisenhower änderte die Sichtweise, nachdem durch den britischen Boykott des Iran dessen Wirtschaft unter die Räder gekommen und die Kommunisten im Land immer stärker geworden waren. Eisenhower hatte Hardcore-Kommunistenhasser in seinem Umfeld, und so kam man zu dem Entschluss, den Briten zu helfen und mittels eines CIA-Putsches den legitimen Präsidenten Mossadegh aus dem Amt zu befördern. Das gelang 1953, indem die CIA Militärs, Geistliche und Politiker bestach und im Ausland Stimmung für einen gewissen Schah von Persien machte. Man bezahlte Schlägertrupps und - machen wir es kurz - es war der gleiche Ablauf wie in unseren Jahren in der Ukraine, in Jugoslawien oder Georgien. Am Ende war Mossadegh gestürzt, und die Marionette des Westens, Schah Mohamad Reza Pahlavi mit seiner eleganten Frau Soraya, die in den westlichen Boulevardblättern gefeiert wurde, übernahm die Macht. Die Verstaatlichung der Ölindustrie wurde zurückgenommen und das Land weiter ausgeplündert.

Das Volk ließ sich das verständlicherweise nicht gefallen und wendete sich an den Einzigen, der ihnen Abhilfe und Befreiung von

der Unterdrückung versprach, den Ayatollah Khomeini, der diese Situation der Ungerechtigkeit im Iran für den Siegeszug seiner islamischen Revolution nutzte. Zuvor waren die Perser auf einem demokratischen und zunehmend westlichen Weg gewesen, hatten immer weniger mit dem orthodoxen Islam am Hut und waren eins der demokratischsten Länder ihrer Zeit.

Es war der aggressive Macht- und Geldanspruch der britischen und amerikanischen Plutokraten, die das iranische Land zurück in die damals mittelalterliche Welt der Ayatollahs trieb. Hieraus erklärt sich auch der Sturm auf die amerikanische Botschaft in Teheran 1979; denn diese war der Ausgangspunkt des CIA-Putsches gegen Mossadegh gewesen - für die Iraner eine sehr symbolträchtige Aktion. Die Ayatollahs übernahmen die Macht und gaben sie bis heute nicht mehr ab, obwohl die Menschen auch 1979 lieber ihren Mossadegh wieder zurückgehabt hätten als die Kleriker.<sup>182</sup>

Nach diesem kurzen Exkurs kann man nachvollziehen, warum die USA in den iranischen Mullahs den großen Gegner sehen, der ihre Ränke beendet hat, und warum die Iraner die USA bis heute als den großen Satan ansehen und ihnen bis heute nicht über den Weg trauen.

Diese Episode war im Übrigen eine der wesentlichen Ursachen für das Widererstarben des fundamentalistischen und radikalen Islam in unserer Zeit. Ohne den Sturz Mossadeghs - und einige weitere ähnlich schwere Fehler des Westens - wäre der Islam heute möglicherweise in einer weit weniger radikalen Ausprägung in der Welt unterwegs. Zur Vertiefung empfohlen sei hier das Buch von Michael Lüders, *Wer den Wind sät: Was westliche Politik im Orient anrichtet* (2015).

Wir sehen, es ging damals zu keiner Zeit um die demokratischen Rechte des iranischen Volkes, es ging einzig um die Geld- und Machtinteressen derjenigen, die damals bereits Macht und Geld hatten. Der Plutokraten. Was sollte sich seitdem geändert haben? Es sind heute noch die gleichen Konzerne, die gleichen Familien und die gleichen - inzwischen erweiterten - Netzwerke.

Als direkte Reaktion hetzte Amerika Anfang der 1980er-Jahre seinen damaligen Verbündeten Saddam Hussein mit den irakischen Truppen erfolglos gegen den Iran.<sup>183</sup> Seit 1979 und dem Rauswurf aus dem Ölparadies überziehen die USA den Iran («Achse des Bösen») mit Sanktionen. Schon damals wurden die iranischen Auslandsvermögen in Milliardenhöhe eingefroren und Handelsverbote für Güter und Dienstleistungen mit dem Iran erlassen, an die sich die Welt - zumindest soweit sie unter Amerikas Knute war - auch gehalten hat. 1995 wurden die Sanktionen dann mit der Begründung der Terrorunterstützung erweitert. Ein weltweites Ölhandels- und Investitionsverbot trat in Kraft. 2006 - inzwischen ging es um die iranischen Bemühungen, Atomkraftwerke und möglicherweise Atomwaffen zu entwickeln - wurden die Sanktionen wiederum verschärft, soweit das überhaupt noch möglich war. Auch die Europäische Union verhängte gehorsam Sanktionen gegen den Iran, und die dortige Wirtschaft krebste sehr am Boden herum, gab es doch nur wenige Länder, die mit ihr Geschäfte machten.

So weit, so übersichtlich. Doch plötzlich, mitten im angeblichen »Ölkrieg zwischen USA und Saudi-Arabien«, vereinbarten die USA, Europa, China, Russland, Frankreich, Deutschland und die EU im Juli 2015 mit dem Iran ein Atomabkommen, dessen Einhaltung ihm im Januar 2016 bestätigt wird, womit das Abkommen in Kraft tritt. Damit waren die Sanktionen hinfällig, die USA und EU hoben die Sanktionen auf, der Iran war von der Kette.<sup>184</sup>

Hätten die USA das nicht gewollt, wäre es auch nicht passiert. Man hatte Sanktionen verhängt wegen des Rauswurfs aus dem Iran, wegen angeblicher Terrorunterstützung und wegen des angeblichen Versuchs, Atomwaffen zu bauen. Man hat den Irak angegriffen wegen erfundener und erlogener Massenvernichtungswaffen. Wäre es im Interesse der USA gewesen, würden die Sanktionen gegen den Iran bis weit nach dem Sankt-Nimmerleins-Tag in Kraft bleiben.

Bleibt die Frage, was hat sich für die USA geändert, dass sie ausgerechnet in einer Phase billigen Öls, in der sie angeblich dringend einen höheren Ölpreis wünschten, einen der größten Öl-

**Produzenten** von der Sanktionskette ließen. Den Iran, der zufällig der Erzfeind Saudi-Arabiens und Israels ist. Beide Länder gingen auf die Barrikaden gegen diese Entscheidung, konnten sie aber nicht verhindern.<sup>185</sup> Es war den USA (den einflussreichen Kreisen der USA) **offenkundig besonders** wichtig.

Analysieren wir die unmittelbaren und absehbaren Folgen dieses Schrittes, dann wird auch klar, warum.

Mit dem Tag der Sanktionsaufhebung wurden sofort einhundert Milliarden US-Dollar an iranischen Auslandsgeldern frei, die bislang eingefroren waren. Dieses Geld wurde von den Iranern umgehend investiert. In Ölförderanlagen und Waffen. Sofort wurde die Ölförderung modernisiert und hochgefahren und nach wenigen Monaten eine Ölproduktion von knapp vier Millionen Barrel pro Tag erreicht; damit katapultierte man sich auf Platz vier der ölproduzierenden Staaten. Dieses Geld kann man ja auch investieren, wenn man nicht, wie in Saudi-Arabien, seine ganzen Scheichs und Prinzen mit Luxus versorgen muss. Während sich die Saudis in amerikanischen Rüstungsschmieden eindecken, kaufen die Iranis in Russland und China ein. Schon im Februar 2016 begannen Gespräche mit Russland über die Lieferung von Su-30 Mehrzweckjagdflugzeugen,<sup>186</sup> und im April 2016 begann Russland mit der Lieferung der hoch wirksamen und im Westen gefürchteten Flugabwehrsysteme S-300.<sup>187</sup> Aus China ließ man Raketentechnik kommen.

Dieser massiven Aufrüstung des verhassten Nachbarn konnten die Saudis nicht tatenlos zusehen. Ein gigantischer Waffendeal (neben den üblichen kleineren) zwischen 110 und 350 Milliarden US-Dollar mit den amerikanischen Rüstungslieferanten war die Konsequenz. Die Saudis investieren ihre letzten Kröten in Kriegsschiffe, THAAD-Raketenabwehrsysteme, Raketen, Panzer und Munition. Klar, wenn mir das Wasser bis zum Hals steht - unpassende Metapher für einen Wüstenstaat - und mir mein Geschäftsmodell wegbriecht, dann investiere ich mein letztes Geld nicht in ein sinnvolles Geschäftsmodell, sondern in Waffen. Da bleibt doch gar keine andere Option, als alles auf eine Karte zu setzen. Attacke nach vorne!

Und so scheint das Kalkül auszusehen: »Lassen wir den Iran als großen Widersacher unseres inzwischen überflüssigen Verbündeten Saudi-Arabien von der Kette. Der rüstet sich zum großen Finale. Dass die Iraner ihre Waffen nicht bei uns kaufen, sondern in Russland und China, geschenkt. Motzen die wenigstens schon mal nicht. Der Saudi muss gehalten, und wir nehmen ihm die letzten Dollar, die er mit dem Öl durch unseren Deal verdient hat, ab, indem wir ihm unsere Waffen für die große Show liefern. Wenn beide genug aufgerüstet haben, kommt es zum Showdown, zum großen Krieg zwischen Saudi-Arabien und Iran.«

Die Vorboten sehen wir bereits heute. Die Saudis gehen mit Härte gegen die schiitische Minderheit im Land vor, was unsere Medien im Übrigen kaum zu Meldungen veranlasst. Die schiitische Stadt Awamiya im Osten Saudi-Arabiens wurde mit Bomben eingeebnet, und es ging nicht anders zu als im syrischen Aleppo. Ganze Stadtviertel existieren nicht mehr.<sup>188</sup> Kein Wort in der Tagesschau, keine Sondersendung, keine Weltöffentlichkeit, keine Sanktionen. Im Gegenteil. Die Bundesrepublik liefert weiter Waffen und bildet die saudischen Sicherheitsbehörden aus.<sup>189</sup> 2016 richtete Saudi-Arabien einen hohen schiitischen Geistlichen hin, worauf dessen Anhänger in alter Tradition die saudische Botschaft in Teheran stürmten. Das iranische Außenministerium drohte, Saudi-Arabien werde »einen hohen Preis bezahlen«.<sup>190</sup>

Dass dieses Szenario eines großen arabisch-persischen Krieges ganz real ist, zeigt die völlig unmissverständliche Aussage des neuen starken Mannes Saudi-Arabiens, Prinz Mohammed, im Jahr 2017: »Wir werden nicht auf die Schlacht in Saudi-Arabien warten, sondern dafür sorgen, dass sie in Iran stattfinden wird.« Darauf reagierte der iranische Verteidigungsminister Dehghan mit der Aussage, man werde einen Angriff auf Saudi-Arabien führen, der »keinen Ort außer Mekka und Medina unberührt« lassen werde, sollten die Saudis »etwas Ignorantes unternehmen«.<sup>191</sup>

Derzeit führen die beiden Rivalen noch Stellvertreterkriege wie im Jemen, da sie beide in diesen ersten Monaten des Jahres 2018

noch nicht so weit gerüstet sind, um den offenen Schlagabtausch zu wagen. Zwischen Rüstungsdeal, Auslieferung und Ausbildung der Einheiten liegen Monate oder gar Jahre. Solange bleiben es indirekte Konflikte, wie im Libanon, wo Saudi-Arabien gegen die iranische Hisbollah agiert. In Syrien setzen die Saudis auf die sunnitischen Islamisten aller Farben, während der Iran diese mit seinen gut ausgebildeten Revolutionsgarden zur Unterstützung Assads bekämpft.

Durchaus interessant, dass es im Dezember 2017 zu Protesten im Iran kam. Unsere Medien waren schnell mit Erklärungen bei der Hand. Die Menschen protestierten wegen der hohen Arbeitslosigkeit, der schlechten Wirtschaftslage und der angekündigten Preissteigerungen für Benzin. Doch schauen wir auf die einfachen Fakten. Das Wirtschaftswachstum im Iran betrug trotz der großen Probleme mit den internationalen Blockaden 2016 7,7 Prozent und 2017 5,7 Prozent. In Italien 2016 0,9 Prozent Wachstum, in Griechenland überhaupt keins. Die Arbeitslosigkeit im Iran lag 2016 bei 11,3 Prozent,<sup>192</sup> in Italien bei 11,4 Prozent, Spanien 17 Prozent, in Griechenland bei 22 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit im Iran lag bei 29 Prozent,<sup>193</sup> Italien 32 Prozent, Spanien 36 Prozent und Griechenland 40 Prozent. Da ist es doch nur logisch, dass es im Iran zu Protesten wegen der schlechten Wirtschaftsentwicklung kommt, aber in Italien, Griechenland und Spanien nicht. Die Benzinpreise sind übrigens gleichzeitig auch in Saudi-Arabien um achtzig Prozent erhöht worden und waren kein Anlass für Proteste.

Viel wahrscheinlicher ist es daher, dass wieder einmal interessierte Kreise außerhalb des Iran Proteste im Iran geschürt haben, um dort zur Destabilisierung beizutragen, aber auch um bei der westlichen Bevölkerung eine Stimmung zu erzeugen, dass im Iran die bösen Mullahs ihr Volk unterdrücken und die Welt in Angst und Schrecken versetzen. Wieder einmal muss man ein Volk von seinen Unterdrückern befreien. So die klare Botschaft der Medien.<sup>194</sup> Das bedeutet nicht, dass die Bevölkerung Irans nicht unzufrieden wäre

und nicht allen Grund zu Protesten hätte. Zudem gab es auch in der Vergangenheit immer wieder kleinere Proteste im Iran. Aber wir erleben seit Jahren in vielen Ländern der Welt, dass es oft der Funke von außen ist, das Ausrüsten und Aufbauen professioneller Provokateure, die erst kleinere, dann immer größere Teile der Bevölkerung aufhetzen und auf die Straße treiben. Meist begleitet vom Applaus des Auslands.

Das Prinzip haben westliche Geheimdienste schon beim Sturz von Mossadegh angewendet, und sie tun das bis heute. Das letzte bekannte Beispiel dafür ist Syrien. Auch hier wurden die Proteste, die im Süden des Landes begannen, von langer Hand vorbereitet, worüber der Nahostexperte Peter-Scholl Latour in seinem Buch *Der Fluch der bösen Tat* ebenso detailliert berichtet wie Michael Lüders in seinem Bestseller *Die den Sturm ernten. Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte*.<sup>195</sup> Es ist also nicht völlig abwegig anzunehmen, dass auch im Iran wieder die gleichen Akteure zugange sind und dass die Anschuldigungen des Iran, ausländische Kräfte würden versuchen, das Land zu spalten, keineswegs abwegig sind. Dazu passt, wie ausfällig laut sich der amerikanische Präsident hinter die Proteste im Iran stellte, ihnen Unterstützung zusagte und die dortige Regierung davor warnte, die Proteste zu behindern. Bei »Occupy Wall Street« sah die amerikanische Haltung zu Protesten noch anders aus.

Die iranischen Behörden melden, zwei große Geheimlager mit Waffen, Explosivstoffen und Munition ausgerechnet in jenen Gebieten gefunden zu haben, die in den Planungen für einen »Neuen Mittleren Osten« nicht mehr Teil des Iran sein würden. Zum einen in den kurdischen Gebieten im Norden und in den Gebieten der sunnitischen Belutschen im Südosten zur pakistanischen Grenze hin.<sup>196</sup>

Ein weiterer Konfliktherd in diesem Zusammenhang ist der Jemen, das karge Stück Land im Süden Saudi-Arabiens. Hier bekämpfen die Rebellen der schiitischen Minderheit (30-45 Prozent der Bevölkerung) die Regierung des sunnitischen Präsidenten in

einem offenen Bürgerkrieg. Die Sunniten werden dabei massiv vom saudischen Militär unterstützt, das hier eine ständige, von der Weltöffentlichkeit nur am Rande wahrgenommene Bombardierung der Huthi-Rebellen durchführt.<sup>197</sup> Tausende Zivilisten kamen hier in zwischen ums Leben, die UN spricht von einem humanitären Notstand.<sup>198</sup> Die Bundesrepublik macht sich mit ihren Waffenlieferungen an Saudi-Arabien mitschuldig.<sup>199</sup> Während die Saudis einen von ihnen unterstützten Präsidenten ins Amt bomben wollen, unterstützt der Iran die Rebellen mit Waffensystemen.

Als Ende 2017 eine Rakete angeblich iranischer Bauart aus dem Jemen heraus in Saudi-Arabien niederging, sprach Saudi-Arabien faktisch eine Kriegserklärung gegen den Iran aus.<sup>200</sup> Wie erwähnt: Noch ist es nicht so weit, aber sobald die Aufrüstung abgeschlossen ist, reicht ein nichtiger Anlass, um den heißen Tanz zu beginnen. Hier spielt der Jemen durchaus eine strategisch wichtige Rolle. Der größte Teil der saudischen Ölanlagen liegt am Persischen Golf. Sämtliche Öltanker, die hier ablegen, müssen durch das Nadelöhr der Straße von Hormus, um in die weltweiten Ozeane zu gelangen.

Die Straße von Hormus ist an ihrer engsten Stelle gerade 55 Kilometer breit, aber die Schifffahrtsstraße hat eine Breite von gerade einmal zwei Seemeilen. Es ist für den Iran ein Kinderspiel, diese Meerenge militärisch abzuriegeln. Kein saudischer Tanker käme mehr in den Indischen Ozean. Den Saudis ist diese Zwickmühle natürlich schon lange bewusst. Daher haben sie bereits in den 1980er-Jahren während des Iran-Irak-Krieges eine Ost-West-Pipeline vom Persischen Golf zum Roten Meer (Petroline) gebaut, die allerdings nur eine Kapazität von maximal fünf Millionen Barrel pro Tag hat. Durch die Straße von Hormus kommen täglich 17 Millionen Fass (Stand 2011).<sup>201</sup>

Doch selbst diese fünf Millionen Barrel saudisches Öl, die das Rote Meer durch diese gigantischen Röhren erreichen, müssen dann mit Tankern wieder in den Indischen Ozean einbiegen, um ihre Ziele in Asien, wo der größte Teil des arabischen Öls landet, anzulaufen. Den Übergang zwischen Rotem Meer und Indischem



Die Straße von Hormus und das »Tor der Tränen« (Bab-al Mandab)

Ozean bildet ebenfalls eine Meerenge, mit dem passenden Namen »Tor der Tränen« (Bab-al Mandab). 27 Kilometer breit und eingengt von Dschibuti und - Sie ahnen es - dem Jemen. Würde es dem Iran gelingen, die militärische Hoheit über diesen Zipfel des Jemen zu erlangen, könnte er den Korken nicht nur in die Straße von Hormus, sondern auch gleich noch in das Tor der Tränen stecken. Der größte Ölexporteur der Welt wäre mit einem Schlag von der Welt getrennt.

Wir können uns ansatzweise vorstellen, welche Bereiche der Ölpreis daraufhin ansteigen würde. Amerikanisches Fracking-Öl würde mit Gold aufgewogen. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Aber bitte mit einem Paukenschlag.

Im Übrigen dürfte dieser aufziehende Konflikt der eigentliche Grund sein, warum man die deutschen Tornado-Kampfflugzeuge vom türkischen Incirlik ins jordanische Al-Asrak verlegt hat. Ein Blick auf die Landkarte zeigt, dass sie hier eine perfekte Pufferlage im saudischen Hinterland zwischen anfliegenden iranischen Jets und Israel haben.<sup>202</sup> Oder ist es nur Zufall, dass zur gleichen Zeit zum ersten Mal in der Geschichte deutsche Eurofighter gemeinsam mit israelischen Kampffjets im israelischen Luftraum trainierten? Gegen welche Bedrohung? Assad hat keine Luftwaffe mehr. Es gibt nur noch einen Gegner, den Israel so sehr fürchtet, dass es sogar die deutsche Luftwaffe auf seinem Territorium akzeptiert: den Iran.<sup>203</sup>

Dass am Ende dieses Aufeinanderprallens zweier Großmächte ein neuer Mittlerer Osten entstehen wird, in dem es vermutlich weder Saudi-Arabien noch den Iran in seinen heutigen Grenzen geben wird, kann man annehmen. Vielleicht ähnelt die Landkarte dann ja doch eher dem, was uns Oberstleutnant Ralph Peters als die künftige Karte des New Middle East vorgestellt hatte.<sup>204</sup>

Man muss sich die Kapirolen der westlichen Politik wirklich bildhaft machen. Vierzig Jahre Sanktionen und Verteufelung gegen den Iran. Um ihn aber in die Lage zu versetzen, ernsthaft in einen großen Krieg mit Saudi-Arabien einzutreten - erst in dessen Folge würde man den Iran zerteilen können -, lässt man ihn von der Kette, gibt die Gelder frei, um dann wenige Monate später den gleichen Iran wieder als den Satan zu bezeichnen, den es zu vernichten gelte. Und prompt kommt es im Dezember 2017 zu den Protesten im Iran.

Dieser drohende Krieg zwischen Iran und Saudi-Arabien könnte in der Tat jenes Pulverfass sein, das in einer beispiellosen Kettenreaktion alle anderen Pulverfässer, die in diesem Buch Erwähnung finden, zur Explosion bringt.

## Syrien, Russland, der Ukraine-Konflikt und die Gefahr eines dritten Weltkrieges

Seit Jahren läuft die Propaganda der westlichen Medien im Syrienkonflikt auf Hochtouren. Die immer gleiche Story lautet, dass ein bössartiger Tyrann, Assad, sein Volk unterdrücke und Giftgas einsetze. Ein menschenrechtsliebender Westen eilt dem unterdrückten Volk zu Hilfe, bekämpft dabei gleichzeitig Terrornester und ist der Rächer der Unterdrückten. Ein ebenso bössartiger russischer Präsident, Putin, unterstützt den »Machthaber« Assad gemeinsam mit illegalen iranischen Truppen gegen die guten Kräfte des Westens. Interessant ist, wie der negativ besetzte Begriff »Machthaber« immer wieder unterschwellig eingesetzt wird, um die juristische Legitimation subtil infrage zu stellen. Selbst für den zweifelsfrei legitimen russischen Präsidenten Putin wird dieser Begriff verwendet.<sup>205</sup> Haben Sie dagegen schon einmal »Machthaberin Angela Merkel« gelesen? So unterschwellig funktioniert Leserbeeinflussung.

Tatsächlich sieht die Sache bei neutraler Betrachtung gänzlich anders aus. Zunächst gilt es festzuhalten, dass Baschar al-Assad bei aller berechtigten Kritik an seinen Herrschaftsmethoden der rechtmäßige Präsident Syriens ist. 2001 hatte er vom damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac sogar den Verdienstorden der Ehrenlegion erhalten, und 2008 wurde er in Frankreich von Sarkozy mit rotem Teppich und Ehrengarde empfangen. Ob man ihn mag oder nicht, er ist der völkerrechtlich legitime Präsident seines Landes. Die Militärschläge der USA, Großbritanniens und Frankreichs gegen den souveränen syrischen Staat waren von Beginn an völkerrechtswidrig, wie der wissenschaftliche Dienst des Bundestages eindeutig feststellte.<sup>206</sup> Die Angriffe fanden ohne Genehmigung des UN-Sicherheitsrates statt. Dass die Bundesregierung die Angriffe trotz des Wissens um ihre Verstöße gegen das Völkerrecht unterstützte, ist da mehr als bedenklich. Es stellt jede Legitimation infrage, in anderen Fällen die Einhaltung des Völkerrechtes einzufordern, wenn man sich selbst nicht daran gebunden fühlt. Schon die Militäreinsätze gegen

Jugoslawien, an denen die Bundeswehr teilgenommen hatte, verstießen gegen das Völkerrecht, wie der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder später unmissverständlich einräumte.<sup>207</sup>

Die militärischen Aktionen der westlichen Staaten in und gegen Syrien sind somit illegal und stellen einen illegalen Angriffskrieg gegen einen souveränen Staat dar. Russland hat im syrischen Tartus seine einzige Militärbasis im Mittelmeer und wurde von Assad um Unterstützung gebeten, die es ihm auch gewährt. Bis heute sind die behaupteten Chemiewaffeneinsätze Assads gegen seine Bevölkerung, die vordergründig diesen Bruch des Völkerrechts durch westliche Militärschläge rechtfertigen sollten, nicht nachgewiesen. Das bestätigte US-Verteidigungsminister Mattis während einer Anhörung vor dem US-Senatsausschuss für Streitkräfte.<sup>208</sup> Schon der Irak-Krieg basierte auf erfundenen Vorwürfen um Massenvernichtungswaffen, über die der damalige US-Außenminister Colin Powell 2003 vor den Vereinten Nationen gelogen hatte, um einen Krieg gegen den Irak beginnen zu können.<sup>209</sup>

Fakt ist, dass die westlichen Regierungen wiederholt durch unbewiesene oder gar erfundene Behauptungen mit massiven Militärschlägen und Tausenden Toten gegen das Völkerrecht verstoßen. Die Begründung, es diene der Einhaltung des Rechts der Völker, ist da so scheinheilig wie falsch. Das Ganze dient einzig den eigenen Machtinteressen, und Tote sind dabei kein Hindernis. Die Scheinheiligkeit der Argumente zeigt in frappierender Weise unser Desinteresse an schlimmsten Menschenrechtsverletzungen unserer Verbündeten. Die - bewiesenen - irakischen Giftgaseinsätze gegen die eigene Bevölkerung 1988 störten die westlichen Regierungen keineswegs, war Saddam damals doch unser Verbündeter. Der Westen lieferte sogar die Chemikalien und Maschinen zur Giftgasherstellung.<sup>210</sup> Echte Giftgaseinsätze unserer Verbündeten stören uns nicht, unbewiesene Giftgaseinsätze derer, die uns im Wege stehen, nehmen wir zum Anlass für Militärschläge. Dazu sei angemerkt, dass die USA selbst über das weltweit größte Chemiewaffenarsenal verfügen, gefolgt von Russland.<sup>211</sup>

Auch heute interessieren uns die Menschenrechtsverletzungen unserer eigenen Verbündeten wie Saudi-Arabien nicht. Wir werfen Russland vor, dass dort nicht genug für eine Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare getan werde, ignorieren die Todesstrafe für Homosexuelle in Saudi-Arabien aber ebenso wie Steinigungen von Ehefrauen. Moralische Werte werden nicht konsequent gelebt, sondern sind beliebiges Alibi-Instrument einer Machtpolitik.<sup>212</sup> Willkürliche Drohnenangriffe in souveränen Staaten gegen mutmaßliche Terroristen, mit der einen oder anderen Hochzeitsgesellschaft als »Kollateralschaden« nehmen uns jede moralische Glaubwürdigkeit, wie auch Foltergefängnisse oder Lager vom Stile Guantanamo.<sup>213</sup>

Der Konflikt in Syrien kann daher auch nicht als gerechter Feldzug moralisch integrier westlicher Politik zur Errettung unterdrückter Völker gedeutet werden, sondern muss als weiteres Puzzleteil einer aggressiven Machtpolitik gesehen werden.

Wir hatten bereits auf Zbigniew Brzezinskis Einschätzung verwiesen, dass es für Amerika um die Macht auf dem eurasischen Kontinent gehe. In seinem 1997 erschienenen Buch *The Grand Chessboard* hat er diese Zusammenhänge völlig unmissverständlich dargelegt. Zur deutschen Ausgabe dieses Buches mit dem Titel *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft* hat kein Geringerer als der ehemalige deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher das Vorwort geschrieben, und Altkanzler Helmut Schmidt sagte zu Recht: »Man muss dieses Buch zur Kenntnis nehmen, und man muss es ernst nehmen!«

Alle wesentlichen Entwicklungen auf dem Schachbrett Eurasien von 1997 bis heute sind in diesem Buch mit an Hellsichtigkeit grenzender Genauigkeit vorangekündigt. Ein Masterplan, der bis heute penibel umgesetzt wurde. Darin wird auch der Konflikt um die Ukraine, auf dessen Hintergründe ich bereits in meinem letzten Buch *Showdown* umfassend eingegangen bin, mit folgenden Worten angekündigt: »Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und

*Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein europäisches Reich mehr.«*

Des Weiteren schreibt Brzezinski: »1. Spätestens 1999 werden die ersten neuen Mitglieder aus Mitteleuropa in die NATO aufgenommen sein, wenn auch ihr Beitritt zur EU vermutlich nicht vor 2002 oder 2003 erfolgen wird. 2. In der Zwischenzeit wird die EU Beitrittsverhandlungen mit den baltischen Republiken aufnehmen, und auch die NATO wird sich in der Frage einer Mitgliedschaft dieser Staaten sowie Rumäniens vorwärts bewegen, deren Beitritt mutmaßlich 2005 abgeschlossen sein dürfte. Irgendwann in diesem Stadium werden wohl die anderen Balkanstaaten die für Beitrittskandidaten erforderlichen Voraussetzungen ebenfalls erfüllen. 3. Der Beitritt der baltischen Staaten könnte vielleicht auch Schweden und Finnland dazu bewegen, eine Mitgliedschaft in der NATO in Erwägung zu ziehen. 4. Irgendwann zwischen 2005 und 2010 sollte die Ukraine für ernsthafte Verhandlungen sowohl mit der EU als auch mit der NATO bereit sein ... Obwohl dies Zeit brauchen wird, kann der Westen ... schon jetzt das Jahrzehnt zwischen 2005 und 2015 als Zeitrahmen für eine sukzessive Eingliederung der Ukraine ins Auge fassen.

*Trotz seiner Proteste wird sich Russland wahrscheinlich damit abfinden, dass die NATO-Erweiterung im Jahre 1999 mehrere mitteleuropäische Länder einschließt ...Im Gegensatz dazu wird es Russland unvergleichlich schwerer fallen, sich mit einem NATO-Beitritt der Ukraine abzufinden ...Es kommt nun sehr darauf an, ob sich das oben skizzierte Szenario friedlich entwickeln kann oder in den Sog zunehmender Spannungen mit Russland gerät.«*

Wir sehen, dass die NATO-Osterweiterung wie auch der Konflikt mit Russland um die Ukraine keineswegs ein zufälliger Prozess war, sondern lange Jahre zuvor geplant und akribisch umgesetzt wurde. Die Versprechungen an Russland im Rahmen der Verhandlungen um eine Wiedervereinigung Deutschlands, dass die NATO keinen Zentimeter nach Osten erweitert würde, war von Beginn an eine Lüge.<sup>214</sup>

Brzezinski beschreibt das Ziel völlig unmissverständlich: *»Als langfristige Aufgabe jedoch bleibt das Problem zu lösen, wie man Russlands Demokratisierung und wirtschaftliche Erholung unterstützen und dabei das erneute Entstehen eines eurasischen Imperiums vermeiden kann, das Amerika an der Verwirklichung seines geostrategischen Ziels hindern könnte, ein größeres euroatlantisches System zu entwerfen, in welches sich dann Russland dauerhaft und sicher einbeziehen lässt.«*

Russland sollte in die westliche Struktur unter dem amerikanischen Hegemon eingegliedert werden. Russlands Hoffnung auf eine Partnerschaft auf Augenhöhe bezeichnete Brzezinski dagegen als *»völlig unrealistisch«* und konstatierte sogar unumwunden: *»Wie man zugeben muss, waren nicht alle russischen Bedenken gegen eine NATO-Erweiterung aus der Luft gegriffen oder böswilliger Natur.«*

Die amerikanische Strategie ist sehr logisch und nachvollziehbar. Entweder es gelingt, einen Mann im Kreml zu installieren, der bereit ist, Russland in das europäische Haus unter dem amerikanischen Hegemon einzugliedern, oder Russland und seine einflussreichen Personen werden so weit wie möglich vom Rest der Welt isoliert. Der daraus sich ergebende Unmut in den russischen Eliten soll dann im Laufe der Zeit zu einer inneren Revolte durch eben diese Eliten führen, die dann ihrerseits das Ziel der Öffnung Russlands durch einen Machtwechsel erzwingen.

Alle Methoden auf dem Weg dorthin scheinen recht zu sein. Folgerichtig werden permanent neue Vorwürfe gegen Russland erhoben, die als Anlass genommen werden, Diplomaten abzuziehen, Sanktionen gegen die Wirtschaft oder einflussreiche Russen zu erheben, Olympiamannschaften auszuschließen etc. Alles, was der Isolation Russlands dient, ist hilfreich, solange ein widerspenstiger Strategie wie Putin an der Regierung ist, der sich der faktischen Kapitulation Russlands widersetzt.

Unter diesem Aspekt müssen alle aktuellen Vorwürfe der Gegenwart und Zukunft gegen Russland skeptisch hinterfragt werden, ob sie tatsächlich zutreffen oder nur Teil der Geostrategie zu einer

eurasischen Gesamtherrschaft der westlichen Eliten sind. Bei allem Verständnis für strategische Notwendigkeiten, die man durchaus haben könnte, darf dabei nicht vergessen werden, welches Spiel mit dem Feuer wir hier treiben.

Ein militärisches Missverständnis zwischen zwei Kampfpiloten über Syrien könnte der Auslöser für einen dritten Weltkrieg sein. Ein russischer »Bär« mit einem zerstörerischen Atomwaffenarsenal könnte, wenn er nichts mehr zu verlieren hat und mit dem Rücken zur Wand steht, einen verzweifelten militärischen Ausbruchversuch unternehmen. Können wir sicher sein, dass auf den sehr besonnen agierenden Präsidenten Putin nicht ein aggressiver Präsident vom Typ eines Schirinowski folgt? Ein einflussreicher russischer Nationalist sagte mir im persönlichen Gespräch in Moskau: »Wofür brauchen wir die Welt, wenn in dieser Welt kein Russland mehr ist!?!«

Es geht nicht um Menschenrechte, Demokratie oder Freiheit, es geht um aggressive Allmachtsinteressen westlicher Eliten, die bereit sind, das Risiko eines dritten Weltkrieges zumindest billigend in Kauf zu nehmen. Welches Element unserer vermeintlichen Demokratie ist das Risiko von Millionen Toten wert? Haben unsere strategischen Aktivitäten den Menschen in Libyen, Irak, Afghanistan oder Syrien wirklich Vorteile gebracht, oder doch nur millionenfach Tod, Leid und Zerstörung?

Wir stehen heute mit der größten Streitmacht seit Ende des Kalten Krieges an der russischen Grenze<sup>215</sup> und verkaufen das als »Schutz vor russischer Aggression«. Versetzen Sie sich einmal nur für eine Minute in einen russischen Politiker, der seinen Bürgern erklären soll, dass er für ihre Sicherheit garantiere. Anfang der 1990er-Jahre zogen die russischen Truppen, ohne einen Schuss abzufeuern, aus der ehemaligen DDR, den späteren neuen Bundesländern, und aus den ehemaligen Sowjetstaaten Mitteleuropas ab. Nicht Russland ist seitdem auf die NATO vorgerückt, sondern die NATO ist entgegen den Zusagen bis an die russische Grenze vorgerückt. Dass Russland sich in zwei Fällen (Krim und Ostukraine) - wie von Brzezinski

erwartet - dagegen wehrt, nehmen wir im Westen zum Anlass für weiteren wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Russland.

Der Umsturz in der Ukraine wurde über viele Jahre vom Westen vorbereitet und mit Milliarden US-Dollar finanziert, wie zuvor schon in anderen Staaten. Der umstrittene amerikanische Milliardär George Soros behauptet in seinem Buch *Die Vorherrschaft der USA - eine Seifeblase* (2004): »Meine Stiftungen trugen zu den demokratischen Regimewechseln in der Slowakei (1998), Kroatien (1999) und Jugoslawien (2000) bei und mobilisierten die Zivilgesellschaft, um Wladimir Meciar, Franco Tudjman und Slobodan Milosevic aus ihren Ämtern zu vertreiben. Dies sind nur einige der wichtigsten Erfolge. Die Aufgabe meiner Stiftungen bestand darin, den Übergang von geschlossenen zu offenen Gesellschaften zu begleiten und zu fördern.«

Das war auch die Begründung, mit der Ungarns Ministerpräsident Orbán George Soros und seine Stiftungen aus dem Land drängte.<sup>216</sup> Die amerikanische Diplomatin Victoria Nuland erklärte 2013 in einer Ansprache vor amerikanischen Wirtschaftsvertretern, die USA hätten über mehrere Jahre fünf Milliarden US-Dollar ausgeben, um die Veränderungen in der Ukraine zu »unterstützen«.<sup>217</sup> Soweit zu Einmischungen in fremde Länder. Die detaillierten Abläufe des orchestrierten Umsturzes in der Ukraine habe ich in meinem Buch *Showdown* dargelegt.

Brzezinski hat sehr klar herausgestellt, welche geostrategische Bedeutung die Ukraine auch für Russland hat. Wenn sie schon nicht mehr im eigenen Herrschaftsbereich liegt, muss Russland aus eigenem Interesse nun alles tun, um zu verhindern, dass die Ukraine in die NATO eintritt und somit zu einem weiteren Aufmarschgebiet an seiner unmittelbaren Grenze wird. Der anhaltende Territorialkonflikt in der Ostukraine ist ihm da sicher hilfreich. Denn Angela Merkel sagte in einer Rede vor Bundeswehrkommandeuren: »Länder, die selbst in regionale oder innere Konflikte verstrickt sind, können aus meiner Sicht nicht Mitglied der NATO sein.«<sup>218</sup>

Dass Russland einen seiner wichtigsten Flottenstützpunkte in Sewastopol auf der Krim räumen würde, um ihn den USA zu

überlassen, konnte niemand wirklich erwarten. Die strategische Situation um die Krim ist klar, die völkerrechtliche Situation umstritten, aber es gibt auch keinen Zweifel daran, dass die Bevölkerung auf der Krim - auch wenn die Volksabstimmung nicht legal gewesen sein mag - mit 95 Prozent für den Anschluss der Krim an Russland gestimmt hat.

Die USA verfügen außerhalb ihres eigenen Staatsgebietes weltweit über fast eintausend Militärbasen, Russland gerade einmal über 25.<sup>219</sup> Wohlgermerkt, es geht hier nicht darum, die USA als den bösen Aggressor und Russland als das friedliebende Opfer darzustellen. Staaten haben keine Freunde, sondern nur geostrategische Interessen, und auch Russland hat seine Interessen, die es in der Vergangenheit nicht immer mit Diplomatie und Samthandschuhen gelöst hat. Ich halte es jedoch für wichtig und im Zweifel friedensnotwendig, die sehr einseitige westlich ausgerichtete Sichtweise ein wenig neutraler zu gestalten, indem wir uns auch ansehen, wie sich die Entwicklung der letzten Jahre aus der Sicht der Gegenseite darstellt.

Das gilt für die Krisenherde mit Russland ebenso wie für die Dispute mit China. Zu diesen gehört besonders der Nordkorea-Konflikt, auch wenn dieser Zusammenhang in den deutschen Medien kaum beleuchtet wird.

## Der Nordkorea-Konflikt

Hier erleben wir - mit aller Prognoseunsicherheit der noch kommenden Entwicklungen - einmal mehr eine Scharade feinsten Spielart. Rufen wir uns in Erinnerung, worum es vordergründig in diesem Konflikt des Jahres 2017 mit Nordkorea ging.

Der Konflikt zwischen den USA und Nordkorea ist ähnlich wie der amerikanisch-iranische Konflikt schon jahrzehntealt. Seine Ursprünge liegen in der Zeit direkt nach dem Zweiten Weltkrieg. Schon immer war Korea der Spielball ausländischer Mächte. Bis

zum Beginn des 20. Jahrhunderts war das Land vollkommen von der Welt abgeschottet, bis Japan es 1905 unter sein Protektorat zwang, gegen das sich die Koreaner immer wieder mit Volksaufständen wehrten, die auf das Brutalste niedergeschlagen wurden. Als Japan dann mit Deutschland den Zweiten Weltkrieg verlor, wurde Korea den Japanern abgenommen und zwischen Russland (Nordkorea) und USA (Südkorea) aufgeteilt. Nachdem jeder in seinem Bereich eine ihm genehme Regierung installiert hatte, zogen sich die russischen und amerikanischen Truppen zurück. Kurz darauf (1950) marschieren die Nordkoreaner mit Rückendeckung Moskaus und militärischer Unterstützung Chinas im Süden ein, werden von den wieder einrückenden amerikanischen Truppen (unter UN-Mandat) wieder zurückgeworfen, und nach knapp drei Jahren Krieg kam es entlang des 38. Breitengrades zu einem Waffenstillstand. Dieser Koreakrieg hat offiziell nie geendet, und so gibt es bis heute keinen Friedensvertrag, sondern eben nur einen Waffenstillstand, der mehr oder weniger Bestand hat.

Eine Million tote Soldaten, drei Millionen tote Zivilisten, ein verheertes und noch immer geteiltes Land - wie meistens für nichts. 450.000 Tonnen Bomben, darunter 32.000 Tonnen Napalm der US Air Force, haben besonders Nordkorea vollkommen in Schutt und Asche gelegt, und das Land hat sich bis heute faktisch nicht davon erholt. In Südkorea ging es auch noch wild weiter. Auf einen undemokratischen Präsidenten folgte ein Militärputsch mit aggressivem Vorgehen gegen die eigene Bevölkerung. Erst in den 1990er-Jahren begann in Südkorea der Wandel zur heutigen stabilen Staatsform mit erfolgreichem - übrigens stark protektionistischem - Wirtschaftskonzept. Südkorea exportiert gern in alle Welt, lässt die eigenen Grenzen aber häufig für ausländische Produkte geschlossen. Offenkundig auch ein Erfolgsrezept.

Immer wieder gab es Annäherungsversuche zwischen Nord- und Südkorea, wo bis heute die Familien ebenso zerrissen sind wie einst zwischen West- und Ostdeutschland. Doch sobald die Annäherung zwischen den beiden zu groß wurde, entstanden scheinbar aus dem

Nichts heraus wieder neue Spannungen. Nordkorea will nichts anderes als eine internationale Anerkennung, einen Friedensvertrag und Sicherheitsgarantien. Sie befürchten - mit Blick auf andere Staaten der Welt sicherlich nicht zu Unrecht -, dass sie der nächste Staat sind, der auf der militärischen Speisekarte der USA steht, die daraus ja auch kein Hehl machen («Achse des Bösen»). Folglich sieht die nordkoreanische Führung keine andere Chance für ihr langfristiges Überleben, als sich mit einer Giftpille vor Fressfeinden abzusichern. Die Atombombe. Natürlich kann niemand ausschließen, dass diese Atombomben eines Tages zum Einsatz kommen, so wie man das für keine Atommacht ausschließen kann. Dennoch bleibt es extrem unwahrscheinlich, dass Kim Jong-un oder seine Nachfolger in selbstmörderischer Absicht einen Atomkrieg gegen wen auch immer starten. Sie hätten nicht den Hauch einer Chance, irgendetwas zu gewinnen, aber die absolute Gewissheit, alles, inklusive ihres eigenen Lebens, zu verlieren.

Es wurden in den vergangenen Jahrtausenden schon viele militärische Abenteuer unternommen, aber einen völlig chancenlosen Angriffskrieg mit dem sicheren Wissen der eigenen Niederlage und der völligen Vernichtung hat es nach meiner Erinnerung nicht gegeben. Nordkoreas Führung hat wieder und wieder erklärt und angeboten, abzurüsten, auf Atomwaffen zu verzichten, und die Wiedervereinigung mit Südkorea ins Gespräch gebracht.<sup>220</sup> Sie wollten nur einen Friedensvertrag und Sicherheitsgarantien. Warum war es für die USA nie möglich, darauf einzugehen?

Darauf liefert uns der bereits erwähnte amerikanische Geostratege und Präsidentenberater Zbigniew Brzezinski die alles erklärende Antwort. Niedergeschrieben in seinem Buch *Die einzige Weltmacht - Amerikas Strategie der Vorherrschaft* - ein Buch, das jeder gelesen haben sollte, der unsere Welt verstehen möchte. Er beschreibt es als unumgänglich und im vitalen Interesse der USA, dass dieser eingefrorene Konflikt zwischen Nord- und Südkorea genau so erhalten bleibt. Zitat Brzezinski: »Aufgrund dieser Überlegungen sind Japan und Amerika umso mehr daran interessiert

(wenn auch aus jeweils etwas anderen Gründen), dass sich am Status quo Koreas nichts ändert.«<sup>221</sup>

Diese Bedrohungssituation durch Nordkorea ist der Grund, warum die USA noch heute über 30.000 amerikanische Soldaten mit den modernsten Waffensystemen in Südkorea stationiert haben. Offiziellen Angaben zufolge sollen die United States Forces Korea 140 M1 Abrams-Panzer, 170 M2 Bradley-Panzer, 70 Apache Kampfhubschrauber, Boden-Boden-Raketen, Boden-Luft-Raketen, 70 F-16 Kampfflugzeuge, Patriot-Abwehrbatterien etc. vor Ort haben. All diese Waffensysteme stehen somit nur wenige Hundert Kilometer vor den wichtigsten chinesischen Industrieregionen und sind die einzigen amerikanischen Truppenstationierungen auf dem ostasiatischen Festland. Ein unverzichtbarer Brückenkopf in dieser Region Eurasiens. Wie Brzezinski unverhohlen zugibt, wäre eine Wiedervereinigung Nord- und Südkoreas, die auch aus seiner Sicht durchaus realistisch wäre, nur unter der chinesischen Bedingung möglich, dass die USA ihre Truppen aus Südkorea abziehen, da ja eine Bedrohung durch Nordkorea nach einer Wiedervereinigung nicht mehr bestehe. Daher musste jeder nachhaltige Entspannungsversuch in dieser Region um jeden Preis unterbunden werden, was auch regelmäßig passierte.

Doch diesmal ging es gar nicht um eine Annäherung oder Wiedervereinigung, sondern um eine höchst umstrittene Nachrüstungsaktion der USA. Bereits seit Mai 2016 sprachen die USA mit der damaligen südkoreanischen Regierung unter Präsidentin Park Geun Hye über die Stationierung des neuen Raketenabwehrsystems THAAD durch die US-Streitkräfte im Lande.<sup>222</sup> Dieses Waffensystem soll anfliegende Raketen in der Luft mittels eigener Raketen zerstören. Die Reichweite beträgt etwa zweihundert Kilometer. Im Juli des gleichen Jahres wurde die geplante Stationierung offiziell bekannt gegeben.<sup>223</sup>

Darüber war man in China - sagen wir - mächtig verärgert. Denn die Chinesen sahen diese Stationierung verständlicherweise als nicht gegen Nordkorea, sondern gegen sich gerichtet - zumal das

THAAD-System gemeinsam mit einem sogenannten AN/TPY-2 X-Band Radarsystem ausgeliefert wird, das eine Reichweite von über tausend Kilometern hat und somit jedes fliegende Objekt von der Rakete bis zur Drohne in den Hauptindustrieregionen Chinas überwachen kann. Darüber hinaus ist das THAAD-System aufgrund seiner Spezifikation gar nicht geeignet, gegen die jüngst von Nordkorea entwickelten Mittelstreckenraketen eingesetzt zu werden.<sup>224</sup> China sieht damit die bisherige militärische Balance zwischen sich und den USA in dieser Region vor der eigenen Haustür ebenso gefährdet wie Russland, als die USA ihre Raketenabwehrsysteme in Polen und Rumänien aufbauten, was angeblich zum Schutz vor iranischen Raketenangriffen dienen sollte, wobei aber jedem klar war, dass Russland gemeint war.<sup>225</sup>

Entsprechend ungehalten hat China reagiert und Südkorea mit scharfen Konsequenzen gedroht. China ist einer der wichtigsten Handelspartner für Südkorea. Um Druck auf Südkorea auszuüben und die Stationierung der amerikanischen THAAD-Systeme zu verhindern, hat China den Südkoreanern den Hahn immer weiter zugedreht. Zunächst rief man die chinesische Bevölkerung auf, keine Reisen mehr nach Südkorea zu unternehmen. Als Nächstes gab es Druck auf die südkoreanische Automarke Hyundai, deren China-Verkäufe daraufhin von Januar bis Juli 2017 um über vierzig Prozent einbrachen.<sup>226</sup> Zunächst ließ sich Präsidentin Park, eine treue Verbündete der USA, davon nicht abschrecken. Alles nahm seinen gewohnten Gang. Doch dann geschah etwas Unerwartetes. Präsidentin Park kam bereits Ende 2016 unter Korruptionsverdacht. Massenproteste und ihre Amtsentlassung folgten. Im Frühjahr 2017 wurde sie verhaftet.<sup>227</sup> Die darauffolgende Präsidentschaftswahl im Mai 2017 gewann der Menschenrechtsanwalt Moon Jae In, der im Gegensatz zu seiner Vorgängerin eine ganz andere Haltung zu Nordkorea hat. Er sprach sich sofort für einen Dialog aus, wollte sich persönlich mit seinem Kollegen aus Nordkorea treffen und machte sich für die Wiedereröffnung eines gemeinsamen Industrieparks an der Grenze beider Länder stark. Er forderte mehr

Unabhängigkeit von den USA. Alles nicht im Sinne der US-Strategie, wie man leicht nachvollziehen kann.<sup>228</sup>

Aber der wichtigste Punkt sollte noch folgen. Noch im März 2017 hatten es die USA extrem eilig, vollendete Tatsachen zu schaffen, und begannen, die ersten Teile der Raketenabwehr nach Südkorea zu schaffen, bevor der neue Präsident im Amt war und es verhindern konnte. Jetzt musste dringend die Situation mit Nordkorea eskaliert werden, um maximalen Druck hinter die Stationierung zu bekommen und den aufziehenden Gegenwind nicht zu stark werden zu lassen. Das war die Stunde des Donald Trump, der in nie gesehener Weise begann, gegen Nordkorea zu wettern, mit einem direkten Atomschlag gegen das Land drohte und einen weiteren Flugzeugträgerverband nach Korea schickte.<sup>229</sup> Dass Kim Jong-un seine Entwicklung von Raketentechnik nur noch mehr beschleunigte, um schnellstmöglich »unangreifbar« zu werden, war absehbar.

Doch es sollte noch eine weitere Eskalationsstufe folgen - aus zwingenden Gründen. Der neue Präsident Moon unterband als eine seiner ersten Amtshandlungen im Juni 2017 die Stationierung der amerikanischen THAAD-Systeme.<sup>230</sup> Er begründete das mit der militärisch nicht gegebenen Notwendigkeit und mit den starken wirtschaftlichen Verlusten in Milliardenhöhe für Südkoreas Industrie durch die chinesischen Gegenmaßnahmen. Obendrein hatte der neue US-Präsident Trump die Forderung aufgebracht, dass Südkorea die Milliardenkosten für die amerikanischen THAAD-Systeme gefälligst zahlen solle. Moon bediente sich eines Tricks und erließ eine Anordnung, dass zunächst eine umfangreiche Untersuchung durchzuführen sei, welche Auswirkungen die Stationierung auf den Umweltschutz habe, und dass weitere Stationierungen so lange nicht stattfinden dürften - eine brutale Vollbremsung der amerikanischen Pläne und eine Demütigung für die USA, die wenige Tage vor der Vereidigung Moons die bereits ausgelieferten zwei Systeme als »teilweise einsatzbereit« erklärten, um damit eine rechtliche Situation zu schaffen, die eine Aufforderung zum Abzug erschweren sollte.

Jetzt musste richtig Dampf gemacht werden, um das Ziel doch noch zu erreichen. Das war die Phase im Sommer 2017, als sich unsere Medien in Atomkriegswarnungen überboten und viele Menschen jeden Morgen gebannt auf den Fernseher schauten, ob der Krieg mit Nordkorea schon begonnen habe. »Die Ära der strategischen Geduld ist vorbei«, ließ der amerikanische Vizepräsident Pence verlauten.<sup>231</sup> Trump drohte Nordkorea mit »Feuer, Wut und Macht, wie die Welt es so noch nicht gesehen hat«.<sup>232</sup> Nordkorea reagierte wie erwartet und drohte mit einem Angriff auf die amerikanische Militärbasis in Guam. Die Welt war in höchster Angst, und auch der, dem das ganze Theater galt, verstand, dass, wenn er nicht mitspielen würde, am Ende vermutlich seine Halbinsel zu existieren aufhören würde: unser Menschenrechtsanwalt, der neue Präsident Moon. Er beugte sich der ständig eskalierenden Lage. Am 29. Juli zog er seine Blockade der Stationierung der THAAD-Systeme zurück. Zwei Monate später wurden die letzten Elemente der THAAD-Raketenabwehr in Südkorea installiert und in Betrieb genommen - gegen Massenproteste der örtlichen Bevölkerung.<sup>233</sup> Mission accomplished.

Es war diese Meldung, die mich Anfang September 2017 veranlasste, in meinem regelmäßigen Morgenvideo auf Cashkurs.com die Koreakrise für bis auf Weiteres beendet zu erklären. Die Amerikaner hatten ihr Ziel erreicht, und jetzt konnte das ganze Säbelrasselfestspiel beendet werden. Ich vermutete, dass das Thema, das bis dahin täglich die Titelseiten zierte, jetzt langsam aus der Medienlandschaft verschwinden würde. Und genau so kam es. Der große Kabarettist Volker Pispers hat einmal in einer wunderbaren Szene dieses Schmierentheater, mit dem man hier einmal mehr die Welt in Angst und Schrecken versetzt hat, das »Arschloch im Wandschrank« genannt.

Jede große Weltmacht hat immer so ein »Arschloch im Wandschrank«: mal Gaddafi, Putin oder Saddam Hussein, ein andermal Kim Jong-un. Wenn man es für nötig erachtet, um seine eigenen Ziele zu erzwingen, holt man dieses Gespenst aus dem Wandschrank

und erschreckt damit das Publikum zu Tode, bis es alles tut, was man möchte. Danach haut man dem Arschloch rechts und links auf die Backen und stellt es bis zum nächsten Mal wieder in den Wand-schrank zurück. Ein treffliches Bild, wie ich finde.

Haben Sie diese Zusammenhänge während des Konflikts in unse-  
ren namhaften Medien gefunden? Hat man Sie dort über die wahren Zusammenhänge und zumindest über die Möglichkeit, dass es gar kein echter Konflikt, sondern nur ein großes Schauspiel sein könnte, informiert oder hat man das Spiel vollständig mitgespielt und Sie so erschreckt, wie es gedacht war?

Eine neue Wendung erfährt die Geschichte während der letzten Arbeitsstunden an diesem Buch. Plötzlich ist nicht mehr von einem Nuklearkrieg die Rede, sondern von einer möglichen Wiedervereinigung der beiden koreanischen Staaten. Na, das ging aber schnell. Eben noch bezeichnete Trump den nordkoreanischen Staatschef als »kleinen Raketenmann« und drohte ihm mit Feuer und Vernichtung,<sup>234</sup> und nur fünf Monate später hält er den gleichen Mann für »sehr ehrenhaft«.<sup>235</sup> Die beiden koreanischen Staatschefs sprechen über Abrüstung, besuchen gemeinsam die Demarkationslinie und verhandeln über eine Wiedervereinigung.

Dazu dürfte es allerdings kaum kommen - es sei denn, China würde einer Ausweitung der amerikanischen Truppenpräsenz auf Nordkorea zustimmen, was wohl kaum zu erwarten ist. Wenn man spekulieren wollte, könnte man sagen, dass diesmal den Chinesen der Schwarze Peter zudedacht ist. Denn sie werden am Ende einer Wiedervereinigung im Wege stehen und ganz sicher kein Vorrücken der amerikanischen Waffensysteme an ihre direkte Landgrenze dulden. Amerika wird seinerseits alle Argumente auf seiner Seite wissen, um seine Truppen nicht aus Südkorea abzuziehen, hat man damit doch schon einmal, 1950, schlechte Erfahrungen gesammelt. Ob die Chinesen einer Versicherung der Amerikaner, ihre Truppen »keinen Meter nach Norden zu verlagern«, Glauben schenken würden, ist nach den Erfahrungen, die Russland im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung gemacht hat (»Keine NATO-Osterweiterung«),

ebenfalls zweifelhaft. Ich werde die weiteren Schachzüge mit hohem Interesse verfolgen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass das Arschloch nicht immer zwangsläufig in den Wandschrank zurückgestellt wird. Bislang gab es noch für jedes Arschloch der Vergangenheit ein Ablaufdatum, an dem es nicht mehr in den Wandschrank, sondern endgültig in den Erdschrank gesteckt wurde. Das haben Gaddafi, Hussein und viele andere vor ihnen auch erfahren müssen. Daher kann es durchaus sein, dass der Konflikt mit Nordkorea jederzeit wieder aufkochen und tatsächlich eines Tages zu jenem heißen Tanz führen kann. Bislang hat dieser stabile Konflikt aber offensichtlich noch seine Vorteile. Dennoch bleibt es ein Pulverfass, das auf unsere Liste gehört.

Bleiben wir in der Region und kommen wir zum wichtigsten Spieler auf dem eurasischen Kontinent nach den USA: Big China.

## China: Die größte Blase der Weltwirtschaftsgeschichte

Der Aufstieg Chinas in den letzten 25 Jahren ist das größte Wirtschaftswunder, das je stattgefunden hat. Nach der schrittweisen Öffnung des Landes unter Deng Xiaoping ging es in immer größerer Geschwindigkeit nach oben. Das jährliche Wachstum lag meist im zweistelligen Bereich zwischen zehn und fünfzehn Prozent. Doch in den letzten Jahren lässt dieses Wachstum nach und liegt zuletzt bei offiziell 6,7 Prozent. Da lesen wir oft, das solle man nicht so negativ sehen, denn immerhin sei das Land ja jetzt auf einem ganz anderen Niveau. 6,7 Prozent heute sind in absoluten Zahlen viel mehr als zehn Prozent vor fünfzehn Jahren. In Deutschland wäre man froh, wenn man 6,7 Prozent Wachstum hätte. Das ist so weit auch völlig korrekt, wenn da nicht ein kleines Problem wäre: Die chinesischen Wirtschaftsdaten sind das Papier nicht wert, auf dem sie veröffentlicht werden.

Der englische Politiker Leonard Courtney (1832-1918) sagte einmal: »Es gibt drei Arten von Lügen: Lügen, verdammte Lügen und Statistiken.« In diesem Fall darf als eines der einfachsten Indizien der Veröffentlichungstermin des Bruttoinlandsproduktes (BIP) genannt werden. Um am Ende eines Quartals das BIP und damit das Wirtschaftswachstum zu vermelden, muss man zunächst die Daten erheben, berechnen und anschließend vermelden. Deutschland benötigt etwa sechs Wochen, um eine erste Berechnung zu vermelden, die einige Wochen später noch einmal angepasst wird, wenn man die revidierten, endgültigen Zahlen aus allen Teilen der Republik vorliegen hat. Die USA geben nach vier Wochen eine erste Schätzung heraus, die später oft deutlich revidiert werden muss. China dagegen schafft es, sein Wirtschaftswachstum pünktlich zwei Wochen nach Ende des Quartals zu vermelden, und muss diese Zahlen nie wieder korrigieren, da sie immer stimmen.

Gut, das muss man verstehen. Deutschland ist ja ein riesiges Flächenland mit schlechter Infrastruktur. Bis wir aus dem letzten Winkel Bayerns die Zahlen haben, das dauert. China hingegen ist ein kleiner Stadtstaat mit Glasfaserkabeln bis an jede Landesgrenze. Die haben die Zahlen praktisch sofort auf Knopfdruck. Doch lassen wir den Sarkasmus beiseite. Schon diese einfache Betrachtung zeigt, die Wahrscheinlichkeit, dass die offiziellen chinesischen Wirtschaftsdaten der Realität entsprechen, geht gegen null.<sup>236</sup>

Wenn man sich den Spaß gemacht und die Wirtschaftsleistung der einzelnen Provinzen aufaddiert hat, dann sollte man erwarten, dass diese Zahl identisch ist mit der Gesamtwirtschaftsleistung Chinas. Interessanterweise gab es da aber immer dramatische Unterschiede. Man hat sich bei der Datenfälschung noch nicht mal große Mühe gegeben.

Die Wirtschaftsdaten sind in China höchst politische Daten und entscheiden über Karriere, Aufstieg oder Entlassung der Kaderfunktionäre. Das führt dazu, dass die Lokalregierungen oft völlig überzogene Wirtschaftsdaten an die Pekinger Zentrale melden. Getrickt wird aber an allen Stellen, und zwar, dass sich die Balken

biegen. Selbst chinesische Wissenschaftler sprechen zuweilen überraschend offen über das Problem.<sup>237</sup>

Im Januar 2017 wurde es dann quasi offiziell. Ein Provinzgouverneur aus Liaoning, eine der wirtschaftsstärksten Regionen Chinas, räumte ein, jahrelang viel zu hohe Wirtschaftsdaten an die Zentrale in Peking vermeldet zu haben. Allein in den Jahren 2011 bis 2014 sollen die Daten um mindestens 20 Prozent zu hoch gewesen sein. Der Gouverneur wird wie folgt zitiert: »Liaoning war in groß angelegten Finanzbetrug auf kommunaler und Bezirksebene verwickelt, der über lange Zeit anhielt und an dem viele Leute beteiligt waren.« Und siehe da, nachdem diese Region neue Daten vorlegte, war es plötzlich nichts mehr mit dem Wachstum, sondern Liaoning war plötzlich die angeblich einzige Region Chinas in der Rezession.<sup>238</sup> Selbst der Chef der zentralen chinesischen Statistikbehörde musste inzwischen einräumen, dass in China auf zahllosen Ebenen getrickst wurde und weiterhin wird.

Wir könnten an dieser Stelle die Beispiele für falsche Zahlen beliebig erweitern, aber bringen wir es auf den Punkt: Glauben Sie keinen chinesischen Wirtschaftsdaten! Niemand weiß, welche korrekt sind und welche nicht. Auch über Querabgleiche lässt sich nur ein sehr unscharfes Bild gewinnen. Die China-Spezialistin einer großen deutschen Bank sagte mir, dort versuche man, über die Unternehmensergebnisse der chinesischen Firmen auf das Gesamtwachstum zu schließen. Doch das würde bedingen, dass die Unternehmensergebnisse korrekt sind. Wenn man sich jedoch die Details ansieht, wie beispielsweise in Liaoning getrickst wurde, muss man auch das sehr bezweifeln. Einer von vielen Tricks sah vor, dass die Regionalregierung die Firmen in ihrer Region aufforderte, die Bilanzen zu schönen und höhere Umsätze und Gewinne zu vermelden, als tatsächlich angefallen waren. Somit mussten die Unternehmen auch höhere Steuern bezahlen. Das war nicht weiter schlimm, denn diese Steuern bekamen sie dann von der Regionalregierung in Form von »Subventionen« umgehend zurücküberwiesen. Aus der rechten Tasche raus, in die linke Tasche wieder rein.

Das Unternehmen sieht besser aus als die Realität, und auch die Regionalregierung sieht besser aus. China sieht besser aus.

In der Provinz Hunan im wirtschaftlich starken Südwesten Chinas wurde inzwischen Dutzenden Firmen diese Art der Bilanzfälschung nachgewiesen.<sup>239</sup> Einige davon haben ihre Produktion um das Achtzigfache überzeichnet. Diese Zusammenhänge führen dazu, dass ich den offiziellen chinesischen Wirtschaftsdaten wie auch den Bilanzdaten chinesischer Unternehmen nicht weiter traue, als ich eine Frühlingsrolle spucken kann. Ich würde einen Teufel tun, mir Aktien eines chinesischen Unternehmens ins Depot zu legen.

Der Deutschland-Chef einer großen Ratingagentur sagte mir vor Jahren: »Wir wissen, dass die chinesischen Wirtschaftsdaten so belastbar sind wie die der Russen aus den 1980er-Jahren. Es wird das vermeldet, was zum Fünfjahresplan passt.«

Sehr aufschlussreich war dazu auch ein Gespräch mit dem ehemaligen Chefvolkswirt eines der großen deutschen Bankhäuser. Er sagte mir, dass ihm völlig klar sei, dass die offiziellen chinesischen Daten falsch sind. Ich habe ihn daraufhin gefragt, ob sie als Großbank vor Ort eigene Daten erheben, um eine Indikation zu haben, wie die Lage wirklich sei. Er antwortete mir, dass das ob der Größe des Landes völlig unmöglich sei. Jetzt wollte ich wissen, mit welchen Zahlen sie denn dann arbeiteten, und er sagte zu meiner Verblüffung: »Mit den offiziellen chinesischen Daten«. Ich fasste das dann so zusammen: »Einen Moment, damit ich das richtig verstehe: Ihr nehmt Zahlen, von denen ihr wisst, dass sie falsch sind, und setzt die in eure Formeln ein? Danach rechnet ihr mit dem Ergebnis weiter, als wäre es korrekt!?!« Antwort: »Ja, genau.« Das sind die Momente, in denen einem klar wird, auf welchem dünnen Fundament unser vermeintlich so mathematisch präzises Finanzsystem gebaut ist.

Jetzt muss ich aber besagten Chefvolkswirt doch ein wenig in Schutz nehmen, denn zu der Zeit, als das Gespräch stattfand, spielte es überhaupt keine Rolle, wie stark das chinesische Wirtschaftswachstum

tatsächlich war. Wir waren mitten im Boom, und China hatte ein zweistelliges Wachstum. Das konnte man schon an den massiv steigenden Exporten der deutschen Unternehmen, aber auch der Rohstoffe nach China zumindest grob ablesen. Da spielte es absolut keine Rolle, ob das zehn oder fünfzehn Prozent Wachstum waren. Es war eine Goldgräberstimmung. Wie einst Tausende Goldschürfer nach Alaska zogen, zogen jetzt die Investoren aus aller Welt in Scharen nach China. Es galt, das große Glück zu machen, und man musste gar nicht darauf hoffen, eine Goldader zu finden, man konnte fast nichts falsch machen.

Seit Mitte der 1990er-Jahre lagen die Zinsen in Japan unter vier Prozent und fielen dann in Richtung Nulllinie. In Amerika und Europa geschah das Gleiche ab etwa 2003. Das Geschäft der internationalen Investoren und Spekulanten war somit ein einfaches: Sie nahmen zu niedrigen Zinsen von beispielsweise vier Prozent zunächst in Japan und später auch in Europa und Amerika Geld auf, brachten es nach China und investierten dort in irgendetwas. Völlig egal, ob man Immobilien kaufte, sich an Unternehmen beteiligte oder sonst wie investierte, es gab zweistelliges Wachstum und somit zweistellige Gewinne. Wenn ich Geld zu vier Prozent aufnehme, dann spielt es für mein Geschäft kaum eine Rolle, ob das Wachstum bei zehn, zwölf oder fünfzehn Prozent liegt. Ich habe ein »Free Lunch«, wie man an der Börse sagt, ein kostenloses Mittagessen. Einfacher kann ich mein Geld nicht verdienen.

Der Vergleich mit den Goldgräberzeiten vergangener Jahrhunderte ist in vielerlei Hinsicht zutreffend. Auch damals gab es natürlich die Goldvorkommen, aber es sollte sich doch auch bald herausstellen, dass viele Löcher in der Erde eben auch nicht auf Gold gestoßen sind. Zahlreiche hoffnungsfrohe Goldgräber hatten viel Geld investiert und waren am Ende pleite, weil sie fehlinvestiert hatten in Minen, die keinen Ertrag brachten. Der Goldgräberboom ging eines Tages zu Ende, viele Dörfer wurden zu Geisterdörfern.

Etwas Ähnliches erleben wir derzeit in China, nur mit dem Zusatz XXL. Das Investorengeld unserer neuzeitlichen Goldgräber hat

den unglaublichen Boom in China immer weiter angefeuert. Die Story war überzeugend. Eine Milliarde Menschen, die aus einem rückständigen Bauernstaat im Eiltempo Anschluss an die neue Welt finden wollen. Es gab keinen Superlativ, der in diesem Zusammenhang nicht bemüht wurde. Was für den Goldgräber die Entdeckung riesiger Goldvorkommen war, war für die Investoren der Neuzeit die Entdeckung der chinesischen Konsumentenmassen. Und so kam in immer kürzerer Zeit immer mehr Geld ins Land, und dieses Geld suchte händeringend nach irgendeiner Anlagemöglichkeit. »Wer verkauft mir ein Haus, einen Wolkenkratzer, eine Firmenbeteiligung!? Preis spielt keine Rolle!« Wenn immer mehr Geld auf einen Markt drängt, dann steigen die Preise. Und sie stiegen in diesem Fall zweistellig pro Jahr. Dabei spielte es gar keine Rolle, ob diese Investitionen sinnvolle Unternehmungen waren.

Wenn Sie heute in Deutschland ein Haus als Investition kaufen oder bauen, dann ist das Erste, was Sie machen, sich Mieter zu suchen. Denn diese Miete soll Ihnen die Zinskosten ausgleichen, das Haus abbezahlen und idealerweise am Ende eine kontinuierliche Einnahme beschern. Nicht so in China. Es spielte hier absolut keine Rolle, ob ein Haus überhaupt vermietet war oder nicht. Ein Haus ohne Mieter bringt zwar keine Mieterträge, aber wenn es aufgrund des ständig neuen nachschießenden Geldes jedes Jahr um zwanzig Prozent im Preis steigt, kann mir das völlig egal sein, ob ich Mieter habe oder nicht. Ich nehme einen Kredit zu vier Prozent Zinsen in Amerika auf, kaufe mir ein unvermietetes Hochhaus in Shanghai und verkaufe es ein Jahr später für zwanzig Prozent mehr an den nächsten Glücksritter weiter. Free Lunch.

Sie werden mit mir übereinstimmen, dass das nur so lange gut geht, wie immer neues Geld nachfließt, immer neue Investoren nach China strömen. Ein Schneeballsystem. In dem Moment, in dem kein Geld mehr nachkommt und noch immer keine entsprechenden Mietverträge unterschrieben wurden, bricht das Spiel in sich zusammen. Die Preise für die Häuser werden bis auf den Ertragswert fallen, und der ist bei einem unvermieteten Haus

ziemlich niedrig. Die dagegenstehenden Kredite platzen. Solche unsinnigen Investitionen in Projekte, die aus sich heraus keinen wirtschaftlichen Sinn ergeben, die nur der Spekulation auf immer höhere Preise dienen, ist ein Phänomen, das wir seit Jahrhunderten bei jedem Boom erleben. Erinnern wir uns an den Bauboom in Spanien vor der Eurokrise. Zahllose Bauruinen stehen noch heute in weiten Teilen des Landes. Im Boom wurde investiert in der Hoffnung, zu immer höheren Preisen weiterverkaufen zu können - bis der Boom abrupt endete und die Katastrophe die spanischen Banken und fast auch noch den Staat beinahe in den Abgrund gezogen hätte. Das ist ein normaler Mechanismus. Aber die schiere Dimension dieses chinesischen Booms lässt sich mit europäischem Verstand kaum begreifen. Ich will es Ihnen dennoch in einigen exemplarischen Schilderungen verdeutlichen.

Kennen Sie die chinesische Stadt »New Ordos« (Kangbashi)? Vermutlich nicht, Sie haben da auch nicht viel verpasst. Aber sie steht exemplarisch für die unfassbare Fehlentwicklung des chinesischen Giganten, in dem ein Zentralkomitee in Peking noch immer glaubt, mit einem Fünfjahresplan dieses Riesenreich langfristig erfolgreich kontrollieren zu können. Seit Jahrzehnten erzählen die Professoren unserer Universitäten den Studenten, dass eine Volkswirtschaft viel zu komplex sei, um sie zentralistisch bis ins Detail steuern zu können. Nur das möglichst freie Spiel der Märkte mit den Naturgesetzen der Wirtschaft und unter möglichst geringer Einflussnahme des Staates sei angeblich in der Lage, eine Volkswirtschaft langfristig stabil zu halten.

Außer in China! Hier soll angeblich alles anders sein, und hier soll es langfristig möglich sein, dieses Riesenreich mit Zentralkomitee, Parteitag und Fünfjahresplan zu organisieren. Entweder erzählen wir an den Universitäten und Thinktanks seit Jahrzehnten reinen Blödsinn, oder wir wollen die drohende Katastrophe in China einfach nicht sehen. Ich tippe auf Letzteres. Dabei sollte uns der Zusammenbruch des letzten großen Imperiums mit Fünfjahresplan - UdSSR und DDR - doch noch Warnung genug sein.

Im Rahmen dieser Fünfjahresplanungen hat die chinesische Einheitspartei vor einigen Jahren erkannt, dass sich die Wirtschaft toll entwickelt, dass dies aber dummerweise hauptsächlich im Südosten des Landes geschieht. Im riesigen Bereich des Perlflyssdeltas wusste man nicht, wohin mit den Menschen und den Umweltproblemen, während andere Teile Chinas öd, verwaist, menschenleer und rückständig blieben. Also fasste man den Plan, die wirtschaftliche Entwicklung in die Weite des Landes zu treiben. Hoch im Norden, in der Inneren Mongolei, hatte man gerade große Kohle- und Gasvorkommen entdeckt und dachte, das wäre die richtige Stelle, um mal eben eine neue Stadt zu gründen. Man würde eine große Stadt bauen, und wenn die erst mal stehe, dann würden bestimmt ganz viele Menschen dahinziehen, weil da ja jetzt eine Stadt sei.

Das mag im Computerspiel »Sim City« ja vielleicht noch funktionieren, aber die Realität sieht eben doch ein wenig komplexer aus. Man stampfte also im hintersten Winkel Chinas eine Stadt aus dem Boden. Wenn China etwas macht, dann macht China es richtig. Also hat man sich nicht mit Kleinigkeiten aufgehalten und eine Stadt für 300.000 Einwohner in die Pampa gestellt. Dann wartete man auf die Einwohner. Aus irgendeinem Grund kamen die aber nicht. Im März 2012 lebten lediglich 5000 Einwohner in dieser Geisterstadt, und das waren im Wesentlichen zwangsversetzte Beamte, die sich dort selbst verwalteten. Diese Stadt für 300.000 Einwohner verfügte über alles, was eine moderne Stadt ausmacht. Riesige Parkanlagen, Luxusapartements, Sportstadien, Einkaufszentren, Luxus-hotels und vierspurige Autobahnen, aber eben keine Einwohner.<sup>240</sup>

Aus diesem Debakel hat die Zentralregierung ihre Lehre gezogen. Ob es eine richtige war, wird sich zeigen. Vielleicht war man der Ansicht, dass es nur einen Grund für die ausbleibenden Einwohner geben könne - die Stadt sei einfach zu klein. Es klingt wie Kabarett, aber sie haben daraufhin die Stadt vergrößert. Wenn China was macht, dann macht China es richtig. Also hat man die Stadt bis 2015 auf eine Kapazität von sage und schreibe eine Million Ein-

wohner vergrößert. Inzwischen sollen Bauern zwangsumgesiedelt worden sein, um wenigstens ein paar Leute in der Stadt zu haben. Die aktuellen Zahlen für 2017 schwanken nun zwischen 20.000 und 150.000 Bewohnern. Damit würden noch immer achtzig bis neunzig Prozent der Stadt leer stehen. Wir reden von einer Stadt für eine Million Einwohner. Zum Vergleich: Dortmund hat etwa 600.000 Einwohner.

Aber Ordos ist beileibe nicht die einzige Geisterstadt Chinas. Es gibt sie zu Dutzenden in allen Teilen des Landes.<sup>241</sup> Und wir regen uns über einen Flughafen Berlin-Brandenburg auf, der nicht fertig wird! China leistet sich als Fehlinvestition Millionenstädte, in denen vermutlich nie jemand leben wird, und wir nehmen das als neue Normalität hin. Es ist jedoch keine neue Normalität, es ist ein völlig absurder Auswuchs des größten Booms der Weltwirtschaftsgeschichte. Ich weiß nicht, was eine Millionenstadt in der Anschaffung kostet, aber wir reden über viele Milliarden Euro. Diese Fehlinvestitionen wurden von Investoren, aber auch von den chinesischen Kommunen mit immer neuen Krediten getätigt. Kredite, denen kein Ertragsgeschäft gegenübersteht. Kredite, deren Zinsen und Tilgungen mit immer neuen Krediten bezahlt werden. Welche Dimensionen das inzwischen angenommen hat, weiß niemand mehr, es gibt nur vage Schätzungen. 3,5 Billionen US-Dollar soll alleine die Verschuldung der chinesischen Kommunen betragen. Die Shanghaier Börsenzeitung berichtete bereits im November 2014 unter Berufung auf chinesische Wirtschaftswissenschaftler, dass alleine in den Jahren 2009 bis 2014 die unvorstellbare Summe von 6,9 Billionen US-Dollar in China in Fehlinvestitionen verbrannt wurde. Investitionen in Städte, in denen niemand lebt, Autobahnen, auf denen kein Auto fährt, und Flughäfen, von denen kein Flugzeug startet.<sup>242</sup>

Im Jahr 2013 sollen fast die Hälfte der chinesischen Bruttoinvestitionen Fehlinvestitionen gewesen sein.

Aber es bleibt nicht bei den Infrastrukturinvestitionen. Rund 150.000 Unternehmen in China sind Staatsbetriebe. Auch hier wird

in einem nie gesehenen Umfang falsch investiert. Wenn Sie in Deutschland ein Unternehmen führen und Sie geraten in die roten Zahlen, dann werden Sie alles tun, um Ihr Unternehmen umzubauen. Sie werden einsparen, Mitarbeiter entlassen, die Produktion verändern und viele andere Dinge mehr. Hätten Sie Ihr Unternehmen in China, könnten Sie sich die Mühe sparen. Sie machen Verluste? Na und!? Sie gehen zu Ihrer Bank und nehmen einen neuen Kredit auf. Der Staat hält die Banken dazu an, das zu tun, damit die Wirtschaft nicht leidet, damit Sie nicht pleitegehen und keine Mitarbeiter entlassen. Das wäre schlecht für das Wirtschaftswachstum. Also nehmen Sie jedes Jahr neue Kredite auf, bezahlen damit Ihre Verluste und kaufen sich ein neues Auto. Ihre Schulden wachsen und wachsen, aber solange immer frisches Geld ins Land strömt, ist das kein Problem, und Sie müssen sich noch nicht mal bemühen, etwas zu verändern. Die Experten sprechen hier offiziell vom Phänomen der »Zombiefirmen« - Unternehmen, die eigentlich schon pleite und geschlossen sein müssten, aber irgendwie durch immer neue Kredite am Leben gehalten werden.<sup>243</sup> Ich spreche lieber von der Mutter aller Schneeballsysteme.

Um auch hier zumindest näherungsweise mit Zahlen zu arbeiten: Die Verschuldung der chinesischen Unternehmen lag nach Schätzungen bereits 2016 bei 160 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und somit bei etwa 19 Billionen US-Dollar. Zum Vergleich: Die Unternehmensverschuldung der amerikanischen Firmen liegt bei 75 Prozent der Wirtschaftsleistung, mit dem Unterschied, dass die amerikanischen Firmen Gewinn machen, während ein großer Teil der chinesischen Unternehmen Verluste schreibt. Bringen wir das jetzt noch mit den Zahlenmanipulationen in Zusammenhang, dann können wir davon ausgehen, dass diese Zahlen eher eine positive Auslegung der Situation sind. Ich glaube, spätestens an dieser Stelle wird jedem klar, worüber wir hier sprechen. Der chinesische Analyst Niu Dau sagte: »China ist die größte Blase der Weltwirtschaftsgeschichte, und steigende amerikanische Zinsen werden sie zum Platzen bringen.« Ich mache mir diese Formulierung zu eigen.

Der Zusammenhang mit den amerikanischen Zinsen erschließt sich nicht sofort, er ist aber einer der wesentlichen Schlüssel, um die künftige Entwicklung abschätzen zu können.

Jedes Schneeballsystem platzt, wenn der Zustrom neuer Gelder ausbleibt und die bisherigen Teilnehmer ihr Geld abziehen. Genau das geschieht derzeit in China. Dazu müssen wir einen Blick auf die chinesischen Währungsreserven werfen, die oft als ewiger Rettungsanker gesehen werden. »China kann gar nicht in Probleme kommen, die haben ja soooooo viele Währungsreserven«, oder auch: »China hat Amerika in der Hand, denn wehe, die werfen ihre amerikanischen Staatsanleihen auf den Markt.«

Schauen wir uns das doch mal näher an. Dazu stellen wir uns eine Spielbank vor. Stellen Sie sich weiter vor, Sie hätten ein Vermögen geerbt und heute Abend wollen Sie es mit Ihrem Partner mal so richtig krachen lassen. Sie nehmen einen Aktenkoffer mit einer Million Euro in Scheinen und gehen in die nächste Spielbank. Dort legen Sie den Koffer auf den Tisch, wechseln das Geld in bunte Plastikjetons der örtlichen Spielhalle und gehen zocken. Wenn nun jemand in den Kassenbestand der Spielbank schaut, wird er begeistert feststellen, wie viele Euro da in der Kasse liegen. Was kann sich die Spielbank jetzt nicht alles leisten. Sie verbringen wundervolle Stunden. Es läuft. Sie gewinnen nahezu jedes Spiel, und Ihre Jettontürmchen werden höher und höher. Am späten Abend beginnt sich das Glück zu wenden, Sie verlieren die ersten Spiele. Da Sie ja ein kluger Unternehmer sind, werden Sie also Ihre vielen Chips vom Tisch nehmen, Ihren Partner von der Bar abholen und sagen: »Schatz, das war ein toller Abend, wir haben ein Vermögen gewonnen, lass uns nach Hause fahren.« Sie gehen an die Kasse, legen dem Kassierer die Berge an Plastikchips auf den Tisch mit den Worten: »Herzlichen Dank für den schönen Abend, bitte meine Million Euro zurück, und die drei Millionen, die ich gewonnen habe, legen Sie einfach obendrauf.« Sie werden merken, wie dem Mann hinter der Glasscheibe jetzt die Farbe aus dem Gesicht weicht, denn Sie haben die Bank gesprengt. Die Spielbank ist pleite.

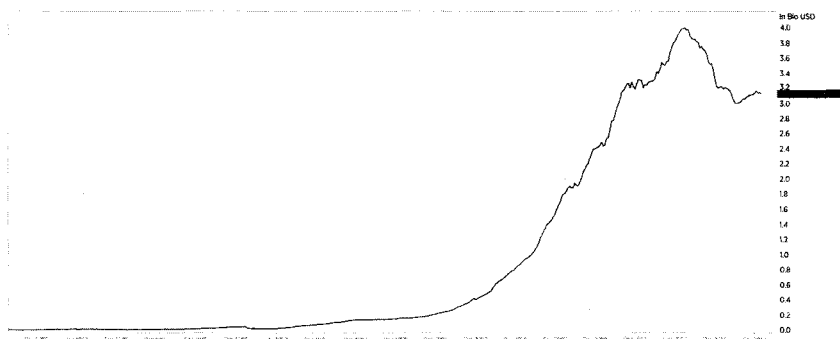
Genau das Gleiche passiert gerade in China. Die internationalen Zocker (Investoren) haben zu Hause Milliardenkredite in japanischen Yen, amerikanischen Dollar und europäischen Euro zu niedrigen Zinsen aufgenommen. Damit sind sie nach China (Casino) geflogen und haben sie (bildhaft gesprochen) bei der chinesischen Zentralbank (Casinokasse) in die dortige Währung Renminbi (Jetons) getauscht. In der Spielbank kann man nur mit Jetons spielen, die die Spielbank selbst herstellt, in China nur in Renminbi investieren, die von der chinesischen Zentralbank »hergestellt« werden. Damit haben Sie dann in China gezockt. In Immobilien, Unternehmensbeteiligungen oder Kreditvergaben. Mit jedem neuen Spieler stiegen die Währungsreserven der Zentralbank weiter an. In der Spitze, im Sommer 2014, erreichten diese Währungsreserven die Rekordhöhe von umgerechnet vier Billionen US-Dollar. Diese Währungsreserven entstanden im Wesentlichen auf zwei Wegen: zum einen durch den Kapitalzustrom der Investoren, den wir gerade untersucht haben, und zum anderen durch Handelsüberschuss. Ein chinesisches Unternehmen produziert eine Containerladung Gummienten und verkauft diese nach Amerika. Dafür bekommt das Unternehmen eine Million US-Dollar. Damit kann die Firma aber in China nichts anfangen, da sie Steuern, Löhne und Mieten in Renminbi bezahlen muss. Also tauscht sie die eingenommenen US-Dollar ebenfalls bei der chinesischen Zentralbank in jene von der Zentralbank selbst erzeugten Renminbi um, und die Währungsreserven steigen entsprechend an.

Es ist sicherlich nicht verkehrt, wenn man überschlägig davon ausgeht, dass die Hälfte der Währungsreserven in Höhe von vier Billionen US-Dollar durch Handelsüberschuss und die andere Hälfte durch Kapitalzufluss der Investoren entstanden sind.

Wir erinnern uns an das »Free Lunch«. Vier Prozent Zins auf amerikanische US-Dollar-Kredite und zwölf Prozent Wachstum in China. Ein einträgliches Geschaftsmodel, zumal durch die ständige Umtauscherei (Dollar werden gegen Renminbi eingetauscht) ja auch der Wert des Renminbi immer weiter anstieg, was die Rendite

nochmals erhöhte. Aber jedes Schneeballsystem platzt irgendwann aufgrund seiner schieren Größe. Je größer es wird, umso mehr neues Geld muss nachkommen, um das Wachstum aufrechtzuerhalten. Irgendwann ist der Punkt erreicht, an dem das einfach nicht mehr möglich ist. Dann wird sich zunächst das Wachstum reduzieren. Und siehe da, das Wachstum Chinas schrumpft (offizielle Zahlen!) auf 6,5 Prozent. Vier Prozent Zinsen bei nur noch 6,5 Prozent Wachstum macht aber schon kaum mehr Spaß, wenn man das Risiko bedenkt. Wenn es jetzt aber vielleicht gar nicht mehr echte 6,5 Prozent sind, sondern vielleicht nur noch vier Prozent, dann wird das Ganze jetzt zum gefährlichen Verlustgeschäft. Die Investoren würden also, sobald sich diese Entwicklung abzeichnet, damit beginnen, ihr Kapital abzuziehen und die Spielbank zu verlassen. Korrekt?

Schauen wir uns also einmal die aktuelle Entwicklung der Währungsreserven in China an.



Seit Sommer 2014 fallen die Währungsreserven in dramatischer Geschwindigkeit. Der Zeitpunkt ist übrigens deckungsgleich mit dem Zeitpunkt, an dem die saudischen Währungsreserven kippten, der Ölpreis fiel und an dem die amerikanische Notenbank ihre Anleihekäufe beendete, was nichts anderes als den Beginn eines Zinsanstieges bedeutete. Das war das Signal für die Investoren, das

Spielfeld zu verlassen. In nur zweieinhalb Jahren von Sommer 2014 bis Januar 2017 sind die chinesischen Währungsreserven um ein Viertel von vier auf drei Billionen US-Dollar gefallen. Ein dramatisches Abschmelzen, dessen Dimension noch einmal steigt, wenn man sich bewusst wird, dass China in dieser Zeit weiterhin einen Handelsüberschuss hatte. Das bedeutet, dass nicht nur diese eine Billion abgezogen wurde, sondern eine Billion zusätzlich zum Handelsüberschuss in dieser Zeit. Schätzungsweise 1,5 Billionen US-Dollar haben China binnen zweieinhalb Jahren fluchtartig verlassen.

Während in der Phase des Geldzustroms in all den Jahren der Renminbi gegenüber dem US-Dollar wegen des ständigen Umtauschs immer mehr aufwertete, kippte der Kurs natürlich ab, als immer mehr Investoren Kasse machten und ihre Renminbi wieder in US-Dollar tauschten, um sie zurück nach Hause zu verfrachten. Viele Journalisten erklärten Ihnen das aus Unwissenheit oder weil man ihnen das in den Bankhäusern aus Kalkül so erzählt hatte, als böse Wechselkursdrückerei der Chinesen, um ihren Export zu unterstützen.<sup>244</sup> Tatsächlich blieb den Chinesen aber gar nichts anderes übrig, als den Kurs den Gegebenheiten anzupassen. Immer mehr Investoren wollten ihre Renminbi los werden und dafür US-Dollar zurückhaben. Zugleich hilft die Abwertung, das Abschmelzen der Reserven ein wenig zu verlangsamen. Wenn ich für jeden Plastikchip, der das Casino verlässt, einen harten Euro auszahlen muss, ist mein Problem größer, als wenn ich den Wechselkurs senke und nur noch fünfzig Cent für einen Jeton auszahle.

In all dieser Zeit erzählten uns die großen Bankhäuser und jene Medien, die diese Geschichten glaubten, das sei alles nicht schlimm. China habe ja 6,5 Prozent Wachstum und das alles sei nur eine kleine Delle. Natürlich, solange ich mein Geld noch nicht vollständig aus China abgezogen habe, würde auch ich einen Teufel tun und der Masse erzählen, dass die Blase gerade am Platzen ist. Das Geld aus China abzuziehen ist ein quälend langsamer und schwieriger Prozess. Wenn das Geld in Wolkenkratzern oder Wohnblocks

investiert ist, vielleicht noch mit einem chinesischen Partner, wie aus juristischen Gründen in China oft üblich, dann können Sie diese Immobilie nicht mal eben auf Knopfdruck verkaufen. Sie brauchen einen Käufer, sie müssen Verträge ausarbeiten, Rechtsabteilungen beschäftigen usw. Auch vergebene Kredite und Firmenbeteiligungen können Sie nicht so eben auflösen. Das sind Prozesse, die viele Monate und manchmal Jahre dauern, je nach Vertragsgestaltung. Die chinesische Zentralregierung ist sich der Brisanz der Lage vollkommen bewusst und versucht natürlich gegenzusteuern. Es wurden immer schärfere Kapitalverkehrskontrollen eingesetzt, die es den Unternehmen immer schwerer machen sollten, Geld aus dem Land zu schaffen. Ende 2016 durfte kein chinesisches Tochterunternehmen mehr als fünf Millionen Dollar an seine ausländische Mutter überweisen, ohne dafür eine Genehmigung zu haben.<sup>245</sup>

Auch deutsche Unternehmen in China durften ihre Gewinne nicht mehr aus dem Land bringen. Selbst Dividendenzahlungen ins Ausland wurden stark eingeschränkt. Klingt das nach »China will den Renminbi drücken, um seine Exporte anzukurbeln«? Der Effekt dieser Maßnahmen ist ja genau das Gegenteil. Solche Methoden sind natürlich brandgefährlich. Ein ausländisches Unternehmen und Investoren werden einen Teufel tun, noch mal Geld in China zu investieren, wenn sie befürchten müssen, ihr Geld nicht mehr rauszubekommen, wenn es eng wird. Solche Kapitalverkehrsmaßnahmen trifft ein Land nur, wenn es mit dem Rücken zur Wand steht.<sup>246</sup>

Auch chinesische Unternehmer versuchen weiterhin mit allen Tricks, ihr Geld aus dem sinkenden Schiff zu bekommen. Einer dieser Wege geht über Hongkong. So stellt die Hongkonger Tochter eines chinesischen Unternehmens eine völlig überteuerte Rechnung für eine Dienstleistung oder eine Patentnutzung aus, die das Unternehmen aus Festlandchina dann nach Hongkong überweist. Auch Scheinrechnungen und Kettengeschäfte gehören zum Spiel. Das führt zu solch skurrilen Stilblüten wie im März 2016. Hier meldete Hongkong, dass die Exporte nach Festlandchina gegenüber

dem Vorjahr um elf Prozent gefallen seien, was nicht gerade für ein chinesisches Wirtschaftswachstum spricht. Aber für genau den gleichen Monat vermeldete Chinas Zentralkomitee, dass die Importe aus Hongkong um 116 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen seien. Hongkong exportiert elf Prozent weniger nach China und gleichzeitig kommen 116 Prozent mehr Waren und Dienstleistungen aus Hongkong in China an. Solche Wunder schafft nur die chinesische Magie. Alles ganz normal, machen Sie sich keine Sorgen, machen Sie sich keine Gedanken. Der Hintergrund sind völlig überhöhte Rechnungen, mit denen chinesische Geschäftsleute versuchen, ihr Geld aus dem Land zu bekommen.<sup>247</sup>

Eine weitere Methode ist der Kauf von ausländischen Firmen. Einerseits versucht China, möglichst wenig Devisen außer Landes zu lassen. Wenn eine chinesische Firma aber eine europäische Firma kaufen will, an deren technischem Know-how Chinas Regierung Interesse hat, dann gibt es dafür Ausnahmegenehmigungen. Die Folge ist genau das, was wir hier in Deutschland in den letzten Jahren beobachtet haben. »Die Chinesen kaufen jedes Unternehmen, das nicht schnell genug die Tür abschließt.« Dabei ging es den Käufern oft gar nicht um diese oder jene Firma, die war ihnen manchmal sogar ziemlich egal. Es ging ihnen nur darum, so schnell wie möglich das Geld aus dem Land zu bekommen. Lieber eine wenig rentable, aber gute Firma in Deutschland, als einen Totalverlust im kommenden chinesischen Wirtschaftszusammenbruch. Der Vorstand einer namhaften deutschen Unternehmensberatung, die chinesische Investoren bei der Übernahme deutscher Firmen berät, hat mir Erstaunliches berichtet. »Normalerweise sind wir verpflichtet, die zu übernehmenden Firmen umfangreich auf Herz und Nieren zu prüfen, dass ja alles in Ordnung ist mit den Bilanzen und Geschäftsberichten, sonst sind wir in der Haftung. Diese sogenannte >Due Diligence< dauert natürlich ihre Zeit. Unsere chinesischen Mandanten wollten uns aber ein ums andere Mal dazu drängen, auf diese zeitraubenden Untersuchungen zu verzichten. Schaut mal grob drüber und dann macht den Vertrag zu. Die wollten so schnell

wie möglich ihr Geld los werden.« Die Ratten verlassen das sinkende Schiff und erzählen Ihnen als Anleger: »Macht euch keine Sorgen, alles in Ordnung!«

Und tatsächlich erzählt man auch den chinesischen Bürgern, alles sei in bester Ordnung. Während die einen ihre Immobilienbestände in den großen Ballungszentren nicht schnell genug losschlagen können, balgen sich die chinesischen Kleinsparer um jeden Quadratmeter. Die Kreditvergaberichtlinien wurden erneut gesenkt, damit noch mehr unerfahrene Chinesen wahnwitzige Kredite aufnehmen, um sich ein paar Quadratmeter zu erwerben. Während in den Geisterstädten die Luxusimmobilien vom Unkraut zurückerobert werden, explodieren in den boomenden »Tier 1«-Städten (das sind die Top-Ballungszentren wie bei uns München oder Hamburg) die Preise in immer abenteuerlichere Regionen.<sup>248</sup> Eine Zweizimmerwohnung mit achtzig Quadratmetern im sechsten Stock eines heruntergekommenen Hochhauses ohne Aussicht kostete im Jahr 2016 1,1 Millionen Euro. Eine durchschnittliche Wohnung kostet inzwischen das Dreißigfache eines guten Jahreseinkommens. In München, der teuersten Metropole Deutschlands, ist es das Zehnfache. Junge Ehepaare kratzen ihr ganzes Geld zusammen und auch noch das ihrer Eltern und manchmal des Dorfes, aus dem sie stammen. Dazu noch ein Kredit von der Bank. Nach dem Kauf sind alle glücklich, weil sie wissen, dass sie jetzt reich werden, denn nächstes Jahr ist die Wohnung ja wieder zwanzig Prozent mehr wert. So war es doch immer. Sie kennen es nicht anders. Sie haben seit dem Aufbruch Chinas nicht erlebt, dass Immobilienpreise nachhaltig gefallen sind. Sie kennen die Geschichten aus Spanien, Amerika oder dem Japan der 1980er-Jahre nicht, wo mit den immer gleichen Geschichten im Boom horrenden Preise für Immobilien bezahlt wurden, da die ja angeblich nur noch steigen können. Bis sie eben eines Tages einfach aufhörten zu steigen und in den freien Fall übergingen.

Können wir uns wirklich vorstellen, welche Unruhen in China ausbrechen, wenn Millionen Menschen aus dem Mittelstand samt

ihren Familien und Freunden ihre Existenzen in einem Immobiliencrash verlieren? Eigentlich ist die Kreditaufnahme für Immobilien offiziell begrenzt worden, dafür hat sich inzwischen ein unregulierter Schattenkreditmarkt gebildet, auf dem die Kunden zu horrenden Zinsen diese Kredite doch erhalten können. Aber auch ohne Kredite steckt etwa 75 Prozent der Ersparnisse der chinesischen Bevölkerung in diesen Immobilien. Käme es zu einem Crash der Immobilienpreise wie in Japan Ende der 1980er-Jahre, würden über zehn Billionen Dollar des chinesischen Mittelstandes pulverisiert.

Wenn diese chinesische Wirtschaftsblase, die Mutter aller Wirtschaftsblasen, endgültig platzt, wird die Schockwelle alles in den Schatten stellen, was wir nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges je an Wirtschaftskrise erlebt haben.

Auslöser hierfür kann vieles sein. Ein plötzlicher Crash an den Aktienbörsen, ein Angriff auf Nordkorea, ein militärischer Konflikt zwischen Saudi-Arabien und Iran mit einem Ölpreis von zweihundert US-Dollar oder einfach steigende amerikanische Zinsen, wie Niu Dao das angekündigt hatte. Zahlt der amerikanische Investor vier Prozent Zinsen und hat in China zwölf Prozent Wachstum, ist alles in Ordnung. Fällt das Wachstum in China auf sechs Prozent, beginnt er sich, wie gesehen, zu verabschieden. Mit jedem Zehntel, das die chinesische Wirtschaft an Tempo verliert, wird das Geld schneller das Land verlassen. Damit ist völlig klar, warum China uns so lange wie möglich hohe Wachstumsraten vermelden wird und alles in seiner Macht Stehende tut, um das Wachstum auch tatsächlich wieder anzukurbeln.

Aber eines haben die Chinesen nicht im Griff. Die Zinsentscheidungen der amerikanischen Notenbank FED. Mit jedem Zehntel, das die FED die Zinsen anhebt, wird es für die internationalen Investoren unattraktiver, die steigenden Kreditzinsen zu bezahlen, um in China investiert zu sein. Mit jedem Zinsanstieg schnürt die FED den Chinesen mehr die Kehle zu. Die FED entscheidet, wann China implodiert. »China ist die größte Blase der Weltwirtschaftsgeschichte,

und steigende US-Zinsen werden sie zum Platzen bringen.« Dieser Zusammenhang wird jetzt klar.

Aber was ist mit dem oft gehörten Argument: »Die Chinesen haben die Amerikaner in der Hand! Die haben so viele US-Staatsanleihen, wenn sie die auf den Markt werfen, bekommt Amerika Probleme.«? Dieses Argument ist schlicht nicht korrekt. Die amerikanische Notenbank FED hat, wie wir am Anfang des Buches gesehen haben, inzwischen Anleihen im Wert von 4,5 Billionen US-Dollar im Bestand, die sie am Markt gekauft hat. Nehmen wir in einem bildhaften Beispiel an, Chinas Präsident würde die Hutschnur reißen; er fliegt nach Washington, knallt seine geschätzten 1,2 Billionen US-Staatsanleihen auf den Tisch des Hauses und ruft im Stile einer Maggy Thatcher: »I want my money back« - »Gebt mir sofort meine Dollar wieder.« Was würde passieren? Der amerikanische Finanzminister lässt ihm einen Kaffee bringen und ruft bei der FED an: »Jungs, ich habe noch ein bisschen Ware für euch reinbekommen, werft die Druckerpresse an.« Kurze Zeit später reicht er einen Wäschekorb mit 1,2 Billionen frischen Dollars über den Tisch, und die FED hat jetzt 5,7 Billionen US-Dollar Anleihen im Bestand. Das war's. Wie schon geschrieben: Ein Land, das nur in seiner eigenen Währung verschuldet ist, kann nicht pleitegehen.

Natürlich schaut China der Katastrophe nicht tatenlos entgegen. Die Regierung versucht alles, um die Situation kurzfristig wie auch perspektivisch zu retten. Ob das gelingt, ist völlig offen. Ich halte es nicht für vollkommen ausgeschlossen - die Börse lehrt neben Demut auch den Wunderglauben -, aber doch für wenig wahrscheinlich. Bestenfalls gelingt es, das Ruder wie schon 2008 herumzureißen und noch einmal einige Jahre Zeit zu gewinnen. Aber wir sollten uns auch über die strategische Lage der USA, besser gesagt von deren Machtelite, klar werden. Die Kommentatoren scheinen sich einig, dass es nur eine Frage der Zeit sei, wann China die USA wirtschaftlich und somit machtpolitisch ablösen werde. Rufen wir uns die Worte von Brzezinski ins Gedächtnis: »Inwieweit die USA

ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertigwird - und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann.«

Es ist daher wenig wahrscheinlich, dass die Vertreter der derzeit herrschenden Machtstrukturen, die sich Amerika zu ihrem mächtigsten Werkzeug geschmiedet haben, jetzt einfach zusehen, wie China ihnen die wirtschaftliche und politische Gestaltungsmacht über den Globus abnimmt, und sagen: »Na ja, haben wir hundert Jahre Spaß gehabt, jetzt dürfen die Chinesen auch mal.« Immer wieder ist zu hören, Amerika könne gar nichts dagegen tun, dass China die Weltmacht Nummer eins werde. Das Gegenteil ist der Fall. Sie haben den Finger am Abzug und entscheiden ganz alleine, zu welchem Zeitpunkt sie abdrücken. »Steigende amerikanische Zinsen werden die chinesische Blase zum Platzen bringen.«

Die Folgen wären weltweit fatal, aber wie viele Kriege und sogar Weltkriege wurden trotz aller absehbaren katastrophalen Folgen in der Vergangenheit ausgelöst? Jede katastrophale Entwicklung kennt auch Gewinner, die letztendlich davon profitieren. Jeder Feldherr war bereit, Opfer zu bringen, eine Schlacht zu verlieren, wenn er sich dafür am Ende einen größeren Erfolg erhoffte oder den Krieg zu gewinnen erwartete. Jeder Krieg war stets eine Abwägung zwischen eigenen Verlusten und eigenen Gewinnen. Oft war es auch der Gedanke, dass nur durch ein zerstörerisches Chaos eine neue Ordnung entstehen könne. Und dieser Gedanke scheint auch heute wieder seine Anhänger zu finden.<sup>249</sup>

Im Übrigen hilft auch ein Blick in die Geschichtsbücher. Japans Aufstieg und Fall ist eine wunderbare Blaupause, um zu verstehen, was in China passiert und zu erwarten ist. Natürlich lassen sich solche Entwicklungen nie eins zu eins übertragen. Jede Krise hat ihre eigenen Besonderheiten. Aber die großen Zusammenhänge sind doch oft verblüffend ähnlich. Die Naturgesetze der Wirtschaft lassen sich eben nicht dauerhaft außer Kraft setzen.

Japans Aufstieg nach dem Zweiten Weltkrieg war vergleichbar mit dem Chinas, nur eben alles zwei Nummern kleiner. Aus damaliger Sicht aber gigantisch. Bis 1990 war Japan von einem zurückgebliebenen Kriegsverlierer zu einer der führenden Wirtschaftsmächte der Welt aufgestiegen. Die Gründe waren die gleichen wie in China: ein fleißiges Volk mit immensem Nachholbedarf, zunächst als Weltmeister im Abkupfern verschrien - »Die kopieren ja nur unsere Autos« -, bis sie technologisch vorbeizogen und die Welt staunen machten. Der Wirtschaftsboom war sensationell und ebenso die Börsen- und Immobilienpreisentwicklung, die einen ihrer Gründe in rekordniedrigen Zinsen und hoher Kreditvergabe fand. Japan wurde zum Motor der Weltwirtschaft und nahm den europäischen und amerikanischen Industrien zunehmend Marktanteile ab. Man sprach schon von der künftigen Weltmacht Nr.1. Die zehn größten Banken der Welt waren japanische Banken. Die Hälfte der hundert weltweit größten Firmen waren japanische Firmen.

Die Börsenkurse explodierten ins Abenteuerliche, aber die Immobilienpreise schossen den Vogel ab. Binnen weniger Jahre vervierfachten sie sich. Man nahm hohe Kredite auf, um Immobilien zu kaufen, und konnte sicher sein, dass diese im kommenden Jahr bereits zwanzig Prozent teurer sein würden. Die Preise erreichten unvorstellbare Dimensionen. Als schönstes Bonmot in diesem Zusammenhang wird immer wieder der japanische Kaiserpalast im Herzen Tokios benannt, dessen Wert mit seinen 110.000 m<sup>2</sup> dem Wert des gesamten amerikanischen Bundesstaates Kalifornien entsprach. Die japanische Regierung hatte berechnet, dass jedes japanische Grundstück hundertmal so teuer war wie das vergleichbare amerikanische. Schon begannen die Japaner, mit ihrem Geld weltweit auf Einkaufstour zu gehen. Doch Ende der 1980er-Jahre ließ Japans Wachstum nach und betrug 1987 nur noch 2,4 Prozent. Viele Unternehmen rutschten plötzlich in den Verlustbereich und drückten dennoch ihre Produkte zu Dumpingpreisen auf den Weltmarkt. Kommt Ihnen das alles nicht sehr bekannt vor?

Es wird noch verblüffender. Beim Weltwirtschaftsgipfel 1987 werfen die USA Japan unfaire Handelspraktiken vor, und es kommt zu wirtschaftlichen Spannungen mit den USA. Japans Regierung versucht gegenzusteuern und verabschiedet für damalige Verhältnisse riesige Infrastrukturprogramme in Höhe von 78 Milliarden US-Dollar, die zu großen Teilen in sinnlose Infrastruktur verschwendet werden und die Immobilienpreise weiter durch die Decke jagen. Die Mittelklasse konnte sich kaum noch eigene Wohnungen leisten, die Verschuldung der Bürger, des Staates und der Unternehmen nahm groteske Züge an. Japan war wie heute China auf dem Zenit des Wahnsinns. Doch 1987/88 begann die FED die Leitzinsen in schnellen Schritten anzuheben, und die Damen und Herren wussten ganz genau, was sie damit auslösen würden. Es setzte eine Kapitalflucht aus Japan ein, die den Wechselkurs des Yen unter Druck brachte und die japanische Notenbank dazu zwang, die Leitzinsen ebenfalls anzuheben, um den Kapitalabfluss zu verhindern, und zugleich strengere Regeln für die Banken vorzugeben, um den Immobilienmarkt ein wenig abzukühlen. Der Chefberater der Bank of Tokyo sagte 1990: »Wir sind in einem Teufelskreis gefangen, der mit steigenden Zinsen, sinkenden Aktienkursen, einem schwachen Yen und Kapitalflucht beginnt.«<sup>250</sup>

Er sollte recht behalten. Als erste Gerüchte über Probleme im Finanzsektor aufkamen, begannen die Aktienkurse zu fallen. Pleiten folgten, und Stück für Stück wurden die unglaublichen Verrücktheiten bekannt, die bis dahin als Normalität angesehen wurden. Banken vergaben keine Kredite mehr, da sie befürchteten, das Geld nicht wiederzusehen. Eine Kreditklemme wie 2008 war die Folge und führte zu den nächsten Ausfällen. Die Aktienkurse brachen innerhalb eines Jahres von knapp 40.000 Punkten um fünfzig Prozent ein und fanden ihren vorläufigen Tiefpunkt zwei Jahre später nach einem Minus von 65 Prozent bei 15.000. Es sei daran erinnert, dass wir hier im Gegensatz zu China über erfolgreiche und einst hochprofitable Unternehmen sprechen. Die Börse erholte sich davon nie wieder, dümpelte einige Jahre unter Schwankungen seitwärts, um

dann bis 2003 auf neue Tiefstände bei 8000 Punkten zu fallen. Auch umgehende Zinssenkungen in Japan konnten die Katastrophe nicht mehr aufhalten.

Der Immobilienmarkt folgte wie üblich mit einiger Verzögerung, da man Häuser nicht per Knopfdruck verkaufen kann. In den kommenden sechs Jahren sollten sich die Immobilienpreise halbieren, mit dramatischen Konsequenzen für die dahinterstehenden Kredite. Japan ist noch immer eine erfolgreiche Wirtschaftsnation, hat sich aber bis heute - dreißig Jahre danach - noch immer nicht endgültig von dem damaligen Platzen der Blase erholt. Die japanische Börse steht derzeit noch immer bei etwa 20.000 Punkten und damit fünfzig Prozent unter den ehemaligen Höchstständen. Es ist längst keine Rede mehr davon, dass Japan, inzwischen einer der engsten Verbündeten der USA, die Weltherrschaft übernimmt. Der Auslöser waren steigende amerikanische Zinsen. Interessanterweise hat die FED die Zinsen, unmittelbar nachdem sie die Katastrophe in Japan mit einem Zinsanstieg von sechs auf zehn Prozent getriggert hatte, sodass sie nicht mehr zu verhindern war, sofort die eigenen Leitzinsen wieder dramatisch von neun Prozent 1990 auf drei Prozent 1992 gesenkt und damit ein zu starkes Übergreifen auf die amerikanische Konjunktur verhindert.

Zu dieser Zeit war die Welt nicht ansatzweise so stark miteinander verwoben wie heute, Globalisierung war ein Fremdwort, und die konjunkturellen Zyklen liefen völlig unabhängig voneinander ab. So konnte eine Rezession in Asien durch einen Wirtschaftsaufschwung in Amerika abgemildert werden oder umgekehrt. Heute sind sämtliche Wirtschaftsmärkte aufs engste miteinander verwoben, die Kredite bilden ein einziges Netz um die Welt, und die Konjunkturzyklen sind synchronisiert wie ein Automatikgetriebe. Japan hatte 120 Millionen Bürger, China 1,2 Milliarden. Ja, wir sollten besorgt sein. Nur wer die Geschichte kennt, der versteht die Gegenwart und kann die Zukunft für sich gestalten.

Dieser Blick in die Geschichte lässt die aktuelle Entwicklung in China zum Déjà-vu werden. Und wieder sieht ein aufstrebendes

Land die drohende Katastrophe, bemerkt die abkühlende Wirtschaft, sieht die Kapitalflucht und hört die berechtigten Vorwürfe über unlautere Handelspraktiken. Wieder sind die Maßnahmen, mit denen man das Unvermeidliche verhindern will, die gleichen. China versucht, den Kapitalabfluss zunächst mit Kapitalverkehrskontrollen und großen Investitionspaketen zu stoppen. Wieder wird die Bauwirtschaft angefeuert, und die Preise gehen weiter durch die Decke. Für den Moment scheint es zu gelingen, die Infrastrukturinvestitionen feuern das Wachstum wieder an. Wir sehen, dass seit Januar 2017 *offiziell* - das muss man immer anmerken - die Währungsreserven nicht mehr sinken, sondern konstant bleiben. Das bedeutet keineswegs, dass kein Geld mehr abgezogen würde, aber das Tempo hat sich verlangsamt. Es wird nur noch so viel abgezogen, wie durch den Handelsüberschuss neu ins Land kommt. Das Ergebnis ist eine Stabilisierung der Währungsreserven. Aber auch unsere deutschen Unternehmen vermelden große Auftragseingänge aus China, was daraufhindeutet, dass die chinesische Wirtschaft tatsächlich wieder an Fahrt gewinnt. Das war in Japan 1988 aber auch der Fall.

Alles hängt nun davon ab, ob es China gelingt, die Konjunktur wieder für einen längeren Zeitraum anzukurbeln, und ob die USA die Zinsen niedrig lassen. Sollte einer von beiden Faktoren nicht zum Tragen kommen, können wir uns auf den perfekten Sturm einstellen, der das japanische Szenario in deutlich größerer Dimension wie eine Schockwelle um die Welt schicken wird.

## Expansion nach Westen: Die neue Seidenstraße

Auf die amerikanischen Zinsen hat China keinen Einfluss und ist vollkommen von den strategischen Plänen der Amerikaner abhängig. Die wirtschaftliche Entwicklung versucht China in den Griff zu bekommen und scheint hier zumindest aus den Fehlern der Vergangenheit lernen zu wollen. Man hat erkannt, dass die

bisherigen Infrastrukturinvestitionen oft so sinnvoll waren, wie Löcher in die Erde zu graben, nur um sie hinterher wieder aufzufüllen. Das bringt Wirtschaftswachstum, das bringt Beschäftigung, aber es bringt nicht weiter. Autobahnen in die Wüste des Hinterlandes zu bauen macht ebenso wenig Sinn, wie Städte in menschenleere Gegenden zu bauen. Aber es gibt auch sinnvolle Infrastrukturinvestitionen, ja es gibt sogar sensationelle Infrastrukturinvestitionen, die einen ganzen Kontinent für immer verändern können. Auch hier hilft wieder ein Blick in die Geschichtsbücher.

Es gab zwei große Infrastrukturprojekte, ohne die Amerika nie da wäre, wo es heute ist. Das erste war der Bau der Eisenbahnlinsen im 19. Jahrhundert. Durch die unzähligen neuen Strecken, die das Land in alle Richtungen durchzogen, wurden viele Teile der USA erst erschlossen. Und der zweite entscheidende Boom kam mit dem Bau der Interstate-Highways ab den 1950er-Jahren. Präsident Eisenhower, im Zweiten Weltkrieg als General in Deutschland, hatte die strategische und wirtschaftliche Bedeutung der deutschen Autobahnen erkannt und sich das feste Ziel gesetzt, dies auch in Amerika umzusetzen.<sup>251</sup> Eisenhower sagte in einem Interview: »Deutschland ließ mich die großen Vorteile breiter Straßenbänder verstehen, die das ganze Land durchziehen. Das war eins der Dinge, die sich tief in mir festgesetzt hatten, und ich traf die persönliche und unbedingte Entscheidung, auch unsere Nation davon profitieren zu lassen.« Diese Verkehrsadern waren die Grundlage, um den bis dahin starr liegenden amerikanischen Kontinent zum Leben zu erwecken. Es waren eben keine sinnlosen Straßen ins Nirgendwo, sondern Highways, die die Ballungszentren an der Ostküste (New York) mit den Ballungsgebieten an der Westküste (San Francisco, Kalifornien) miteinander verbanden. Menschen und Güter wollten von der einen zur anderen Seite und umgekehrt. Die Schienen und Straßen haben das ermöglicht. Erst so wurden Handel und Austausch in großem Stil möglich und somit beschleunigt.

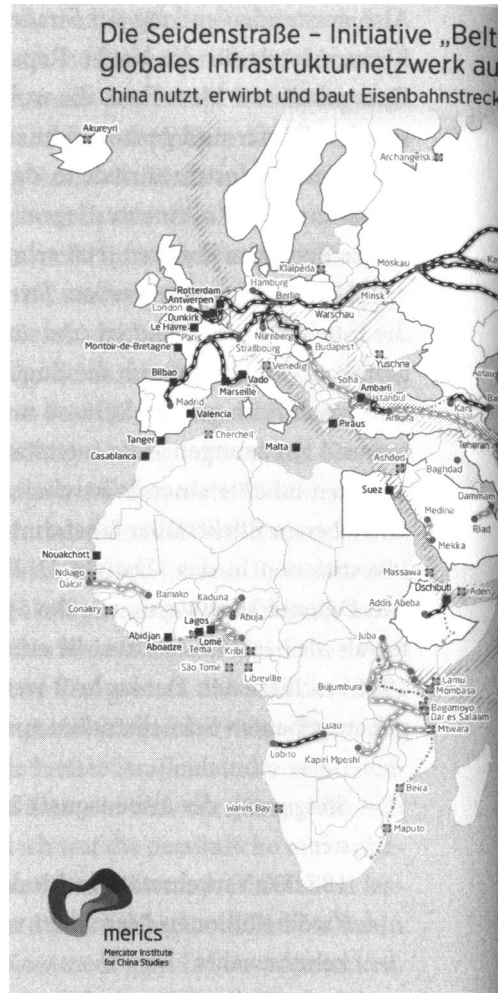
Aber es geschah mehr. Kein Lkw, kein Fahrer und kein Privatwagen war in der Lage, diese riesige Strecke am Stück zu bewältigen.

Also entstanden entlang der Straßen erste Tankstellen und Diners. Kleine Motels für die Nacht. Reparaturwerkstätten für die Autos. Dort arbeiteten Menschen, die wohnen und leben wollten. Es entstanden Dörfer und ganze Städte in bisher trostlosen Regionen, in denen sich Industrie ansiedelte, da sie jetzt direkt an den Hauptlebensadern des Kontinentes lagen. Die Rohstoffe und Erzeugnisse dieser Regionen konnten jetzt schneller und günstiger in alle Teile der USA transportiert werden. Der Boom der Küsten wurde durch die Interstates beschleunigt und zugleich in die Fläche des Landes getragen. Zunächst durch die Zuglinien mit ihren Railway Stations und später - im großen Stil und mit viel mehr Anknüpfungspunkten und Kreuzungen - die Interstate Highways. Schon der Bau der Strecken brachte einen Wirtschaftsboom, der durch die zuvor beschriebenen Effekte über Jahrzehnte anhalten sollte. Die staatlichen Investitionen in das »Dwight D. Eisenhower System of Interstate and Defense Highways«, wie das Straßensystem offiziell heißt, gelten als die beste Investition, die eine Nation je gemacht hat. In einer 1996 erschienenen Denkschrift werden die positiven Folgen dieser gut ausgebauten Schnellstraßen zusammengefasst:<sup>252</sup>

- Steigerung der Lebensqualität für jeden einzelnen Amerikaner
- 187.000 Verkehrstote verhindert
- Zwölf Millionen Menschen vor Verletzungen im Straßenverkehr bewahrt
- Sechs Dollar Wirtschaftsleistung für jeden investierten Dollar
- Steigerung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit.

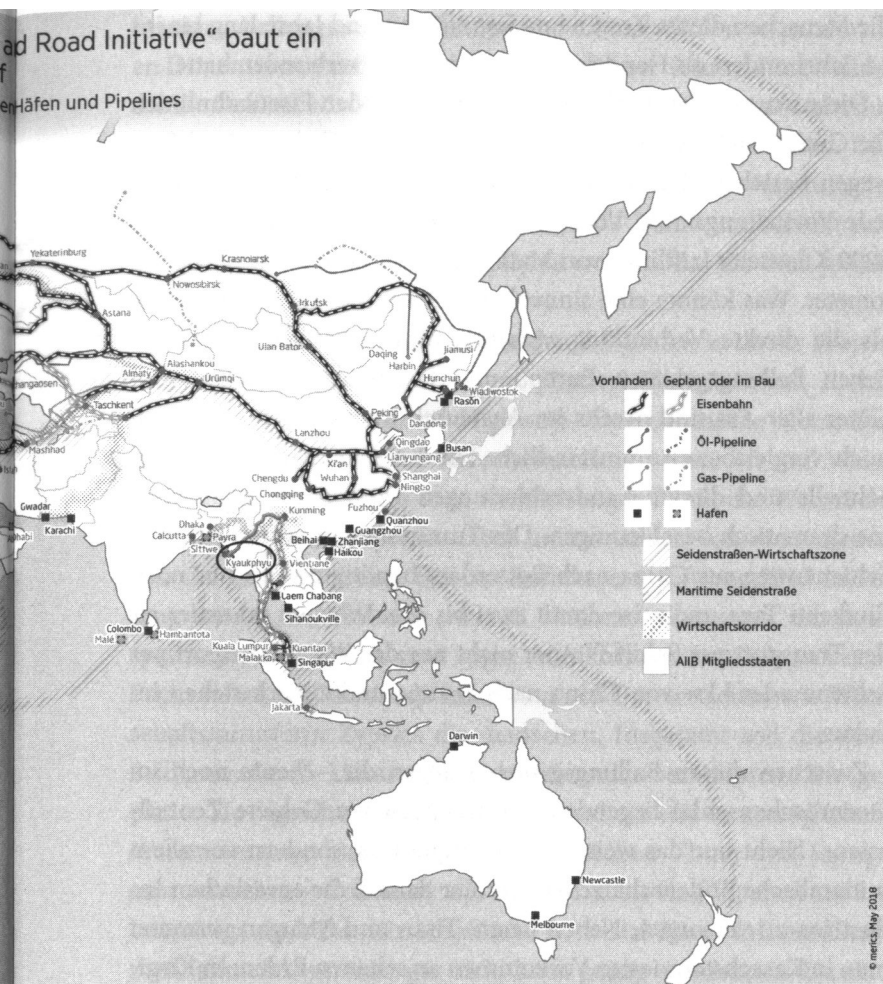
Man kann den Wert dieser sinnvollen Infrastrukturmaßnahme für die Entwicklung des nordamerikanischen Kontinentes nicht hoch genug einschätzen. Aber schon der Name »Dwight D. Eisenhower System of Interstate and Defense Highways« zeigt, dass dieses Autobahnssystem auch eine militärisch-strategische Komponente hatte - wie schon der Bau der deutschen Autobahnen im Dritten Reich,

Die Seidenstraßen-Initiative  
 »One Belt, One Road«  
 (OBOR) – Mit dieser Initiative  
 will China ein globales Infra-  
 strukturnetzwerk aufbauen  
 (dargestellt sind alle Projekte,  
 die im Dezember 2015 fertig-  
 gestellt oder in Planung waren)



die Eisenhower inspiriert hatten. Auf diesen Transportwegen lassen sich Truppenverbände wesentlich schneller verlegen als auf kurvigen und engen Landstraßen.

Genau diese Erkenntnis haben auch die Chinesen gewonnen und begannen ebenfalls, ein solches Verkehrsnetz aufzubauen. Aber Sie wissen bereits: Wenn China etwa macht, macht China es richtig. Sie begnügen sich nicht etwa mit einem chinesischen Autobahnssystem,



sie planen ein Verkehrswegesystem für den kompletten eurasischen Kontinent, von Rotterdam und Spanien bis nach Guangzhou und Wladiwostok.

Dieses Projekt mit dem etwas sperrigen Namen »One Belt, One Road« ist hierzulande unter dem Begriff »Seidenstraßeninitiative« bekannt und soll auf die größte antike Handelsroute Bezug nehmen, die mit einer Länge von 6400 Kilometern schon einmal

die Menschen dieses Kontinents fast zweitausend Jahre lang bis ins 14. Jahrhundert als Handelsroute miteinander verbunden hatte.

Diese neue Seidenstraße soll aus durchgehenden Eisenbahnlinien für Güter- und Hochgeschwindigkeitszüge, Autobahnen und Seewegen bestehen. Die schiere Dimension dieses Projektes sprengt jede Vorstellungskraft. Von New York nach San Francisco sind es 4000 Kilometer Luftlinie, von Madrid nach Wladiwostok 10.000 Kilometer. Was könnte eine sinnvollere Infrastrukturinvestition sein, als die direkte Verbindung zwischen diesen riesigen wirtschaftlichen Ballungsgebieten Europa und Ostchina? Menschen und Güter aller Art sind bereits im Austausch miteinander, aber doch noch vergleichsweise umständlich. Die Entfernungen sind riesig. Schnelle und direkte Landverbindungen würden die Warenströme dramatisch beschleunigen. Der Transport von Waren auf dem Schienenweg aus China nach Rotterdam benötigte dann nur noch fünfzehn Tage und wäre damit zwei bis drei Wochen schneller als der Transport per Schiff.<sup>253</sup> Aber nicht nur der Warentransport per Schiene oder Lkw von China nach Europa und zurück stehen im Fokus.

Zwischen diesen Ballungsgebieten liegen die - heute noch im Dornröschenschlaf liegenden - rohstoffreichen Gebiete Zentralasiens. Nicht nur das weiterhin benötigte Gas, sondern vor allem mineralische Bodenschätze warten hier darauf, die eurasischen Industrien zu versorgen. Neben Eisen, Titan und Mangan vermutet man in Kasachstan riesige Vorkommen an seltenen Erden. In Kirgisien sind es Gold, Quecksilber, Wolfram, Uran und ebenfalls seltene Erden. Die Aufzählung ginge hier seitenweise weiter. Wenn also durch die neuen Verkehrsstrassen diese Rohstoffvorkommen auf dem schnellen Weg an die eurasischen Industrien angeschlossen würden, wäre die schiere Dimension der positiven wirtschaftlichen Folgen, die sich daraus ergäben, mit heutigem Verständnis kaum zu greifen. Wie in den USA würden aus den bislang kargen zentralasiatischen Landschaften wirtschaftliche Zentren werden. Der eurasiische Kontinent würde in Gänze zum Leben erwachen, und die

heutigen Ballungszentren Europa und China würden zu ganz neuen Dimensionen aufbrechen. Alles ein schöner Traum? Eine Vision, die nie Realität wird? Ganz im Gegenteil. Diese Vision ist nicht nur in der Planung, diese Seidenstraße ist bereits im vollen Bau. Das Finanzierungsvolumen beläuft sich bislang auf die fantastische Summe von mindestens 900 Milliarden US-Dollar und schickt sich an, das größte Infrastrukturprojekt zu werden, das die Welt jemals gesehen hat.<sup>254</sup>

Jedes Jahr will China 150 Milliarden US-Dollar in dieses Projekt investieren. Es umfasst Pipelines, Tiefseehäfen, Brücken, Eisenbahnlinien, Flughäfen und Highways. Der eurasische Kontinent und sogar darüber hinaus soll miteinander in einer Art und Weise verbunden werden, dass man wirklich sagen kann, die Welt rückt zusammen. Peking spricht dabei unumwunden von einer neuen Ära der Globalisierung. Bei der Auftaktveranstaltung 2017 in Peking waren die Vertreter von 28 Nationen anwesend, darunter spanische, chilenische und sogar nordkoreanische Delegationen. Putin selbst hat Russlands Interessen vor Ort vertreten, wie Wirtschaftsministerin Zypriens die deutschen. Insgesamt soll die neue Seidenstraße 65 Länder direkt miteinander verknüpfen. Die geplante Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnlinie soll es ermöglichen, Warencontainer binnen drei Tagen zwischen China und Europa auszutauschen - Container, die bisher drei bis fünf Wochen auf See unterwegs sind. Das wirtschaftliche Potenzial dieser Infrastrukturmaßnahmen kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Da sind zum einen die direkten Auswirkungen durch die Bautätigkeit, die Nachfrage nach Rohstoffen, Arbeitern und Maschinen und allem, was sich daran anschließt. Hier wäre ein jahrelanger Boom zu erwarten. Die sich daran anknüpfende Entwicklung der nun verbundenen Wirtschaftsräume lässt sich gleichfalls nur entfernt erahnen. Würde das Seidenstraßenprojekt also reibungslos umgesetzt wie geplant, müssten wir uns vermutlich auf Jahrzehnte keine Sorgen mehr um Konjunktur und Entwicklung machen. Der eurasische Kontinent, auf dem sich, wie Brzezinski sagte, »die Zukunft der

Welt entscheiden wird«, würde in einem nie da gewesenen Boom zusammenwachsen.

Doch hier beginnt das Problem. China ist keineswegs nur an wirtschaftlicher Entwicklung gelegen, sondern wie bereits angesprochen geht es um die Vorherrschaft auf eben jenem eurasischen Kontinent. Während die USA seit Jahren die politische und militärische Variante spielen und mit Militärbündnissen, EU- und NATO-Osterweiterung operieren, spielen die Chinesen nahezu vollständig die wirtschaftliche Karte. China holt dabei nicht etwa alle Länder an einen Tisch, um gemeinsam und basisdemokratisch die Erschließung des eurasischen Kontinents zu besprechen. Das läuft vielmehr in bilateralen Verhandlungen mit jeweils einem dominanten Partner: China. Die chinesische Delegation legt so einem der zahlreichen Entwicklungsländer, dessen Gebiet betroffen ist, einen Vorschlag vor, den es kaum ablehnen kann. »Wir schließen Ihr Land an die modernste Infrastruktur an, die es jemals gegeben hat. Aus Ihrem rückständigen Agrarland wird ein wirtschaftlich aufstrebendes Land. Sie hätten nie das Geld, um solche Maßnahmen zu finanzieren, daher stellen wir mit unserem milliardenschweren Seidenstraßen-Fonds und der von uns gegründeten Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) die Finanzierung bereit. Wir verwenden dazu chinesische Rohstoffe, und Maschinen und es werden im Wesentlichen chinesische Arbeiter sein, die die Strecken durch Ihr Land bauen. Sie profitieren im Gegenzug von moderner Infrastruktur und Anschluss an die Moderne, wie es Ihnen sonst in Jahrzehnten nicht möglich wäre.« Diese Argumente sind für viele dieser Entwicklungsländer sehr überzeugend. Dass damit auch eine massive politische Abhängigkeit dieser Länder von der chinesischen Politik entsteht, liegt auf der Hand.

Ein weiteres Machtinstrument geht schleichend mit dieser Initiative einher. Zunächst sind es die chinesischen Arbeiter, die zu Tausenden ins Land kommen, um die Infrastruktur aufzubauen. Aber sie gehen nicht mehr nach Hause. Sie holen ihre Familien nach, und es sind viele. Im Osten Russlands ist das sehr eindrucksvoll zu

beobachten, wo immer mehr Chinesen über die Grenzen kommen, zunächst zum Handeln und schließlich zum Bleiben. In fast allen Städten des Fernen Ostens Russlands nimmt der chinesische Einfluss zu. In manchen russischen Städten sind die Chinesen bereits in der Mehrheit.<sup>255</sup> Diese Methode der Okkupation durch eine schleichende Bevölkerungsumsiedlung hat Peking bereits vor Jahren in Tibet erfolgreich praktiziert und scheint dieses Erfolgsmodell nun auch für weitere Länder in Asien und Afrika anzuwenden.<sup>256</sup> 1,3 Milliarden Menschen bilden ein großes Siedlungsheer.

Hier wird auch der Zwiespalt deutlich, in dem sich Europa und auch Russland befinden. Wir könnten wie die Russen diese wirtschaftliche Boomsituation sehr gut gebrauchen, und diese Pläne wecken sehr wohl unsere Begehrlichkeiten, was sich auch an Zyperns' Teilnahme an der Gründungsveranstaltung in Peking zeigt. Die deutschen Unternehmen sehen hier ihre große Chance.<sup>257</sup> Zugleich wollen wir verhindern, dass der chinesische Einfluss auf den eurasischen Kontinent zu groß wird.

Der neue französische Präsident Macron nennt das Kind hier unmissverständlich beim Namen, wenn er vor der neuen chinesischen Seidenstraße warnt. »Diese Straßen können nicht die einer neuen Hegemonie sein, die alle Transitländer zu Vasallen macht.«<sup>258</sup> Ganz ablehnen will er es aus den wirtschaftlichen Überlegungen heraus natürlich gleichwohl nicht. »Lassen Sie uns gemeinsam an diesem großen Projekt arbeiten«, sagte er in Richtung der chinesischen Regierung.<sup>259</sup> Wasch mich, aber mach mich nicht nass.

Ähnlich ergeht es Russland, das Sorge hat, von dieser neuen wirtschaftlichen Entwicklung abgehängt zu werden, wenn es sich verschließt, und das China als einen der letzten Verbündeten gegen den großen Rivalen USA benötigt, zugleich aber mit Sorge beobachtet, wie China die neue Supermacht auf dem eurasischen Kontinent wird. Je stärker Chinas Einfluss wird, umso schwächer wird die Macht Russlands. Russland kann nicht mehr ohne China, zugleich verliert es seinen Einfluss in Eurasien zunehmend an China. Nach aktueller Lage wird die eurasische Erschließung weitgehend

an Russland vorbeilaufen und das Land zunehmend in die völlige Isolation drücken. Das mag sich schlagartig ändern, sollte es in Russland eines Tages zu einem Machtwechsel hin zu einem Oligarchen kommen, der die Interessen des Landes hintenanstellt und Russland ins europäische Haus unter dem amerikanischen Hegemon integriert, wie es vor der Amtsübernahme Putins unter Gorbatschow und Jelzin beinahe geschehen wäre.

Bleibt die alles entscheidende Frage: Wie verhalten sich die USA zur OBOR-Initiative? Die Antwort liegt auf der Hand: Die USA versuchen diesen chinesischen Vormarsch um jeden Preis zu verhindern, denn er würde die Vorherrschaft Chinas auf dem eurasischen Kontinent besiegeln. Erinnern wir uns an die Aussage Zbigniew Brzezinskis: »Es lautet das Gebot, keinen eurasischen Herausforderer aufkommen zu lassen, der den eurasischen Kontinent unter seine Herrschaft bringen und damit auch für Amerika eine Bedrohung darstellen könnte.«

Erinnern wir uns auch an die militärische Komponente der Autobahnen und der Interstate-Highways. Auch die neue Seidenstraßeninitiative kommt mit einer solchen militärischen Komponente daher. China will entlang der neuen Verkehrswege seine Militärbasen errichten.<sup>260</sup>

## Myanmar – weit mehr als ein Lokalkonflikt

Da es hier erklärtermaßen um die Zukunft der Welt geht, ist der Wettstreit um die Entwicklung des eurasischen Kontinents von höchster Priorität. Alle politischen Großereignisse der aktuellen Jahre müssen immer wieder unter dieser Brille betrachtet werden, auch wenn sie auf den ersten Blick keinen Bezug zu haben scheinen. Exemplarisch möchte ich Ihnen die jüngste Entwicklung um die Verfolgung der Rohingya in Myanmar darlegen.

Die wenigsten Leser dürften bis 2017 von der Existenz einer Bevölkerungsgruppe namens Rohingya gehört haben. Es ist bisweilen

höchst umstritten, ob es sich hierbei überhaupt um ein einheitliches Volk handelt, oder ob »Rohingya« eher der Oberbegriff für muslimische Einwanderer aus Bangladesch ins buddhistische Myanmar ist. Dennoch bestimmte die Verfolgung der Rohingya durch das Militär Myanmars über Wochen die deutschen Titelseiten. Selten war davon zu lesen, dass die Gewalt 2017 zunächst von den Rohingya - genauer gesagt der islamischen Terrororganisation Arakan Rohingya Salvation Army (ARSA) - ausgegangen war, die in einer koordinierten Aktion zeitgleich Polizeistationen mit Macheten angriffen und 32 Personen massakrierten.<sup>261</sup> Es war kaum irgendwo zu lesen, dass es bestialische Morde an buddhistischen Mönchen durch Rohingya-Terroristen gab, oder dass diese muslimische Minderheit mit Gewalt eine Abspaltung des von ihnen bewohnten Territoriums von Myanmar und somit einen eigenen islamischen Staat zu erzwingen versuchte. Es ist wenig zu lesen, dass die ARSA in Saudi-Arabien gegründet, ausgebildet und finanziert wurde, um in Myanmar für Unruhe zu sorgen.<sup>262</sup>

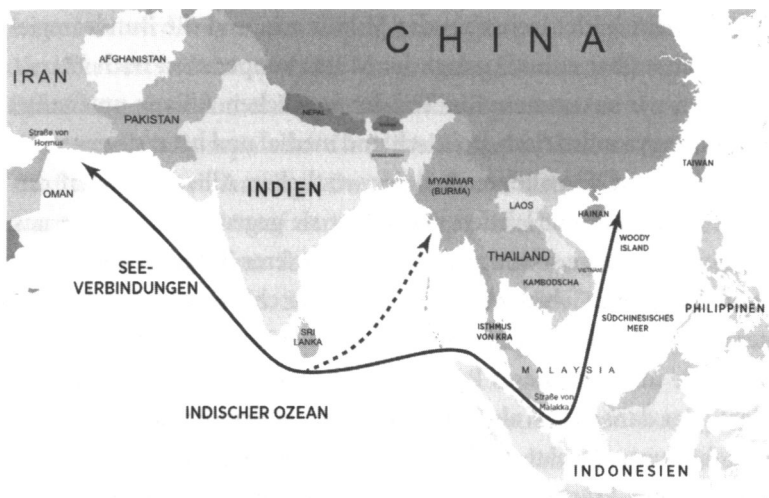
Diese sehr gut organisierten Terroristen schlagen immer wieder in Myanmar zu und tauchen dann sofort wieder in den Dörfern ihrer muslimischen Glaubensbrüder unter. Es ist schwer zu sagen, ob die Bevölkerung sie dabei bewusst deckt oder mit Einschüchterung dazu gezwungen wird. In der Folge richtet sich der Zorn der Buddhisten gegen die ganze Volksgruppe, und auch die Armee scheint sich - da sie der Einzeltäter nicht habhaft wird - nicht anders zu helfen zu wissen, als gegen ganze Dörfer vorzugehen. Das sind Strafaktionen, die absolut nicht zu akzeptieren sind. Es handelt sich hier um schwerste Menschenrechtsverletzungen, und das gilt es genauso zu benennen.

Dennoch ist es interessant zu sehen, dass in der westlichen Berichterstattung nur auf die eine Seite des Konflikts hingewiesen und massiver Druck auf die Regierung Myanmars ausgeübt wird, während die eigentliche Ursache, die vorausgehenden und noch immer anhaltenden Terrorangriffe der Rohingya, so gut wie nie zur Sprache kommen - was aber elementar ist, um die Situation neutral

einordnen und bewerten zu können. Schwarz-Weiß ist in unserer Welt sehr selten. Wenn also erfahrene Journalisten bewusst nur eine Seite eines Konflikts beschreiben und Emotionalisierung betreiben, während sie den Gegenpart vollständig ausblenden, hat das nichts mehr mit Berichterstattung zu tun, sondern ist Propaganda. Bleibt die Frage: Warum!? Was haben wir mit Myanmar oder den Rohingya zu tun? Welche Interessen sind hier eingewoben? Weshalb sollte hier gegen die Regierung Myanmars Stimmung gemacht werden?

Regierungschefin des Landes ist Aung San Suu Kyi. Sie kämpfte über Jahrzehnte gewaltlos gegen die frühere Militärdiktatur. 1991 erhielt sie den Friedensnobelpreis und galt lange als eine weibliche Variante von Mahatma Gandhi, als friedliche Kämpferin gegen Unterdrückung und für soziale Gerechtigkeit. Fünfzehn Jahre verbrachte sie unter Hausarrest und war wesentlich an der Demokratisierung des Landes beteiligt. Sie war es auch, die es schaffte, die lange verfeindeten Gruppen einander anzunähern und langsam Stabilität ins Land zu bringen. Sie war ein Liebling des Westens. Aber in jüngster Vergangenheit hat sie sich den Chinesen zugewandt. Und für China ist Myanmar ein Schlüsselement seiner neuen Seidenstraße. So verhandelt China mit Aung San Suu Kyi über den Bau eines gigantischen Tiefseehafens im Indischen Ozean sowie die Errichtung einer chinesischen Sonderwirtschaftszone mit Investitionen in Höhe von zehn Milliarden US-Dollar zufälligerweise genau in der Region Rakhine, in der gerade die Aufstände und Auseinandersetzung mit den Rohingya stattfinden.<sup>263</sup>

Der Einfluss des Westens auf Myanmar schwindet und der Chinas wächst. Mit dem Tiefseehafen, an dem China letztlich 70 bis 85 Prozent halten soll, hätte China endlich einen Zugang zum Indischen Ozean. Bislang müssen die Öl- und Gastanker aus dem Iran durch das Arabische Meer an Indien vorbei, durch die berühmte Straße von Malakka (Griechen dürfen an dieser Stelle schmunzeln) ins Südchinesische Meer einbiegen, um dann nach langer Reise im Südosten Chinas entladen zu werden.<sup>264</sup>



Der heutige Seeweg zwischen der Arabischen Halbinsel und China

Mit dem neuen Stützpunkt vor Myanmar würde sich diese Reise dramatisch verkürzen, das Öl, später das Flüssiggas könnte durch die bereits existierenden und im Ausbau befindlichen Pipelines vom Hafen direkt in die neuen Industriezonen im Südwesten Chinas gepumpt werden. Dass in diesem Hafen sicherlich auch das eine oder andere chinesische Kriegsschiff Platz haben wird, darf man annehmen. Wir sehen, Myanmar und speziell das Gebiet, in dem die Rohingya-Aufstände und -Vertreibungen stattfinden, ist von höchstem Interesse für Chinas Machtexpansion auf dem eurasischen Kontinent, somit hat der Westen ein natürliches Interesse daran, dies zu unterbinden. Wie hybrid die westliche Strategie ist, zeigt die Tatsache, dass Amerika und Europa auf die böse Regierung in Myanmar schimpfen und Waffen- und sonstige Embargos verhängen, um die Rohingya zu unterstützen. Im mit den USA auf das Engste verbündeten Saudi-Arabien wird der militärische Terrorarm der Rohingya ausgebildet und finanziert. Und jetzt die große Überraschung: Israel beliefert zeitgleich das myanmarische Militär mit über 100 Panzern, Booten und Waffen zur Bekämpfung der Rohingya.<sup>265</sup> Selbst die

Bundeswehr bildet weiterhin das Militär aus, und die Bundesregierung denkt über einen Ausbau der Militärkooperation nach.<sup>266</sup>

Fassen wir zusammen: Ein Teil der westlichen Allianz unterstützt die Rohingya militärisch, politisch und medial und hetzt sie gegen die Regierung auf. Ein anderer Teil der westlichen Allianz beliefert dieselbe Regierung mit Waffen und bildet sie gegen die Rohingya aus. Die logische Folge scheint ein immer schärferer Bürgerkriegskonflikt in exakt jenem Gebiet zu sein, in dem die chinesische Sonderwirtschaftszone und der Tiefseehafen entstehen sollen. Wie erfolgreich oder wie unsicher dieses Projekt damit wird, liegt auf der Hand. Es sieht ganz danach aus, als würde, wie so oft in der Vergangenheit, eine ohnehin unterdrückte Volksgruppe missbraucht, indem man sie als Kampf- und Propagandamasse zwischen den Machtinteressen zerreibt - Machtpolitik auf dem Rücken der Schwächsten, begleitet von scheinheiligem medialem Entsetzen über deren Elend.

Sie sehen, wie wichtig es ist, alle größeren wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge unserer Tage auf diesen Machtkonflikt um den eurasischen Kontinent abzuklopfen. Die offiziellen Berichte in zahllosen Medien zu vielen Themen zeichnen bestenfalls ein verzerrtes, meist einseitiges und oft falsches Bild der tatsächlichen Ereignisse und Hintergründe. Das hat nicht immer mit Manipulation zu tun, viele Kommentatoren kennen die Zusammenhänge selbst nicht richtig, und wenn ein Mosaikstein fehlt, kommt man sofort zu anderen Schlüssen und berichtet darüber im Brustton der Überzeugung. So wie mir möglicherweise selbst Informationen fehlen, die das Bild wieder anders aussehen lassen könnten. Es bleibt nichts anderes übrig, als beständig zu hinterfragen, zu recherchieren und vor allem selbst unvoreingenommen zu denken. Stets steht die Frage »cui bono?« - wem nützt es? - über allen Themen.

Ob die wirtschaftlich faszinierende und wünschenswerte neue Seidenstraße, die Eurasien in ein neues prosperierendes Zeitalter katapultieren könnte, unter diesen Machtkämpfen Realität werden kann? Ich bezweifle das. Ich befürchte, dass es erst zur großen Entscheidungsschlacht um die Vorherrschaft auf dem Kontinent

kommen wird, bevor der daraus hervorgehende Sieger dann seine Version der Seidenstraße, der Vereinigung Eurasiens und damit die Schaffung einer einheitlichen Weltordnung umsetzen wird. Bereits jetzt arbeiten Europa und die USA an ihrer Version der Seidenstraße, und der damalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel warnte Anfang 2018 auf der Münchner Sicherheitskonferenz: »Die Initiative für eine neue Seidenstraße ... ist keine sentimentale Erinnerung an Marco Polo. Sondern sie steht für den Versuch, ein umfassendes System zur Prägung der Welt im chinesischen Interesse zu etablieren«. <sup>267</sup>

Weder China noch die westlichen Machtstrukturen werden sich mit einer multipolaren Machtordnung zufriedengeben, so wie man auch eine bipolare Ordnung zwischen USA und Russland zu keinem Zeitpunkt als dauerhafte Ordnung akzeptiert hatte. Diese Vorstellung ist weltfremd. Die Entscheidungsschlacht steht bevor, und es bleibt zu hoffen, dass diese Entscheidungsschlacht keine militärische Komponente beinhaltet, sondern sich im Wesentlichen auf der wirtschaftlichen Ebene abspielt, wie es bei der Niederbringung der UdSSR geschehen ist, wo es zwar begleitende militärische Randkonflikte wie in Afghanistan gab, aber ein großer Weltkrieg mit all seinen Folgen vermieden werden konnte.

Dies vorausschickend, wird klar, warum die westlichen Machtstrukturen ein großes Interesse daran haben, Chinas wirtschaftliche und damit weltpolitische Macht zu brechen, solange sie dazu noch in der Lage sind. Dass dies mit schweren Schäden auch für die eigene Wirtschaft einhergeht, liegt in der Natur der Sache, stellt aber in keinem Fall ein Hindernis dar. In jedem wirtschaftlichen und militärischen Krieg der Vergangenheit war jenen, die den Krieg begonnen haben, stets klar, dass sie selbst Verluste erleiden würden. Es ist bei allem Zynismus immer nur die Abwägung von Kosten und Nutzen. Gewinne ich durch einen Krieg perspektivisch mehr, als ich durch ihn verliere?

Versetzen Sie sich in die Rolle eines westlichen Strategen. Wenn Sie nichts unternehmen, wird China aufgrund seiner schieren

Größe, Bevölkerungszahl und Dynamik und der Tatsache, dass es seine Heimatbasis im Gegensatz zu den amerikanischen Strukturen bereits auf dem eurasischen Kontinent hat, binnen weniger Jahrzehnte die Herrschaft über den eurasischen Kontinent - und somit die Weltherrschaft - faktisch übernehmen. Das Ende des amerikanischen Zeitalters wäre besiegelt. Wenn es Ihnen jedoch gelänge, in China einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu erzeugen, würde das zwar weltweite Schockwellen auslösen und auch Ihre eigene Wirtschaft massiv, aber - im Gegensatz zu China, dem Aufstände bis hin zur Revolution drohen würden - nicht tödlich treffen. Sie hätten Verluste, würden aber am Ende mit der alleinigen Weltherrschaft belohnt, wenn es Ihnen gelänge, schneller und stärker aus der Krise herauszukommen. Für einen rein logisch denkenden Strategen - und solche Leute treffen die Entscheidungen - ist die Antwort vollkommen klar.

Dieser entscheidende Wirtschaftskrieg könnte von den USA begonnen werden, sobald ihre wichtigsten Armeen stehen. Die Schachfiguren auf allen Teilen des Weltbrettes werden derzeit in Position geschoben, um für den Tag X ihre jeweilige Aufgabe zu erfüllen. Das bedeutet aber auch, dass man anhand der aktuellen Vorbereitungen antizipieren kann, welche Entwicklungen die Strategen im Ablauf dieses möglicherweise letzten großen Wirtschaftskrieges erwarten.

Ich möchte Ihnen im Weiteren meine daraus abgeleiteten Einschätzungen für den Ablauf der Ereignisse vorstellen. Diese Einschätzung ist in keinem Fall eine sichere Voraussage über die künftigen Ereignisse. Es ist meine persönliche Einschätzung, die auf allen meinen Informationen, Gesprächen und Erfahrungen beruht und derzeit die für mich wahrscheinlichste Entwicklung ist. Das muss nicht korrekt sein, ich kann hier falsch liegen, dennoch beruhen die Einschätzungen auf soliden Fakten.

Der Wirtschaftskrieg wird in keinem Fall von China begonnen werden. Die Chinesen können ihn nur verlieren und werden alles tun, ihn so lange wie möglich zu verhindern, ihre Position weiter

auszubauen und schnellstmöglich den Punkt zu erreichen, an dem sie einen solchen Wirtschaftskrieg gewinnen könnten und somit unangreifbar wären. Die schnelle Expansion, der Einstieg in zahllose Schlüsselindustrien des Westens und dessen Unternehmen sind Ausdruck dessen.

## Chinas Dominosteine

Erinnern wir uns: »China ist die größte Blase der Weltwirtschaftsgeschichte, und steigende US-Zinsen werden sie zum Platzen bringen.« China hat keinerlei Möglichkeit, steigende US-Zinsen zu verhindern. Dabei spielt es keine Rolle, ob die Zinsen steigen, weil die Notenbank sie anhebt, oder weil die Marktteilnehmer sie einfordern, indem sie Anleihen mit zu geringem Zins verkaufen. Das tun Investoren beispielsweise, wenn sie steigende Inflation befürchten. Eine Anleihe mit zehn Jahren Laufzeit und einem Zinssatz von zwei Prozent ist ein ausgesprochen schlechtes Geschäft, wenn ich eine Inflationsrate von drei oder vier Prozent erwarte. Ich würde in jedem Fall reale Kaufkraft verlieren. Also verkaufe ich als Investor diese Anleihen, wenn meine Inflationserwartung steigt. Die Inflationserwartung kann steigen, weil die Wirtschaft zu heiß läuft, Arbeitskräfte und Rohstoffe knapp werden und somit deren Löhne und Preise steigen. Die Inflationserwartung kann aber auch steigen, weil die Regierung - wie gerade von Trump angekündigt - die Unternehmenssteuern senkt und sich im Gegenzug stark verschuldet.

Wenn Anleihen daher verkauft werden, sinkt deren Wert an den Börsen. Wir erinnern uns an das Beispiel mit dem Kredit an den Metzger aus dem Kapitel *Die »Mutter aller Blasen«: Ein Anleihemarkt an der Grenze zum Irrsinn*. Je stärker die künftigen Zinsen steigen, umso mehr brechen die Kurse der alten Anleihen ein. Das kann dramatische Züge annehmen, je länger eine Anleihe läuft. Eine dreißigjährige Staatsanleihe, die mit einem Zinssatz von einem Prozent ausgegeben wurde, hat - wenn die Zinsen auf

drei Prozent steigen - einen Zinsnachteil von zwei Prozent. Pro Jahr! Das sind auf dreißig Jahre sechzig Prozent. (Die Zinseszinsberechnung habe ich hier der Einfachheit halber außer Acht gelassen.) Als die Zinsen für dreißigjährige amerikanische Staatsanleihen aus Angst vor steigender Inflation von Dezember 2017 bis Februar 2018 von 2,7 auf 3,2 Prozent stiegen, sind die Kurse dieser Anleihen um 17 Prozent eingebrochen. In drei Monaten hatten die Investoren Kursverluste, die dem Zinsertrag von sechs Jahren entsprachen. Das tut weh. Da werden binnen Wochen Milliardenwerte vernichtet. Wenn die Investoren befürchten, dass die Zinsen weiter steigen, verkaufen mehr und mehr ihre Anleihen, um weitere Kursverluste zu vermeiden. Aber je mehr Anleger ihre Anleihen verkaufen, desto tiefer fallen die Preise und desto höher steigen die Zinsen. Wenn sich hier eine sich selbst beschleunigende Panik breitmacht, kommt eine Lawine ins Rollen, deren Gewalt und Ausmaß wir uns nur schwer vorstellen können. Alle Anleihen der Welt stehen miteinander in Beziehung - solange es keine Marktverzerrungen durch einzelne Notenbankmaßnahmen gibt. Warum soll ich für die Anleihe des Unternehmens XY weniger Zins akzeptieren, wenn ich für die Anleihe des Staates AB mehr Zinsen bekomme? Steigende Zinsen in einem Markt führen automatisch zu steigenden Zinsen - und somit fallenden Kursen - in allen anderen Anleihemärkten. Der weltweite Anleihemarkt hat ein Volumen von über 150 Billionen US-Dollar. Wenn hier eine Stampede entsteht, ist das von keiner Notenbank der Welt mehr aufzuhalten.

Doch der Reihe nach. Wie kann man sich den möglichen Ablauf dieses eines Tages sehr wahrscheinlich stattfindenden Crashes vorstellen?

Mit steigenden US-Zinsen wird die Investition in Schwellenländer und besonders in China, wie wir bereits gesehen haben, immer unattraktiver. Je höher die US-Zinsen steigen, desto schneller wird Geld aus China abgezogen. Ein Teil des Geldes wird in weltweiten Unternehmensbeteiligungen und Immobilienkäufen investiert, ein anderer Teil zur Rückzahlung der ehemaligen Spekulationskredite

genutzt. Während die nach China hineinfließenden Gelder über mehr als zwei Jahrzehnte das dortige Wachstum zusätzlich angeheizt haben, kühlt das abziehende Geld das ohnehin schwächer werdende chinesische Wachstum weiter ab. Je schwächer das chinesische Wachstum wird, umso mehr Probleme bekommen die chinesischen Unternehmen, von denen viele bereits in den letzten Jahren starken Wachstums Verluste produziert haben - und dennoch mit immer neuen Krediten gewachsen sind.

All das beobachten wir bereits heute, im Februar 2018. Geld wird seit 2014 aus China abgezogen, die Währungsreserven sind bereits um ein Viertel gesunken. Die amerikanischen Zinsen steigen weiter an, die chinesische Wirtschaft kühlt weiter ab. Die offiziellen staatlichen Stellen äußern sich entsprechend, versuchen aber verbal zu beruhigen.<sup>268</sup> Doch die Wortwahl der chinesischen Bankenaufseher lässt bei Kenntnis der Zusammenhänge bereits alle Alarmglocken läuten. Die Lage im chinesischen Bankensektor sei »im Großen und Ganzen unter Kontrolle«, doch sei die Lage »düster und kompliziert«. Das bedeutet übersetzt: »Es brennt lichterloh, und wir haben keine Ahnung, wie wir den Dachstuhl noch löschen sollen.« Zudem wollten die Chinesen die »ausufernde Verschuldung im Firmensektor angehen«. Natürlich, während des jahrelangen Booms haben sich die Unternehmen immer weiter verschuldet, also zu Zeiten, in denen es ihnen wirtschaftlich gut ging und die Geschäfte liefen. Jetzt, wo die Wirtschaft abkühlt, die Geschäfte nicht mehr laufen und die Firmen Monat für Monat noch mehr Verluste machen, sollen sie die Kredite zurückzahlen.

Von welchem Geld sollen die Firmen das denn bitte tun!? Wer stets Verluste macht und diese Verluste mit immer neuen Krediten verlängert, ist nicht in der Lage, seine Kredite zurückzufahren. Erst recht nicht in wirtschaftlich schlechter werdenden Zeiten. Dazu braucht es wiederum kein Studium der Wirtschaftswissenschaft, es genügt der gesunde Menschenverstand. Logische Konsequenz: Diese Zombiefirmen kommen in immer größere Bedrängnis. Das ist einer der ganz wichtigen Seismografen, die uns das nahende Erdbeben

anzeigen können: finanzielle Schwierigkeiten bei namhaften chinesischen Unternehmen. Dann schauen wir doch mal auf diesen Seismografen.

HNA Group, einer der kryptischsten und größten chinesischen Konzerne. Kaum jemand durchschaut seine Struktur, Bilanz oder sein Geschäftsmodell. Irgendwie macht dieser Konzern alles, und zwar gleichzeitig und vor allem auf Pump. HNA ist einer der größten Flugzeugvermieter der Welt. Ihm gehören unter anderem Hotels, Reisebüros, Immobilien und ganze Flughäfen. HNA soll weltweit für über 40 Milliarden US-Dollar alle möglichen Investitionen getätigt haben; manche Quellen sprechen von über 140 Milliarden, so genau weiß das niemand.<sup>269</sup> Dass HNA dabei völlig ziel- und planlos vorgeht und keine unternehmerisch logische Strategie erkennen lässt, kann man erahnen, wenn man sich eine der uns gut bekannten Investitionen ansieht. So hat HNA 82,5 Prozent der Anteile am defizitären Hunsrück-Flughafen Hahn übernommen. Den Rest hält die hessische Landesregierung, die sich ob der unprofessionellen Verhaltensweise von HNA verwundert die Augen reibt.<sup>270</sup> Selbst der hessische Finanzminister Schäfer stellt die Frage, ob HNA ein zuverlässiger Gesprächspartner sei. Wenn dieses chinesische Konglomerat augenscheinlich ohne Sinn, Verstand oder Plan das ewige Finanzloch »Flughafen Hahn« kauft, ohne sich danach in sichtbarere Weise um den neuen Besitz zu kümmern, dann lässt das auf die Qualität der übrigen Investments schließen. Inzwischen ist HNA mit 25 Prozent an der Hotelkette Hilton beteiligt und ist mit zehn Prozent der größte Aktionär der Deutschen Bank. Seit dem Einstieg von HNA ist der Aktienkurs der Deutschen Bank um etwa ein Viertel gefallen. Der nächste nicht so sehr durchdachte Milliardenverlust.<sup>271</sup>

Schon im Sommer 2017 hat sogar die Bank of America ihre Geschäftsverbindungen mit HNA auf Eis gelegt, da sie den Schulden und der verschachtelten Struktur des Konzerns nicht mehr über den Weg traut.<sup>272</sup> Auch City Group, Morgan Stanley und Merrill Lynch halten sich von Geschäften mit HNA - dem Hauptaktio-

när der Deutschen Bank!! - fern. Niemand, auch die westlichen Finanzaufsichten nicht, durchschaut die Eigentümerstrukturen des Unternehmens, dem enge Verbindungen zur chinesischen Führung nachgesagt werden. Nun, alles andere wäre ja auch verwunderlich. Umso alarmierender, dass dieser Konzern, von dem man annehmen sollte, dass Chinas Regierung hier keine Zweifel aufkommen lässt, im Januar 2018 offiziell vor Zahlungsschwierigkeiten warnte.<sup>273</sup> Ein kleiner »Finanzengpass« von 2,4 Milliarden US-Dollar könnte im ersten Quartal 2018 auftreten, so hatte das Unternehmen wichtige Gläubiger informiert. Der rationale Beobachter der Szene weiß das richtig zu interpretieren: Hier gehen in Kürze die Lichter aus, wenn kein Wunder geschieht.

HNA versucht mit Beteiligungsverkäufen die Löcher zu stopfen, so auch durch Aktienverkäufe der Deutschen Bank, die man einige Monate vorher erst für teures Geld gekauft hatte. Notverkäufe mit Verlust, um eine akute Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. Da scheint das Ende näher als der Anfang.

Ein Konzern, der über hundert Milliarden US-Dollar investiert hat, klingt nach einem tollen Laden. Dumm nur, wenn das ganze Geld zu großen Teilen aus aufgenommenen Krediten besteht. Wenn Ihnen jemand unbegrenzt Geld leiht, dann können auch Sie in der Welt auf Einkaufstour gehen und Fluglinien, Flughäfen, Bankanteile und Immobilien kaufen. Preis egal, Profitabilität egal. Mit vollen Hosen ist gut stinken. Das wird ein tolles Extreme-Shopping - solange Sie immer neue Kredite bekommen, mit denen Sie die fällig werdenden Kredite, Zinsen und Verluste bezahlen können, haben Sie eine tolle Zeit.

Aber wehe, die Zinsen steigen, die Wirtschaft kühlt ab, Ihre Verluste werden noch größer, und Ihre Kreditgeber bekommen kalte Füße. Dann bricht Ihr Kartenhaus zusammen und reißt alle mit, die mit Ihnen zu tun hatten. Die Ratingagentur S&P hat die Bonität von HNA inzwischen auf CCC+ - oder wie man an der Börse sagt: »Schreib die Kohle ab, wenn kein Wunder passiert!« - reduziert.<sup>274</sup> Der Schuldenstand des Unternehmens wird von Bloomberg mit

hundert Milliarden US-Dollar angegeben, was auch nur eine grobe Schätzung sein dürfte. Diese Auslandsinvestitionen hat HNA natürlich in Fremdwährung getätigt und entsprechende Kredite aufgenommen. Inzwischen zahlt HNA über acht Prozent Zinsen für US-Dollar-Kredite, um überhaupt noch Fremdwährung zu bekommen.<sup>275</sup> Jetzt kann man annehmen, dass doch auch hier der allmächtige und omnipotente chinesische Staat rettend eingreifen wird und dieses Geld gerne bereitstellt. Er hat ja noch drei Billionen Währungsreserven. Aber HNA ist ja kein Einzelfall, sondern nur ein besonders großes und sichtbares Beispiel für einen großen Teil der chinesischen Unternehmen, die in der gleichen Situation stecken.

Weitere Beispiele gefällig? Anbang, die ebenso undurchsichtige chinesische Versicherungsgruppe, die ebenfalls in den letzten Jahren international Extrem-Shopping auf Kredit betrieben hat, steht mit dem Rücken zur Wand. »Wir sehen hier ernsthafte Probleme mit der Zahlungsfähigkeit«, sagt sogar die chinesische Versicherungsaufsicht und stellte den Konzern kurzerhand unter Staatsaufsicht, was die Geschäfte nicht plötzlich erfolgreicher macht. Anbang hat weltweit in Banken, Versicherungen und Hotels wie das New Yorker Waldorf Astoria investiert und hat dazu offenkundig nicht nur Kredite aufgenommen, sondern auch Kundengelder »zweckentfremdet«. Jedenfalls wurde der Vorsitzende Wu - der mit der Enkelin des ehemaligen Staatschefs Deng Xiaoping verheiratet ist - wegen Betrugs und Unterschlagung angeklagt, die Banken strichen die Kreditlinien.<sup>276</sup> Am Rande sei erwähnt, dass Trumps Schwiegersohn und Berater im Rahmen seiner Unternehmertätigkeit mit Anbang über Milliardeninvestitionen in New York verhandelt hat. Soweit zum Thema Interessenkonflikt.

Erinnern Sie sich noch, dass ein gewisser Christian Wulff über einen Immobilienkredit in Höhe von 500.000 Euro und ein geschenktes Bobby-Car gestolpert ist? Auch bei Anbang handelt es sich nicht um eine kleine Currywurstbude, sondern um ein Unternehmen, das mit 300 Milliarden US-Dollar hochriskant investiert sein soll. Alle Zahlen dieser undurchsichtigen Konglomerate sind

grundsätzlich mit äußerster Vorsicht zu genießen, man muss hier alles - und somit auch die gesamte chinesische Wirtschaftssituation - infrage stellen und im Konjunktiv beschreiben. Das Geschäftsmodell von Anbang gilt ohnehin als dubios. Die von ihnen vertriebenen »Universal Life«-Versicherungen garantierten ihren Käufern fragwürdige zweistellige Zinsen. Inzwischen wurde der Vertrieb dieser Produkte von der chinesischen Aufsicht untersagt. Zahllose chinesische Familien haben sie noch im Bestand. Firmenkäufe sollen in einer Art Kettenfinanzierung stattgefunden haben. So sollen Versicherungsgelder zum Kauf einer Firma genutzt worden sein. Diese Firma hat dann mit dem Kaufpreis eine weitere Firma gekauft. Diese mit dem Geld wieder eine weitere, bis das Geld am Ende der Kette wieder bei Anbang ankam.<sup>277</sup>

Nächster Kandidat: Wanda Group, ein Konzern, der dem reichsten Chinesen überhaupt gehören soll, Wang Jianlin. Das Prinzip ist auch hier das immer gleiche. Kredite, Kredite, Kredite und dann Konsumrausch in aller Welt und in allen erdenklichen Sparten. Wanda ist neben Immobilien, Internet, Finanzen und Einzelhandel (etwa hundert Einkaufszentren) besonders im Kinogeschäft aktiv. Wanda besitzt nach eigenen Angaben 1680 Kinos in fünfzehn Ländern und somit so viele Lichtspielhäuser wie kein anderes Unternehmen der Welt und laut *Handelsblatt* zwanzig Prozent des weltweiten Kinomarktes.<sup>278</sup> Dazu gehören die größte Kinokette der USA sowie zwei Dutzend Multiplexkinos in Deutschland und Österreich. Damit es nicht zu eintönig wird, hat Wang auch noch zwanzig Prozent der Anteile an Atlético Madrid erworben, man hat ja sonst nichts zu tun. Das Stadion wurde auch gleich in »Wanda Metropolitan« umgetauft.<sup>279</sup> Auch hier reden wir wieder von einem Unternehmen jenseits der Hundert-Milliarden-US-Dollar-Marke und auf Platz 380 der größten Unternehmen der Welt. Doch auch hier das gleiche Spiel. Ende 2017, Anfang 2018 wird der finanzielle Kittel plötzlich eng. Es beginnen Notverkäufe in Australien und England. Chinas Regulierungsbehörden haben die Banken bereits angewiesen, die Finanzierung verschiedener Auslandsinvestitionen

einzustellen. Die Anteile an Atletico Madrid wurden im Februar 2018 übrigens auch wieder verkauft, der Stadionname hingegen bleibt.<sup>280</sup>

Dies sind nur drei prominente Beispiele, die es aufgrund ihrer Größe und ihrer Auslandsaktivitäten mit ihren Problemen bereits in die westlichen Medien geschafft haben. Es lässt sich ungefähr abschätzen, dass die Situation zahlloser kleinerer Unternehmen in China nicht besser ist. Wenn schon die Großen Schwierigkeiten haben, wie sieht es dann erst bei den Kleinen aus, die ihre Aufträge ja oft von den Großen bekommen, deren Rechnungen plötzlich liegen bleiben.

Die Analysten der Asiatischen CLSA (Credit Lyonnais Securities Asia) schätzten bereits 2016 die faulen Kredite der chinesischen Unternehmen auf 15 bis 19 Prozent des gesamten Kreditvolumens. Die offizielle chinesische Zahl liegt bei 1,6 Prozent.<sup>281</sup> Sie warnen, dass diese Quote mit abschwächender Wirtschaft deutlich anziehen wird.

Die Verwicklungen und Kettengeschäfte innerhalb der chinesischen Konzerne sind ein pures Abenteuer. Hier wird verschoben, getrickst, getäuscht und verschleiert, wie man es sich in europäischer Denkweise nicht mal in Ansätzen vorstellen kann. Alles unter der Duldung der politischen Eliten, die oft selbst direkt oder indirekt involviert sind. Man kann es nur auf einen Nenner bringen: China ist die größte Blase, das dickste Pulverfass, das die Weltwirtschaft in Jahrhunderten jemals gesehen hat. An den drei obigen Beispielen sieht man auch sehr gut, wie diese Gefahr inzwischen sämtliche Bereiche der Weltwirtschaft über Asien, Europa und Amerika miteinander verbunden hat. Wenn dieses Pulverfass explodiert, bleibt kein Land und kein Wirtschaftszweig davon unberührt. Wie kurz die Lunte inzwischen ist, zeigt die Tatsache, dass es der chinesischen Regierung nicht mehr gelingt, diese Probleme still und heimlich unter der Hand zu lösen.

Noch einmal ein Blick auf die Dimension - für all jene, die noch immer auf die heilende Hand der allmächtigen chinesischen Zentralregierung und ihrer Währungsreserven hoffen. Chinas offizielle

Unternehmensverschuldung betrug laut IWF bereits 2015 165 Prozent der Wirtschaftsleistung, und das dürfte sich bis heute nicht verringert haben. Die offizielle Wirtschaftsleistung Chinas betrug 2017 zwölf Billionen US-Dollar. Die Verschuldung der Unternehmen liegt somit bei grob zwanzig Billionen US-Dollar. Die chinesischen Währungsreserven betragen offiziell noch drei Billionen US-Dollar, davon 1,2 Billionen in US-Staatsanleihen. Natürlich besteht der überwiegende Teil der Schulden innerhalb Chinas in Renminbi, und die könnte die chinesische Notenbank jederzeit zur Verfügung stellen, was aber die Inflation im Land durch die Decke jagen würde. Für die Auslandsschulden ihrer großen Spieler würden die Währungsreserven weitgehend draufgehen. Die offizielle US-Dollar-Verschuldung betrug Ende 2017 1,7 Billionen US-Dollar, von denen etwa 1 Billion auf die chinesischen Unternehmen entfällt.<sup>282</sup> Blöd nur, wenn jetzt auch noch Investoren ihr Geld aus China abziehen und ebenfalls Dollar haben wollten. Alle Zahlen sind optimistische Annahmen. Und es bleibt die entwaffnende Logik des Volksmundes: »Wo rohe Kräfte sinnlos walteten, da kann kein Knopf die Hose halten.« Wenn dieser Tanker ins Kippen kommt, hält ihn keiner mehr auf. Die Konsequenzen wären ein weltweiter Crash der Finanzmärkte und mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Zusammenbruch des chinesischen Wirtschaftskartenspiels.

Hier ginge es jetzt definitiv nicht mehr nur um eine Liquiditätskrise, sondern eine absolute Wirtschaftskrise mit Unternehmen, die die Pforten schließen, einbrechenden Immobilienpreisen und einem Mittelstand, der seine Ersparnisse, welche in Immobilien und Firmenfinanzierungen stecken, verliert. Ein französischer Politiker sagte einmal: »Eine Revolution entsteht, wenn der Mittelstand um seine Existenz fürchtet.« In China träfe diese Mittelschicht, die der Regierung an den Kragen will, auf kommunistische Kader, die über ein Millionenheer verfügen, das keinen Moment zögern würde, auch gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen, wie wir 1989 bei der gewaltsamen Niederschlagung eines Volksaufstandes am Tianánmen-Platz sehen mussten.

Hier rächt es sich für die chinesischen Machteliten, dass sie den klugen Schritt der westlichen Plutokraten der vergangenen Jahrzehnte noch nicht vollständig umgesetzt haben. In China sind viele Mächtige noch mit Namen und Foto bekannt. Viele haben sich noch nicht hinter politischen Strohmännern verstecken können, so dass sich die Wut des Volkes gegen sie persönlich richten würde. Ihnen bleibt gar nichts anderes übrig, als wie einst in der Aristokratie dem Zorn des Volkes mit der militärischen Knute zu begegnen.

Aber auch in den USA, wo die Volksseele schon lange brodelte, wird es turbulent werden, und auch in Europa werden wir in der nächsten Rezession eine Zunahme der Spannungen erleben. Die große Zuwanderungswelle der letzten Jahre hat die Gemütslage vieler Europäer stark beansprucht, fällt aber in eine Zeit relativen wirtschaftlichen Wohlstandes und einer guten Beschäftigungslage. Kommt aber eine neue Wirtschaftskrise mit Kurzarbeit und Angst des Mittelstandes um die eigene wirtschaftliche Zukunft dazu, werden die Spannungen stark zunehmen und sich vermutlich - den »demokratischen Strukturen« sei Dank - weniger gegen die Plutokraten, sondern gegen die Zuwanderer richten. Die Wut der Massen werden diese untereinander austragen. Eine potenzielle Weltwirtschaftskrise wird auch darüber hinaus große Verwerfungen an vielen der weltweiten Bruchstellen mit sich bringen, die wir im Laufe des Buches bereits kennengelernt haben.

Wie ernst die Situation zu nehmen ist, lässt sich an den zahlreichen Warnungen von höchster Stelle ablesen.

Der IWF warnt China. Die chinesischen Banken haben in einer Größenordnung von über vier Billionen US-Dollar hochriskante kurzfristige Anlageprodukte mit abenteuerlich hohen Renditeversprechen an Anleger verkauft (weil man dringend Geld brauchte). Die Dimensionen und Strukturen gefährden laut IWF die Finanzstabilität.<sup>283</sup>

Der IWF warnt vor Chinas Unternehmensverschuldung. Unrentable Firmen würden künstlich am Leben gehalten. Der jüngste schwache Aufschwung sei nur durch hohe Kreditvergaben erkaufte. Die hohe Unternehmensverschuldung gefährde die Finanzstabilität.

tät ebenso wie Komplexität des chinesischen Finanzsystems. Die Zinsen für die Kredite steigen wegen der Risiken immer schneller an.<sup>284</sup>

Da die Regierung schon geraume Zeit versucht, die Probleme in den Griff zu bekommen, und die Kreditvergabe der Banken mal mehr, mal weniger reguliert, hat sich inzwischen ein gigantisches Schattenbankensystem etabliert. Eine Schattenbank ist grundsätzlich jede Art von unkontrollierter und unreglementierter Kreditvergabe. Welche Risiken dort schlummern, kann man sich ansatzweise vorstellen. Jede Vorstellungskraft sprengt es aber, wenn man sich die schiere Dimension vor Augen führt. Die bereits erwähnte CLSA schätzt das Schattenbankensystem auf 59 Prozent der chinesischen Wirtschaftsleistung, was sieben Billionen US-Dollar entspräche.<sup>285</sup> Sieben Billionen US-Dollar Kreditvergabe abseits der ohnehin fragwürdigen offiziellen Kontrolle. Sieben Billionen US-Dollar Kreditvergabe an Kunden, die hier hohe Zinsen bezahlen und auf den Schattenbankensektor ausweichen, weil sie im offiziellen Sektor (wo niedrigere Zinsen gezahlt werden) kein Geld mehr bekommen. Interessanterweise sollen 65 Prozent dieses Schattenbankensystems von richtigen Banken bedient werden, die damit die offiziellen Regulierungen umgehen. Somit schlagen Kreditausfälle hier direkt auf das chinesische Bankensystem durch.<sup>286</sup>

Zwanzig Prozent des gesamten Vermögens der chinesischen Mittelklassen soll den Analysten von CLSA zufolge in diesen hochrisikanten Schattenbankinvestitionen liegen. Selbst Bundesbankpräsident Weidmann warnt in abgewogenen Worten vor diesen Risiken. »Von den Schattenbanken können systemische Risiken ausgehen ... Insbesondere in China ist der Schattenbankensektor in den vergangenen Jahren sehr schnell gewachsen. Deshalb steht die Entwicklung dort unter besonderer Beobachtung ... Würde China in eine Krise geraten, ginge das nicht spurlos an der Weltwirtschaft und Deutschland vorbei.« Das hat er sehr diplomatisch ausgedrückt.

William White, der ehemalige Chefökonom der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) - das ist die Zentralbank der

Zentralbanken bringt es bereits 2016 auf den Punkt: »China macht mir Angst.« Die Probleme der weltweiten Finanzsysteme haben auch laut White ein weit größeres Ausmaß angenommen als 2008, und er sieht eine schwere Krise voraus.<sup>287</sup>

Steigende US-Zinsen, gerne in Kombination mit einem US-Handelskrieg, bringen wie beschrieben die chinesische Volkswirtschaft endgültig zur Abkühlung, das Kapital zum Abzug und die chinesischen Unternehmen in Zahlungsschwierigkeiten. Wenn diese ihre Kredite nicht bedienen können, geraten die Banken und die Schattenbanken in Schwierigkeiten. Sie können ihren Anlegern die hohen versprochenen Zinsen nicht mehr bezahlen, die Leute fordern ihr Geld zurück. Neue Kredite werden nicht mehr vergeben, da niemand weiß, wer als Nächstes pleitegeht. Keiner traut dem anderen noch, morgen seinen Verpflichtungen nachkommen zu können. Das verstärkt sich durch die undurchdringlichen Verflechtungen und Abhängigkeiten zwischen Unternehmen, Banken und Investoren. Dieses Misstrauen führt zum sofortigen und vollständigen Einfrieren des Kreditmarktes.

Das war exakt die Situation, die wir 2008 erlebt haben. Durch die Pleite von Lehman Brothers wusste niemand, wer davon in der Folge noch betroffen sein würde. Keiner konnte sicher sein, dass das Unternehmen oder sogar die Bank auf der anderen Straßenseite am nächsten Tag noch die Pforten öffnen würde und dass das über Nacht geliehene Geld nicht weg war. 2008 hatten wir eine reinrassige Liquiditätskrise. Unser Wirtschaftssystem lebt davon, dass sich Banken und Unternehmen permanent und sehr oft über Nacht große Summen zur Verfügung stellen. In dem Augenblick, in dem das Vertrauen in die Rückzahlung auch nur infrage gestellt ist, friert dieser Interbankenmarkt sofort ein. Die Banken haben sich 2008 untereinander kein Geld mehr geliehen und konnten folglich auch den Unternehmen kein Geld für Lieferanten oder Löhne mehr zur Verfügung stellen. Die Wirtschaft stand vor dem Zusammenbruch. Kern der Liquiditätskrise und aller Folgen, die wir bis heute spüren, war die Pleite der Investmentbank Lehman. Hier fehlten zum

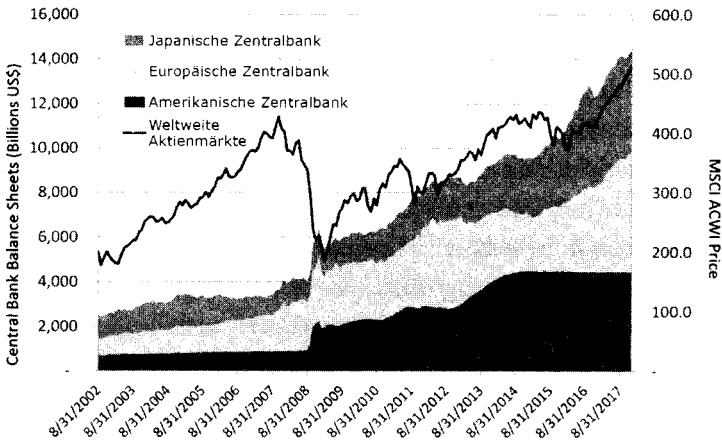
Schluss sechs Milliarden US-Dollar. Und nun denken wir mal an die Summen, die wir weiter oben im Zusammenhang mit einigen chinesischen Firmen gesehen haben. Dann bekommen wir in etwa eine Vorstellung, wie unsere Fallhöhe diesmal aussieht.

Doch nicht nur in China haben wir ein bisher unbekanntes Risikoniveau erreicht. Seit der Finanzkrise 2008 sind die weltweiten Schulden um 71 Billionen US-Dollar auf atemberaubende 233 Billionen US-Dollar explodiert.<sup>288</sup> Das ist ein Zuwachs der Weltschulden um 43 Prozent. Der größte Teil der Neuverschuldung geht aber diesmal nicht wie in der Vergangenheit auf die Kappe der Banken, sondern auf die der Unternehmen (siehe China) und der Staatshaushalte, die ja 2008 die Banken hatten retten müssen. Ein Anstieg der Zinsen ginge nun also besonders zulasten der Staaten - und somit der Steuerzahler - sowie der Unternehmen. Damit ist klar, dass steigende Zinsen Gift für die Börsen sind. Sie drücken einerseits das Wirtschaftswachstum, die Neukreditvergabe, beschleunigen andererseits den Kapitalabzug aus den Schwellenländern und schlagen direkt auf die Gewinne der Unternehmen mit ihren inzwischen eklatant hohen Verschuldungen durch.

Wir wissen, dass der starke Anstieg der Börsenkurse seit 2008 in direktem Zusammenhang mit den immer größeren Geldmengen steht, die die Notenbanken seither in die Finanzmärkte gepumpt haben.

Doch 2018 ist das Jahr der Wende. Die Anleihekäufe der EZB laufen im Herbst aus, und die amerikanische Notenbank hat bereits mit der Rückführung ihrer Bilanz begonnen und zieht faktisch Geld aus dem Markt, indem sie das Geld aus fällig werdenden Anleihen nicht wieder in neue Anleihekäufe investiert, sondern praktisch einbehält. Gegen Ende des Jahres wird der Zeitpunkt erreicht sein, an dem die führenden Notenbanken netto Geld aus den Märkten abziehen. Wenn das seit zehn Jahren mantraartig vorgetragene Argument »Die Geldpumpen der Notenbanken befeuern die Aktienmärkte«<sup>289</sup> gültig ist, darf einen die Umkehr der Geldpumpen durchaus nachdenklich stimmen. Sie ist der perfekte Auslöser

As of December 31, 2017



Source: Bloomberg, DoubleLine  
MSCI ACWI - A market-capitalization-weighted index designed to provide a broad measure of stock performance throughout the world, including both developed and emerging markets. BOJ = Bank of Japan, ECB = European Central Bank, Fed = Federal Reserve. You cannot invest directly in an index.

© 2018 JPMorgan Chase & Co.

Beziehung zwischen der Entwicklung der weltweiten Aktienmärkte (MSCI ACWI) und dem Gesamtvolumen des Bilanzvolumens der drei großen Zentralbanken EZB, FED und Bank of Japan.

für steigende Marktzinsen und somit die Initialzündung für den zuvor beschriebenen Dominoeffekt:

Steigenden Zinsen ■ Kapitalabzug aus den Schwellenländern ■ Druck auf die Unternehmensergebnisse und Verschuldung ■ Unternehmenspleiten ■ Kreditausfälle ■ Pleiten im Banken- und Schattenbankensystem ■ Einfrieren des Kapitalmarktes/ Liquiditätsklemme.

## V. Das Große Beben: Wie kann man sich schützen oder sogar profitieren?

### Erdbeben und Seismografen

Eine der häufigsten Fragen, die mir immer wieder gestellt werden, ist: »Herr Müller, wann kommt denn der Crash?« Eine Frage, die Ihnen niemand, der seriös und halbwegs bei Verstand ist, wird beantworten können, bevor es so weit ist. Das ist für viele Menschen schwer verständlich. Der Experte muss das doch wissen. Nein, muss er nicht, kann er nicht. Haben Sie schon mal gehört, dass ein Geologe gesagt hat: »Im Januar 2021 gibt es ein großes Erdbeben in San Francisco«? Ganz sicher nicht. Man würde ihn auslachen, denn keine heute bekannte Wissenschaft ist in der Lage, ein Erdbeben über einen längeren Zeitraum vorherzusagen. Kann man daraus schließen, dass es niemals ein Erdbeben in San Francisco geben wird? Natürlich nicht! Im Gegenteil, die Experten können exakt die Wirkmechanismen beschreiben, die dazu führen, dass die Spannungen in der Erdkruste unter Kalifornien permanent zunehmen. Jedem Experten ist vollkommen klar, dass das Ergebnis gar nichts anderes sein kann als »The Big One« - das große vernichtende Beben, das immer dann droht, wenn sich die Spannungen zu lange aufgebaut haben. Dennoch kann auch der erfahrenste Geologe nicht den Zeitpunkt vorhersagen. Die besten Experten geben eine Spanne von jetzt noch zwanzig Jahren an, in denen Kalifornien mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,7 Prozent von einem »Big One« getroffen wird.<sup>290</sup>

Rennen sie deshalb jetzt schreiend durch die Straßen San Franciscos und brüllen »Verlasst eure Häuser, rettet die Kinder!«? Natürlich nicht. Es kann noch Jahrzehnte gut gehen, und so lange will niemand das schöne Fleckchen verlassen, nur weil irgendwann diese bekanntermaßen instabile Kruste unter den Füßen bricht. Erst kurz vorher, wenn die unmittelbaren Anzeichen dafür auftreten, dass die Struktur instabil wird, wenn die Seismografen erste Ausschläge einer bestimmten Signatur zeigen, können sie Alarm schlagen, und dann ist es höchste Eisenbahn, die Beine in die Hand zu nehmen. Aber auch dann ist nicht klar, ob es wirklich kracht oder nicht. Für viele wird es zu spät sein, weil sie von den Signalen nichts mitbekommen, sie nicht richtig eingeschätzt oder schlicht das Gefahrenpotenzial unterschätzt haben, bis sie das ganze Ausmaß erleben müssen.

Genauso verhält es sich mit den Spannungen, die sich in unserem Finanz- und Wirtschaftssystem aufbauen. Wir Experten können die Wirkmechanismen erklären, so wie ich es hier ansatzweise auf den vergangenen Seiten getan habe. Wir können die Spannungen im System an vielen Kennziffern messen, ich habe Ihnen einige davon vorgestellt. Aber wir können erst Alarm schlagen, wenn die Seismografen ausschlagen und eindeutige Signale geben.

Schauen wir also auf diese Seismografen im Februar 2018:

Steigen die amerikanischen Kreditzinsen? Ja! - Dadurch steigt die ohnehin hohe Spannung im System stark an.

Kapitalabzug aus den Schwellenländern? Ja, seit 2014, aber bis Dezember 2017 wieder beruhigt.

Druck auf die Unternehmensergebnisse? Noch nicht zu beobachten.

Unternehmenspleiten? Wacklige Konzerne in China, aber noch keine Pleiten.

Kreditausfälle im roten Bereich (wie US-Subprime 2008)? Nein.

Pleiten im Bankensystem? Nur im Epizentrum Italien. Als Nebenbeben zu deuten.

Liquiditätsklemme? Nein.

Wir sehen also eine Zunahme der Spannungen und erste Warnzeichen wie den zeitweisen Kapitalabzug und die wackligen chinesischen Unternehmen, können daraus aber noch nicht automatisch auf den Beginn des »Big One« schließen.

Es gibt übrigens noch einen weiteren Signalgeber für große Wirtschaftsbeben, genau wie beim Erdbeben. Haben Sie schon einmal davon gehört, dass sich die Tierwelt unmittelbar vor einem Erdbeben ganz merkwürdig verhält?<sup>291</sup> Vögel sind aufgereggt, Tiere fliehen aus der Gefahrenzone. Sie wittern die ersten Zeichen der sich entladenden Spannungen weit früher als wir Menschen.

Das gibt es auch an den Börsen. Die großen Insider, die Löwen, Schakale, Adler und Geier der Wall Street, der Investmentbanken, die großen Firmenchefs - sie alle sind viel näher dran am Geschehen. In ihren Netzwerken der Macht und des Geldes machen solche Spannungen viel schneller die Runde, und es dauert lange Wochen und manchmal Monate, bevor sich deren Wissen der breiten Masse offenbart. Eine Investmentbank weiß zwangsläufig als allererste, wenn mehrere ihrer Großschuldner in Schwierigkeiten geraten. Darüber spricht man beim Abendessen in teuren Restaurants hinter vorgehaltener Hand, da ruft man den alten Kollegen zwei Häuserblocks weiter an mit einem »Hast du schon gehört? ... Aber von mir hast du's nicht«. Diese Insider beginnen dann, ihre Archon zu besteigen. Sie fangen an, ihre Depots abzusichern, ihre Aktienpakete zu verkaufen, ihren Plan A in Aktion zu setzen. Die Vögel beginnen zu flattern, die Tiere werden unruhig und verlassen das Gefahrengebiet.

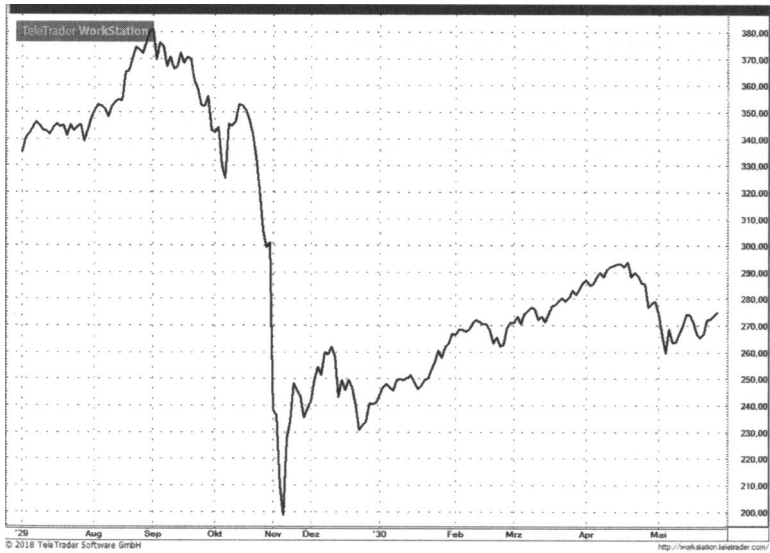
Da diese Insider vergleichsweise große Summen zu bewegen haben, geht das nicht spurlos an den Märkten vorbei. Kein Crash kommt aus heiterem Himmel, während die Aktien auf dem Höhepunkt stehen. Im Jahr des berühmten Crashes von 1929 erreichte der Dow Jones am 3. September den Rekordstand von 381 Punkten. Von hier ging es dann den ganzen September viele Tage lang spürbar, aber geordnet um 13 Prozent nach unten auf 330. Das waren ganz kontrollierte, marktschonende Abverkäufe der Insider.

Danach erholte er sich Anfang Oktober leicht auf 350. Unbedarfte Anleger sahen die Chance, hier endlich noch einmal billig an Aktien zu kommen. »Das war nur eine Marktübertreibung, das erholt sich schnell wieder.« Doch der Index fiel dann mit weiteren Abverkäufen - sicher nicht ohne diejenigen, die die Situation nur zu genau kannten - im Laufe des Oktobers wieder zurück auf das alte Tief von 330 Punkten. Erst jetzt kam das Ereignis, das später alle als den großen Schwarzen Freitag in Erinnerung behalten sollten. Der große Crash, der alle überraschte und um ihre Ersparnisse brachte. Alle? Ganz sicher nicht. Nicht jene, die schon im September und Oktober, Wochen vor dem Crash, ihr Geld in Sicherheit gebracht und ihre Aktien - zuletzt noch an die naiven Zukäufer - losgeschlagen hatten.<sup>292</sup>

Wir werden später noch sehen, dass manche dieser Insider in jenen Monaten erst den Grundstock für ihr späteres riesiges Vermögen legten, weil sie vor allen anderen auf die Ereignisse vorbereitet waren und ihren Plan umsetzen konnten. Eigentlich war es gar kein Schwarzer Freitag, sondern es begann mit einem Mittwoch, dem 23. Oktober 1929, als der Dow Jones an einem Tag um 6,4 Prozent von 326 auf 305 fiel. Es folgte der »Schwarze Donnerstag« mit einem weiteren Minus von 6 Punkten. Am folgenden Montag und Dienstag ging dann endgültig die Aktienwelt unter, als der Dow Jones von 299 erst auf 260 und dann auf 230 Punkte zusammenbrach. Dreißig Prozent Kursverlust binnen weniger Tage, innerhalb derer viele Anleger in Schockstarre und Unverständnis der Zusammenhänge gar nicht reagieren konnten und zusehen mussten, wie sich ihr kleines Vermögen in Luft auflöste. Dabei waren auch damals bereits Monate zuvor die ersten Seismografen angesprungen, und es gab, wie wir gesehen haben, auch die Warnzeichen aus der »Tierwelt«, die sich rechtzeitig vom Acker machte. Jetzt ist aber nicht jeder Kursrückgang ein Zeichen für den nächsten Crash und nicht jeder auffliegende Starenschwarm ein sicheres Indiz für ein Erdbeben. Es gilt jedoch, bei einem Zusammentreffen mehrerer Signale besondere Aufmerksamkeit an den Tag zu legen.<sup>293</sup>



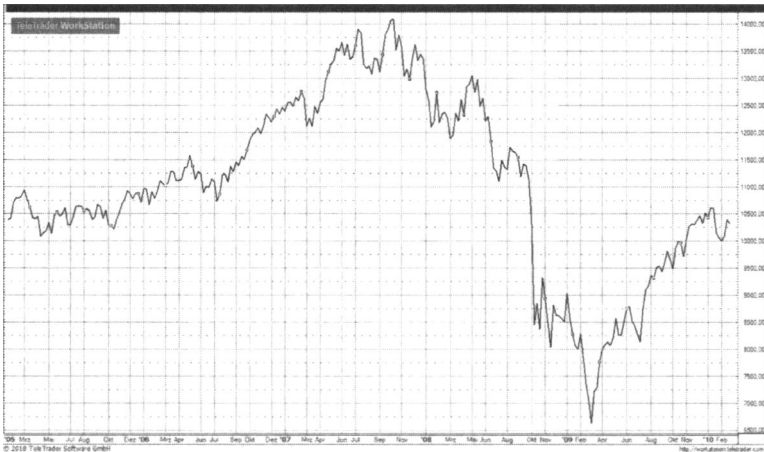
Dow Jones Industrial Index Juli 1929–Juni 1930



Dow Jones Industrial Index Januar 1925 – Dezember 1954

Für die Anleger war aber hier noch längst nicht Schluss mit der Geisterbahn. Es ging vom zwischenzeitlichen Tief im November 1929 bei 200 Punkten (-48 Prozent seit dem Höchststand) um fast fünfzig Prozent nach oben auf knapp 300 Punkte, bevor die endgültige Kapitulation der Anleger ein zweijähriges Sterben des Marktes bis auf 41 Punkte im Sommer 1932 erzeugte. Neunzig Prozent Kursverlust, die Auslöschung ganzer Depots und eine in ihrer Ausprägung bis heute einmalige mehrjährige Weltwirtschaftskrise, die sicher ihren Anteil an der Entstehungsgeschichte des Zweiten Weltkrieges hatte, waren die Folge.<sup>294</sup>

Es dauerte dreißig Jahre und einen Weltkrieg, bis jene Anleger, die nahe den Höchstkursen gekauft hatten, ihren Einstandkurs wiedersahen, wenn sie und die von ihnen gehaltenen Firmen diese Zeitspanne überhaupt überlebten. Behalten Sie das bitte immer im Hinterkopf, wenn Ihnen jemand sagt: »Kauf Aktien, Fonds oder ETFs und mach dir keine Sorgen vor Kursrückgängen, das erholt sich immer wieder schnell.« »Schnell« ist ein sehr relativer Begriff, wenn man nicht über die Unsterblichkeit eines Highlanders verfügt.



Dow Jones Aktienindex 2005–2010

Im Übrigen haben wir auch beim letzten großen Crash 2008 die exakt gleichen Abläufe gesehen. Im Oktober 2007 stand der Dow Jones auf seinem höchsten Stand bei 14.200 Punkten. Bis Januar 2008 fiel er geordnet um 18 Prozent auf 11.600. Es folgten die Käufe jener, die »zum letzten Mal billig Aktien« zu kaufen glaubten und dafür sorgten, dass der Index sich um 13 Prozent auf 13.100 erholte, bevor er dann ab Juni 2008 so richtig unter die Räder kam. Die Medien spielten den »Big Boys« wieder prächtig in die Karten. Während die ihre Aktien abstießen, trieben die Medien die ahnungslosen Kleinaktionäre mangels besseren Wissens den Jägern vor die Flinte. Ein Zitat aus RP [Rheinische Post] online vom Januar 2008: »Sollen die Mutigen Aktien kaufen? - Die Konjunkturaussichten gelten als gut, der Konsum hält an. Es gibt gute Gründe, die gegenwärtige Krise zu nutzen.« Zu allem Überfluss garnierten sie den Artikel auch noch mit einem Foto von mir, der ich die gegenteilige Meinung vertrat.<sup>295</sup>

Erst im März 2009 war der Tiefststand von 6469 Punkten erreicht, was für die »Mutigen« einen Kursverlust von über vierzig Prozent in einem Dreivierteljahr bedeutete. War das absehbar? Absolut! Wir kannten die Spannungsfelder und Wirkmechanismen bestens. Wir haben hinter den Kulissen offen über den Wahnsinn der Immobilienverbriefungen gesprochen und dieses Verfahren als Auslöser für eine kommende Katastrophe identifiziert. Professor Max Otte hat schon zwei Jahre zuvor sein Buch *Der Crash kommt* veröffentlicht. Die *Süddeutsche Zeitung* schrieb 2010: »Dirk Müller war der Erste hier auf dem Parkett, der den Fall des Marktes vor Monaten vorausahnte.«<sup>296</sup> Doch das wollte in der Euphorie jener Tage - so wie heute - niemand hören. Das ging mir und den Kollegen so - die Beschimpfungen reichten von »Schwarzseher« bis »Verschwörungstheoretiker«. Diesmal sei schließlich alles anders und ewiges Wachstum und ewiger Anstieg der Aktienkurse seien quasi garantiert.

Kommt Ihnen das vertraut vor? Als dann die Seismografen ausschlugen und die ersten bekannteren Immobilienstrukturen

platzten, war höchste Körperspannung angesagt. Davon bekam die Öffentlichkeit kaum etwas mit, das erschien selbst in den Wirtschaftszeitungen eher auf den hinteren Seiten. Als parallel die Tiere des Waldes sich ins Gebüsch schlugen, war das für mich der Zeitpunkt, an die Öffentlichkeit zu gehen. Ich erinnere mich an eine N-TV-Börsenschalte mit Katja Dofel, die mich kurz vor der Sendung fragte, wie meine Einschätzung zum Markt sei, was ich den Leuten sagen würde. Ich antwortete: »Uns fliegt der ganze Scheiß in Kürze um die Ohren. Sofort raus aus allen Risikopositionen.« Sie meinte noch, ob das mein Ernst sei und ob ich damit wirklich auf Sendung gehen wolle. Wir gingen damit auf Sendung. Sie können Sich in etwa vorstellen, wie die nachfolgenden Reaktionen aussahen, besonders bei jenen Banken, die Kunde meines Arbeitgebers waren und ihren Kunden gerne weiterhin Fonds und Aktien verkauft hätten. Die haben meinen Vorstand angerufen. Was denn der Irre aus seinem Haus dort auf dem Sender von sich gebe? Doch mir geht eine ehrliche Einschätzung der Situation stets vor kurzfristigen finanziellen Interessen, und zum Glück war mein damaliger Chef ebenfalls von diesem alten Börsen-Schrot-und-Korn und deckte mir den Rücken. Das war damals wie heute keine Selbstverständlichkeit.

Obwohl die Zusammenhänge immer wieder klar erkennbar sind, heißt es hinterher meist: »Das konnte keiner ahnen«. Das ist die Ausrede derer, die entweder tatsächlich keine Kenntnisse über die Zusammenhänge haben oder den Kunden wider besseres Wissen auch auf der letzten Rille noch Risikopositionen einreiben wollen, damit ihre Quartalsvorgabe erreicht wird. Wenn Ihnen also wieder mal einer sagt: »Das konnte keiner ahnen«, wissen Sie, was Sie zu tun haben. Wenn er Ihnen sagt: »Den Zeitpunkt konnte keiner ahnen«, ist das ein ganz anderer Schnack, wenn er Sie damals zumindest auf die Spannungssituation hingewiesen hat.

## Arche Noah: Ein Vorsorgekonzept für die Krise

Was heißt das nun konkret für Sie? Stellen Sie sich vor, Sie haben eine Villa in San Francisco mit einem großen Garten und Blick aufs Meer. Sie feiern eine rauschende Party mit vielen Freunden, die Steaks liegen auf dem Grill, und die Damen sind kurz davor, kreischend in den Pool zu springen (Damen und Veganer stellen sich das bitte leicht adaptiert vor). Würden Sie jetzt gerne den Spielverderber spielen, die Party abbrechen und alle nach Hause schicken, weil es irgendwann in unbestimmter Zukunft ein großes Beben geben wird? Ganz sicher nicht, und das ist auch nicht nötig. Es genügt, dass Sie nun wissen, auf welche Seismografen Sie in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren achten müssen. Wichtig ist es auch nicht nur, die Seismografen zu haben, sondern auch einen verdammt guten Plan, was zu tun ist, wenn diese Dinger ausschlagen. Wenn Sie dann erst anfangen, Ihre Kleider zu packen, zu überlegen, welche Unterlagen Sie noch zusammensuchen müssen und wo Sie Ihren Pick-up jetzt noch schnell volltanken können, nutzt Ihnen die ganze Erkenntnis der Situation wenig.

Daher ist es wieder einmal sinnvoll, sich auf die Bibel zu besinnen. Wann baute Noah seine Arche? VOR dem Regen!

Sie kennen inzwischen die Wirkmechanismen, wie und warum sich die Spannungen aufbauen. Das müssen Sie nicht unbedingt alles auswendig lernen, es genügt, wenn Sie daraus die Erkenntnis ziehen: »Ja, ein großes Beben ist durchaus realistisch.« Das genügt.

Sie kennen nun die Seismografen, auf die Sie achten müssen. Um jetzt den notwendigen Plan A zu entwickeln - Ihre persönliche Arche -, müssen wir uns überlegen, wie der Ablauf eines kommenden Crashes wahrscheinlich aussehen wird. An dem Wort »wahrscheinlich« erkennen Sie schon, dass es auch hier keine Garantien und Sicherheiten gibt, nur Abläufe, denen man aufgrund guter Kenntnisse und Zusammenhänge eine gewisse Wahrscheinlichkeit einräumen kann.

Wir können die Abläufe der Lehman-Krise als wunderbare Blaupause verwenden, da es die gleichen tektonischen Plattensysteme sind, die damals wie heute unter Spannung stehen. An welcher Stelle das Epizentrum sein wird, spielt dabei eine untergeordnete Rolle, so wie auch in Kalifornien nicht klar ist, an welcher Schwachstelle der San-Andreas-Verwerfung die Struktur zuerst nachgibt. Ob es Banken in Italien, die chinesische Unternehmensverschuldung oder ein Dominoeffekt von überspannten Wetten auf die Börsenvolatilität sind, spielt keine Rolle. Entscheidend ist nur, welche Abläufe und Folgen das Beben auf der Oberfläche - und damit für uns alle sieht- und erlebbar - hat.

Das Marktbeben wird direkt mit zunächst vermutlich relativ moderat fallenden Aktienkursen einhergehen, da die Masse die Situation lange unterschätzt und eher zukaufte. Das wird sich jedoch beschleunigen, je klarer wird, welche Kettenreaktionen ausgelöst wurden. Wir werden wie schon 2008 sehr früh sehen, dass die kurzfristigen Zinsen spürbar anziehen. Besonders bei Anleihen mit hohem Risiko, so genannten High-Yield-Anleihen, wird das sehr deutlich werden. Die Kreditvergabe der Banken wird schnell extrem restriktiv. Sie schauen dreimal hin, bevor sie jemandem Geld leihen, und halten selbst ihre Reserven beisammen. Bei der weiteren Zuspitzung und den ersten größeren Zahlungsausfällen bei internationalen Kreditinstituten werden die Schotten weitgehend geschlossen. Es wird sehr schwer, sich irgendwo Geld zu leihen. Die Kreditlinien der Unternehmen werden gestrichen. Wer jetzt als Mittelständler oder kleiner Unternehmer nicht über gute kurzfristig verfügbare Kapitalreserven verfügt, kommt in ernste Schwierigkeiten.

In dieser sich verschärfenden Situation reagieren viele Unternehmer mit aggressiven Sofortmaßnahmen. Sparkonzepte werden - so vorhanden - aus der Schublade geholt und entschlossen abgearbeitet. SAP war 2008 ein Lehrbeispiel an Weitsicht und Reaktions-schnelle. Binnen kürzester Zeit wurde in Walldorf alles gestrichen, was nicht überlebensnotwendig war. Flugreisen wurden durch

Videokonferenzen ersetzt, Dienstwagen außer Dienst gestellt, alle offenen Stellen blockiert. Jeder Bleistift wurde infrage gestellt.<sup>297</sup> Am 15. September beantragte Lehman Brothers die Insolvenz. Zwei Wochen später hatte die SAP ihre Sparprogramme bereits im Markt. Wären Sie mit Ihrer Firma aktuell in der Lage, ebenso schnell zu reagieren? Wenn nicht, wäre das jetzt der richtige Zeitpunkt, einen solchen Notfallplan zu entwerfen und in den Tresor zu legen.

Die nächsten Zeilen beschäftigen sich zunächst mit dem Unternehmer, aber auch der Privatmann sollte stets wie ein Unternehmer denken, wenn es um seine eigenen Finanzen geht. Daher stecken auch für den privaten Anleger große Erkenntnisse in diesem Abschnitt, wir gehen später auf die privaten Besonderheiten noch einmal zusätzlich ein.

- Überprüfen Sie bei Verträgen, bei denen Ihnen Kosten entstehen (Lieferanten, Versicherungen etc.), ob Sie die Laufzeit so weit wie möglich verkürzen können oder Ausstiegsklauseln einbauen können, damit die Kosten nicht zu sehr aus dem Ruder laufen. Im Ernstfall kann es entscheidend sein, aus einer Vertragsverpflichtung schnell herauszukommen.
- Überprüfen Sie, wo Sie Verträge, bei denen Ihnen Einnahmen entstehen (zum Beispiel Vertragskunden), sinnvoll verlängern können.
- Verlängern Sie Kreditverträge rechtzeitig und möglichst langfristige, um nicht im ungeeignetsten Moment mit der Bank über einen Anschlusskredit verhandeln zu müssen, den Sie, wenn es ganz dumm läuft, gar nicht oder nur zu extremen Zinsen bekommen.
- Klassifizieren Sie Ihren Mitarbeiterstamm. Wen kann ich in einer Krise am ehesten entbehren? Bedenken Sie soziale Aspekte Ihrer Mitarbeiter. Wer ist absoluter Leistungs- und Know-how-Träger, den ich auf keinen Fall verlieren darf? Staffeln Sie Ihre Maßnahmen von »Krisenbeginn, Schwere noch nicht absehbar« über »Schwere Krise wahrscheinlich« bis

»Last-Man-Standing«. In letzterem Fall reduzieren Sie alle Kosten und Personal auf das absolut Lebensnotwendige Ihres Unternehmens.

- Sorgen Sie für eine möglichst große Liquiditätsreserve. Wie 2008 gibt es auch in der nächsten Krise ein alles entscheidendes Kriterium: Liquidität. Die dicksten Auftragsbücher und der wertvollste Maschinenpark nutzen Ihnen nichts, wenn Sie Ihre morgige Rechnung nicht bezahlen können. Und seien Sie sicher, Ihr Gläubiger wird auf sofortige Zahlung bestehen; er hat selbst keine andere Chance. Cash Is King!
- Machen Sie diese Planungen heute. Wenn eine Krise ausbricht, werden Sie dazu weder Zeit noch Nerven haben. Die Medien überschlagen sich, Ihr Telefon steht nicht still, die Familie, Freunde und Mitarbeiter sind panisch. Bei Ihnen liegen ebenfalls die Nerven blank, und Sie bekommen den Tunnelblick, der nur das direkte Reagieren ermöglicht, aber ganz sicher keine abgestufte und überlegte Konzeptplanung. Wenn Sie in dieser Phase Ihren Zettel aus dem Tresor holen können, wird das Ihre Situation grundlegend verändern. Sie sind sofort wieder Herr der Lage und haben den Kompass vor Augen, das Ruder in der Hand. Und genau das muss ein Kapitän im Sturm haben.

## Von der Krise zur Chance

Das sind die wichtigsten Grundlagen, die Sie zum Überleben Ihres Unternehmens vorplanen müssen. Aber wer sagt denn, dass es dabei bleiben muss? Wo Verlierer sind, gibt es auch immer Gewinner. Je größer die Risiken und Verwerfungen, desto größer die Chancen für jene, die in der Lage sind, sie zu nutzen. »In der Lage sein« heißt in unserem Fall, die Situation zu verstehen, einen Schlachtplan bereit und die nötigen Mittel im Zugriff zu haben.

Ich möchte Ihnen exemplarisch zwei Männer vorstellen, die genau das getan haben. Sie haben in der größten Wirtschaftskata-

**Strophe** der letzten hundert Jahre - in der Tausende Firmen pleitegingen, in der Millionen Menschen alles verloren haben - ein Imperium aufgebaut. Ich möchte beide keineswegs glorifizieren, es sind beides höchst umstrittene Gestalten der Zeitgeschichte. Man kann auch berechtigt darüber streiten, ob es ethisch angemessen ist, von einer Krise zu profitieren. Der Begriff »Krisengewinnler« ist klar belegt.

Aber ist er nicht von jenen erfunden, die zu den Krisenverlierern gehörten? Ist es wirklich sinnvoll, wenn man in der Lage ist, einer Krise aus dem Weg zu gehen und eine Krise sogar zu einer Chance zu machen, dies nicht zu tun und aufgrund einer fragwürdigen Auslegung von Solidarität lieber mit in den Strudel zu steigen? Wäre es nicht viel sinnvoller, das Beste aus der Situation zu machen, und wenn es gelingt, dabei erfolgreich zu sein, diesen Erfolg zu nutzen, um anderen im eigenen Umfeld wieder auf die Beine zu helfen, statt mit ihnen gemeinsam im Schlamm zu sitzen und zu jammern?

Konkreter: Ihre Firma hat wegen guter Vorplanung keine oder wenige Mitarbeiter entlassen müssen und hat die zweijährige Wirtschaftskrise mehr oder weniger unbeschadet überstanden. Sie haben sich in der Krise durch Übernahmen gestrauchelter Mitbewerber, Ankäufe von verramschten Gebrauchsmaschinen und Hinzugewinnung neuer Kunden, deren alte Lieferanten nicht mehr liefern konnten, sehr gut verstärkt. Nun, am Ende der Krise, können Sie sofort neue Mitarbeiter von der Straße holen, Sie können mithelfen, den ganzen Laden wiederaufzubauen, und Sie können das Ihre tun, den Menschen in Ihrer Umgebung zu helfen, soweit es Ihnen möglich ist - und das ist sicher mehr, als Ihnen möglich wäre, wenn Sie mit untergegangen wären.

Sicher sind Sie schon öfter geflogen. Erinnern Sie sich an die Anweisungen der Crew vor dem Start: »Im Falle eines Druckabfalls fallen automatisch Sauerstoffmasken aus der Kabinendecke. Ziehen Sie die Maske ganz zu sich heran und drücken Sie sie fest auf Mund und Nase. Helfen Sie DANACH Kindern und hilfsbedürftigen

Menschen.« Wer selbst ohnmächtig ist, kann anderen nicht mehr helfen.

Doch zurück zu den beiden Herren, die ihr Glück in der Krise nach 1929 machten. Da wäre zunächst Mr. Joseph P. Kennedy. Der Mann ist Ihnen unbekannt? Nun, seinen Sohn kennen Sie gewiss. Das ist kein anderer als der ehemalige amerikanische Präsident John F. Kennedy, bekannt als ein wunderbarer Gentleman, der aus einer der glamourösesten Dynastien des amerikanischen Geld- und Politikadels stammte. Doch der Gründer dieser Familienlegende war aus ganz anderem Holz geschnitzt. «Joe«, wie er genannt wurde, war eine schillernde Persönlichkeit, der bis heute allerlei fragwürdige Geschäfte wie Alkoholschmuggel und Mafiaverbindungen nachgesagt werden, die er später auch zur Unterstützung der Präsidentschaft seines Sohnes John Fitzgerald eingesetzt haben soll.<sup>298</sup> Wie dem auch sei, ihm war es gelungen, bis zum Beginn der Wirtschaftskrise ein kleines Vermögen von geschätzten vier Millionen US-Dollar zu erwirtschaften. Aber das ganz große Vermögen machte er erst in den Jahren der Wirtschaftskrise. Er hatte seine Aktien rechtzeitig vor dem Crash verkauft. Einer Anekdote nach wollte ein Schuhputzjunge ihm auf dem Höhepunkt der Börseneuphorie Ratschläge geben, was für ihn der letzte Anlass gewesen sei, sein Geld komplett aus dem Markt zu ziehen.

Diese nun freien Mittel investierte er am schlimmsten Punkt der Krise, als es alle möglichen Sachwerte zu Ramschpreisen gab. Immobilien und eben auch wieder Aktien.<sup>299</sup> Der amerikanische Aktienmarkt erholte sich, nachdem das Tief im Sommer 1932 mit gerade noch 40 Punkten auf dem Dow-Jones-Index erreicht war, sehr schnell und stand bereits ein Jahr später wieder bei 100. Die große Depression hielt an, aber die Aktienmärkte gingen zusammen mit neuen Maßnahmen der Regierung und der Notenbank weiter nach oben. Ende 1936 erreichte der Dow Jones ein Zwischenhoch von knapp 200 Punkten. Eine Verfünfachung der Kurse in acht Jahren. Joseph P. Kennedy war es gelungen, seine vier Millionen US-Dollar in dieser Krise nicht nur zu behalten, sondern daraus 180 Millionen

US-Dollar zu machen. Das war die Grundlage für eine ganze amerikanische Finanz- und Politikerdynastie, die bis heute mystisch verklärt gefeiert wird. Ohne die Krise wäre diese Familiendynastie so vermutlich nie entstanden. Die einen verlieren alles, doch andere, die die Situation verstehen und klug agieren, können hier die Grundlage für ein Vermögen schaffen.

Was kann man von Joseph P.s Geschichte abseits seiner fragwürdigen Geschäfte, von denen wir uns bitte immer und konsequent fernhalten, lernen? Rechtzeitig sein Geld aus den Aktienmärkten abziehen, wenn die Seismografen ausschlagen!

Cash Is King! Wer dann, wenn alle - egal zu welchem Preis - verkaufen müssen, Geld hat, um zu kaufen, ist der Gewinner des nachfolgenden Aufschwungs.

Time Is Money! In dieser Krise musste alles extrem schnell gehen. Die Aktien mussten binnen Wochen verkauft sein, es war keine Zeit, den Markt eben mal ein paar Monate zu beobachten. Es gab auch nur ein ganz kurzes Zeitfenster extrem tiefer Kurse, bevor der Markt sich wieder deutlich erholte.

Obwohl die Aktienkurse sich binnen fünf Jahren nach ihrem Tief fast verfünffacht hatten, sollte es noch 25 weitere Jahre dauern, bis die einstigen Höchststände von 1929 wieder erreicht waren. Dies sei als Warnung angemerkt für die Freunde der ETFs und Durchhalteparolen vom Schlage: »Man muss einen Kursrückgang nur aussitzen, das erholt sich wieder.« Und auch nach diesen 25 weiteren Jahren hatte man gerade einmal sein eingezahltes Geld zurück. Die Inflation ist dabei nicht einmal berücksichtigt. Ein Markt, der von hundert um neunzig auf zehn Prozent fällt, muss sich verneunfachen, um wieder beim alten Kurs zu stehen. Ein sehr langer Weg.

Der andere bekannte Krisenprofiteur war Aristoteles Onassis, dessen Vermögen bis heute an die Geschichten vom antiken König Midas erinnert. Doch Ari hat keineswegs mit einem goldenen Löffel im Mund begonnen. Im griechisch-türkischen Krieg verließ er als Sechzehnjähriger mit einem Pappkoffer und sechzig US-Dollar seine griechische Heimat in Richtung England. Dort schuftete er

sich vom Hotelpagen über andere kleine Tätigkeiten langsam nach oben, bis er seine ersten kleinen eigenen Geschäfte machen konnte. Mit dem Import von mildem Tabak für die englischen Ladys verdiente er seine ersten größeren Summen. Aber auch für ihn war die Wirtschaftskrise der Moment, in dem er mit den vorhandenen liquiden Mitteln die Einkäufe tätigen konnte, die ihn dann zum größten Reeder des letzten Jahrhunderts machten. Als die Weltwirtschaft am Boden lag, hatte Onassis den Mut und die liquiden Mittel, um 1931 sechs Frachtschiffe aus der Konkursmasse eines kanadischen Reeders für die verhältnismäßig lächerliche Summe von 120.000 US-Dollar zu erwerben. Der eigentliche Wert der Schiffe lag vor der Krise beim Hundertfachen dieses Preises. Und diese Schiffe waren in den folgenden Jahren die Grundlage für seinen märchenhaften Aufstieg.

Auch hier waren es wieder die gleichen wichtigen Punkte:

Cash Is King! Er war es, der Geld hatte, als alle anderen dringend welches brauchten.

Time Is Money! Er hat sofort zugeschlagen und die Schiffe gekauft. Das bedeutet, dass er sich schon zuvor einen Plan zurechtgelegt hatte. WAS kaufe ich, wenn es so weit ist? Er hat nicht erst, als ihm zufällig der Versteigerungskatalog in die Hände fiel, darüber nachgedacht, was man denn mit sechs Schiffen machen könnte und was man denn so braucht, um sie zu betreiben. Diese Pläne lagen alle längst für den Tag X in der Schublade.

Sie sollen jetzt natürlich nicht zwingend ins Alkohol- oder Reedergeschäft einsteigen. Konzentrieren Sie sich auf Ihre Fachgebiete. Wo kennen Sie sich aus? Wo möchten Sie sich auskennen - arbeiten Sie sich ein. Legen Sie sich einen Schlachtplan zurecht, den Sie minutiös abarbeiten können, sobald die Situation eintritt. In was will ich investieren, was ist mein weiterer Plan? Habe ich genug Ressourcen, um die neuen Investitionen über die noch andauernde schwierige Phase zu betreiben und zu entwickeln?

Wenn all das geklärt ist und die Krise tatsächlich eintritt, kommt der schwierigste Moment, der am Ende darüber entscheidet, ob Sie

Erfolg haben oder nicht: der Mut, es tatsächlich zu tun. Versetzen Sie sich bereits vorher im Rahmen der Planung immer wieder gedanklich in diese hochemotionale Situation. Die Medien spielen verrückt. Banken brechen zusammen, Massenarbeitslosigkeit wird zum akuten Thema. Unternehmen brechen zusammen. Um Sie herum Weltuntergangsstimmung. Jeder sagt: »Das war's! Das erholt sich nie wieder.« Und die düstersten Prognosen für die nächsten Jahre machen die Runde. Das war zu jeder Krise so, das wird bei der nächsten Krise so sein.

Haben Sie jetzt den Mut, entgegen all dieser Stimmung das genaue Gegenteil dessen zu tun, was Ihnen alle raten, und gegen Ihre eigene Angst und Unsicherheit zu handeln? Vermutlich nicht, wenn Sie nicht vorher in ruhigen Zeiten einen Plan erstellt hätten, den Sie jetzt wie eine Regieanweisung abarbeiten und dabei nicht auf die Idee kommen, ihn jetzt über den Haufen zu werfen. Jetzt gilt es, nicht nur ein klein bisschen zu investieren, sondern möglichst groß im Rahmen des Planes einzusteigen. Wenn es Gold regnet, dann stell Eimer vor die Tür und keinen Fingerhut.

Dieser letzte Aspekt, in der größten Panik den Mut und den Überblick zu bewahren, unterscheidet Kennedy und Onassis von Millionen anderer, die trotz gleicher Möglichkeiten ihre Chancen nicht genutzt haben.

Für diese strategische Überlegung spielt es keine Rolle, wie groß oder klein Ihre zu investierenden Mittel sind, oder ob Sie Unternehmer oder Privatanleger sind. Es gibt für absolut jeden Geldbeutel, der überhaupt ein klein wenig gefüllt ist, in dieser Situation Investitionschancen. Der Unternehmer kann über Maschinenkäufe und ganze Firmenübernahmen nachdenken, der Privatanleger, auch wenn er über noch so bescheidene Mittel verfügt, kann sich schon zuvor überlegen, welche Aktien er für die 500 Euro kauft, die er zum Investieren hat, wenn der Kurs dieser Aktien nur weit genug gefallen ist.

Eine Apple-Aktie gab es nach dem Lehman-Crash im Dezember 2008 für 12 US-Dollar. Heute, knapp zehn Jahre später, kostet sie

180 US-Dollar. Aus 500 Dollar wären 7500 Dollar geworden. War der Erfolg (jenseits der ohnehin zu erwartenden Markterholungen) von Apple absehbar? Absolut! Apple als Pionier des Smartphones brachte sein erstes iPhone 2007 auf den Markt. Im Dezember 2008 war absolut klar, dass das Smartphone und ganz vorneweg der faktische Erfinder Apple die neue Welt der Kommunikation sein würden. Aber die wenigsten hatten den Mut, im Dezember 2008 gegen die Panik der Medien, der Wirtschaft und des eigenen Umfelds zu investieren. Dabei hätte man drei Monate auf diesem niedrigen Niveau zuschlagen können, bevor die Kurse wieder deutlich anzogen.

Was gilt es also im Vorfeld der Krise für den Privatanleger zu beachten, damit er in der Krise überhaupt agieren kann? Wie muss ich als Privatanleger meine Arche bauen?

Grundsätzlich unterscheidet sich das nicht von den grundlegenden Themen, die wir beim Unternehmen festgestellt haben. Das sind Regeln, die man auch unabhängig von einer erwarteten Wirtschaftskrise ohnehin beherzigen sollte. Aber in diesem Zusammenhang ist es existenziell, sie zu befolgen.

### **Cash Is King!**

Halten Sie Ihr Geld zusammen! Vermeiden Sie unnötige Ausgaben, und um Himmels willen verschulden Sie sich nicht für Konsumzwecke. Richten Sie Ihre Aufmerksamkeit stark darauf aus, Ihre Barreserven so weit wie nur irgend möglich zu erhöhen. Barreserve heißt jede Form von Geld oder Geldanlage, die Sie binnen weniger Tage sicher flüssig machen können. Verkaufen Sie jetzt, wo die Preise für alles auf extrem hohem Niveau sind und wo bei den meisten Menschen das Geld locker sitzt, alles, was Sie ohnehin nicht benötigen. Das gilt für alte Sammlungen, Wertgegenstände oder einfach nur den alten Kram auf dem Dachboden. Es ist eine wunderbare Zeit, Immobilien zu verkaufen; mit ein wenig Geschick erzielt man heute erstaunliche Preise.

Führen Sie Ihre monatlichen Belastungen so weit wie sinnvoll zurück. Überflüssige Abos, zu teure Versicherungsverträge etc. Überprüfen Sie Ihre Ausgaben Euro für Euro.

Verringern Sie die Laufzeit all Ihrer Verträge, bei denen Sie bezahlen müssen. Mitgliedschaft im Fitnesscenter, Versicherungsverträge etc.

Verlängern Sie so früh wie möglich Ihre Kredite, wenn Sie sie nicht ganz zurückzahlen können. Ein sogenanntes Forward-Darlehen sichert Ihnen bei Ihrer Bank schon jetzt den Anschlusskredit für Immobiliendarlehen, damit Sie nicht im ungünstigsten Fall mitten in der Krise mit der Bank verhandeln müssen.

Bereiten Sie Ihren Plan für die Zeit der möglichen Krise vor. Was mache ich, wenn...?

Überlegen Sie genau, was in einer sich zuspitzenden Krise mit Ihren Einnahmen geschehen würde. Wie sicher ist Ihr Gehalt? Ihre Mieteinnahmen? Wo könnten Sie zusätzliche Einnahmen generieren?

### **Die Krise beginnt**

Sobald die Krise sichtbar wird, schalten Sie sofort - wie damals SAP - in den »Dagobert«-Modus. Werden Sie so geizig wie der berühmte Erpel. Reduzieren Sie alle Ausgaben auf das absolute Minimum und machen Sie sich einen Sport daraus, Geld zu sparen. Sehen Sie es nicht als »beschämend«, sondern als sportliche Herausforderung. Das ist jetzt IHR Moment. Kleineres Auto? Kleinere Wohnung? Urlaub stornieren? Essen mit Freunden wieder zu Hause statt im Restaurant? ... IHR Moment!

### **Die Krise erreicht ihren Höhepunkt**

Woran soll man erkennen, dass die Krise auf dem Höhepunkt ist? Das kann doch keiner wissen!? Doch. Den Höhepunkt der Krise erkennen Sie sehr genau an der Stimmungslage der Medien und um Sie herum. Ein altes Sprichwort sagt zu Recht: »Kurz bevor die Sonne aufgeht, ist die Nacht am dunkelsten.« Erst wenn ALLE um Sie

herum kapitulieren und die letzten Optimisten die Segel gestrichen haben, ist dieser Moment der dunkelsten Stunde erreicht. Solange in den Medien die Rede davon ist, das seien alles nur Marktüber-treibungen... Finger weg. Solange die Medien davon sprechen, dass es zu Pessimismus eigentlich gar keinen Grund gebe, weil... Finger weg. Aber wenn die Titelseiten voll sind von Katastrophenprogno-sen, dann ist der Zeitpunkt, die Eimer vor die Tür zu stellen.

Ich erinnere mich an den Kurseinbruch der Jahre 2000 bis 2003. Die Internetblase war geplatzt, und der Dax war von 8000 auf fast 2000 Punkte eingebrochen. Nahe den absoluten Tiefstständen fragte mich ein aufgeregter BILD-Journalist: »Herr Müller, wie weit fällt der Dax noch? Sehen wir bald die 1000?« Meine Antwort war: »Wir sind jetzt in zwei Jahren 6000 Punkte gefallen. Noch mal fal-len wir die nicht, dann stehen die Aktien nämlich im Minus. Wer jetzt nicht kauft, wird sich in wenigen Jahren den Kopf an die Wand schlagen, wie er so blöd gewesen sein konnte.« Zwölf Monate später hatte sich der Dax wieder verdoppelt und 2007 wieder die 8000 Punkte erreicht.

Sie werden mit hoher Wahrscheinlichkeit den absolut tiefsten Punkt einer Krise nicht erwischen. Das ist aber auch gar nicht nö-tig. Überlegen wir, welche Kursentwicklung wir erwarten, wenn wir von einer solch großen Krise sprechen. Ganz sicher reden wir nicht von einer Korrektur um zwanzig oder dreißig Prozent. Das hatten wir ja schon bei der winzigen Korrektur des Jahres 2015. Der Crash von 2008/09 kostete den Dax etwas über fünfzig Prozent, der Crash 2000-2003 knapp 75 Prozent und »The Big One« von 1929/30 so-gar neunzig Prozent. Irgendwo zwischen diesen Ereignissen wird sich auch unser nächster großer Crash bewegen: fünfzig bis neun-zig Prozent. Nimmt man die auf den letzten 250 Seiten erörterten Zusammenhänge und die Aussagen zahlreicher Experten, dass der nächste Crash heftiger sein werde als jener von 2008, hinzu, dann dürften wir eine Zielgröße von siebzig bis neunzig Prozent Kurs-rutsch als durchaus realistisches Szenario annehmen. Es spielt gar keine Rolle, den absoluten Tiefpunkt zu kennen. Wenn Sie in der

Lage sind, siebzig bis neunzig Prozent unter dem heutigen Kursniveau Aktien von Unternehmen zu erwerben, die auch nach jeder noch so heftigen Krise noch existieren, werden Sie alles richtig gemacht haben.

Es empfiehlt sich dann ohnehin, gestaffelt einzusteigen. So wäre es ratsam, nach siebzig Prozent Kursrückgang die ersten zwanzig Prozent des zu investierenden Kapitals einzusetzen, einfach um dabei zu sein, wenn es das schon gewesen sein sollte. Bei achtzig Prozent Rückgang die nächsten dreißig Prozent, und sollte es tatsächlich neunzig Prozent nach unten gehen, dann »All-In« mit den restlichen fünfzig Prozent in den Markt gehen. Das wäre dann im Schnitt bei -82,5 Prozent unter den Höchstständen. Damit haben Sie auf Sicht der nächsten fünf bis zehn Jahre ganz sicher nichts falsch gemacht.

Wer es etwas ruhiger angehen lassen möchte, kann diese Strategie natürlich auch etwas dehnen. Er könnte nach einer Halbierung des Marktes seine ersten zwanzig Prozent investieren, dreißig Prozent nach 75 Prozent Rückgang und die restlichen fünfzig Prozent als Reserve für den Fall, dass der Markt doch um neunzig Prozent einbricht. Merken Sie etwas? Während andere noch darüber diskutieren, ob man bei 13.000 Punkten vielleicht doch investieren sollte und sich ein wenig Sorgen machen, ob es vielleicht doch eines Tages zu einem Crash kommen könnte, planen Sie gerade schon Ihren Einstieg am Ende des Crashes und die Erfolgsgeschichte danach. Nicht in der Analyse der Gegenwart, sondern in dieser Vorausschau auf die zukünftige Entwicklung steckt der Erfolg von Kennedy und Onassis.

Es ist in dieser Phase des nächsten Crashes nicht nur von Vorteil, sein bis hierhin gerettetes Geld in Aktien, Maschinen oder sonstige günstige Sachwerte investiert zu haben, es ist absolut notwendig. Führen wir die Überlegungen einmal fort. Wie würden die Staaten und vor allem die Notenbanken auf einen solchen Crash und die Liquiditätsklemme reagieren? Genauso, wie wir es 2008 schon einmal gesehen haben. Mit dem vollständigen Öffnen der Geld-

schleusen. Sie würden alles an Anleihen aufkaufen, was ihnen angeboten wird, und das zu höchsten Kursen, um die Zinsen wieder zu drücken. Das ist übrigens absolut im Interesse jener finanziellen Eliten, über die wir im Laufe des Buches oft gesprochen haben. Die großen Investoren, Investmentbanken und Kapitalverwalter sitzen auf riesigen Mengen an Anleihen aller Art. Sie werden diese zu den neuen Höchstkursen an die jeweiligen Notenbanken verkaufen. Mit welchem Geld kaufen die amerikanische FED, die japanische BoJ oder die europäische EZB diese Anleihen auf? Mit im gleichen Moment von ihnen selbst geschaffenen Geld.

Versetzen Sie sich in die Lage eines großen Investors. Sie haben soeben Anleihen im Wert 100 Millionen US-Dollar an die FED verkauft und haben jetzt 100 Millionen Dollar Cash. Sie wissen, dass gerade alle Schleusentore offen stehen und jeder namhafte Investor weltweit seine Anleihen an die Notenbanken gegen frisches Geld verkauft. Gleichzeitig werden die Aktien, Rohstoffe und zahllose andere Sachwerte gerade zu Spottpreisen von jenen an den Märkten verramscht, die leider keinen Zugang zu Zentralbankgeld haben. Sie wissen, dass gerade so viel neues Geld gedruckt wird, dass es sehr schnell seinen Wert verlieren wird, sobald die Liquiditätsklemme bewältigt ist. Also werden Sie Ihre 100 Millionen Dollar schnellstmöglich umtauschen in etwas, das einen Sachwert darstellt, der von dem neuen Geldfluss nach oben getrieben wird. Sie kaufen die gerade spottbilligen Aktien, Edelmetalle, Rohstoffe und Transportschiffe. Erinnern wir uns an die Dimensionen. Das Volumen der weltweiten Anleihen beträgt über 150 Billionen US-Dollar. Der Wert aller weltweiten Aktien beträgt etwas über 70 Billionen US-Dollar. Nach einem Kurseinbruch der Aktien um 75 Prozent bei gleichzeitig hohen Kaufkursen für Anleihen durch die Notenbank stehen nach einfacher und überschlägiger Rechnung 17,5 Billionen Aktienwert 150 Billionen Anleihekapital gegenüber. Darüber hinaus steht nur ein sehr kleiner Teil der Aktien überhaupt zum Verkauf und ist nicht fest gebunden. Es ist kein Fehler, davon auszugehen, dass sich in dieser finalen Phase der Krise sehr viel neu

gedrucktes Geld auf vergleichsweise wenige zum Verkauf stehende Sachwerte stürzen und deren Preise durch die Decke jagen wird. Ich spreche dabei noch gar nicht mal von einer hyperinflationären Entwicklung, die in diesem Zusammenhang denkbar wäre und die weltweiten Schulden und Geldvermögen (aber nicht Sachvermögen!) gleichermaßen pulverisieren würde. Selbst eine Vervierfachung der Kurse binnen weniger Monate, wie es 1933 der Fall war, oder eine Verdopplung wie 2003 bringt schnelle und beachtliche Profite für jene, die auf diese Situation vorbereitet waren.

## Der Tag danach

Neben der Entscheidung, WANN man in der Krise in den Markt geht, ist die Frage, in welche Unternehmen ich investieren soll, von besonderer Bedeutung. Im Crash werden alle Aktien abverkauft, da spielt die Qualität kaum eine Rolle. Cash Is King und alles muss raus. Anders sieht es dann schon wieder bei der Frage aus, welche Aktien danach auch wieder steigen. Ich empfehle hier sich auf jene Unternehmen zu konzentrieren, die mit hoher Wahrscheinlichkeit auch in der Zeit danach erfolgreich sein werden. Überhaupt »die Zeit danach«. Wie soll man sich das vorstellen? Bei allen Gedanken zu einem möglichen Crash seien Sie über eines absolut sicher: Die Welt wird nicht untergehen. Die wird sich weiterdrehen, als wäre nichts gewesen, und die Sonne wird ebenfalls jeden Morgen wieder aufgehen, auch wenn das mediale Geschrei anderes wird erwarten lassen.

Das Gleiche gilt für die Wirtschaft, die gesellschaftliche Entwicklung, die Erfindungen und alles, was wir am Rande darunter verstehen. Ein solcher Crash, auch in Kombination mit einer schweren und vielleicht zwei- oder dreijährigen Wirtschaftskrise, ist wie ein schwerer Herbststurm. Furchterregend und gefährlich, während man mittendrin steht. Aber er ist auch notwendig, um alte Äste auszuputzen, morsche Bäume zu fällen und so die Grundlage und den Lebensraum für die neuen Bäume und Pflanzen zu schaffen.

Eine Wirtschaftskrise dieses befürchteten Ausmaßes wird viele morsche Strukturen in den Volkswirtschaften zerstören, Schuldenberge zum Einsturz bringen und vieles durcheinander wirbeln. Damit sind zahllose schwere Einzelschicksale verbunden von Menschen, die sich nicht vorbereiten konnten, denen niemand geholfen hat und die hier vieles verlieren. Es wird wieder jene besonders hart treffen, die ohnehin nicht viel haben. Diese dunkle Seite können wir ebenso wenig ignorieren, wie wir sie verhindern können. Daher sollten Sie versuchen, so gut es geht, durch diese Phase zu kommen, um dann jenen zu helfen, die diese Möglichkeit nicht hatten.

Doch wie geht es jetzt weiter? Was kommt nach einem Crash, der eine solche weltweite und geschichtlich vermutlich einmalige Dimension haben könnte? Man denkt in Krisenzeiten oft, das war's! Das erholt sich nie wieder. Das endet in der Katastrophe, und die bleibt dann bestehen.

Das gab es tatsächlich schon einmal, nach dem Zusammenbruch des Römischen Reiches. Die Zeit der Ordnungslosigkeit, der völligen Zergliederung und des Chaos nach dem Zerfall des Weströmischen Reiches im 5. Jahrhundert nannte man die düsteren Jahrhunderte. Es gab zunächst keine zentrale Ordnungsmacht.

Das ist in unserer Zeit aus einem ganz besonderen Grunde nicht zu erwarten. In diesem Crasheszenario zerfallen Aktienkurse und Anleiheblasen. Vielleicht wird das Ganze auch von militärischen Auseinandersetzungen im Mittleren Osten oder Asien begleitet. Möglicherweise zerfallen in dieser Zeit sogar Staaten und werden zu einem Neuen Nahen Osten wieder zusammengesetzt. Aber eines bleibt über die ganze Zeit erhalten. Die eigentlichen Machtstrukturen unserer oft benannten Machteliten und ihre Netzwerke. Sie sind es, die heute die Dinge entscheiden, und sie werden sehr darauf achten, dass die kommende Entwicklung ihnen hilft, ihre Macht und ihre Ressourcen zu erweitern. So wenig befriedigend es uns vorkommen mag, sie werden es daher sein, die aus purem Eigeninteresse dafür sorgen werden, dass schnellstmöglich wieder funktionierende und prosperierende Strukturen entstehen, sobald sie ihre jeweiligen Ziele erreicht haben.

Eines möchte ich dabei immer wieder betonen. Ich bin weit davon entfernt, diese Strukturen gutzuheißen; ich wünsche mir eine völlig andere Welt, in der es wirklich um die Wünsche und Bedürfnisse der Gesellschaft, der Masse der Menschen geht und in der wir nicht Spielball und Verfügungsmasse einer kleinen, aber hocheffizienten Elite sind, die in allererster Linie ihre eigene Macht und ihren eigenen Vorteil im Auge hat. Dennoch ist es wichtig und sogar essenziell, die Mechanismen und Wirkzusammenhänge so neutral wie möglich zu erkennen und in eigene Handlung umzusetzen. Alles andere ist Illusion.

Die Wirtschaft wird sich neu aufstellen. Es werden mit nun vielleicht deutlich kleineren Schuldenbergen ganz neue Dynamiken entstehen können. Die wissenschaftlichen, technologischen Entwicklungen werden ungebremst weitergehen, und nach dem reinigenden Gewitter wird es eine sehr lange Zeit des Aufstiegs und des Fortschritts geben - ohne die Angst vor dem großen Crash, weil die Systeme bereinigt sind. Es ist zweifelhaft, dass man danach alles anders machen wird. Es werden die gleichen Machtstrukturen der Eliten einerseits und der Masse der Gesellschaft andererseits sein, und vermutlich werden es auch weitgehend die gleichen Finanzsysteme und Wirtschaftssysteme sein. Aber sie wurden auf Reset gestellt, man wird hier oder da Änderungen vornehmen, und es wird so oder so eine über viele Jahrzehnte stabile Phase sein. Die Globalisierung wird ihren endgültigen Siegeszug antreten, denn man kann schon heute davon ausgehen, dass man den Crash ohne jeden Zweifel den bösen Nationalisten wie Trump ankreiden wird, die mit ihrer wahnsinnigen Politik der Abschottung und der Strafzölle für diese große Katastrophe verantwortlich waren.

Vielleicht ist diese Funktion des »Watschenmannes«, des anti-globalistischen Sündenbockes genau das, warum die eigentlich so globalisierungsfreundlichen Plutokraten gerade jetzt einen Trump als ihr personifiziertes Gegenteil vor die Öffentlichkeit stellen. Wenn es kracht, wird man alle Schuld Trump, den Zöllern, dem Protektionismus und dem Nationalismus anlasten und nicht den

Plutokraten und nicht der Globalisierung. Folglich kann die Zukunft nur in der vollständigen Globalisierung, der Zusammenführung der Menschen weltweit liegen. Wenn heute vielerorts der Abgesang auf die Globalisierung angestimmt wird und das Erstarken des Nationalismus beschworen wird, dann sollte man auf der Hut sein. Unterschätze nie jemanden, der einen Schritt zurückgeht. Er könnte Anlauf nehmen.

Die technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen laufen mit immer größerer Dynamik ab, und wir dürfen gespannt sein, was hier mit oder ohne Krise noch auf uns wartet. Vieles ist bereits heute absehbar, und das wird sich auch durch eine Weltwirtschaftskrise nicht ändern. Einiges mag sich verzögern, aber es wird nichts aufgehalten. Genau hier gilt es für uns anzusetzen. Wir müssen bereits heute in diese Zukunft schauen, um zu erkennen, wie die Welt von morgen aussehen wird, welche technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit durchsetzen werden. Im nächsten Schritt identifizieren wir jene Unternehmen, von denen wir annehmen können, dass sie nicht nur gut durch die Krise kommen, sondern auch künftig maßgeblich von den erwarteten Entwicklungen profitieren werden.

Und schon haben wir unsere Wunschliste jener Aktien, die wir im Crash beherzt einkaufen wollen. Im Übrigen gilt all das, was wir im Folgenden diskutieren, nicht nur für die Zeit nach einem MÖGLICHEN Crash. Ich kann es nicht oft genug wiederholen, dass die Analyse von Spannungsfeldern und möglichen Crasheszenarien und die Vorbereitung eines Notallplanes hierauf nicht bedeuten, dass wir ihn zwangsläufig bald erleben. Das zu verstehen ist elementar wichtig. Es macht keinen Sinn, sich mit Stahlhelm unter den Tisch zu setzen, nur weil möglicherweise irgendwann ein solches Szenario kommen kann. Daher ist es wichtig, den Plan bereit zu haben, jene Vorbereitungen zu treffen, die einen nicht zu sehr vom üblichen Alltag entfernen, ansonsten aber sein Leben so weiterzuleben, als würde der Crash nie kommen, und mit Optimismus, Lebens- und Zukunftsfreude sein Leben zu genießen. Wir haben nur dieses

eine, und da ist jeder Tag, den wir nicht mit Lebensfreude feiern, ein verschenkter Tag.

Die nachfolgenden Überlegungen gelten daher grundsätzlich nicht nur, um eine Wunschliste für Krisenzeiten zu haben, sondern auch für künftige Investitionen vielleicht am Ende einer Marktkorrektur von zwanzig Prozent, die nicht unmittelbar in einen Crash übergeht.

Wir haben schon besprochen, dass es in der Vorbereitung auf eine erwartete Krise mit Börsencrash unabdingbar ist, liquide Mittel zu schaffen. Aktien können durchaus als liquide Mittel betrachtet werden, wenn man es richtig angeht, denn man kann sie jederzeit auf Knopfdruck zu Geld machen. Da Aktien in der Krise naturgemäß - gerade auch, weil sie so sehr liquide sind - schnell verkauft werden können, besteht die Gefahr, hier schon früh Verluste zu erleiden. Dem kann man mittels Stop-Loss oder Absicherungsstrategien entgegenwirken. Stop-Loss bedeutet, dass man seine Aktien bei Unterschreiten bestimmter Kurse direkt verkauft, um weitere Verluste zu vermeiden. Ich bin grundsätzlich kein Freund dieser Strategie, wenn es um gute Unternehmen geht, an denen ich lange beteiligt sein möchte. Stop-Loss bedeutet, dass ich die Aktien dieses Unternehmens verkaufe, weil es gerade besonders billig geworden ist, aus Angst, dass es noch billiger wird. Im Gegenteil, ich sollte doch diese Aktien kaufen, wenn es billig wird, und noch mehr kaufen, wenn es noch billiger wird. Deshalb setze ich in diesem Zusammenhang auf eine Absicherungsstrategie, in der ich ausschließlich Aktien der besten Unternehmen kaufe und diese mit Futures-Kontrakten absichere, sobald der Markt nach unten kippt. Die Futures wirken wie eine Art Versicherung, die mir den Schaden durch die Kursverluste meiner Aktien durch Auszahlung ersetzen. Ich behalte also meine Aktien, egal wie tief es geht, und der Schaden wird mir ausbezahlt, wann immer ich das möchte. Auf diese Weise schaffe ich die Liquidität, die ich benötige, um gegen Ende des Crashes billig einzukaufen, ohne dass ich meine Aktienbestände je verkauft hätte.

In einer einfachen idealisierten Beispielüberlegung sieht das dann wie folgt aus: Ich habe heute verschiedene Aktien für insgesamt 100.000 Euro. Der Markt kippt, und ich schließe meine »Versicherungen« ab, indem ich diese Futures-Kontrakte eingehe. Nun bricht der Markt - ich nehme bewusst unser Maximalszenario zur Verdeutlichung - um neunzig Prozent ein, und mein Aktiendepot hat nur noch einen Wert von 10.000 Euro. Gleichzeitig bekomme ich jedoch 90.000 Euro aus meinen Future-Kontrakten, meiner Absicherung, ausbezahlt und kann mir nun weitere Aktien dafür kaufen. Ich habe also immer noch 100.000 Euro in Aktien, aber jetzt bei einem Markt, der nur ein Zehntel der ursprünglichen Bewertung hat. Wenn die Börse sich in den nächsten zwei oder drei Jahren wie in der Vergangenheit von diesem tiefen Niveau aus verdoppelt oder vervierfacht, springt mein Depot auf einen Aktienwert von 200.000 oder 400.000 Euro. Obwohl der Gesamtmarkt noch immer bei minus achtzig Prozent oder minus sechzig Prozent liegt. Wer diese Phase einfach nur mit seinen Aktien aussitzt, der wird, selbst wenn der Markt sich nach vielen Jahren wieder erholt haben mag, gerade einmal sein ursprüngliches Geld zurückhaben, während ich mit meiner Strategie aus 100.000 Euro eine Million gemacht und die Krise perfekt genutzt habe.

Genau so könnte man es machen, wenn man gar keine Aktien besitzt, sondern einfach mit dem Geld auf der Bank auf den Crash wartet, mag man meinen. Aber was, wenn es eben nicht zum Crash kommt? Oder erst in zehn oder zwanzig Jahren? Dann schaut man staunend zu, wie die Wirtschaft sich weiterentwickelt, die Seidenstraße entsteht, das billige Notenbankgeld weiter die Kurse in immer neue Höhen treibt und die Inflation die Ersparnisse wegfrisst.

Eine weitere Gefahr für hohe Geldbestände auf den Konten sind die neuen Bail-in-Regelungen für europäische Banken. Bei künftigen Bankenpleiten werden auch diejenigen zur Kasse gebeten, die der Bank Geld geliehen haben. Geld auf Ihrem Konto ist nichts anderes als Geld, das Sie der Bank geliehen haben. Geht Ihre Bank pleite, ist Ihr Geld weg. Die Einlagensicherung soll hier kleinere

Summen schützen, wir wissen aber, wie schnell die Einlagensicherung überfordert ist, sobald größere Häuser oder mehrere Banken in Schwierigkeiten geraten.<sup>300</sup> Mit Aktien oder auch Aktienfonds haben Sie das Risiko nicht, die werden von Ihrer Bank nur als »Sondervermögen« für Sie verwaltet. Die Bank verwahrt sie sozusagen für Sie. Geht die Bank pleite, bekommen Sie die Aktien wieder auf eine andere Bank Ihrer Wahl übertragen. Mit Bargeld ist das, wie beschrieben, etwas anders: Das verwahrt die Bank nicht für Sie, das leihen Sie der Bank, indem Sie es auf Ihr Konto einzahlen - mit allen Risiken, die Sie immer haben, wenn Sie jemandem Geld leihen.

## Meine ganz persönliche Arche

Daher halte ich meine Strategie für die ideale Hybridstrategie. Ich bin voll in Aktien der besten Unternehmen investiert und profitiere von den möglichen Anstiegen der Zukunft, solange es keinen Crash gibt, ebenso wie alle anderen. Kommt der Crash, zieht die Absicherungsstrategie, und ich habe die Chance, das ganz große Geschäft zu machen, ohne meine Existenz zu riskieren. Grundsätzlich kann eine solche Absicherungsstrategie jeder machen, aber der Zugang zu den Future-Märkten ist für Privatleute ausgesprochen schwierig und nur sehr erfahrenen Börseninvestoren möglich, da diese Märkte auch mit hohen Risiken verbunden sind, wenn man unsachgemäß vorgeht. Der Privatmann hat die Möglichkeit, diese Absicherungsstrategie mittels Optionsscheinen nachzubauen, was aber nur bedingt möglich ist und starke Nachteile gegenüber den Future-Kontrakten hat.

Da mir dieser Umstand bewusst ist und ich selbst vor diesem Problem stand, habe ich 2015 meine eigene »Arche Noah« gebaut. Ich habe einen eigenen Aktienfonds aufgelegt, der exakt diese Strategie professionell umsetzt. In diesem Aktienfonds habe ich den Großteil meiner liquiden Mittel investiert, er ist aber bewusst als Publikumsfonds aufgelegt, damit jeder Anleger, der vor dem gleichen Problem

steht und eine Lösung sucht, die Möglichkeit hat, sich hier ebenfalls zu beteiligen und einen Teil seines Geldes hier anzulegen. Ich habe eine Weile überlegt, ob ich diesen Fonds hier im Buch überhaupt erwähnen soll, da mir klar ist, dass ich mich dem Vorwurf aussetzen werde: »Der will mit dem Buch ja nur Werbung für seinen Fonds machen.«

Aber ich habe diesen Fonds genau aus diesem Grund aufgelegt, um mir und allen, die nach einer ähnlichen »Arche« suchen und es selbst nicht können, die Möglichkeit zu geben, ihr Geld gut anzulegen und zugleich für eine Sintflut gerüstet zu sein. Da wäre es geradezu verrückt und verantwortungslos, wenn ich Ihnen als Leser dieses Buches diese Möglichkeit vorenthalten würde. Gleichzeitig gehört es aber auch zu dieser Verantwortung, Ihnen ganz klar zu sagen: Auch ich kann nichts garantieren. Es mag die verrücktesten Entwicklungen und Wirren geben, bei denen auch die beste Arche nichts nutzt. Hundertprozentige Sicherheiten gibt es in keinem Moment des Lebens, für nichts. Man kann immer nur Strategien entwickeln, die für die meisten Entwicklungsstränge - und vor allem für jene, die man am wahrscheinlichsten hält - geeignet sind. So habe ich meine Arche gebaut. Sie ist für gute Zeiten ebenso gebaut wie für schweres Wetter, aber es wird immer Situationen geben, die man nicht testen konnte.

Darüber hinaus ist es mir extrem wichtig, dass Sie niemals etwas tun, das Sie nicht absolut verstanden haben und von dem Sie nicht wirklich selbst überzeugt sind. Daher bitte ich Sie, falls Sie überlegen, an Bord zu gehen, dass Sie sich in aller Ruhe und sehr genau alle Details ansehen und überlegen, ob das für Sie und Ihre Überlegungen und Strategien passt. Es gibt nie die eine Lösung, die für alle Menschen mit ihren unterschiedlichen Erwartungen und Bedürfnissen passt. Sie finden alle Informationen zu meinem Fonds - meiner »Arche« - auf [www.dirk-mueller-fonds.de](http://www.dirk-mueller-fonds.de).

Gehen Sie bitte nicht an Bord, nur weil Sie mir schon irgendwie vertrauen. Prüfen Sie genau, ob es wirklich zu Ihnen passt. Die Arche ist auch nicht in jeder Situation allen anderen Booten überlegen.

Wir hatten erst im April 2015 unseren Stapellauf und danach ganz unterschiedliche Entwicklungen. Gleich nach dem Start des Fonds gingen die Märkte auf Talfahrt. Der Dax verlor binnen eines Jahres knapp dreißig Prozent. Mein Fonds hatte in der Spitze knapp zehn Prozent verloren und war danach komplett abgesichert. Die Arche hatte sich im ersten Sturm bewährt. Wir bekamen großen Zuspruch, den ich aber bereits damals gedämpft habe; es werde auch andere Marktphasen geben, in denen wir durch unsere Strategie etwas zurückbleiben würden.

Nun standen bald die amerikanische Wahl und kurz darauf die französische Wahl bevor. Niemand gab einen Pfifferling drauf, dass Trump Präsident würde. Ich hatte jedoch nach guten Gesprächen mit dem Schweizer Professor Straubhaar und dessen ausgezeichnete Analyse, wie man Wahlumfragen interpretieren müsse, die Überzeugung erlangt, dass sowohl der Brexit eintreten als auch Trump Präsident werden würde. Ich sollte mit beidem recht behalten. Noch vor der Wahl war die einhellige Meinung, dass Trump niemals Präsident werden würde - und wenn doch, dass dann die Börsen einstürzen würden.

Nach fünfundzwanzig Jahren an der Börse war mir jedoch eines klar: Ich kann zwar mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit sagen, dass Trump Präsident wird, aber ich kann nicht sagen, wie die Börsen darauf reagieren werden. Alles war in diesem Falle möglich. Da ich ungerne Glücksspiele mit meinem Geld, und erst recht nicht mit dem anvertrauten Geld der Mit Anleger spiele, habe ich mich entschlossen, die Absicherungen über die Wahlen hinaus - die mögliche Le-Pen-Wahl stand auch noch im Raum - aufrechtzuerhalten. Wohlwissend, dass dies bedeutet, nach unten nichts zu riskieren, aber auch bei einem heftigen Schub nach oben nicht dabei zu sein. Trump wurde Präsident, und siehe da, es kam keineswegs zum Einbruch an den Börsen. Die Börsen feierten den neuen Präsidenten, allen vorweg die Aktien von Goldman Sachs, JP Morgan, Bank of America und die übrigen Wall-Street-Warriors. Binnen weniger Wochen stiegen JP Morgan um 36 Prozent, Goldman Sachs um

43 Prozent und Bank of America um über sechzig Prozent und zogen den Gesamtmarkt mit. Da ich zum einen ganz bewusst nicht in Aktien von Banken investiere, weil ich deren Risiko im Falle eines Crashes als besonders hoch einschätze - wir erinnern uns an Lehman Brothers - und zum Zweiten meine Absicherungen noch aktiv hatte, haben wir diese Aufwärtsbewegung nur zum Teil mitgemacht. In dieser Phase blieben wir hinter der Entwicklung des Gesamtmarktes zurück.

Nach der Wahl des französischen Präsidenten habe ich die Absicherungen wieder gelöst und konnte wieder aufholen. Besonders in der schwachen Phase, als die Märkte im Februar 2018 unter Druck kamen, konnten wir die Verluste wieder minimal halten und waren in Gesamtjahr 2017 wieder besser als der Markt. Ich schreibe das etwas ausführlicher, um Ihnen zu zeigen, dass der Fonds seine Stärken, aber auch seine Schwächen hat. Wir sind nach oben hin wieder langsamer dabei, eine schwere Arche ist eben kein kleines Schnellboot. Die Vorteile zeigen sich vor allem bei schwerer See. Somit sollte klar sein, dass der Fonds nicht für jeden gleichermaßen geeignet ist.

Wer volles Risiko mit voller Chance sucht, für den ist das nicht das richtige Boot. Wem Sicherheit wichtiger ist als maximale und schnelle Rendite, der kann sich das ansehen. Mir ist sehr wichtig, dass Sie nur dort an Bord gehen, wo Sie sich wirklich wohlfühlen, nachdem Sie es ausgiebig geprüft haben, ob es zu Ihnen und Ihren Vorstellungen passt. Auch ich kann erst am Ende zweier vollständiger Börsenzyklen sagen, ob es ein gutes Schiff war. Eine komplette Hausse und eine komplette Baisse. Erst danach zeigt sich, ob der Saldo ein Erfolg war. Alles dazwischen rechtfertigt kein Urteil. Wer einen Biathlon läuft, mag nicht der beste Schütze, aber ein sehr guter Läufer sein und holt dennoch die Goldmedaille. Das Gesamtergebnis entscheidet, nicht die Einzeldisziplin. So ist es auch bei den Geldanlagen. Es ist leicht, im steigenden Markt Geld zu verdienen. Wenn man dann aber im fallenden wieder alles verliert, hat man nicht gut gearbeitet.

Wenn Sie lieber selbst aktiv werden wollen und Ihre eigenen Aktien aussuchen wollen, müssen Sie einiges beachten.

## Groß oder klein?

Zunächst steht die Frage, sollen wir uns auf große oder eher kleine Unternehmen konzentrieren? Diese Frage ist schnell beantwortet. In einer plutokratischen Welt setzen diejenigen die Regeln, die über die größten Vermögen und die größten Konzerne verfügen. Die Konsequenz daraus beobachten wir direkt und können es jetzt auch einordnen. Es ist kein Zufall, dass es immer verrücktere und stärkere Regulierungs- und Bürokratieauflagen gibt.<sup>301</sup> Keine Branche, die nicht über dynamisch steigenden Verwaltungsaufwand zur Einhaltung aller nur denkbaren Berichts- und sonstigen bürokratischen Pflichten klagt. Die großen Konzerne haben ein direktes Interesse daran und unterstützen die Politik darin, immer neue Anforderungen und Normierungen zu stellen. Ein großer Konzern kann aufgrund seiner schier Größe diese zusätzlichen Verwaltungsaufgaben problemlos von einer der vielen Abteilungen miterledigen lassen. Für den kleinen oder mittelständischen Betrieb bedeutet es aber eine Mehrarbeit, die er mit seinem meist überschaubaren Personalstamm kaum leisten kann. Der Inhaber muss zusätzliche Mitarbeiter für die Verwaltung einstellen oder eben selbst am Wochenende noch mehr seiner Zeit dafür opfern.

Dadurch sinken seine Margen, und ab einem bestimmten Punkt ist seine Überlebensfähigkeit infrage gestellt. Mit jedem mittelständischen Konkurrenten, der verschwindet, steigt der Umsatzanteil des konkurrierenden Konzerns, der die Administration als deutlich kleineren Posten mitlaufen lassen kann. In sämtlichen Bereichen werden die Regeln mehr zugunsten der Konzerne und zum Nachteil der kleinen Unternehmen verändert. Die Steuergesetzgebung in der Europäischen Union ist hier ein Paradebeispiel. Durch komplexe Steuerstrukturen ist es Konzernen wie Starbucks möglich, ihre

europaweiten Geschäfte so zu verschachteln, dass sie am Ende faktisch keine Steuern zahlen. Trotz Milliardenumsatz und Gewinn zahlt Starbucks kaum Steuern.<sup>302</sup> Ein Bäckerladen mit Kaffeeauschank nebenan zahlt den vollen Steuersatz. Klar, bleibt bei Starbucks da ein prozentual größerer Posten für alle möglichen Werbemaßnahmen, und somit spielt es auch keine Rolle, wer den besseren Kaffee hat. Es gewinnt der, der das größte Werbebudget hat. Steuern sind ein elementarer Faktor, und je größer und internationaler ein Konzern ist, umso leichter fällt es ihm, diese zu vermeiden. Die angeblichen Bemühungen der Politik, das einzudämmen, fallen auffallend halbherzig aus.

Für die nächste Krise ist ebenfalls alles vorbereitet, um wiederum den großen Haien die kleinen Fische ins Maul zu treiben. Die EZB hat still und leise beschlossen, jederzeit nicht nur Staatsanleihen, sondern auch Anleihen von Konzernen, auch am Primärmarkt aufkaufen zu dürfen. Was so harmlos klingt, ist eine unverschämte Subventionierung großer Konzerne zum Schaden ihrer kleinen und mittelständischen Konkurrenten und zeigt, mit welcher Frechheit die Plutokratie inzwischen agieren kann, ohne eingebremst zu werden oder Widerstand zu erfahren. Bisher haben die großen Konzerne keinerlei Probleme, sich Geld zu niedrigen Zinsen zu leihen. Dennoch kauft die EZB bereits heute Anleihen dieser Konzerne auf und drückt somit die Zinskosten für diese Unternehmen noch tiefer. Das geht so weit, dass die EZB sogar Anleihen von Konzernen wie dem internationalen Bierbrauer Anheuser-Busch aufkauft und das Unternehmen somit subventioniert. Die konkurrierenden Kleinbrauereien, zum Beispiel eine familiengeführte Brauerei wie Weide in Plankstadt, sind auf die Gunst der örtlichen Banken angewiesen und müssen für Investitionskredite deutlich höhere Zinsen zahlen als Anheuser-Busch für das Geld der EZB. Somit verschafft die europäische Zentralbank internationalen Konzernen einen weiteren direkten Wettbewerbsvorteil vor den europäischen Mittelstandsbetrieben.<sup>303</sup>

Die Zinsen für große Konzerne werden ins Lächerliche gedrückt. Der Chemiekonzern Henkel zahlte zwischenzeitlich einen

negativen Zins für seine Anleihen. Er bekam Geld fürs Schuldenmachen. Welcher mittelständische Betrieb hat ähnliche Konditionen bei seiner Hausbank? Die EZB hat inzwischen auch Anleihen von Coca-Cola oder Caterpillar gekauft. Seit Juni 2016 hat die EZB im Schnitt für sieben Milliarden Euro Anleihen von Konzernen gekauft. Pro Monat! Es ist bereits jetzt absehbar, was in einer Liquiditätskrise passieren würde. Wie 2008 würde der Kapitalmarkt einfrieren. Kaum jemand würde sich gegenseitig Geld leihen. Glücklicherweise, wer jetzt an die Gelder der Zentralbanken herankommt. Die großen Bankhäuser, aber auch die Konzerne haben jetzt diese Möglichkeit. Sie können über Nacht neue Milliardenanleihen begeben und direkt an die EZB verkaufen. Ihre mittelständischen Konkurrenten haben diese Möglichkeit nicht. Es ist leicht vorhersehbar, welche Konsequenz das haben wird. In dieser Krise sind die Konzerne in der Lage, ihre in Schwierigkeiten steckenden mittelständischen Konkurrenten aufzukaufen oder vollständig an die Wand zu drücken. Die Folge ist eine massive Konzentration des Geschäfts in nahezu allen Wirtschaftsbereichen auf wenige große Spieler. »The Winner takes it all.«

Wir sehen, die gesamte Wirtschaftspolitik ist entgegen der Sonntagsreden auf den Marktplätzen (»Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft«) faktisch auf das genaue Gegenteil ausgerichtet. Maximale Machtkonzentration auf wenige große Konzerne, die ihren jeweiligen Wirtschaftsraum dominieren. Das ist nicht schön, das ist nicht vorteilhaft und erst recht nicht wünschenswert. Aber es geht hier nicht darum, wie wir es gerne hätten, sondern um eine nüchterne Analyse der Zusammenhänge, um daraus die richtigen Entscheidungen zu treffen. Das bedeutet, dass sich die eigene Aktienauswahl folgerichtig auf diese großen Unternehmen, die Platzhirsche, konzentrieren muss, die diesen Rückenwind haben. Diese werden besonders stark aus einer möglichen Krise hervorgehen. Selbst wenn es keine Krise gibt, werden es diese Konzerne sein, die immer erfolgreicher werden und aufgrund ihrer schieren Marktmacht alles andere aus dem Weg räumen. Die Politik hat das Gebot,

Monopole und Oligopole zu verhindern, längst über Bord geworfen, sonst dürfte es Konzerne wie Google und Facebook gar nicht geben, an deren De-facto-Monopol niemand vorbeikommt.

Wir wissen jetzt, dass wir uns auf die großen Festungen konzentrieren müssen, die einen großen Burggraben um sich herum haben, den kaum ein neu aufkommender Konkurrent überspringen kann. Welches sind die Branchen, von denen man mit großer Sicherheit bereits heute sagen kann, dass sie mit oder ohne zwischenzeitliche Krise vor einer goldenen Zukunft stehen?

Fast alle Lebensbereiche befinden sich im dramatischen Umbruch, und überall werden die Karten neu gemischt.

## VI. Die totale Digitalisierung und ihre Folgen

### Kryptowährungen: Das Ende des Bargelds

Der bisher wohl am heißesten diskutierte Bereich der Digitalisierung sind die neuen digitalen Währungen, wegen ihrer Verschlüsselungen gemeinhin »Kryptowährungen« genannt. Obwohl es inzwischen über 1500 verschiedene Kryptowährungen teilweise abenteuerlicher Herkunft und Logik gibt, ist der Bitcoin das Synonym für alle diese Währungen geworden. Ein faszinierendes System, das zu einem Hype geführt hat, wie wir ihn in dieser Dimension seit Jahrhunderten nicht mehr hatten. Ich habe täglich mit den unterschiedlichsten Menschen zu tun, die sich inzwischen für Krypto-Experten halten und mir erklären wollen, was ich alles an dieser neuen Währung angeblich nicht verstehe, denn nur daher könne ja meine offensichtliche Skepsis rühren. Oft sind das Studenten, ehemalige Kellner oder auch Taxifahrer, die mich von den Segnungen des Bitcoins überzeugen wollen. Der von mir hoch geschätzte ehemalige Investmentbanker, Immobilienexperte und bekennender Selfmade-Millionär Gerald Hörhan hat das einmal in die Worte gefasst: »Ich habe noch keine Anlageform erlebt, die so viele Spinner, Irre, Papageien, schmierige Geschäftemacher und Wahnsinnige angezogen hat wie die derzeitigen Kryptowährungen.«<sup>304</sup>

Um es gleich vorwegzunehmen: Die digitalen Währungen werden die Zukunft unseres Geldsystems sein. Sie werden das Bargeld

vollständig ersetzen. Die mit den Kryptowährungen bekannt gewordene Technologie der Blockchain oder deren Weiterentwicklung Blocknet wird sich in zahllosen Bereichen des Lebens als die bevorzugte Form der Informationsspeicherung vor allem von Verträgen und Beziehungen aller Art etablieren. Diese Frage stellt sich in meinen Augen längst nicht mehr. Es ist aber äußerst unwahrscheinlich, dass der Bitcoin oder der absolut überwiegende Teil der heutigen Kryptowährungen dauerhaft eine große Rolle spielen werden. Die meisten werden wie alle Güter früher oder später auf ihren inneren Wert zurückfallen, und der ist nun mal null.<sup>305</sup>

Der Bitcoin bezieht seinen Wert heute lediglich aus der Hoffnung der Käufer, dass morgen jemand aufsteht, der noch verrückter ist als man selbst und einem einen noch höheren Preis für ein absolut wertloses Produkt zahlt.

Das hat eine Zeit lang sehr gut funktioniert, solange immer mehr neue Spieler hinzukamen, die von den Erfolgsgeschichten gehört hatten. Da wurden Schüler zu Millionären, man konnte ohne Arbeit schnell reich werden. Man hatte keine Ahnung, was es damit auf sich hatte, aber alle waren begeistert, und da wollte man auch dabei sein. Der Preis steigt so lange an, wie immer neue Spieler und neues »echtes Geld« ins Spiel kommen. Irgendwann kommen jedoch nicht mehr genug neue Spieler nach, der Preis fällt, der Frust wird größer, und immer mehr enttäuschte Seelen wenden sich ab. Der Preis fällt immer schneller, bis er irgendwann bei seinem inneren Wert angekommen ist, und der ist bekanntlich: null.

Der Bitcoin war von Beginn an nie als Währung konzipiert, sondern vom ersten Tag an als Schneeballsystem aufgesetzt. Um das zu erkennen, genügt es schon, sich die wichtigste Aufgabe einer echten Währung vor Augen zu führen. Sie soll erstens den Wert über einen gewissen Zeitraum erhalten und zweitens dazu motivieren, möglichst schnell wieder ausgegeben zu werden. Stellen Sie sich vor, Sie würden sich hundert Euro von der Bank leihen, die diese hundert Euro schöpft und Ihnen zur Verfügung stellt. Sie schulden der Bank jetzt hundert Euro. Nun kaufen Sie sich bei mir für diesen Betrag

eine Dienstleistung. Es ist für hundert Euro Wirtschaftsleistung entstanden, und ich habe nun Ihre hundert Euro. Jetzt hoffen Sie, dass ich diese Euro bald wieder ausgabe, am besten, indem ich bei Ihnen eine Dienstleistung erwerbe. Sie bekommen die hundert Euro zurück und können Ihren Kredit zurückzahlen. Es ist für insgesamt zweihundert Euro Wirtschaftsleistung entstanden. Würde ich mich aber weigern, das Geld wieder auszugeben, und würde es bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag behalten, würde daraus keine Wirtschaftsleistung entstehen und Sie könnten das Geld nicht zurückverdienen.

Sie sehen, es ist also extrem wichtig, dass Geld im Umlauf ist. Das ist der Hauptgrund, warum die Notenbanken darauf achten, dass wir immer eine leichte Inflation (Geldentwertung) haben, damit die Menschen eben nicht auf ihrem Geld sitzen bleiben, sondern es ausgeben - oder investieren -, bevor es im Laufe der Zeit wertlos wird.

Jetzt schauen wir auf den Bitcoin. Es können laut originärer Definition nur maximal (knapp) 21 Millionen Bitcoins erzeugt werden. Es kann also niemals mehr als diese 21 Millionen Stück geben. Eine Geldmenge steht jedoch immer im Verhältnis zu den dagegenstehenden Gütern und Dienstleistungen. Je mehr Leute mit Bitcoin bezahlen wollen, desto größer wird die Nachfrage nach Bitcoins. Je mehr Güter in Umlauf kommen, desto wertvoller die wenigen dagegenstehenden Bitcoins. Würde die Welt also tatsächlich in größerem Stil auf eine Bezahlung mit Bitcoins einschwenken, würde jeder einzelne Bitcoin viele Hunderttausend Euro wert. Und selbst wenn am Ende die ganze Welt nur noch in Bitcoin abrechnen würde und ein Bitcoin mehrere Millionen Euro wert wäre, würde sein Wert ständig weiter steigen, da die Wirtschaftsleistung der Welt jedes Jahr um drei bis vier Prozent zunimmt.

Wenn ich also einen Bitcoin in der virtuellen Tasche habe, von dem ich weiß, dass er aufgrund seiner Begrenzung auf 21 Millionen Stück automatisch immer wertvoller wird und ich mir ausrechnen kann, dass ich für einen Bitcoin heute eine Pizza, in einem Jahr ein

Auto und in fünf Jahren ein Einfamilienhaus kaufen kann, wie beklöppt müsste ich sein, mir dafür heute eine Pizza zu kaufen? Diese Währung zwingt ja fast dazu, sie eben nicht auszugeben, sondern zu horten. Eine deflationäre Währung. Das Argument, vom Gold und vom Goldstandard als Währung wegzugehen, war genau diese Tatsache, dass Gold nicht schnell genug vermehrt (gefördert) werden kann, um mit dem Wirtschaftswachstum mitzuhalten. Und dann wollen mir ehemalige Kellner erzählen, dass eine von vorneherein limitierte und somit maximal deflationäre Währung die Zukunft sein soll!

Diese Struktur des Bitcoins zeigt bereits, dass er von Beginn an so aufgesetzt wurde, dass er durch die zwangsläufigen anfänglichen Kurssteigerungen einen Hype, ja fast schon eine euphorische Hysterie auslösen würde. Gleichzeitig war der automatische Todes-Countdown mit eingebaut. Der Bitcoin würde langfristig auf keinen Fall als Währung funktionieren können. Bestenfalls als Wertaufbewahrungsmittel, wenn eines Tages eine gewisse Stabilisierung des Preises erfolgen würde. Die realen Daten bestätigen dies: Bitcoins wie auch andere Kryptowährungen werden so gut wie nicht für reale Käufe verwendet, sondern fast ausschließlich von Glücksrütern zur Spekulation genutzt. Reale Käufe werden höchstens von experimentierfreudigen Studenten gemacht, die einfach mal irgendwas mit Bitcoins kaufen wollen, oder von kriminellen Nachtleuchten, die allen Ernstes glauben, sie könnten damit anonym im Darknet Waffen, Drogen oder andere Dinge erwerben.

Um zu verstehen, warum diese Kryptowährungen keineswegs anonym sind, muss man zunächst einmal auf die Entstehungsgeschichte schauen. Die offizielle Version lautet, dass ein unbekannter Asiat mit dem geheimnisvollen Kunstnamen »Satoshi Nakamoto« die Blockchain um den Bitcoin und dann auch noch gleich den Bitcoin erfunden und in Umlauf gebracht haben soll. Ein Mann, der zu bescheiden war, um in die Öffentlichkeit zu treten, und daher weiß bis heute niemand, wer Satoshi Nakamoto wirklich ist. Und wenn er nicht gestorben ist, dann bastelt er heute weitere Währungen

zusammen und verteilt sie mithilfe kleiner Zwerge und Feen auf der Welt, um die Menschenkinder zu erfreuen.

Die Geschichte, dass ein unbekannter Asiat in einem Hinterzimmer mal eben eine neue Währung zusammenschraubt, sie auf dem Weltmarkt durchsetzt und damit das komplette Finanz- und Wirtschaftssystem in eine neue Zeitrechnung katapultiert, ist so abenteuerlich, dass selbst die Gebrüder Grimm sie als »unglaublich« aus ihrem Märchenbuch verbannt hätten.

Um eine solche Nummer durchzuziehen, benötigt man ein sehr großes Netzwerk und große Ressourcen an Technik und Geld. Viel entscheidender aber: Es gibt zwei wesentliche Machtelemente auf dieser Welt, das Militär und die Geldsysteme. Dazu wird Mayer Amschel Rothschild (1744-1812), dem Frankfurter Gründer des Hauses Rothschild, der inzwischen legendäre Satz zugeschrieben: »Gib mir die Kontrolle über das Geld einer Nation und es interessiert mich nicht, wer dessen Gesetze macht.«

Wie wahrscheinlich ist es, dass man zulässt, dass ein Satoshi Nakamoto mal eben das wichtigste Machtinstrument der Welt infrage stellt oder sich auch nur darin einmischt? Ich verstehe ja die Sehnsucht der kritischen Geister, die nur zu gerne glauben wollen, dass hier jetzt endlich einmal etwas entsteht, das sich dem Zugriff der Plutokraten entzieht, etwas, womit man sich aus der Umklammerung lösen kann. Das ist auch der Grund, warum es gerade in dieser Szene so gefeiert wird. Aber leider ist es absolut unrealistisch anzunehmen, die Notenbanken und Eliten hätten das einfach nur lange unterschätzt, und jetzt könnten sie nichts mehr dagegen tun. Diese Sicht ist ebenso naiv, wie die Sehnsucht danach nachvollziehbar ist. Man will das glauben und ist nicht bereit, dieses Weltbild, das man sich in der Euphorie der ersten Bitcoin-Monate gemacht hat, infrage zu stellen.

Auch der Harvard-Professor Kenneth Rogoff sagt dies mit deutlichen Worten: »Wenn die libertären Prediger der Bitcoin-Community glauben, sie könnten mit einer Kryptowährung die staatliche Hoheit über das Geldwesen umgehen, dann irren sie.«<sup>306</sup> Der

renommierte *Handelsblatt*-Journalist Norbert Häring hat in seinem gerade erschienenen Buch *Schönes neues Geld - Uns droht eine totalitäre Weltwährung* akribisch dargelegt, wie dieser Plan zur Abschaffung des Bargeldes und zur Einführung digitalen Geldes seit Jahren in internationalen Elitennetzwerken vorbereitet wurde und aktuell akribisch umgesetzt wird. Nach Lektüre dieses Buches und all seiner detaillierten Quellen fällt es auch dem letzten Gutgläubigen schwer, an die Zufälligkeit von Ereignissen mit großer politischer oder wirtschaftlicher Bedeutung zu glauben.

Auf der Suche nach den wahren Urhebern des Bitcoins und der dahinterstehenden Blockchain-Technologie stößt man übrigens sehr schnell auf die üblichen Verdächtigen, doch gibt es bislang außer Indizien keine Beweise. Der für Bitcoins verwendete Verschlüsselungsalgorithmus SHA-256 ist - von vielen anderen, die man hätte nehmen können - ausgerechnet jener, der von der amerikanischen Geheimdienstorganisation NSA entwickelt und vom National Institute of Standards and Technology veröffentlicht wurde. Die viel diskutierte Spekulation über eine bislang unentdeckte Hintertür in diesem Hash-Code drängt sich förmlich auf, wenn man sich vor Augen führt, dass diese Behörde in alle möglichen technischen Entwicklungen bis hin zum Mobiltelefon bekanntermaßen Hintertüren eingebaut hat, um jederzeit vollen Zugriff auf sämtliche Daten zu erhalten.<sup>307</sup>

Die NSA selbst hat 1996 - und somit zwölf Jahre vor dem ominösen Satoshi Nakamoto - ein White-Paper zu genau jener Erfindung, nämlich zu einer Bitcoin-ähnlichen Kryptowährung, unter dem Titel »How to Make a Mint: The Cryptography of Anonymous Electronic Cash« veröffentlicht.

Möglicherweise hatten die Entwickler bei der NSA auch noch einen herrlichen Sinn für Humor. »Satoshi Nakamoto« ist ein japanischer Name. Satoshi kann im Japanischen mit »Intelligenz« übersetzt werden, Nakamoto mit »von zentraler Abstammung« (englisch: »central origin«). Man könnte meinen, jemand sei dem Wortspiel »Central Intelligence« (Geheimdienst) erlegen, aber das sei hier nur

scherzhaft und als unterhaltsame, wenngleich korrekte Anekdote angemerkt.

Wer selbst zu Themen, die ihm suspekt vorkommen, auf Spurensuche gehen möchte, der sollte stets mit der Frage beginnen: »Cui bono? Wem nützt es?« So auch in diesem Fall.

Zunächst nützt es jenen, die das Bargeld abschaffen wollen. Wenn die heutigen Währungen in naher Zukunft durch digitale Kryptowährungen abgelöst werden, dann wird es diese ganz sicher nicht mehr in Form von Münzen und Scheinen geben. Man muss gar kein Bargeldverbot erlassen. Es genügt doch, wenn es in einer neuen digitalen Währung gar kein Bargeld mehr gibt. Jede Zahlung, jede Kontobewegung wird registriert, gespeichert und bleibt bis ans Ende des Computerzeitalters nachvollziehbar. Geben wir uns dabei nicht der Illusion hin, dass unsere plutokratischen Eliten ein Interesse daran hätten oder auch nur ansatzweise dulden würden, dass diese Zahlungen anonym ablaufen könnten.

Dass Bargeld geprägte Freiheit ist, da es allen ermöglicht, ohne Ansehen der Person am Alltag teilzunehmen, sollte jedem klar sein. Wenn nur noch Digitales zur Verfügung steht, das dem einzelnen Bürger direkt zugeordnet werden kann, ist es möglich, jeden unliebsamen Geist per Knopfdruck von der Teilnahme am Leben auszuschließen. Denken wir dabei zunächst einmal nicht an unser derzeitiges politisches System, sondern daran, wie schnell sich ein Staat wandeln und gegen die eigenen Bürger richten kann. Mit einem Knopfdruck wäre jeder Oppositionelle von seinen Zahlungsmitteln abgeschnitten und könnte sich weder eine Zeitung noch etwas zu essen kaufen. Jede Oppositionsbewegung ließe sich somit im Keim ersticken.

Künftige digitale Währungen, die von den Notenbanken selbst ausgegeben werden, sind ganz sicher keine anonymen Zahlungsmittel. Hier wird dann in der Blockchain-Technologie jeder Kaufgummi, jedes Medikament und jedes Glas Bier, das Sie jemals gekauft haben, unlöschar aufnotiert werden. Hier wäre es jetzt auch möglich, einzelnen Personen spezielle Warengruppen zu sperren.

Person X kann mit ihrem digitalen Geld alles kaufen außer Alkohol, da sie mit Alkohol im Straßenverkehr erwischt wurde. Person Y darf keine Reisen mehr unternehmen. Die Möglichkeiten der individuellen Reglementierungen wären ohne Bargeld endlos.

Dazu kommt eine völlige Hilflosigkeit gegen Bankpleiten und Strafzinsen. Wenn man kein Geld von der Bank abheben kann, kann es im Falle einer Bankpleite vollständig herangezogen werden. Strafzinsen von fünf Prozent oder mehr wären möglich. Hinzu kommt auch die völlige Aufhebung jeglicher Privatsphäre. Ich bin gespannt, wie so mancher Politiker künftig seine Bordellbesuche bezahlen will.

Die Bargeldabschaffung wird so sicher kommen wie der »Tatort« am Sonntagabend. Alle wichtigen Gruppierungen haben ein Interesse daran - mit Ausnahme des informierten Bürgers. Wie sehr dessen Wünsche das Geschehen beeinflussen, wissen wir ja inzwischen. Die Industrie spart sich die Bargeldbewirtschaftung und hat die lückenlose Information über das Kaufverhalten ihrer Kunden. Die Banken sparen hohe Kosten - durch Abschaffung der Geldautomaten, der Kassenhaltung und von allem, das mit der Bargeldbewirtschaftung zusammenhängt. Dafür gewinnen sie auch noch die volle Informationsfülle über die eigenen Kunden. Die Regierungen und Machtnetzwerke bekommen einen deutlichen Informations- und Machtzugewinn über jeden einzelnen Bürger. Und der Bürger selbst? Die Mehrheit interessiert es sowieso nicht, bevor es zu spät ist, und die wenigen, die sich empören, spielen nun wirklich keine Rolle.

Anders als bislang landläufig angenommen, wird es nicht zu einem »Bargeldverbot« kommen. Viel wahrscheinlicher ist es, dass mit einer künftigen Einführung digitaler Währungen auf Blockchain-Basis das Bargeld schlicht und einfach entfällt.

Diese Meinung zu künftigen staatlichen Cyberwährungen wie zur schlechten Aussicht für den Bitcoin teilt auch der Harvard-Professor Kenneth Rogoff.<sup>308</sup> Er erwartet sogar, dass die Bürger dafür direkte Konten bei der Zentralbank halten könnten. Ein wichtiges

Detail, das im weiteren Verlauf des Buches beim Thema »bedingungsloses Grundeinkommen« noch eine Rolle spielen wird.

Längst arbeiten zahlreiche Notenbanken rund um den Globus an ihren digitalen Währungen. Von Russland (Krypto-Rubel) über die schwedische E-Krone bis zum estländischen Estcoin. Selbst die BIZ, die Zentralbank der Zentralbanken, äußert sich entsprechend. Früher oder später müssten sich alle Zentralbanken mit der Schaffung eigener Kryptowährungen auseinandersetzen.<sup>309</sup>

Kryptowährungen können durchaus auch von privaten Firmen ausgegeben werden, sofern diese Teil der plutokratischen Eliten sind. Auch die amerikanische Notenbank FED ist keineswegs in Staatshand, sondern eine Privatinstitution im Besitz verschiedener Privatbanken, wie ich in meinem ersten Buch *C(r)ashkurs* umfassend dargelegt habe.<sup>310</sup> Entsprechend macht es aus deren Sicht auch keinen Unterschied, ob die FED einen neuen Krypto-Dollar ausgibt oder gleich Banken wie Goldman Sachs direkt. Und siehe da, im Mai 2018 verkündet Goldman Sachs die Ausgabe einer eigenen Kryptowährung, des »Circle USD Coin«. Diese Kryptowährung basiert auf dem US-Dollar und ist so gar nicht im Sinne der Kryptojünger, die sich endlich Freiheit von Banken und Finanzwelt versprochen.<sup>311</sup>

Wenn wir all das zusammenfassen: Ist es dann wirklich wahrscheinlich, dass ein bis heute unbekannter Asiat im Hinterhof mal eben eine Währungsrevolution zusammengezimmert hat und die Notenbanken kurz darauf sagen: »Oh, das ist ja mal eine tolle Idee. Da wären wir ja nie drauf gekommen, lasst uns doch jetzt auch mal so was Schickes machen«?

Oder ist es nicht wahrscheinlicher, dass genau diese Kreise den Bitcoin selbst ins Leben gerufen haben, um ein Experimentierfeld zu haben? Niemand hat bisher Erfahrungen damit gehabt. Einfach mal so aus der kalten Küche ohne Testlauf die Weltwährungen durch Kryptowährungen zu ersetzen wäre mit extrem hohen Risiken verbunden. Ein Fehler im System, und die Weltwirtschafts- und Finanzmärkte kollabieren unkontrollierbar. Ein großflächiger

Feldversuch mit Bitcoin, um zu testen, wie das funktioniert und wo man korrigieren muss, ist da doch ideal. Dass der Bitcoin zahlreiche kreative Geister rund um den Globus motiviert hat, eigene Kryptowährungen mit völlig unterschiedlichen Konzepten zu entwerfen, war sicherlich ein gerne gesehener Nebeneffekt. Denn so kann man sich die unterschiedlichen Konzepte in Ruhe im Testlauf ansehen und am Ende die perfekte Kombination in die Realität umsetzen.

Wenn in dieser Testphase etwas schiefeht, was durchaus zu erwarten ist, oder der Bitcoin seinen vorprogrammierten Todeszeitpunkt erreicht, ist keine Regierung, keine Zentralbank und keine NSA schuld, sondern ein gewisser »Satoshi Nakamoto«, Adresse unbekannt.

Das ganze Experiment könnte man folgerichtig so lange laufen lassen, bis man genug Informationen gesammelt hat, um dann erschrocken und konsequent diese ganzen »wilden Kryptowährungen« durch Regulierungsverordnungen zu kassieren.

Dieser Hype um Bitcoin und Co hat einen weiteren angenehmen Effekt. Es ist eine gigantische Marketingkampagne. Durch die Schneeballmillionäre wurde das Thema »Bitcoin und Kryptowährungen« weltweit positiv besetzt. Besonders bei den jungen Leuten, den Trendsettern, ist es inzwischen fast zur Religion geworden. Sie glauben ernsthaft, sie hätten hier etwas, das für Freiheit und Unabhängigkeit vom Bankensystem steht. Und zugleich macht es sogar noch alle reich. Wer Kryptowährungen skeptisch sieht, wird als Ewiggestriger angesehen, der die neue tolle Zeit nur nicht verstanden hat. Wenn in der Folgezeit die Regierungen staatliche Kryptowährungen einführen, wird das entsprechend auf große Akzeptanz stoßen, auch wenn die Jünger des Bitcoins dann erschrocken sagen: »Moment mal, das ist aber jetzt ja gar nicht mehr so anonym...« Die meisten werden es ohnehin nicht verstehen, haben aber inzwischen irgendwie mitbekommen, dass Kryptowährungen irgendwie toll sind.

Hätte man Kryptowährungen eines Tages ohne diese Marketingkampagne »Bitcoin« eingeführt, wäre das auf großes Unverständnis

der Bürger, aber auch auf eine völlig unvorbereitete Wirtschaft getroffen. Am Ende spielt es keine Rolle, wer den Bitcoin nun tatsächlich erfunden hat, die obigen Zusammenhänge haben so oder so stattgefunden, und die Zukunft gehört den staatlichen Digitalwährungen. Das ist es, worauf wir uns einstellen müssen.

Und den Krypto-Spekulanten sei gesagt: Es ist vollkommen legitim, hier mitzuzocken, wenn man weiß, was man tut, und das eingesetzte Geld als Spielgeld gedanklich direkt abschreibt. Man kann auch Lotto spielen oder an einem anderen Schneeballsystem teilnehmen, wenn man die Hoffnung hat, nicht der Letzte zu sein, aber auch nicht entsetzt ist, wenn man es dann eben doch war. Wer Bitcoin und Co jedoch als seriöse Geldanlage sieht, sollte das schnellstens überdenken.

Wer vom Trend zu digitalem Geld und der damit verbundenen Abkehr vom Bargeld profitieren möchte, der sollte sich die Dienstleister in diesem Bereich ansehen. Mastercard, Visacard oder Wirecard seien hier nur exemplarisch genannt.

## Onlineshopping

Spätestens beim Onlineshopping ist Bargeld vollkommen ausgeschlossen, und dieser Trend kennt gleichfalls nur eine Richtung: steil nach oben. Schon heute spüren die Beschäftigten im Einzelhandel, dass ihnen der Wind mit eisiger Kälte entgegenweht. Der Trend zum Onlineshopping ist nicht mehr aufzuhalten, und man kann durchaus die Frage stellen, warum man ihn aufhalten sollte. Wegen des romantisch verklärten Bildes vom Einkaufsbummel? Dieses Bild des gemütlichen Schlenderns durch die bunten Einkaufsläden entspricht doch in den seltensten Fällen der Realität. Der erlebte Alltag ist ein ganz anderer. Anfahrt in die Stadt, Parkplatzsuche, Menschengedränge. Rein in den ersten Laden. Wo ist jetzt eine Fachkraft, die sich nicht schnell genug vor dem Kunden versteckt hat? Ah, da vorne. »Tut mir leid, dass ich störe, können Sie

mir erklären, wie... Ah, verstehe, Sie müssen auch erst in die Anleitung schauen, o. k... Das Nachfolgemodell haben Sie nicht zufällig? ... Können Sie mir bestellen bis nächste Woche, verstehe...« Stunde um Stunde verschwenden wir mit der Suche nach X oder Y. Dabei wäre das Ganze in zwei bis zehn Minuten am heimischen Bildschirm erledigt, inklusive intensiver Detailinformationen, Kundenzufriedenheitsberichten und Farbauswahl des gewünschten Modells.

Der Einzelhandel hat mit aufkommender Onlinekonkurrenz zunehmend auf teures Fachpersonal verzichtet und somit seine letzte Existenzberechtigung aufgegeben. Ja, es gibt sie noch, die besonderen Läden, in denen gut informierte und freundliche Mitarbeiter die Kunden umsorgen und ein echtes Einkaufserlebnis entsteht. Aber seien wir ehrlich, es ist die immer kleiner werdende Minderheit, die sich auch künftig in dieser oder jener Nische halten wird. Der große Trend ist einfach nicht mehr aufzuhalten: die großflächige Erosion des stationären Einzelhandels. Ein immer größerer Teil des Umsatzes verlagert sich auf den Onlinehandel mit all seinen Vorteilen. Die wenigen Nachteile, die man noch ausmachen mag, werden gerade angegangen. Es ist heute schon üblich, die bestellte Ware bereits am nächsten Tag in Empfang zu nehmen, und man kann davon ausgehen, dass die gleichtägige Lieferung in kurzer Zeit zur Normalität werden wird. Längst werden nicht nur Büromaterialien und Partyzelte online gekauft, auch der Autokauf verlagert sich bereits ins Netz. Am heimischen Schreibtisch auf der Homepage des Autoherstellers wird aus einer Vielzahl an Möglichkeiten Schritt für Schritt das eigene Auto konfiguriert und erworben. Vielleicht noch ein Besuch im Showroom, um es wenigstens einmal live gesehen zu haben. Danke, gekauft. Die letzten Bastionen wie frische Lebensmittel und Medikamente verlagern sich ebenfalls gerade in die digitale Welt.

Die Verlierer stehen fest. Der Einzelhandelsverband Deutschland schätzt in einer Studie, dass bis zum Jahr 2020 50.000 Einzelhandelsstandorte schließen werden, was zehn Prozent der heutigen

Läden entspricht.<sup>312</sup> Das lässt einen schon langsam erahnen, über welche brachiale Dynamik wir sprechen. Während 2017 der Gesamtumsatz des Einzelhandels um zwei Prozent gestiegen ist, hat der Onlineumsatz um elf Prozent zugelegt und macht nun etwa vierzehn Prozent des Gesamtumsatzes aus. Siebzig Prozent der Bevölkerung kauft inzwischen zumindest teilweise online. In den 20.000 kleineren Städten und Gemeinden in Deutschland unter 100.000 Einwohnern könnte der Handel in den nächsten zehn Jahren über ein Viertel seines Umsatzes an das Internet verlieren.<sup>313</sup> Das Live-Shopping-Erlebnis bleibt dann eher den Innenstädten Münchens oder Hamburgs vorbehalten, wo eine ganze Erlebniswelt aus Shopping, Szenegastronomie, Sightseeing und Entertainment die Menschen anlockt. Die kleine langweilige Vorstadtstraße mit dem obligatorischen Nebeneinander von Douglas, Nordsee, Tchibo, Kik und Deichmann ist es ganz sicher nicht.

Die Konsequenz ist ein rasches Sterben zahlreicher Filialen und ganzer Konzerne. Die Meldungen sprechen für sich. »H&M schließt 170 Filialen in Europa«, »Toys 'R' Us meldet Insolvenz an«, »Walmart schließt 269 Filialen«. Die Aufzählung ließe sich fortsetzen. Doch was sind die Folgen? Arbeitslose Mitarbeiter und leer stehende Immobilien. Hier bahnt sich das nächste Pulverfass an. Arbeitslose bedeuten neben schweren persönlichen Schicksalen auch ausfallende Kredite - wir denken an die Automobil- und Kreditkartenblase. Leer stehende Immobilien bedeuten Abschreibungen und Verluste - und wir denken an die verbrieften Immobilienkredite, besonders in den USA ein großes Thema. Dort gibt es pro Kunde viermal so viel Ladenfläche wie in Deutschland. Das bedeutet mit jeder Pleite viermal so viel Leerstandsfläche. US-Gewerbeimmobilien stünden derzeit nicht auf meiner Einkaufsliste. Der Immobilienmilliardär Sam Zell beschreibt es wie folgt: »Wer jetzt in US-Einzelhandelsimmobilien investiert, der kann auch gleich in ein fallendes Messer greifen.« In Amerika gibt es dazu bereits das passende Schlagwort: »Retail Apocalypse« - Einzelhandels-Apokalypse.<sup>314</sup>

Die Umsätze, die Zigtausenden Einzelhandelsgeschäften verloren gehen, kommen auch hier wieder im Wesentlichen einem Spieler zugute. Ich bräuchte den Namen nicht zu nennen, Sie wüssten es ohnehin. Daher nur der Vollständigkeit halber: Amazon. Mit einem genialen Feldzug ist es der Firma gelungen, jahrelang ohne Gewinn zu wirtschaften und alles zu investieren, um Marktanteile zu gewinnen und Mitbewerber kleinzuhalten. Inzwischen hat Amazon am deutschen Onlinehandel einen Umsatzanteil von über fünfzig Prozent. Was Tausende Unternehmen verlieren, gewinnt ein einziges dazu, Tendenz steigend. Auch hier gilt wie in vielen anderen Bereichen: »The winner takes it all.« Wenn Sie sich als Kunde bei einem Onlineanbieter registrieren wollten und es gäbe zwei, die nahezu identisch sind - der eine hätte jedoch 300.000 Produkte, der andere 400.000 -, bei welchem würden Sie sich anmelden? Vermutlich da, wo es auch die anderen neunzig Prozent der Bevölkerung tun würden, bei dem größeren. Er hat zwar nur dreißig Prozent mehr Waren, aber neunzig Prozent der Neukunden. »The winner takes it all.« Und da Amazon schon unangefochten der Größte ist, wird es seinen Marktanteil immer weiter ausbauen und ist kaum mehr anzugreifen.

Denn wer dort angemeldet ist und seit Jahren dort einkauft, hat sich so daran gewöhnt, dass ein mittleres Wunder geschehen müsste, bis er sich dort abmeldet und bei einem neuen Konkurrenten seine Daten hinterlegt. Erst recht, wenn es Amazon geschafft hat, den Kunden über verschiedene Dienste an sich zu binden. Und hauptsächlich diesem Zweck dienen die ganzen Zusatzdienste wie Amazon cloud, Amazon prime video und so weiter. Von Jahr zu Jahr wird Amazon seinen Anteil am deutschen und internationalen Handelsumsatz erhöhen. Mit jedem Prozent, um den sein Marktanteil steigt, während Konkurrenten online wie stationär die Pforten schließen, wird Amazons Macht größer. Diese Preissetzungsmacht wird Amazon weniger gegen seine Kunden ausspielen, sondern zukünftig gegen seine Lieferanten, die gar keine andere Möglichkeit mehr haben, als über den einen Marktplatz »Amazon« zu

verkaufen. Kein Ladengeschäft mehr, keine eigene Internetplattform, da würde sich ohnehin kaum noch jemand hin verirren. Und so kann Amazon die Regeln für seine Händler bestimmen, kann deren Margen kürzen, um den eigenen Anteil zu erhöhen. Das waren alles Gründe, warum nach unserer Volkswirtschaftslehre die soziale Marktwirtschaft existenziell davon abhängt, dass keine Monopole oder Oligopole entstehen. Doch die Plutokraten haben das Jahr für Jahr weiter unterwandert, sodass diese elementare Regel faktisch außer Kraft gesetzt ist. Für Investoren im Einzelhandel gibt es daher überspitzt dargestellt nur zwei Möglichkeiten: bei Amazon investieren oder sein Geld verlieren.

## Automobilität der Zukunft

Am häufigsten wird im Zusammenhang mit technologischen und gesellschaftlichen Veränderungen der Umbruch der Automobilität diskutiert. Daimler hat vor 130 Jahren das Automobil erfunden, und seitdem wird dieses Produkt in den Grundlagen unverändert produziert und verkauft. Verbrennungsmotor, Getriebe, vier Räder und ein Lenkrad. Es kamen zwar jedes Jahr neue Designvarianten und zusätzliche Apps dazu, aber das Grundprodukt ist bis heute unverändert. Das scheint sich auf den ersten Blick gerade zu verändern. Der Verbrennungsmotor fliegt raus, das Getriebe fliegt raus, das Lenkrad fliegt raus, und sogar der Fahrer fliegt raus. Das selbstfahrende Elektroauto ist keine Utopie, sondern in wenigen Jahren flächendeckend im Einsatz. Die daraus entstehenden Umwälzungen für unsere deutsche Industrie und unsere weltweite Gesellschaft lassen sich nur mit viel Weitblick erfassen.

Der Kampf gegen den Dieselmotor ist nur das erste ungleiche Rückzugsgefecht. Es ging beim Diesel nie wirklich um die Abgaswerte oder die Gesundheit der Bürger. Nicht hier und nicht in den USA. Wohlgermerkt in einem Land, in dem es ein erlaubter und beliebter Sport ist, den eigenen V8-5,7-Liter-Pick-up so zu tunen,

dass er möglichst viel Ruß und Dreck aus dem Auspuff schleudert. Man nennt diese Autos »Coal Rollers« - Kohlewalzen.<sup>315</sup> Das zeigt, wie bigott die Angriffe gegen die »deutschen Dreckschleudern« waren, die angeblich die Gesundheit der amerikanischen Bevölkerung gefährden. In den USA ging es lediglich darum, die europäischen Autohersteller als lästige Konkurrenten fernzuhalten, da die US-Hersteller nur wenige Diesel-Pkw im Angebot haben. Also hatte man die Grenzwerte für Diesel so niedrig angesetzt, dass sie so gut wie nicht einzuhalten waren. Sie betrogen einen Bruchteil der europäischen Abgaswerte. Somit hätten die deutschen Autobauer den Schwanz einziehen und ihre Diesel wie gewünscht nicht in die USA exportieren sollen, dann wäre alles normal verlaufen. Aber besonders bei VW meinten etwas zu selbstherrliche Manager, sich mit den amerikanischen Plutokraten anlegen zu können. Sie manipulierten die Abgaswerte, die sie technisch gar nicht einhalten konnten, herunter und verkauften ihre Fahrzeuge nun doch in den USA. Die haben dort schwer gestutzt und werden sich gedacht haben: »Die Abgaswerte könnt ihr gar nicht einhalten, sonst hätten wir sie ja noch tiefer gesetzt. Das schauen wir uns mal genau an.« Es kam, wie es kommen musste. Der Betrug flog auf, und jetzt war der Zeitpunkt gekommen, ein Exempel zu statuieren. Sichtbar und abschreckend für alle, die ebenfalls darüber nachdenken, sich mit den in diesem Fall amerikanischen Plutokraten und ihren Netzwerken anzulegen.

Die Ausmaße des VW-Dieselskandals sind uns noch sehr im Gedächtnis. Aber der Dieselfeldzug hat sich seitdem auch in Europa verselbstständigt - mit Dieselfahrverboten und Medienkampagnen. Am Ende spielt es keine Rolle, wo und wann welche Straße für Dieselfahrzeuge gesperrt wird. Dem Autokäufer genügt es zu wissen, künftig nicht mehr frei entscheiden zu können, wo er wann fährt. In der logischen Konsequenz wird er die Finger vom Diesel lassen und den Benziner nehmen. Der Diesel ist tot. Wenn Sie heute mit einem Autohändler zu tun haben und ihn auf das Thema Diesel ansprechen, sollten Sie gut im Sprinten sein, denn darauf reagieren

inzwischen alle allergisch. Diese Entwicklung ist gleichbedeutend mit der faktischen Enteignung von Millionen Dieselbesitzern, deren Gebrauchtwagen binnen weniger Kampagnenmonate nahezu unverkäuflich und somit wertlos wurden. Auch die Leasingfirmen werden in den nächsten Jahren große Freude an den zurückgegebenen Dieselfahrzeugen haben. Der Dieselmotor ist faktisch besiegt. Als Nächstes wird man sich mit den gleichen Waffen den »giftigen« Benziner vornehmen. Es hat längst begonnen.<sup>316</sup>

Doch was kommt nach diesen Verbrennern? Bislang ist immer von den Elektrofahrzeugen die Rede, die aber in Europa irgendwie nicht so richtig auf die Strecke kommen wollen. Bis 2020 sollten in Deutschland - so die Planung der Bundesregierung im Jahr 2009 - eine Million Elektrofahrzeuge auf der Straße sein. Per 1. Januar 2017 waren es nur 60.000, und auch die Kanzlerin hat das Ziel inzwischen kassiert. Die öffentliche Diskussion darüber reicht von verfehlter Unternehmenspolitik (»Die verschlafen das«) bis zu einem völligen Abgesang auf die deutsche Automobilindustrie. Tatsächlich wäre der vollständige Wechsel vom Verbrennungsmotor zum Elektroauto - nur für sich betrachtet - das Ende des Industrielandes Deutschland, wie wir es heute kennen.

Ein V8-Verbrennungsmotor besteht aus über 1200 Teilen, ein Elektromotor aus etwa 25 Teilen.<sup>317</sup> Über tausend Bauteile würden also alleine beim Motor künftig nicht mehr benötigt. Für diese tausend Bauteile brauche ich dann auch keine Zulieferbetriebe mehr. Für die Zulieferbetriebe von tausend Bauteilen brauche ich keine Maschinen mehr, die diese Bauteile herstellen. Ich brauche auch all diese Mitarbeiter nicht mehr. Und das alles nur wegen eines Technologiewechsels vom Verbrennungsmotor zum Elektromotor. Zudem wäre noch über das nicht mehr notwendige Getriebe mit all seinen Komponenten zu sprechen, über die Auspuffanlage, den nicht mehr notwendigen Ölwechsel und so weiter.

Dabei ist noch nicht einmal klar, ob die deutschen Automobilhersteller in einer Elektroautowelt überhaupt noch dabei wären. Der Erfolg der deutschen Autobauer beruht auf drei Hauptkompe-

tenzen: Niemand beherrscht die kontrollierte Explosion im Verbrennungsmotor so perfekt. Niemand beherrscht das Zusammenspiel von Verbrennungsmotor und Getriebe so perfekt. Niemand hat einen solchen Ruf und Markennamen im Automobilbau wie die deutschen Hersteller. Was wird davon künftig noch benötigt? Verbrennungsmotor fliegt raus, Getriebe fliegt raus. Die künftigen Elektroantriebe sind so simpel, die kann jedes ein wenig bemühte Unternehmen in einem Schwellenland zusammenschrauben. Selbst der Staubsaugerhersteller Dyson will künftig Elektroautos bauen.<sup>318</sup>

Bleibt der Markenname. Doch welche Rolle spielt der Markenname künftig abseits des Luxussegments? Erinnern Sie sich an Ihre Jugend? In meiner Jugendzeit war der dringlichste Wunsch, endlich den Führerschein zu machen und dann ein erstes eigenes Auto zu besitzen. Da wurde geschraubt und getunt, was der Geldbeutel und die eigenen Fähigkeiten hergaben. Das Auto war für mindestens zwei Generationen ein Kultobjekt. Das Symbol für Freiheit und selbstbestimmte Fortbewegung. Der Opel Manta faszinierte eine ganze Generation, die Golf-Klubs waren in jeder Kleinstadt unterwegs. Und die »Toten Hosen« sangen von der Opel-Gang. Wer heute mit jungen Leuten über Autos sprechen will, schaut nicht selten in hohle Augen. Das Auto hat für die nachfolgende Generation jeden Nimbus verloren. Es ist ein Übel, das man sich gar nicht ans Bein binden möchte. Man will kein Auto, man will Mobilität. Immer genau das, was in diesem Moment gebraucht wird. Fahrrad, Bus, Bahn, Car-2-go. Warum all die lästigen Begleiterscheinungen eines eigenen Autos auf sich nehmen, wenn es bessere Möglichkeiten der Fortbewegung gibt? Kein eigenes Auto bedeutet: kein TÜV, keine Anschaffungskosten, kein Autokredit, keine Versicherung, kein Stellplatz, keine Reparaturen.

Das eigene Auto wird für weite Teile der Bevölkerung in sehr kurzer Zeit abgelöst werden von selbstfahrenden Elektrofahrzeugen, die man per App binnen weniger Minuten an den eigenen Standort bestellt und am Zielort wieder verlässt, ohne einen Parkplatz suchen zu müssen. Das Auto fährt weiter. Die hohen Personalkosten

eines Taxifahrers sind dann längst Geschichte einer vergangenen Zeit. Die Folge ist, dass die selbstfahrenden Elektroautos der Zukunft viel häufiger fahren und viel weniger stillstehen. Der durchschnittliche Pkw steht heute 95 Prozent der Zeit auf einem Parkplatz still.<sup>319</sup> Robotaxis sind die Fortbewegungsmittel der Zukunft in den Ballungszentren. Laut einer Studie der Technischen Universität München kann ein Robotaxi zehn private Pkw ersetzen.<sup>320</sup> Gehen wir auch nur ganz konservativ an die Sache heran und nehmen an, dass durch diese Entwicklung selbstfahrender Elektrofahrzeuge, deren monatliche Nutzung mit einer Flatrate von 99.- Euro sehr attraktiv wäre, nur vier Autos durch ein Robotaxi ersetzt würden. Das würde bedeuten, dass wir 75 Prozent weniger Fahrzeuge auf den Straßen hätten. 75 Prozent weniger Autos müssten produziert werden. Wir bräuchten nur noch einen Bruchteil der Heutigen Autofabriken, da es sich um Elektrofahrzeuge handelt - mit ihren wenigen Komponenten würde auch nur ein verschwindend geringer Anteil an Zulieferbetrieben benötigt und damit auch Hunderttausende Arbeitnehmer weniger. Eine fatale Dominokette, die sich durch das Herzstück der deutschen Industrie schlängelt! Der deutsche Export ruht auf drei großen Säulen: Kraftwagen und Teile (190 Mrd. Euro), Maschinenbau (165 Mrd. Euro) und Chemie (115 Mrd. Euro). Genau in diesen Feldern schlägt dieser eine Technologiesprung von manuell gelenkten Verbrennungsmotoren zu selbstfahrenden Elektrofahrzeugen voll zu. Schwerer Herzinfarkt!

Das ist kein Szenario, das in einer vierzig Jahre entfernten Zukunft stattfindet. Daimler will diese autonomen Fahrzeuge bis zum Jahr 2022 gemeinsam mit Bosch auf der Straße haben. Geld verdienen die Autohersteller dann kaum mehr mit ihren Autos, sondern mit der Bereitstellung von Mobilität und dem Management der Mobilität. Wenn es beim Elektroauto bliebe, könnten diese Fahrzeuge aber auch problemlos von chinesischen Anbietern geliefert werden, die gerade wie Pilze aus dem Boden schießen und deren Qualität nichts mehr zu tun hat mit den lebensgefährlichen Karossen vergangener Jahre. Topentwicklungsingenieure und Manager

von deutschen Autoikonen wie BMW wechseln in Scharen zu chinesischen Unternehmen und bringen Jahrzehnte an Know-how mit.<sup>321</sup>

Doch ganz sollte man die deutsche Autoindustrie nicht unterschätzen. Der nachhaltige Erfolg des deutschen Automobilbaus wäre nicht möglich gewesen, wenn hier nicht brillante Strategen - durchaus mit gelegentlichen Fehleinschätzungen, wie am Beispiel VW zu sehen - am Werk wären. Wundert es denn niemanden, warum in Deutschland so zögerlich Stromtankstellen installiert werden? Damit steht und fällt doch die gesamte Elektromobilität. Es ist ein Ammenmärchen, dass die Technologie der Elektroautos und der Batterien noch nicht ausgereift sei. In China sind Anfang 2018 1,2 Millionen Elektrofahrzeuge auf den Straßen unterwegs. Allein 2017 kamen 579.000 Fahrzeuge dazu. Und die sind unterwegs, die transportieren Leute und sind im täglichen Einsatz. Was sollte bei uns nicht funktionieren, was in China funktioniert?<sup>322</sup>

Natürlich ist es eine einzige Engstelle: die fehlende Ladeinfrastruktur. Es gibt kaum Stromzapfsäulen in Deutschland. Wenn ich nicht überall Strom tanken kann, kann ich mit einem Elektroauto auch nichts anfangen. Alles steht und fällt also mit dem Aufbau der Ladeinfrastruktur. Aber das ist angeblich zu teuer. Wirklich?

Eine einfache Stromzapfsäule kostet 5000 Euro, eine Schnellladesäule 100.000 Euro.<sup>323</sup> In China gibt es derzeit 190.000 Ladepunkte (eine Säule hat mehrere Ladepunkte), in Deutschland waren es Ende 2017 gerade einmal 10.878 Ladepunkte an 4666 Ladesäulen.<sup>324</sup> Für viele davon zeichnet Tesla verantwortlich. Würden wir mit China - das flächenmäßig 26 Mal größer ist als die Bundesrepublik - gleichziehen wollen und ebenfalls 190.000 Ladepunkte installieren, von denen zehn Prozent als Schnellladesäulen ausgestattet würden, wäre das ein Kostenaufwand von 1,5 Milliarden Euro. Das ist gerade einmal die Hälfte dessen, was der Flughafen Berlin Brandenburg ab 2018 an Zusatzkosten benötigt. Der Jahresgewinn alleine von Daimler im Jahr 2017 betrug 15 Milliarden Euro. Für 1,5 Milliarden hätten wir eine Ladeinfrastruktur, die es den Chinesen

ermöglicht, 1,2 Millionen Elektrofahrzeuge auf der Straße zu bewegen. Für eine Kanzlerin, die bis 2020 das Ziel ausgegeben hatte, eine Million Fahrzeuge auf der Straße zu haben, wäre das ein kurzes Augenzwinkern, um diese Mittel freizugeben. Ganz zu schweigen davon, dass es für ein Konsortium der Deutschen Autohersteller eine Portokassenfrage wäre, diese Mittel einzusetzen. Die einzige Antwort auf diese Erkenntnis kann nur sein: Niemand hat hierzulande ein ernsthaftes Interesse daran, hier schnell Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge aufzubauen.

Wenn Sie nach dem »Warum« fragen, finden Sie die Antwort in den eben dargelegten Horrorberechnungen für die deutsche Industrie, sobald die Elektrofahrzeuge auf dem Markt sind. Solange es keine Ladeinfrastruktur gibt, verkaufen die Chinesen hier auch keine Elektrofahrzeuge; solange kann man weiterhin mit den Verbrennern Geld verdienen, und die Industrie bleibt am Leben.

Aber wie sieht die Zukunft aus? Das schindet vielleicht ein paar Jahre Zeit, und dann wird man sich dem Unvermeidlichen beugen müssen!? Aber das sind genau jene paar Jahre, die die westliche Autoindustrie benötigt, um ihren längst aktiven Schlachtplan umzusetzen. Dieser Schlachtplan hat das kryptische Symbol  $H_2$ , Wasserstoff. Die Zukunft der westlichen Autoindustrie liegt nicht, wie man uns heute noch glauben machen will, im Elektroantrieb, sondern im Wasserstoffantrieb. Es mag viele technische Aspekte geben, die mal für den Wasserstoff oder mal für den Elektroantrieb sprechen. Entscheidend sind am Ende der geostrategische und der wirtschaftspolitische Aspekt. Keine westliche Industrienation will ihre Automobilindustrie über Bord werfen, um das Feld den Chinesen oder Koreanern zu überlassen. Der Wasserstoffantrieb ist wieder hochkomplex, egal ob es sich um die bereits serienreife Brennstoffzelle oder gar einen Wasserstoff-Verbrennungsmotor handelt, der auf dem gleichen Prinzip wie der Ottomotor beruht. Hierbei wird der Wasserstoff nicht über eine Brennstoffzelle in Strom umgewandelt, der dann wiederum Elektromotoren antreibt, sondern der Wasserstoff wird wie bisher direkt in einem Verbrennungsmotor

zur Explosion gebracht. Die gesamte industrielle Wertschöpfungskette würde erhalten bleiben, und die Abgasbelastung läge nahe null, denn aus dem Auspuff kommt fast ausschließlich Wasserdampf. Den Wasserstoff-Verbrennungsmotor hat BMW bereits in einem seiner 7er-Modelle eingesetzt, allerdings gilt es hier noch, technische Feinheiten zu optimieren, bevor ein Serieneinsatz realistisch wird.

Der recht komplex zu handhabenden Brennstoffzelle, in der Wasserstoff in elektrische Energie gewandelt wird, welche die Elektromotoren der Fahrzeuge schlussendlich antreibt, gilt derzeit das Hauptaugenmerk westlicher Hersteller. Besonders bei allen schwereren Fahrzeugen mit großen Reichweitenbedürfnissen ist die Brennstoffzelle dem reinen Elektromotor deutlich überlegen.

Sie soll künftig bei Bussen, Lkw, Eisenbahnen und sogar bei Schiffen als Antriebsart zum Einsatz kommen.<sup>325</sup> Besonders bei Schiffen ist es dringend geboten, alternative Antriebe zum Schweröl zu finden. Hier zeigt sich auch wieder die oft abenteuerliche öffentliche Diskussion um Dieselfahrzeuge, wenn über das Thema Klimaschutz gesprochen wird. Schweröl, das in Schiffsdieselmotoren verbrannt wird, hat einen bis zu 3500 Mal höheren Schwefelgehalt als Lkw-Diesel. Die fünfzehn größten Seeschiffe der Welt stoßen zusammen mehr Schwefeloxid aus als die gesamte Fahrzeugflotte der Welt mit ihren 760 Millionen Autos.<sup>326</sup> Man kann sich leicht hochrechnen, welche Mengen dann alle 90.000 Schiffe auf den Weltmeeren in die Umwelt abgeben. Ob es da für das Klima wirklich eine Rolle spielt, ob Sie Ihr Fahrzeug an der Ampel abschalten?

In ganz Deutschland, aber auch in Japan werden Busse bereits auf Wasserstoff umgerüstet. Im Rhein-Main-Gebiet fahren nicht nur Brennstoffzellenbusse, sondern seit 2018 bereits die erste Wasserstoff-Regionalbahn.<sup>327</sup>

Die Lkw sind die nächsten, denen Brennstoffzellen den Vortrieb verschaffen. Mit Bosch arbeitet einer der erfahrensten Spieler gerade an der Entwicklung eines Lkw-Wasserstoffantriebs mit 1900 Kilometer Reichweite.<sup>328</sup>

Auch bei den Pkw wird eifrig entwickelt: Daimler bringt 2018 seinen GLC F-Cell auf den Markt, Hyundai ist mit dem ix35 Fuel Cell längst im Praxistest. Betanken in drei bis fünf Minuten, ordentliche Reichweite und Wasserdampf als Abgas.

Und die U-Boote der Klasse 212A der deutschen Bundesmarine sind bereits seit Jahren mit Brennstoffzellenantrieb ausgerüstet.

Egal ob Brennstoffzelle oder Wasserstoff-Verbrennungsmotor, der Wasserstoff selbst wird über viele Jahre noch aus konventionellem Erdgas hergestellt, was die Energiekonzerne wie Shell zu den natürlichen Verbündeten macht.<sup>329</sup> Wasserstoff aus Erdgas per Reformierung herzustellen ist etwa viermal billiger, als Wasserstoff aus erneuerbaren Energien per Elektrolyse herzustellen. Diese Zukunftsstrategie erklärt, warum es alle derzeit auf Erdgas abgesehen haben. Warum die Begehrlichkeiten um den großen Flüssiggasexporteur Katar eskalieren, warum die USA zahlreiche Flüssiggasverladeterminals Richtung Europa bauen.

Jetzt schließt sich der Kreis, und es zeigt sich, warum ich im Kapitel »Ende des Ölzeitalters« davon gesprochen habe, dass die Zeit des Erdgases keineswegs abgelaufen sei. Ganz im Gegenteil, das Erdgas übernimmt für lange Zeit die Rolle des Öls. Das Öl hat ausgedient, das Erdgas noch lange nicht. Erst in einer sehr fernen Zukunft wird auch das durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Ich wiederhole mich hier gerne: Es geht nicht darum, was möglich oder für uns wünschenswert ist; es geht darum, was geostrategisch und finanzstrategisch von den Plutokraten angestrebt wird. Vom Wasserstofffahrzeug profitieren die USA als Fracking-Gas-Exporteur, die westliche Wirtschaftsallianz von dem komplexeren Aufbau. Das bedeutet mehr Technologievorsprung, mehr Zulieferteile, mehr Zulieferindustrie.

Gleichzeitig ist es die Brückentechnologie für die erneuerbaren Energien, denn der nicht genutzte Wind- oder Sonnenstrom kann per Elektrolyse in Wasserstoff gewandelt werden. Anhand der Kostenunterschiede erkennen Sie jedoch schnell, dass das mehr ein Feigenblattargument für die Öffentlichkeit sein wird. Wer hat daran absolut kein Interesse? Die Chinesen. Daher geben diese »Vollgas«

im Bereich Elektro, und wir bremsen hier, um schnellstmöglich den Wasserstoff auf die Piste zu bekommen.

Am Ende wird es auch hierzulande einen Mix aus Elektrofahrzeugen - bevorzugt im Stadtverkehr und bei Robotaxis - und schweren, reichweitenstarken Wasserstofffahrzeugen - mit Brennstoffzelle oder Direktverbrennung - geben, so wie heute Benzin und Diesel konkurrieren. Möglicherweise kommt noch eine dritte Komponente hinzu, das Erdgas- oder Flüssiggasfahrzeug. Auch hier sind die Abgaswerte wesentlich niedriger als bei Benzin- oder Dieselfahrzeugen. Die Umrüstung bestehender Benzinfahrzeuge auf Flüssiggasantrieb ist eine Standardprozedur und kostet nur etwa 2500 Euro. Ich habe selbst schon vor mehr als zehn Jahren einen alten 7er BMW auf Flüssiggas umrüsten lassen, was im Fahrbetrieb keinen Unterschied machte, aber die Spritkosten massiv reduzierte. Trotz einem um zwanzig Prozent höheren Verbrauch macht es fast schon Spaß, zu 59 Cent/Liter zu tanken. Bereits heute sind in Deutschland über 450.000 Autogasfahrzeuge auf der Straße. Die Abgaswerte liegen deutlich unter den heute diskutierten Grenzen für städtische Fahrverbote. Das wäre eine sehr interessante Brückenlösung für die bestehenden Fahrzeugflotten.

Der Abgesang auf die deutsche Automobilindustrie ist also definitiv zu früh. Sechs große Spieler haben sich 2015 zu einem europäischen Wasserstoffkonsortium namens H2-Mobility zusammengeschlossen.<sup>330</sup> Ihr Ziel ist es, eine flächendeckende Wasserstoffversorgung bis 2023 aufzubauen. H2-Mobility geht davon aus, dass bis 2050 vierzig Prozent des Energiebedarfs im deutschen Verkehrssektor von Wasserstoff abgedeckt werden könnte. Die ersten hundert Wasserstofftankstellen sollen 2018/2019 entstehen, bis 2023 sollen es vierhundert Tankstellen allein in Deutschland sein. Hier scheint der Kostenrahmen von rund 400 Millionen Euro kein Hindernis darzustellen. Mit eintausend Wasserstofftankstellen wäre Deutschland vollständig versorgt.<sup>331</sup>

Auch in Japan, dessen Automobilindustrie die gleichen Gedanken umtreiben wie die deutsche, plant man in diese Richtung.

Toyota und zehn weitere japanische Firmen, ebenfalls aus dem Energiesektor, haben ein ebensolches Wasserstoffkonsortium zur Errichtung der Wasserstoffinfrastruktur in Japan ins Leben gerufen.<sup>332</sup> Dieses Unterfangen wäre hier wie dort vollkommene Geldverschwendung, wenn man nicht das klare Ziel hätte, auch eine entsprechende Anzahl Fahrzeuge auf den Markt zu bringen. Man hat es offenkundig eiliger, Wasserstofftankstellen zu errichten als Stromzapfsäulen. Gründungsmitglieder bei H2-Mobility sind die Gas- und Tankstellenbetreiber Shell, Total und OMV, die Gashersteller Linde und Air Liquide sowie der Autokonzern Daimler. Die komplette Verwertungskette unter einem Dach. Wer die gesamte Dimension dieser bisher weitgehend ohne große öffentliche Aufmerksamkeit stattfindende Strategieveränderung erkennen will, der sehe sich das Hydrogen Council an.

Wenn ich diesen Begriff im März 2018 bei Google eingebe, finde ich einen einzigen Artikel in einer größeren deutschen Zeitschrift, und das ist das *Handelsblatt* mit einem Bericht in einer Nebenrubrik. Das war's. Kein weiterer Bericht irgendeines namhaften deutschen Mediums. Dabei handelt es sich beim Hydrogen Council um die nach eigener Beschreibung »Globale Initiative der führenden Energie-, Transport- und Industrieunternehmen mit der gemeinsamen Vision und langfristigen Zielsetzung, mittels Wasserstoff die Energiewende zu schaffen«. Gegründet wurde der Zusammenschluss auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos 2017 mit dem Ziel, die großen Investitionen seiner Mitglieder im Bereich Wasserstoff und Brennstoffzelle zusammenzuführen und gemeinsam zu entwickeln. Dazu gehört auch die Lobbyarbeit bei Politikern, Investoren, internationalen Agenturen und zivilen Organisationen. Die Mitglieder dieser Vereinigung sind eine Auflistung des Who's Who der Energie-, Gas- und Automobilkonzerne der westlichen Hemisphäre. Das Ganze nicht etwa auf Arbeitsebene, sondern auf Ebene der jeweiligen Vorstandsvorsitzenden. Das ist überall Chefsache. Exemplarisch seien genannt: Aistom, Audi, BMW, Bosch, Daimler, General Motors, Honda, Hyundai, Nippon Oil, Shell,

Statoil, Linde, Total, Kawasaki, Toyota, 3M, Air Liquide, Anglo American.<sup>333</sup>

Kein Grund für einen Bericht in keiner deutschen Zeitung? Wenn diese Konzerne wollten, dass darüber berichtet wird, dann würde darüber berichtet. Wenn diese Konzerne wollen, dass darüber keine Berichterstattung erfolgt, dann wird darüber nicht berichtet. Und hier scheint sehr klar, was man gewünscht hat. Das mag durchaus seinen Grund haben. Das Thema soll möglichst lange im Hintergrund entwickelt werden, bevor man seine Gegner zu sehr aus der Reserve lockt. Führe die Armeen möglichst unbemerkt in die Schlachtformation. Doch China hat den Braten natürlich längst gerochen und weiß, dass es am Wasserstoff nicht vorbeikommt, wenn es am Automarkt der westlichen Länder künftig mitspielen will. Daher treibt China seit Anfang 2018 ebenfalls die Forschung und Entwicklung von Wasserstoffantrieben voran, um »international wettbewerbsfähig zu werden«.<sup>334</sup>

Bis dahin wird die Ausbreitung von Elektrofahrzeugen so weit wie möglich gebremst, und so erklären sich auch solche - ohne diesen Hintergrund - verwunderlichen Meldungen: »Elektroautos kaum zu bekommen. Die Hersteller können nicht liefern. Der Elektro-Smart, der E-Golf oder der Hyundai Ioniq Elektro sind praktisch nicht zu bekommen. Die Hersteller haben die Nachfrage oft falsch eingeschätzt. Die Hersteller können mit der steigenden Nachfrage nach Elektroautos offenbar nicht Schritt halten. Kunden müssen aufgrund von Fehlplanungen lange auf neue Fahrzeuge warten. Der Elektrosmart ist praktisch vergriffen. Die Wartezeit liegt bei bis zu einem Jahr.« Wer die oben aufgeführten Hintergründe kennt, weiß: Hier hat sich niemand verplant, und es hat niemand die Nachfrage falsch eingeschätzt. Es sollen möglichst wenige Elektrofahrzeuge auf die Straßen der westlichen Industriestaaten kommen, um Zeit für den Wasserstoff zu gewinnen.<sup>335</sup>

Daher macht es durchaus Sinn, sich bereits jetzt die Großen der künftigen Wasserstoff-Mobilitätswelt auch für die Kapitalanlage anzusehen.

## Digitalisierung, Automatisierung

Nicht nur der Antrieb der Fahrzeuge wird gerade revolutioniert, sondern auch die Art der Steuerung. Bald ist es vorbei mit Lenkrad, Gas-, Brems- und Kupplungspedal. Es ist ohnehin schwer zu erklären, dass man im Zeitalter des Weltraumfluges noch zwanzig Quadratcentimeter Stahlblech durchtreten muss, um einen Gang zu wechseln. Selbstfahrende Autos machen den Führerschein ebenso überflüssig wie die dazugehörigen Fahrschulen. In einigen Jahren werden selbstfahrende Autos und ihre geringe Fehlerquote dazu führen, dass derjenige, der sein Auto oder Motorrad noch selbst steuern will, horrenden Versicherungsprämien bezahlen muss.<sup>336</sup> Die positiven Konsequenzen sind eindeutig. Weniger Verkehrstote, da der Computer auch morgens um zwei Uhr nach zehn Stunden auf der Straße keine Müdigkeit und kein menschliches Versagen kennt. 94 Prozent aller Unfälle haben heute menschliches Versagen als Ursache.<sup>337</sup> Wahlweise ein entspannteres oder produktiveres Reisen mit Videofilmen oder E-Mail-Korrespondenz bei 130 km/h. Dass mit dem selbstfahrenden Auto auch ein flächendeckendes Tempolimit kommt, darf man getrost voraussetzen, damit die Sicherheitsreserven der vorausschauenden Sensoren nicht überfordert werden.

Für den betagten Senior hat sich die Frage, ob er nicht doch lieber demnächst den Führerschein abgeben soll, damit ebenso erledigt wie für den Kneipengänger, der sich mit gutem Gewissen auch noch das dritte Pils gönnen darf. »Wat dem een sin Uhl, is dem annern sin Nachtigall«, sagt ein plattdeutsches Sprichwort; »Was dem einen seine Eule, ist dem anderen seine Nachtigall.« Sosehr sich unser mobiler Alltag durch selbstfahrende Autos erleichtert, so schmerzhaft ist es für jene, deren Job davon abhängt, dass Autos eben noch nicht von alleine fahren. Es gibt in Deutschland 250.000 Lizenzen für Taxifahrer, die in kürzester Zeit wertlos würden.<sup>338</sup> Über 500.000 Lkw-Fahrer sind derzeit auf Deutschlands Straßen unterwegs. Im Fernverkehr wird es keine zehn Jahre mehr dauern,

bis dieser Job nur noch in alten Kinofilmen wie »Convoy« Erinnerung findet. Fünf weitere Jahre und auch der innerstädtische Auslieferungsfahrer ist durch Mikroelektronik ersetzt.<sup>339</sup> John Deere steuert bereits heute landwirtschaftliche Fahrzeuge millimetergenau und ohne Fahrzeugführer an Bord über die Äcker der Republik.<sup>340</sup>

U-Bahnen, Züge, Busse und Containerschiffe - alles was bewegt wird, kann auch autonom bewegt werden. Die dafür notwendige Technik ist bereits vorhanden oder unmittelbar vor dem Durchbruch.

Die sogenannte digitale Revolution wird unsere Welt in einer Geschwindigkeit verändern, die wir bisher nicht kannten. Schon immer haben technische Veränderungen Berufsbilder überflüssig gemacht und dafür wieder neue Berufe geschaffen. Doch meist geschah das in einer Geschwindigkeit, mit der die Menschen im Laufe ihres Lebens Schritt halten konnten. Von der Erfindung des Automobils Ende des 19. Jahrhunderts bis zur flächendeckenden Motorisierung und somit zur endgültigen Abschaffung der Pferdekutschen, Stalljungen und Kutschpeitschenhersteller dauerte es fast ein Menschenleben. Wer zum Zeitpunkt der Erfindung des Automobils eine Ausbildung zum Pferdekutscher machte, konnte damit auch in Rente gehen. Wer in den letzten Jahren seinen Taxischein machte, wird den mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mehr lange benötigen. Man gewinnt den Eindruck, dass die Schlagzahl, mit der die Technik in allen Lebensbereichen die bestehenden Berufe ausradiert, exponentiell zunimmt. Der Mensch kann gar nicht so schnell lernen und immer neue Berufe ausüben, wie sich die Computer immer neue Bereiche erschließen. Das macht diese Zeit anders als die technischen Entwicklungen der Vergangenheit.

Ein ganz besonderes Augenmerk muss man dabei einem bislang meist nur in Fachkreisen diskutierten Aspekt widmen, der eine völlig neue Dimension aufzeigt. Es ist die Frage nach dem Erreichen der sogenannten »technischen Singularität«. Mit diesem harmlos klingenden Begriff bezeichnet man jenen Zeitpunkt in der Zukunft, an

dem der Mensch einen Computer geschaffen hat, der so intelligent ist, dass er sich und andere Maschinen selbstständig verbessern kann, ohne den Menschen zu benötigen. Wir wissen, wie schnell Computer bereits heute rechnen können. Wir haben nur eine grobe Vorstellung, in welcher Geschwindigkeit sich ein Computer selbst immer weiter verbessern und optimieren kann, wenn er einmal den Punkt erreicht hat, es zu können. Er wird dann auch seine Fähigkeit zum Lernen exponentiell steigern und sich somit immer schneller immer besser optimieren. Experten befürchten, dass es mehrere Jahrtausende technologischer Entwicklung durch den Menschen bedurfte, um diesen Punkt, den man als Stolperdraht bezeichnet, zu erreichen. Doch wenn er einmal erreicht würde, würde es nur Minuten dauern, bis der Computer dem Menschen haushoch und in allen Belangen überlegen wäre. Die Beschleunigung würde so stark anwachsen, dass die weitere Zukunft der Menschheit hinter diesem Punkt nicht mehr vorhersehbar ist. Diesem Moment in der Geschichte des Menschen schreiben die einen den Durchbruch zu neuen Ufern, die anderen den Untergang der Menschheit zu. Stephen Hawking, Elon Musk und weitere tausend angesehene Personen aus Wissenschaft und Technik befürchten in diesem Zusammenhang nichts weniger als die Realitätswendung der Terminator-Filme und den Krieg der Maschinen gegen den Menschen, insbesondere wenn künstliche Superintelligenz mit autonomen Kriegsmaschinen kombiniert würde, wie es derzeit bereits in den Rüstungsfirmen rund um den Globus geschieht.<sup>341</sup>

Niemand kann mit Sicherheit voraussagen, wann dieser Zeitpunkt der technischen Singularität eintreten wird. Der Leiter der technischen Entwicklung bei Google, Ray Kurzweil, erwartet diesen Moment um das Jahr 2045, aber die Fachwelt ist sich einig, dass er überraschend kommt und vermutlich sogar jene überraschen wird, die daran forschen und arbeiten.<sup>342</sup>

Doch auch ohne Superintelligenz bedeutet die ganz aktuelle digitale Revolution, dass alles, was automatisiert und digitalisiert werden kann, auch automatisiert werden wird, und das ist nahezu jeder Lebens- und Arbeitsbereich.

Es gehört längst zum Alltag, dass Roboter zahllose Fabrikarbeitsplätze ersetzen. Aber die Geschwindigkeit, mit der die Maschinen in bislang ungeahnte Berufe vordringen, ist beeindruckend. Anfang 2018 ließen amerikanische Universitäten zwanzig erfahrene Rechtsanwälte gegen einen Computer mit künstlicher Intelligenz (KI) antreten. Computer und Anwälte hatten die Aufgabe, bestimmte Verträge auf Rechtsprobleme zu untersuchen. Der Computer war nicht nur mit 26 Sekunden gegen 92 Minuten deutlich schneller als die Anwälte, er war mit einer Genauigkeit von 94 Prozent auch noch besser als die Juristen mit 85 Prozent.<sup>343</sup>

Längst setzen Banken und Finanzdienstleister erste Robo-Adviser ein, um die Geldanlage der Kunden zu optimieren, und an den Börsen sind vollständig autonome Algo-Trader längst in der Übermacht, die auf Basis künstlicher Intelligenz versuchen, die Märkte zu beherrschen. Sie machen je nach Quellenlage und Markt zwischen fünfzig und achtzig Prozent des Handelsvolumens aus.<sup>344</sup>

Die Automatisierung frisst sich durch alle Lebensbereiche und nahezu alle Berufsbilder, und die Horrorszenarien in Bezug auf die Arbeitsplätze überbieten sich in ihrer Dramatik. Die Oxford-Forscher Carl Frey und Michael Osborne haben in einer oft zitierten Studie 2013 die Messlatte hoch gehängt, indem sie auf über siebenzig Seiten prognostizierten, dass bis 2030 die Hälfte aller heutigen Arbeitsplätze in den USA verloren gehen würden.<sup>345</sup> 2015 untersuchten die Volkswirte der ING-Bank auf Basis der Oxford-Studien die Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt und kamen zu noch dramatischeren Ergebnissen. 18,3 Millionen Arbeitsplätze oder 59 Prozent seien in ihrer jetzigen Form in Deutschland von der fortschreitenden Technologisierung bedroht.<sup>346</sup>

Diese Daten darf man nicht als absolute Gewissheit annehmen. Zahllose unbekannte Variablen mussten dazu geschätzt werden, und niemand kann wirklich wissen, wie die Welt - gerade wegen dieser großen Dynamik - im Jahr 2030 aussehen wird. Es werden sicherlich auch neue Jobs geschaffen, aber es kann als sicher angenommen werden, dass der Arbeitsplatzverlust - besonders in

schwächer qualifizierten Bereichen - die Zahl der neu geschaffenen hoch qualifizierten Stellen massiv übersteigen wird. Es ist auch eine rosarote Vorstellung, man könne den entlassenen Lkw-Fahrer mal eben zum IT-Spezialisten umschulen.

Aber die Digitalisierung und Automatisierung sind nichts, wovor wir uns hier in Europa fürchten müssten, ganz im Gegenteil. Wir haben in Deutschland kaum noch Textilindustrie. In Rheinland-Pfalz und Rheinhessen gibt es die Deutsche Schuhstraße, da rund um Pirmasens seit Anfang des 19. Jahrhunderts das Zentrum der deutschen Schuhindustrie lag. Das ist lange vorbei. Im Zuge der Globalisierung haben die Fabriken geschlossen und sind ins Ausland abgewandert. Die deutsche und europäische Textilindustrie hat sich binnen weniger Jahre nach Bangladesch, Vietnam und später auch nach China verlagert. Was waren die Gründe? Weder das schöne Wetter, noch die tollen politischen Rahmenbedingungen, sondern ausschließlich die billigen Arbeitskräfte.

Wenn aber in den Fabriken der Zukunft keine Arbeitskräfte mehr benötigt werden, macht es auch keinen Sinn, diese Fabriken in Länder der Dritten Welt zu platzieren. Viele mittelständische Unternehmer haben genug von den Gängeleien der dortigen Regierungen, von der unsicheren Planungsbasis durch immer neue willkürliche Auflagen oder korrupte Beamte. Wer kaum Lohnkosten hat, der kann die Vorteile eines deutschen oder europäischen Standortes voll ausnutzen: hohe Rechts- und Planungssicherheit. Produktion und Entwicklung direkt am Sitz und in der Heimat des Firmenchefs und seiner Familie. Perfekte Infrastruktur. Gut ausgebildete Fachkräfte, Ingenieure und Forscher für jene Jobs, die doch noch gebraucht werden, und nicht zuletzt: Kurze Transportwege zu den Konsumenten in Europa. Keine wochenlangen Seetransporte, die Kapital binden und Kosten wie Risiko verursachen. Ohne große Mitarbeiterzahl lohnt es es plötzlich wieder, eine Fabrik auf günstigen Grundstücken in Mecklenburg-Vorpommern zu errichten statt in Bangladesch. Das haben viele Unternehmer bereits erkannt, und so dreht sich die Verlagerung der Industrie weg aus Deutschland

hin nach Asien inzwischen langsam wieder um. Mit jedem Arbeitsplatz, den ein Roboter übernehmen kann, wird Europa als Produktionsstandort wieder attraktiver.<sup>347</sup>

Ich durfte bereits vor einigen Jahren die Firma Feuer-Powertrain in Thüringen besuchen. Ich kam am späten Abend dort an und wurde im Rahmen des Wirtschaftsrates von der Geschäftsleitung empfangen. Sieben Fabrikhallen liefen dort unter Volllast, ohne dass irgendwo ein Mitarbeiter zu sehen gewesen wäre. An 355 Tagen, 24 Stunden täglich, werden dort Kurbelwellen für die europäische Automobilindustrie produziert.<sup>348</sup> Die Produktion für die chinesischen Autos findet in China statt und jene für die amerikanischen in den USA. Plötzlich sind nicht mehr Lohnkosten, sondern Transportkosten und Geschwindigkeit entscheidender.

Die Firma Adidas, die bisher ihre Schuhproduktion nahezu vollständig ins Ausland verlagert hatte, beginnt wieder mit dem Aufbau von Schuhfabriken in Deutschland. 3-D-Druck macht es möglich und sogar nötig. Die neue Technologie, mit der zahlreiche Gegenstände individuell im 3-D-Druckverfahren hergestellt werden können, bringen völlig neue Strukturen mit sich. Bisher wurde ein neuer Sportschuh in Asien produziert. In allen Farb- und Designvarianten, und diese jeweils in allen Größen und Halbgrößen. Diese Massen an Sportschuhen wurden dann über den Seeweg nach Europa verschifft, in zahllosen Schuhgeschäften zum Verkauf bereitgehalten. 300 Millionen Paar Adidas-Schuhe kamen pro Jahr auf diesem Weg nach Europa. Überschüssige Ware, die nicht verkauft werden konnte, weil die Größen oder Farben so nicht benötigt wurden, ging in den Schredder. Eine unglaubliche Verschwendung von Ressourcen aller Art. Jetzt können die Sportschuhe individuell stückweise auf den Bedarf der Kunden hin produziert werden. Im Schuhgeschäft wird sein Fuß vermessen, der Kunde sucht sich Farbe und Details aus, und die Daten gehen online in die 3-D-Drucker im mittelfränkischen Ansbach. Sie werden dort binnen weniger Stunden individuell ausgedruckt und an den Kunden geliefert. Just-in-time, keine Überproduktion, keine Materialverschwendung,

minimale Personalkosten. Diese Form der individuellen Just-in-time-Produktion ginge gar nicht aus der Ferne. Kein Kunde wäre bereit, wochenlang auf seinen Schuh zu warten. Bisher dauert es achtzehn Monate vom Entwurf eines neuen Schuhs bis zum ersten Verkauf im Laden in Deutschland. Jetzt soll das in wenigen Stunden geschehen. Völlig neue Produktzyklen und schnelle Anpassung an Marktveränderungen werden dadurch möglich. 500.000 Paar Schuhe sollen auf diese Weise jährlich bei Adidas in Deutschland weitgehend automatisiert produziert werden. Von den 160 Mitarbeitern sind viele für die Wartung und Instandhaltung der Maschinen im Einsatz. Ein Anfang, dem viele Branchen und Betriebe folgen werden.<sup>349</sup>

Die Automatisierung und Digitalisierung ist zugleich auch ein Stück De-Globalisierung. Die Produktion rückt wieder näher zu den Verbrauchern. Die Produktion wird effizienter. Es wird weniger Sinnloses erzeugt, um es danach wieder zu zerstören, weil man pauschal auf Masse statt auf akuten Bedarf produziert hat. Es fallen deutlich weniger Umweltbelastungen durch die endlosen Transportwege an. Alles was digitalisiert wird, schont die natürlichen Ressourcen der realen Welt. Millionen Bäume mussten jährlich gefällt werden, um das Papier der Tageszeitungen, Bücher und Magazine zu liefern, die nach einmaligem Durchlesen im Müll verschwanden. Welch ein Segen für die Umwelt sind da das E-Book, das E-Paper. Gleiches gilt für unzählige Werbebriefe, Quelle-Kataloge und so weiter. Heute scherzt man darüber, ob sich Technikverweigerer auch den Amazon-Katalog ausdrucken würden. Wenn der Autoschlüssel wie auch Kreditkarten und vieles andere künftig durch eine App auf dem Smartphone ersetzt werden, ist das bei allen Bedenken auch ein weiterer Schritt zur Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlage. Kein Plastik mehr für zahllose Kreditkarten, die alle zwei Jahre neu erstellt werden, Kunststoffe und Metalle für die 17 Komponenten eines Fahrzeugschlüssels - die Liste ließe sich endlos und für Hunderte Komponenten des Alltags weiterführen.

Damit zeigt sich auch, dass die Behauptung falsch ist, das Wirtschaftswachstum könne nicht ewig weitergehen. Das stimmt nur, solange wir von einem Wachstum ausgehen, das auf Ressourcenverbrauch angelegt ist. Wachstum in einer digitalen Welt kennt kaum Beschränkungen. Wenn die dafür notwendigen physischen Ressourcen nur noch einen Bruchteil der heute benötigten ausmachen und diese obendrein durch intelligente Recyclingkreisläufe GEbraucht statt VERbraucht werden, ist dem Wachstum kaum eine Grenze gesetzt. Die wichtigste Ressource wird dann nicht mehr Kohle, Holz oder Stahl sein, sondern Energie. Mit dem begonnenen Wandel weg von fossilen Energieträgern - auch wenn Erdgas noch einige Jahrzehnte eine wichtige Übergangsrolle spielen wird - hin zu unbegrenzt verfügbaren erneuerbaren Energien ist auch diese Begrenzung - sehr zum Wohle der realen, physischen Welt - aufgehoben.

Die Automatisierung und Digitalisierung wird zu einer großen Rückverlagerung von Produktion jener Gegenstände, die wir künftig dennoch benötigen, nach Europa führen. Alle Maschinen und Roboter, die künftig die Arbeitsplätze der Menschen ersetzen, müssen ja erst einmal entwickelt und produziert werden. Hierfür sind unsere Ingenieure und Maschinenbauer ebenfalls bestens aufgestellt. Ein Grund mehr, die neuen Fabriken dorthin zu stellen, wo die dafür nötigen Maschinen, Roboter und Ersatzteile ebenfalls mit kurzen Lieferzeiten und Entwicklungs-Know-how hergestellt werden können.<sup>350</sup>

Deutschland dürfte daher bei aller Sorge um die Automobilindustrie eine goldene Zukunft bevorstehen. Junge Menschen, die sich in den Bereichen Ingenieurwesen, Digitalisierung, Robotik und Maschinenbau tummeln, dürften ebenso umschwärmt werden wie heute bereits Social-Media-Marketingexperten und App-Entwickler.

Ich bin mir sicher, dass Ihnen beim Lesen der letzten Abschnitte folgender Satz durch den Kopf ging: »Wer soll denn die ganzen Sportschuhe und Produkte kaufen, wenn wir keine Jobs mehr

haben, in denen die potenziellen Konsumenten das Geld verdienen, mit dem sie einkaufen könnten!?» Schon Henry Ford, dem Erfinder der Fließbandproduktion, wird der Satz zugeschrieben: »Autos kaufen keine Autos.« Das Problem ist also lange bekannt.

Mit der **RückVerlagerung** der Industrie gelingt es uns zunächst einmal, die Produktivität und die Wertschöpfung wieder zurückzuholen. Wir werden neue Arbeitsplätze beispielsweise in den bereits oben angeführten Bereichen schaffen - Arbeitsplätze, die den darin aktiven Menschen Herausforderung und Freude bereiten. Zugleich werden wir aber ein Vielfaches an Arbeitsplätzen verlieren, die nicht ersetzt werden. Bei aller angelegerten Angst um die Arbeitsplätze sollten wir uns jedoch die Frage stellen: Was ist denn wirklich schlimm daran, wenn wir diese Arbeitsplätze künftig nicht mehr haben? Ist es, abgesehen von verklärter Bergmannsromantik, wirklich schlimm, dass wir die mörderischen Arbeitsplätze unter Tage in den Kohlebergwerken nicht mehr haben? Ist es schlimm, dass immer weniger Menschen sich den Körper am Hochofen der Stahlindustrie zerschinden?

## Schlaraffenland: Das Ende der Arbeit

Schauen Sie am Montagmorgen in die Gesichter ihrer Mitmenschen auf dem Weg zur Arbeit, im Stau, im Bus oder an der U-Bahn-Haltestelle. Begeisterung und Vorfreude auf eine erfüllende Tätigkeit, die dem Leben ja erst seinen Sinn gibt, sieht irgendwie anders aus. Ist nicht einer der häufigsten Sätze am Montagvormittag »Das Wochenende war wieder viel zu kurz« oder »Die Woche nimmt wieder gar kein Ende«? Ist nicht der Schlachtruf von Millionen Arbeitnehmern kurz vor dem Wochenende einheitlich »TGIF - Thank God, it's Friday!«? Warum? Weil all diese Menschen ihre Arbeit lieben und nichts lieber tun würden? Dann würden sie doch sagen: »Mist, schon wieder Wochenende. Ich würde so gerne noch ein paar Akten bearbeiten (oder Motorenstecker anbringen).« Das

kommt vor, aber es dürfte - gerade bei den weniger qualifizierten Tätigkeiten - eher die Ausnahme sein. Es ist sicherlich keine übertriebene Spekulation, anzunehmen, dass der überwiegende Teil jener Arbeitnehmer, die solchen eher einfachen Tätigkeiten nachgehen, diese nicht aus purer Freude an der Arbeit tun, sondern aus dem einen Grund, sich das Geld zu verdienen, das sie dazu benötigen, um in der verbleibenden Freizeit das zu tun, was sie wirklich gerne tun wollen.

Wäre es nicht eine fantastische Vorstellung, jene, die den größten Teil ihres Lebens damit verschwenden, Arbeiten zu verrichten, die ihnen keine Freude machen und ihnen keinen Sinn stiften, vom Joch dieser Arbeit zu befreien? Ist es nicht der größte und älteste Traum der Menschheit, in einem Schlaraffenland zu leben, wo man sich um nichts kümmern muss, wo Essen und alle Annehmlichkeiten »automatisch« zur Verfügung stehen, ohne dass man einen Finger krumm machen MUSS? Stattdessen kann man den ganzen Tag jenen Dingen widmen, die einem wirklich Freude und Lebensglück bescheren.

Im antiken Griechenland war es für Teile der Bevölkerung ein Privileg und ein großes, anerkanntes Glück, nicht arbeiten zu müssen. Die (niedere!) Arbeit war etwas, das Sklaven und Dienern zugewiesen, von den griechischen Bürgern jedoch abgelehnt wurde. Diese nutzten die Freiheit, keine niederen Arbeiten verrichten zu müssen, nicht etwa zu Faulheit und Dekadenz. Ganz im Gegenteil. Sie nutzten diese Freiheit, um sich zu ganz neuen Höhen zu entwickeln: zum sportlichen Training des Körpers, zum Denken und Entwickeln des Geistes, zu Kunst und Kultur.

Der griechische Philosoph Aristoteles beschrieb das wie folgt: *»Als eine banausische Arbeit ... hat man jene aufzufassen, die den Körper oder die Seele oder den Intellekt der Freigeborenen zum Umgang mit der Tugend und deren Ausübung untauglich macht. Darum nennen wir alle Handwerke banausisch, die den Körper in eine schlechte Verfassung bringen, und ebenso die Lohnarbeit. Denn sie machen das Denken unruhig und niedrig.«<sup>351</sup>*

Unser gesamtes Weltbild der griechischen Hochkultur der Antike mit ihren begnadeten Philosophen, Mathematikern, Physikern, Dichtern und Sportlern, bis heute die Basis unseres Wissen und unserer Kultur, wäre nicht möglich gewesen ohne die klare Abwendung von niederen körperlichen und stumpfsinnigen Arbeiten, die jeden Raum zur freien Entfaltung versperrten. Die Leibeigenen, Sklaven und Diener Griechenlands entsprechen den Computern und Robotern unserer nahen Zukunft. Sie sind es, die uns die Muße zurückgeben, uns auf unser eigentliches menschliches Wesen und unser Potenzial zu konzentrieren. Der Einwand, dass bestimmt viele diese Möglichkeiten nicht nutzen und stattdessen ihr Leben vor dem Fernseher absitzen würden, kann hier nicht zielführend sein. Wäre es richtig, allen die Möglichkeit zur Entfaltung völlig neuer Fähigkeiten zu verweigern, nur weil einige diese Chance für sich nicht nutzen würden? Ich denke nicht.

Wir stehen unmittelbar vor einem der größten Durchbrüche in der Entwicklung der Menschheit. Dem Beginn jener Zeit, in der niemand mehr gezwungen ist, eine Arbeit zu verrichten, die ihm zuwider ist, und stattdessen das göttliche Geschenk »Leben« zu seiner individuellen Höchstform entwickeln kann, da er die Zeit und Muße dafür hat. Es wird bei diesem Entwicklungsschritt der Menschheit ganz wesentlich darauf ankommen, diesen Prozess richtig zu gestalten. Davon hängt es ab, ob uns die neue Freiheit in den Himmel der freien menschlichen Natur oder in die Hölle der von Menschen gemachten Zwänge führt.

Sofort steht hier natürlich die Diskussion um ein sogenanntes bedingungsloses Grundeinkommen im Raum. Vor wenigen Jahren war das noch ein Randthema für Linke, Spinner und Fantasten. Inzwischen ist es jedoch bei den höchsten Eliten salonfähig. Beim Weltwirtschaftsgipfel 2016 war dieses Thema auf allen Diskussionspodien präsent.<sup>352</sup> Mark Zuckerberg und zahllose Vertreter der elitären Kreise machen sich inzwischen für ein solches Grundeinkommen ohne Arbeit für jedermann stark. Abseits der oben angesprochenen philanthropischen Befreiung der Menschen vom

Joch der Arbeit treibt diese Leute ganz Handfestes zu ihrer Einsicht. Wenn wir für die Menschen keine bezahlte Arbeit haben, haben diese kein Geld, um die Waren und Dienstleistungen der Konzerne zu kaufen. Viel schlimmer wäre aber, dass eine große Masse unzufriedener Menschen, deren Grundbedürfnisse nicht gedeckt werden, ein großes revolutionäres Potenzial darstellen würde. Nicht umsonst kannten die alten römischen Herrscher das bis heute bekannte Prinzip »Brot und Spiele«. Verhindere Revolutionen und sichere deine Macht, indem du den Massen zumindest die Grundbedürfnisse deckst. Gib ihnen zu essen, gib ihnen Sicherheit und gib ihnen Zerstreung. Kaiser Trajan soll der Ansicht gewesen sein, dass »das römische Volk insbesondere durch zwei Dinge, Getreide und Schauspiele, sich im Bann halten lasse.«<sup>353</sup>

Heute könnte man flapsig sagen, Brot und Spiele seien durch Fast Food und Playstation ersetzt, aber im Grunde ist das Prinzip unverändert. Doch bei allem Argwohn gegen die eigentlichen Beweggründe der Eliten liegt es am Ende doch bei jedem Einzelnen, wie er seine gewonnene Freiheit nutzt. Es ist doch jedermanns freie Entscheidung, den Tag vor dem Fernseher oder beim Sport in der Natur zu verbringen. Seine Fähigkeiten bei Computerspielen oder beim Gitarrenspiel zu perfektionieren, Liebesromane zu lesen oder die Wissenschaft zu entwickeln.

Dabei geht es keineswegs um Gleichmacherei oder die Abschaffung des Leistungsgedankens. Ganz im Gegenteil. Für erbrachte Leistungen belohnt zu werden, ist eines der Grundelemente unserer menschlichen Schaffenskraft. Doch diese Belohnungen können vielfältiger Natur sein. Es kann das Gemälde sein, das sich ob seiner Schönheit an einen Liebhaber verkaufen lässt, die Begeisterung der Umstehenden für ein gelungenes Straßenkonzert oder auch der angemessene Lohn für eine mit Freude ausgeführte Arbeit. Wenn Arbeit nicht mehr zwingend zum Überleben notwendig ist, müssen unbeliebte Arbeiten deutlich höher bezahlt werden, um einen Freiwilligen zu finden, als Arbeiten, die gerne verrichtet werden, weil sie innere Motivation und Bestätigung verschaffen.

Das bedingungslose Grundeinkommen sollte grundsätzlich jedem zur Verfügung stehen, unabhängig davon, ob er eine Tätigkeit ausübt oder nicht. Letzteres ist seine freie Entscheidung. Die Computer und Roboter sorgen dafür, dass wir es uns erlauben können, nur noch das zu tun, was wir wirklich tun wollen.

Ganz neu ist dieser Ansatz nicht. Von den antiken Griechen haben wir bereits darüber gehört, der englische Staatsmann und Philosoph Thomas Morus thematisierte ihn im 16. Jahrhundert, und auch unser inzwischen guter Bekannter Richard Coudenhove-Kalergi spricht sich für das Ende des Zwangs zur Arbeit aus:

*»Der Europäer ist als Zwangsarbeiter eingespannt in das harte Joch seiner Arbeitsleistung. Lehnt er sich gegen die Arbeit auf, so droht ihm der Hungertod. ... Seit es Arbeit gibt, träumt die Sehnsucht des Menschen von Muße, vom Idealzustand der freien Zeit... Die Mission der Arbeit ist, durch Förderung der Technik sich selbst überflüssig zu machen und schließlich zur Muße zuführen ... Nicht die freiwillige Arbeit ist Fluch - sondern nur die Zwangsarbeit.... Nicht Müßiggang ist ideal - sondern Muße«.<sup>35\*</sup>*

Genau hier müssen wir auf die richtige Ausgestaltung achten. Wir müssen die Muße fördern, aber nicht den Müßiggang, der den Menschen demotiviert und antriebslos werden lässt.

Da wir anders als die alten Griechen diesbezüglich keine über Generationen gewachsene Kultur der Selbstverwirklichung haben, kann man darüber diskutieren, ob es gerade für die ersten Jahre durchaus sinnvoll sein kann, hier Impulse vonseiten der Gesellschaft zu setzen, um diese Kultur der Muße wieder in das Bewusstsein der Menschen zu bringen. Wir sind es - im Gegensatz zu den antiken Griechen - vielfach nicht gewohnt, mit dieser neuen Freiheit umzugehen.

Um diese wichtige Antriebsfeder des Menschen, die Motivation durch Belohnung, nicht außer Kraft zu setzen, darf das bedingungslose Grundeinkommen nicht einfach alle Wünsche der Menschen erfüllen. Es soll die Grundbedürfnisse nach Essen, Wärme und Dach über dem Kopf ebenso decken wie die grundlegende Teilnahme am

gesellschaftlichen Leben, was heutige Sozialhilfesätze kaum ermöglichen. Es darf aber nicht zur motivationstötenden Deckung aller darüber hinausgehenden Wünsche und Ziele führen. Wer ein wenig Luxus möchte, eine Reise, eine größere Wohnung und so weiter, der soll sich dies durch jegliche Art von Tätigkeit hinzuverdienen dürfen.

Das ist auch der große Unterschied zu heutigen Sozialhilfen, bei denen hinzuverdientes Geld wie eine Strafe gegengerechnet wird. Das ist in höchstem Maße demotivierend. Wenn ich aber jeden zum bedingungslosen Grundeinkommen hinzuverdienten Euro behalten darf, ist das eine hohe Motivation. Ich muss nicht arbeiten, darf aber alles tun, was ich möchte, und wenn es mir gelingt, damit Geld zu verdienen, kann ich mir damit weitere Wünsche und Träume erfüllen. Wem es genügt, sein Grundeinkommen zu beziehen, und wessen Träume darin bestehen, ohne Existenzsorgen in der Natur seinen Gedanken nachzuhängen und Philosophien zu entwickeln, der kann dies nun befreit tun. Wer stattdessen ein Musikinstrument perfektionieren will und große Konzerte geben möchte, der ist nun frei, dies zu tun. Wer etwas erfinden und eine Firma gründen will, der hat keine Hemmnisse mehr und keine Sorge, eines Tages vor dem Nichts zu stehen. Wem gar nichts Kreatives einfallen mag, wer aber dennoch Luxuswünsche hat, der kann noch immer seine Zeit verkaufen für einen Job, der ihm zwar keine direkte Freude macht, der aber - gerade weil er nicht so beliebt ist - gut bezahlt wird und somit einen für ihn akzeptablen Ausgleich schafft, den er freiwillig und ohne Zwang eingeht.

Bleibt die alles entscheidende Frage: Wer soll das bezahlen!? Auch hierzu gibt es bereits viele Ansätze. Der Siemens-Vorstand Kaeser, der ein Grundeinkommen gleichfalls für unverzichtbar hält, sieht die Konzerne und Finanzeliten in der Pflicht. Die Steuern für Unternehmen sollten sich danach richten, wie viele Mitarbeiter das Unternehmen beschäftigt, um seinen Gewinn zu erwirtschaften. »Der Steuersatz sollte den gesellschaftlichen Nutzen von Unternehmen abbilden.«<sup>355</sup> Das würde bedeuten, dass ein Unternehmen, das viele Mitarbeiter beschäftigt, einen geringeren Steuersatz bezahlt

als eines, das kaum Mitarbeiter hat, aber hohe Gewinne erwirtschaftet. Im Prinzip ist das eine Maschinensteuer. Das kann durchaus funktionieren, wenn man wichtige Parameter berücksichtigt. Die Steuerhöhe darf den Vorteil, den der Einsatz der Maschinen und die Verlagerung an den Standort Europa mit sich bringen, nicht übertreffen. Es muss sich noch immer lohnen, die Maschinen in einer Fabrik einzusetzen, die dem Menschen die ungeliebte Arbeit abnimmt, und diese Fabrik im Saarland aufzubauen statt in einem fernerem Land mit Steuerdumping.

Eine durchaus interessante Alternative bietet die Diskussion um eine Finanzierung durch die Zentralbank. Was, wenn das Geld für ein bedingungsloses Grundeinkommen nicht durch Steuereinnahmen erhoben werden müsste, sondern direkt durch Geldschöpfung der Zentralbanken auf die Konten der Bürger überwiesen würde?

Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen von 1500 Euro pro Monat und Person wären das bei 80 Millionen Bundesbürgern 1440 Milliarden Euro im Jahr. Bereits heute liegen die Sozialausgaben bei über 900 Milliarden Euro. Auch wäre zu überlegen, ob jeder Säugling 1500 Euro Grundeinkommen benötigt, aber das wäre bereits Teil der künftigen Detaildiskussion. Die verbleibende Summe in der Zukunft durch eine maßvolle Steuer auf Fabriken ohne Mitarbeiter, vielleicht kombiniert mit Zentralbankgeld, aufzubringen ist sicher nur eine von vielen Möglichkeiten.

Die Vorteile eines solchen Grundeinkommens sind vielfältig. Neben der Befreiung der Menschen vom Zwang zur Arbeit würden auch die gesamten Verwaltungskosten für Arbeitsämter, Sozialkassen und Sozialbehörden wegfallen. Die Wirtschaft hätte zuverlässige Konsumenten, was wiederum die Produktivität und somit die Steuereinnahmen steigern würde.

Ein Experiment genau dieser Art hat in den 1970er-Jahren bereits in einigen Regionen Kanadas stattgefunden. Etwa eintausend Familien erhielten damals über fünf Jahre ein bedingungsloses Grundeinkommen, das in den wesentlichen Elementen mit dem hier diskutierten Modell vergleichbar war. Das Projekt wurde nach

fünf Jahren wieder eingestellt, da Kanada unter der damaligen Ölkrise litt und die Regierung mit anderen Themen beschäftigt war. 2009 wurden die Akten von damals im Rahmen einer Forschungsarbeit ausgewertet, und das Ergebnis war verblüffend positiv. »Die Teilnehmer mussten seltener zum Arzt - vor allem die Besuche aufgrund psychischer Beschwerden gingen zurück. Außerdem entschieden sich mehr Teenager dafür, die 12. Klasse zu besuchen.« Krankenhausaufenthalte gingen um 8,5 Prozent zurück, die Scheidungsraten sanken ebenfalls. Auch für die Wirtschaft hatte das Experiment klare Vorteile. Es gab keinesfalls einen Leistungsabfall der Bürger. Im Gegenteil, sie wurden produktiver, engagierter und eigenverantwortlicher. Die Wirtschaft profitierte davon ebenso wie von den steigenden Konsumausgaben. Eine regelrechte Aufwärtsspirale setzte ein.<sup>356</sup>

Wir sollten daher alles daransetzen, Entwicklungen in den Bereichen Digitalisierung, Automatisierung und Grundeinkommen nicht als Gefahr zu sehen, sondern ganz im Gegenteil als die größte Chance der jüngeren Menschheitsgeschichte. Wir sollten sie nicht bekämpfen, sondern uns aktiv in ihre Ausgestaltung einmischen, denn damit entscheidet sich die Frage: »Fluch oder Segen?« Jetzt ist auch genau der richtige Zeitpunkt, um sich einzumischen und mitzureden. Die Diskussion hat gerade erst begonnen. Die breite Zustimmung, die das Thema auch bei den Eliten erhält, zeigt uns bereits an, dass es in jedem Fall kommen wird.

Die Details der Ausgestaltung entscheiden letztendlich darüber, ob daraus für unsere Gesellschaft der Segen wird, der es sein könnte. Leider zeigen die ersten Vorschläge, dass unsere Eliten wieder drauf und dran sind, die für uns falschen Schrauben zu drehen.<sup>357</sup> Nämlich die Daumenschrauben.

Zunächst hat man Sorge, dass ein solches bedingungsloses Grundeinkommen bei allzu vielen Bürgern mangels Erfahrung im Umgang mit dieser Freiheit doch eher zum Müßiggang als zur produktiven Muße führen könnte. Daher denkt man über ein Belohnungssystem nach. So könnte der Bürger zusätzlich zu seinem

bedingungslosen Grundeinkommen ein Anreizsystem erhalten. Es ist ja keineswegs so, dass wir keine Arbeit mehr hätten. Bereits heute leisten die Deutschen jährlich 4,6 Milliarden ehrenamtliche Arbeitsstunden.<sup>358</sup>

Können wir uns vorstellen, wie viel mehr hier möglich wäre, wenn die Ehrenamtlichen und jene, die sich gerne ehrenamtlich engagieren würden, mehr Zeit dafür hätten, weil sie keiner unbefriedigenden Arbeit nachgehen müssten? Wäre es ein Problem, wenn wir mehr Jugendtrainer hätten? Mehr Menschen, die sich Zeit nehmen, um für Alte und Kranke da zu sein? Die sich um Vereinsarbeit und das soziale Miteinander in der Gesellschaft auf allen Ebenen kümmern könnten? Es wäre eine völlig neue Qualität unseres Zusammenlebens. Wenn Maschinen uns all die Arbeiten abnehmen, für die Menschen nicht benötigt werden, geben sie uns die Zeit, das zu tun, was nur Menschen können. Nämlich für andere Menschen da zu sein und das soziale Zusammenleben einer Gemeinschaft zu fördern und zu gestalten. Eines der wichtigsten Dinge der menschlichen Existenz.

Diese Tätigkeiten mit einem Anreizsystem zu fördern ist eine absolut sinnvolle Ergänzung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Jeder bekommt es, egal ob er sich einbringt oder nicht. Aber es genügt eben nur für die rudimentären Bedürfnisse. Warum soll derjenige, der als Jugendfußballtrainer seine Zeit einbringt, nicht einen Zuschlag erhalten, oder derjenige, der im Kindergarten vorliest, oder diejenige, die der alten Dame am Krankenbett die Hand hält? Wir haben unendlich viele Dinge zu tun, die es einer Gesellschaft wert sein sollten, honoriert zu werden.

Doch leider gehen die Pläne der Eliten schon wieder weit darüber hinaus und wenden den möglichen Himmel in die potenzielle Hölle. In China starten dazu bereits aufmerksam beobachtete Feldversuche.

Mehrere chinesische Städte wurden bereits zu Pilotstädten der »braven Bürger«. Jeder Bürger erhielt zu Beginn ein Punktekonto mit 1000 Sozialpunkten. Wer sich nun engagiert und in die

Gesellschaft einbringt, der darf sich über Pluspunkte freuen. So weit, so gut. Aber das Spiel funktioniert auch andersherum. Wer bei Rot über die Ampel geht, betrunken in der Öffentlichkeit angetroffen wird oder vielleicht flucht, dem werden Punkte abgezogen. Dieser Punktestand entscheidet über alle Dinge des täglichen Lebens. Wer zu wenige Punkte hat, bekommt keine Gehaltserhöhung, keinen Kindergartenplatz, keinen Bankkredit und so weiter.

Bereits heute dürfen Millionen Chinesen keine Flug- oder Zugtickets mehr kaufen, weil ihr Punktestand zu niedrig ist.<sup>359</sup> Da sämtliche elektronischen Datenbanken des Landes zu diesem Zweck zusammengelegt werden, besteht eine lückenlose Überwachung jedes Bürgers. Ein Facebook-Like an der falschen Stelle? Punktabzug! Die Überlegungen gehen so weit, dass es Punktgutschriften und -abzüge geben könnte, wenn man regelmäßig mit dem Hund spazieren geht oder aber seine eigenen Eltern nicht oft genug besucht.<sup>360</sup>

Die lückenlose Überwachung garantiert dabei bereits heute eine horrorhafte Verknüpfung der zur Verfügung stehenden Technologien. Die elektronische Gesichtserkennung ist so weit fortgeschritten, dass sie auch in großen Menschenmengen zuverlässig Gesichter erkennen und zuordnen kann. In Peking existiert bereits heute eine hundertprozentige Abdeckung des öffentlichen Raumes mit Verkehrs- und Überwachungskameras. Deren Bilder sind mit der Gesichtserkennung und künstlicher Intelligenz verbunden, die ihrerseits wieder auf die gesamten verfügbaren Datenbanken des Landes wie beispielsweise von fünfzig Behörden zugreifen können.<sup>361</sup>

Die Folge ist bereits heute eine vollständige Echtzeitüberwachung aller Pekinger Bürger. Auf den Kontrollschirmen der Regierung laufen die Videobilder zusammen, und von jedem Bürger ist eine kleine Datenmaske mit allen wichtigen Informationen in Echtzeit eingeblendet.<sup>362</sup> Dieses Überwachungssystem hat den Namen »Sky-net«. Ja, Sie erinnern sich richtig. Das war der Name des außer Kontrolle geratenen Überwachungssystems im Science-Fiction-Film »Terminator«, mit dessen Hilfe die Maschinen die Macht über die

Menschen übernehmen. Auch die chinesische Regierung verfügt offenkundig über einen rabenschwarzen Humor.<sup>363</sup>

Und wenn man denkt, schlimmer könne es nicht mehr kommen, dann gibt es immer noch eine Steigerung. In einigen chinesischen Unternehmen werden bereits Gehirnüberwachungskappen getestet - das Programm heißt »Neuro Cap« mit denen überwacht wird, ob ein Mitarbeiter müde, traurig, deprimiert oder aggressiv ist, um ihm rechtzeitig eine entsprechende »Behandlung« zukommen zu lassen, damit die Produktivität nicht leidet.<sup>364</sup>

In Schulklassen wird ebenfalls testweise bereits mit Kameraüberwachung gearbeitet. Die Gesichtserkennung überwacht Konzentration und Stimmung jedes Schülers in Echtzeit, um dem Lehrer die Möglichkeit zu geben, jederzeit »Maßnahmen« zu ergreifen, um dem Schüler zu »helfen«, sich besser zu konzentrieren.<sup>365</sup>

Die totale Überwachung, Kontrolle und Konditionierung der Bürger ist die Folge. Die Freiheit des Menschen weicht der vollkommenen Diktatur des Menschen. Bürger melden den Behörden Wohl- und Fehlverhalten ihrer Mitmenschen, und die Punktestände werden öffentlich zugänglich gemacht. Sie verlieren nicht nur Sozialpunkte, wenn Sie sich falsch verhalten, es genügt schon, wenn Sie in Kontakt mit Leuten stehen, die einen zu geringen Punktestand haben. Ein Wettlauf um die Spitze des Ansehens und ein Spießrutenlauf für jeden Freigeist sind die unmittelbare Folge dieser Blockwartgesellschaft. Das ist keine Fiktion. In manchen chinesischen Städten ist das bereits Alltag, und bis zum Jahr 2020 soll es in ganz China Realität werden.

Dort arbeiten die großen Konzerne bereits mit der Zentralregierung zusammen. Sämtliche Daten der Internetriesen wie Alibaba oder Tencent werden bereits in das Sozialpunktesystem eingebunden. Wehe, Sie haben in den letzten Jahren die falschen Sachen gekauft, die Regierung kritisiert oder eine Rechnung zu spät bezahlt...<sup>366</sup>

China mag für uns weit weg sein, aber auch bei uns steht dieser Schritt in ähnlicher Weise bevor. Das ist keine apokalyptische

Prophezeiung, sondern eine Zusammenfassung der jüngsten Entwicklungen.

Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Davos wurde 2018 »unbemerkt« von sämtlichen Journalisten Deutschlands - mit Ausnahme des Journalisten Norbert Häring - die vollständige Kontrolle und Überwachung der Bürger vorgestellt und deren Umsetzung vereinbart.

Das Ganze kommt unter dem unscheinbaren Namen »The Known Traveller« - Der bekannte Reisende - daher. In einem 44-seitigen Hochglanzprospekt legen die maßgeblichen Spieler ihre Pläne völlig unverblümt dar. Der Untertitel gibt einem bereits eine böse Vorahnung auf den Inhalt: »Erschließen des Potenzials digitaler Identität für sicheres und reibungsloses Reisen.«<sup>367</sup>

Wir erinnern uns, dass es bereits heute möglich ist, Ihre wesentlichen Charakterzüge mit 150 Facebook-Likes besser einzuschätzen, als es Ihr Ehepartner könnte. Können wir uns vorstellen, zu welchen Analyseergebnissen Google mit seinem geballten Wissen über uns gelangt?

Der IT-Berater Dylan Curran hat sich bei Google danach erkundigt, welche Daten bei dem Unternehmen über ihn gespeichert seien. Sein erster Gedanke war: »O mein Gott. Das ist absurd.« Google hatte seit Jahren ohne Unterbrechung seine gesamten Bewegungsdaten gespeichert. Wann er wo wie lange war, wie lange er von A nach B unterwegs war. Dazu seine Hobbys, Gewicht, Einkommen, Interessen und sogar alle Aufzeichnungen und Apps, die er längst gelöscht hatte.<sup>368</sup> Dylan Curran bestätigte gegenüber Fox News, dass bei Facebook darüber hinaus auch Gespräche und Textnachrichten des Smartphones mitgeschnitten und gespeichert würden. Google merke sich ewig jede Suchanfrage - in diesem Fall 90.000 Anfragen -, jede App, die jemals genutzt wurde, sämtliche Gesundheitsdaten, Anzahl der Schritte, die er gegangen sei. Auch der Incognito-Modus habe keinen Unterschied gemacht, auch dessen Daten seien vorhanden.<sup>369</sup> Google weiß, wann man aufsteht, zur Arbeit geht und wann man mit wem ins Bett geht. Die Datensammlung umfasste im Fall von Curran 5,5 Gigabyte. Das entspricht drei

Millionen Word-Dokumenten. Seine Datensammlung bei Facebook machte weitere 600 Megabyte aus. Auch längst gelöschte Daten und Dateien waren hier zuverlässig gespeichert.<sup>370</sup>

150 Facebook-Likes reichen für ein Persönlichkeitsprofil. Was ist dann mit 5,5 Gigabyte an Daten möglich!? Eine vollständige Analyse des gläsernen Nutzers, die nicht nur einen lückenlosen Überblick über seine Vergangenheit und seinen aktuellen Zustand gibt, sondern die - durch die Analysequalitäten künstlicher Intelligenz - mit erschreckend hoher Trefferquote auch künftige Handlungen und Verhaltensweisen vorhersagen kann. Bereits heute versuchen Polizeibehörden, vorausberechnete Verbrechen zu bekämpfen.<sup>371</sup> Mit dem Zugriff auf die Datenmassen von Google und Co würde sich hier eine vollständige Überwachungshölle aufbauen.

Genau das ist es auch, was in dem »The Known Traveller«-Plan umgesetzt werden soll. Zu diesem Projekt haben sich laut eigenen Angaben unter anderem folgende Akteure zusammengesetzt: Isabelle Barnett, Senior Project Manager, Interpol, Frankreich; Rob Torres, Managing Director, Travel, Google Inc., USA; Alain Berinstain, Director of Policy, Verkehrsministerium, Kanada; Nina Brooks, Sicherheitschefin, Airports Council International, Kanada; Melissa Flood, Vize-Präsidentin, Marriott International, USA; Todd Fox, Vize-Präsident, Visa, USA; Matt Hayden, Stellvertretender Minister im US-Department of Homeland Security; Isabell Hill, Director, National Travel and Tourism Office, US- Handelsministerium; Jonas Neihardt, Senior Vice-President, Hilton Worldwide, USA; Michael O'Connell, Head of National Intelligence - IOCCC, UK National Crime Agency, Großbritannien.

Der Plan sieht vor, dass in einem ersten Schritt die Datenhoheit wieder auf den Bürger übertragen werden soll. Der Bürger soll selbst vollen Zugang zu seinen Daten bekommen und selbst entscheiden, wer Einblick nehmen darf. Daten sollen nicht mehr ohne das Einverständnis des Bürgers von einem an das andere Unternehmen weitergegeben werden. Was zunächst nach einem tollen Schritt klingt, ist in Wirklichkeit das genaue Gegenteil. Es dient zunächst

dazu, die Oligopolstellung von Google, Facebook und Co zu sichern. Zahllose kleine und mittlere Unternehmen leben von nichts anderem, als Daten zu sammeln und weiterzuverkaufen. Immer wenn Sie eine kostenlose App nutzen, bezahlen Sie mit Ihren Daten. Die Daten sind bekanntermaßen das neue Öl. Diese kleinen Firmen können mit ihren relativ wenigen Daten kaum etwas anfangen. Interessant wird es erst, wenn die Daten von vielen kleinen Sammelstellen zusammengeführt werden. Zusammenführen kann das dann bislang jeder, der die Daten der kleinen Apps und Firmen aufkauft.

Wenn die Empörungswelle, die gerade durch den »Facebook-Skandal« zwei Monate nach dem Wirtschaftsgipfel in Davos losgetreten wurde, groß genug ist, wird man dem »Wunsch« der Bürger entsprechen und die Gesetze verabschieden, dass keine Daten mehr ohne explizite Zustimmung des Bürgers verkauft oder weitergegeben werden dürfen. Dann können Millionen kleine Unternehmen ihren Bauchladen schließen. Die bisherigen Firmen, die Google und Co Konkurrenz gemacht haben, indem sie diese Datensätze angekauft, zusammengeführt und für gezielte Werbeangebote für die unterschiedlichsten Marken genutzt haben, können gleichsam ihre Pforten schließen. Die großen Gewinner sind Google, Facebook, Amazon und Co, die nun ganz alleine über die großen Datenschätze verfügen. Sie müssen keine Daten ankaufen; sie sammeln durch ihre eigenen Plattformen alle notwendigen Daten selbst. Und die dürfen sie selbstverständlich weiter analysieren und nutzen, sie dürfen sie nur nicht ohne Einwilligung der Bürger weitergeben.

Das gibt einen völlig neuen Blick auf die Aufregung um Facebook. Die Aufregung geht ja gar nicht um die Datensammlung an sich, was durchaus naheliegend wäre, sondern sie wird vollständig auf das Thema »Datenweitergabe« gelenkt. Facebook dürfte zwar kurzfristig unter Druck sein, aber langfristig massiv von der Entwicklung profitieren. Ist es da nicht ein außergewöhnlicher Zufall, dass Mark Zuckerberg, der Chef von Facebook, kurz vor dem

»Skandal« fünf Millionen Aktien seines Unternehmens im Wert von etwa einer Milliarde Euro verkauft hat? Und das nicht etwa, weil er überraschend wenige Tage vor allen anderen von den Enthüllungen gehört hätte. Er hatte die Aufsichtsbehörden bereits fünf Monate vorher darüber unterrichtet, demnächst Aktien in dieser Größenordnung verkaufen zu wollen. »The Known Traveller« wurde ja nicht erst im Februar in Davos entworfen.<sup>372</sup>

Das Geld aus dem Verkauf soll in seine eigene Chan-Zuckerberg-Stiftung fließen, die sich unter anderem der Vernetzung von Menschen weltweit widmet, da die Hälfte der Weltbevölkerung noch kein Internet hat. Diese Menschen sollen ja schließlich auch von den Segnungen der vollständigen Überwachung profitieren können. So schließen sich die Kreise.

Wir bekommen nun also - wenn die Gesetze in den kommenden Monaten so umgesetzt werden - ein gigantisches Datenoligopol aus wenigen großen amerikanischen Spielern, die eng zusammenarbeiten und mit ihren Algorithmen in der Lage sind, einen Bürger bis auf die Unterhose zu analysieren und seine wahrscheinlichen künftigen Verhaltensweisen auf das Treffsicherste vorauszuberechnen. Dazu den Bürger, der frei entscheiden kann, wer außer diesen Firmen Einblick in diese Daten bekommen soll.

Was man damit anfangen kann, erklären uns die Herrschaften in dem bereits angesprochenen Dokument mithilfe des Beratungsunternehmens Accenture in aller Ausführlichkeit. Man bietet den Regierungen dieser Welt nichts weniger an, als die nationale und internationale Sicherheit zu privatisieren.

Die erste Stufe der vollständigen Kontrolle beginnt mit dem Grenzübertritt vom einen in ein anderes Land. Als unverdächtige Testländer wurden in Davos bereits Kanada und die Niederlande festgelegt. Konkret läuft es wie folgt ab: Der Reisende entscheidet freiwillig, ob er sich an Kontrollschalter eins oder zwei anstellt. An Kontrollpunkt eins erwartet ihn ein freundlicher Beamter mit einem Handyscanner. Der Reisende entscheidet »freiwillig«, dass er diesem Beamten den Zugang zu seinem gesamten

persönlichen Datenpool freischaltet. Dieser überprüft zunächst per biometrischem Abgleich (Gesichtsscan, Fingerabdruckscan), ob der Mann, der vor ihm steht, auch derjenige ist, der er zu sein behauptet. Als dann werden seine sämtlichen - von ihm freiwillig autorisierten Daten - auf den Servern der privaten Konzerne von deren künstlichen Intelligenzen analysiert und dem Beamten angezeigt, ob dieser Herr eine Straftat begangen hat, demnächst eine Straftat begehen könnte oder in sonst einer Weise unliebsam ist. Ist das alles nicht der Fall, kann der Betreffende zügig einreisen. Andernfalls oder wenn sich der Reisende sogar entscheidet, sich an Schalter zwei anzustellen und seine Daten nicht freiwillig einsehen zu lassen, dauert es in der Schlange leider zwei bis drei Stunden länger, bevor man von dem unfreundlichen Beamten ins Kreuzverhör genommen wird, um zu erklären, was man denn zu verbergen hätte.

Nach einer gewissen Übergangszeit wird der Schalter zwei für immer geschlossen. »Sie wollen Ihre Daten nicht freiwillig einsehen lassen!? Kein Problem. Dann reisen Sie hier aber auch nicht ein. Gute Heimfahrt!« So wie der Körperscanner an den Flughäfen zunächst freiwillig war, bis es keine anderen Kontrollstellen mehr gab.

»Dieses war der erste Streich, doch der zweite folgt sogleich.« Nach erfolgreicher Eingewöhnungsphase der Bürger beim Grenzübertritt - man will ja schließlich in Urlaub fahren - wird diese »freiwillige« Überprüfung auch beim Abschluss eines Versicherungsvertrages, beim Bankkredit, bei der Jobsuche und beim Kindergartenplatz für die Kleinen zur Selbstverständlichkeit. Die komplette und lückenlose Überwachung unserer vermeintlich freien Gesellschaft ist die Folge. Kombinieren wir das nun noch mit den Plänen zu Sozialpunktesystemen, dann stehen wir wenige Jahre vor dem vollständigen Verlust einer individuellen und selbstbestimmten Lebensführung, wie wir sie heute zumindest noch in weiten Teilen kennen. Das Ende der Freiheit des Individuums und die endgültige, totale Kontrolle durch die herrschende Plutokratie. Eine Gegenwehr wird dann nicht mehr möglich sein, die Plutokratie

wird endgültig unangreifbar, da man die potenziellen Revoluzzer bereits identifiziert hat, bevor diese es selbst wissen.

Diese Dinge stehen schwarz auf weiß in übersichtlichen Grafiken erläutert in einem offiziellen Hochglanzprospekt des Weltwirtschaftsforums, und keine Zeitung der Republik hält es für notwendig, darüber auch nur in einer Randnotiz zu berichten!? Spätestens hier muss sich auch jeder Journalist die Frage stellen, welche Rolle er in der Entwicklung unserer Gesellschaft künftig einnehmen möchte.

## Mischen Sie sich ein

Sie sehen, wie wichtig es ist, dass wir uns jetzt frühzeitig laut, vernehmlich und mit aller Macht in diese Diskussion und Entwicklung einbringen. JA, wir wollen ein bedingungsloses Grundeinkommen und JA, wir wollen die Muße, die dem Menschen sein Menschsein zurückgibt. Wir wollen die dadurch mögliche menschlichere Gesellschaft und das Aufblühen von Kultur, Wissenschaft und Zivilisation wie einst im antiken Griechenland. Das alles würde die Digitalisierung der Arbeitswelt ermöglichen. Aber wir wollen freie und selbstbestimmte Menschen sein, keine dressierten Äffchen einer alles beherrschenden Machtelite. Unterstützen wir gerne jene philanthropischen Eliten, die tatsächlich unsere gesellschaftlichen Ziele teilen und verfolgen, aber widersetzen wir uns mit allen Mitteln jenen, die eine neue, nie da gewesene Diktatur der Plutokraten verwirklichen wollen, sofern ein solcher Widerstand überhaupt noch möglich ist. Informieren Sie so viele Menschen wie möglich über diese Zusammenhänge. Informieren Sie Ihre Lokal- und Regionalpolitiker, die sind - da nicht von internationaler Bedeutung - einerseits am wenigsten beeinflusst, haben aber sehr wohl Zugang zu übergeordneten Politikern und Gremien. Motivieren Sie Journalisten, sich dieser Themen anzunehmen, die unser aller Leben viel unmittelbarer und tiefgreifender betreffen als die Frage, ob

Donald Trump einer Prostituierten Schweigegeld bezahlt hat oder nicht.

Vor allem aber: Machen Sie selbst die Welt, wo immer Sie können, ein klein wenig besser. Sorgen Sie dafür, dass in Ihrem Umfeld eine lebenswerte und soziale Welt entsteht, in der man sich gemeinsam gegen solche Entwicklungen behaupten kann. Wenn die Vereinzelung - das »Teile und beherrsche sie« - die Strategie der Mächtigen ist, dann kann die Antwort darauf nur lauten, sich nicht teilen zu lassen. Sich zusammenzuschließen, wo immer das nur möglich ist, und alles zu unterlassen, was Spaltung fördert. Jeder Hasskommentar auf Facebook, jede drohende Faust im Straßenverkehr spielt diesen Eliten in die Karten. Lassen wir uns auch nicht auf das falsche Spiel ein, die Gesellschaft auf der politisch-horizontalen Ebene zu spalten.

Es ist völlig egal, ob und wen Sie wählen. Aber hören wir einander zu, diskutieren wir offen und respektvoll mit allen Menschen, allen Glaubensrichtungen und allen politischen Einstellungen. Wenn wir aufhören, miteinander zu reden, haben wir jede Chance verloren, uns gemeinsam zu wehren. Ich werde daher auch künftig mit jedem Menschen reden, der zu einem offenen und respektvollen Gespräch mit mir bereit ist. Ich werde keine Tabus und keine künstlichen Grenzen akzeptieren. Ich werde weiterhin vor allen Gruppierungen sprechen, die bereit sind, zuzuhören. Mit und bei anderen zu sprechen heißt längst nicht, für andere zu sprechen. Sie werden kein Anarchist, wenn Sie mit einem Hausbesetzer reden; Sie werden kein Rechtsextremer, wenn Sie mit einem Skinhead sprechen. Für alle Positionen dazwischen gilt das erst recht. Ich bin noch aus keinem Gespräch dümmer herausgekommen, als ich hineingegangen bin. Wenn wir nicht mehr miteinander reden, haben wir bereits verloren. Nur gemeinsam haben wir eine Chance, unsere Interessen zu vertreten, ein Gleichgewicht der Kräfte zwischen der Gesellschaft der Bürger und den Eliten herzustellen.

Würden wir in großen Gruppen die Freigabe unserer Daten an der Grenze verweigern, könnten wir vielleicht etwas erreichen. Wenn der Einzelne ruft: »Der Kaiser ist nackt«, während die

anderen weiterhin die schönen Kleider rühmen, wird der Revoluzzer von des Kaisers Schergen verhaftet, und der Bluff geht weiter. Rufen jedoch Hunderte und verspotten den Kaiser, bricht seine Macht zusammen. Wie ist es möglich, dass heute wieder eine vergleichsweise verschwindend kleine Zahl einflussreicher Plutokraten Milliarden Menschen ihren Willen aufzwingen kann? Schließen wir uns wieder zusammen. Widersetzen wir uns den Impulsen, uns gegenseitig das Leben schwer zu machen. Unsere besten Waffen sind Freundlichkeit, Respekt und Gemeinschaftssinn. Offene Gespräche und Toleranz für andere Sichtweisen und Ideen sind die Grundlage gemeinsamen Widerstandes. Beim Gespräch mit der Familie, mit Freunden, beim Umgang mit Nachbarn und Fremden. Ein freundliches Wort, ein Lächeln, Verständnis und Respekt. Besonders dann, wenn der andere es noch nicht aufbringt. Sei besonders zu jenen freundlich, die es selbst nicht sind, sie benötigen es am meisten. Fangen Sie heute damit an.

Zum Schluss noch ein Hinweis zur weiteren Entwicklung. Das Buch endet naturgemäß auf dieser letzten Seite, aber die Entwicklungen in Politik und Wirtschaft gehen weiter. Sie können sich auf unserer Internetplattform [www.cashkurs.com](http://www.cashkurs.com) täglich über diese neuen Entwicklungen und meine Einschätzung dazu informieren. Wir verzichten dort vollständig auf Fremdwerbung oder sonstige Zuwendungen, um eine maximale Unabhängigkeit der Berichterstattung sicherstellen zu können. Wir lassen unsere Arbeit mit einem geringen Beitrag ausschließlich von den Lesern honorieren, die in unseren Analysen, Berichten und Einschätzungen zur Geldanlage wie zur Geopolitik einen Nutzen für sich erkennen.

Damit Sie sich selbst ein Bild machen können und direkt nach diesem Buch die neusten Weiterentwicklungen verfolgen können, lade ich Sie ein, einmal kostenlos bei mir auf Cashkurs vorbeizuschauen. Auf der extra eingerichteten Seite [www.cashkurs.com/machtbeben](http://www.cashkurs.com/machtbeben) finden Sie alle im Buch angegebenen Quellen zum einfachen Anklicken sowie die aktuellsten Entwicklungen zu den in diesem Buch angesprochenen Themen.

Ich danke Ihnen von Herzen, dass Sie bis zum Ende des Buches dabeigeblichen sind und bereit waren, sich mit diesen für unsere Zukunft so wichtigen Themen auseinanderzusetzen. Ganz gleich, ob Sie mir in allen Punkten folgen oder in vielem widersprechen, werden Sie aktiv, mischen Sie sich ein, machen Sie andere auf diese Themen aufmerksam. Nur in der Summe der Einzelnen sind wir stark genug, etwas zu verändern.

Mit den besten Wünschen für unsere gemeinsame Zukunft

Ihr

Dirk Müller

# Quellenverzeichnis

- 1 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/oel-und-gas-schatzinsel-zypern/7756642.html>
- 2 <http://www.spiegel.de/politikausland/gas-im-mittelmeer-streit-zwischen-tuerkei-und-zypern-israel-und-libanon-a-1193535.html>
- 3 <https://www.reuters.com/article/us-greece-energy-exploration/total-edison-get-greek-go-ahead-for-oil-and-gas-exploration-idUSKCN1GC2D0>
- 4 <https://www.cashkurs.com/hintergrundinfos/beitrag/griechenlandzeitung-berichtet-ueber-gipfeltreffen-zu-aussichtsreichen-energieprojekten/>
- 5 [https://www.focus.de/finanzen/boerse/jim-rogers-warnt-ich-erwarte-den-schlimmsten-crash-der-geschichte\\_id\\_8462962.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/jim-rogers-warnt-ich-erwarte-den-schlimmsten-crash-der-geschichte_id_8462962.html)
- 6 [http://www.helmut-kohl.de/index.php?menu\\_sel=17&menu\\_sel2=&menu\\_sel3=&menu\\_sel4=8cm5g=1437](http://www.helmut-kohl.de/index.php?menu_sel=17&menu_sel2=&menu_sel3=&menu_sel4=8cm5g=1437)
- 7 [https://www.welt.de/wirtschaft/article\\_171184588/Der-Euro-bremst-sogar-Deutschland-aus.html](https://www.welt.de/wirtschaft/article_171184588/Der-Euro-bremst-sogar-Deutschland-aus.html)
- 8 <https://www.welt.de/finanzen/article3978627/Die-Deutschen-hoben-aus-Angst-Milliarden-Euro-ab.html>
- 9 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/merkel-und-steinbrueck-im-wortlaut-die-spareinlagen-sind-sicher-a-582305.html>
- 10 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-60666803.html>
- 11 Albrecht F. Schirmacher/Frank Mahlmeister (Hg.), *PLATOW Prognose 2008. Wohlstand auch im Alter sichern*. Wiesbaden: Gabler, 2007, S.90.
- 12 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/us-notenbank-fed-beendet-milliardenschwere-anleihekaeufer-a-1000048.html>
- 13 <http://fortune.com/2016/06/10/bill-gross-supernova-negative-interest-rates/>
- 14 <https://www.youtube.com/watch?v=q6vi528gseA>

- 15 <http://www.handelsblatt.com/my/politik/international/schuldenstaat-italien-italien-das-neue-griechenland/14749474-2.html?ticket=ST-59474-0S7MYTmVEgIKablMStGU-ap3>
- 16 <https://www.youtube.com/watch?v=TZDgJPWfZUG>
- 17 <http://www.wiwo.de/finanzen/boerse/ezb-anleihekaeufe-die-groesste-blase-in-der-geschichte-der-menschheit/20677414.html>
- 18 <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/anleihen-zinsen/294-billionen-dollar-an-den-finanzmaerkten-steigt-das-fieber-13425391.html>
- 19 <https://www.jfklibrary.org/Research/Research-Aids/Ready-Reference/JPK-Fast-Facts/Quotations.aspx>
- 20 Mike Lofgren, *The Deep State: The Fall of the Constitution and the Rise of a Shadow Government*. New York: Penguin, 2016.
- 21 <http://billmoyers.com/2014/02/21/anatomy-of-the-deep-state/>
- 22 [https://www.youtube.com/watch?v=CWiIYW\\_ffifY](https://www.youtube.com/watch?v=CWiIYW_ffifY)
- 23 [http://www.t-online.de/digital/internet/id\\_82370516/facebook-manipulierte-werbung-vor-us-wahl-russische-drahtzieher.html](http://www.t-online.de/digital/internet/id_82370516/facebook-manipulierte-werbung-vor-us-wahl-russische-drahtzieher.html)
- 24 <https://www.publicintegrity.org/2016/12/27/20575/numbers-election-2016>
- 25 <https://www.theguardian.com/us-news/video/2017/apr/28/trump-nra-friend-white-house-video>
- 26 <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/trump-setzt-frieden-in-nahost-aufs-spiel-100.html>; <https://www.timesofisrael.com/sheldon-adelson-offers-to-help-pay-for-jerusalem-embassy-report/>; <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-12/donald-trump-botschaft-jerusalem-tel-aviv>
- 27 <https://www.n-tv.de/politik/Grossspender-Trumps-wird-Botschafter-bei-EU-article20429584.html>
- 28 <https://www.heise.de/tp/features/Demokratisierung-ist-eher-ein-Kollateralnutzen-3366590.html>; [https://www.youtube.com/watch?v=eaRl\\_an9CnQ](https://www.youtube.com/watch?v=eaRl_an9CnQ)
- 29 <http://www.kas.de/wf/de/37.8066/>
- 30 <http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10707/medien-in-den-usa>
- 31 <https://www.youtube.com/watch?v=y8HTr-F-FVM>
- 32 <https://www.bundeskanzlerin.de/ContentArchiv/DE/Archiv17/Artikel/2011/01/2011-01-13-merkel-europapreis.html>
- 33 R.N. Coudenhove-Kalergi, *Praktischer Idealismus. Adel - Technik - Pazifismus*. Wien-Leipzig: Paneuropa Verlag, 1925, S. 39.
- 34 M. Gilens, B.I. Page, «Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens», *Perspectives on Politics* 12

- (2014), 564-581; vgl. [https://scholar.princeton.edu/sites/default/files/mgilens/files/gilens\\_and\\_page\\_2014\\_-testing\\_theories\\_of\\_american\\_politics.doc.pdf](https://scholar.princeton.edu/sites/default/files/mgilens/files/gilens_and_page_2014_-testing_theories_of_american_politics.doc.pdf)
- 35 <https://www.youtube.com/watch?v=TZDgjPWfZUG>
- 36 <https://www.youtube.com/watch?v=000-tarb3pU>
- 37 <http://www.sueddeutsche.de/politik/usa-supreme-court-us-firmen-duerfen-in-wahlkaempfe-eingreifen-1.53015>
- 38 <https://verfassungsblog.de/us-supreme-court-politischen-einfluss-muss-man-sich-kaufen-duerfen/>
- 39 <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Kellner-sollen-Trinkgelder-abgeben-article20200457.html>
- 40 <http://news.valubit.org/the-rich-got-richer-in-2017-one-trillion-dollars-richer/>
- 41 <https://www.nzz.ch/international/schwerer-schlag-gegen-die-zivilgesellschaft-1.18655757>
- 42 <http://archive.is/aQIZs#selection-5871.0-6233.96> («It violates the essence of what made America a great country in its political system. Now it's just an oligarchy with unlimited political bribery being the essence of getting the nominations for president or being elected president. And the same thing applies to governors, and U.S. Senators and congress members. So, now we've just seen a subversion of our political system as a payoff to major contributors, who want and expect, and sometimes get, favors for themselves after the election is over.»)
- 43 <https://www.stern.de/genuss/essen/angela-merkel--kanzlerin-verraet-das-geheimnis-ihrer-kartoffelsuppe-7589510.html>
- 44 [http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-13-544\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-544_de.htm)
- 45 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/jose-manuel-barroso-lobbyiert-fuer-goldman-sachs-a-1194344.html>
- 46 [https://www.welt.de/politik/deutschland/article\\_176400203/Siemens-Alstom-Sigmar-Gabriel-mischt-demnaechst-im-Bahngeschaeft-mit.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article_176400203/Siemens-Alstom-Sigmar-Gabriel-mischt-demnaechst-im-Bahngeschaeft-mit.html)
- 47 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/emmanuel-macron-schadet-ihm-seine-bankerkarriere-bei-der-wahl-a-1146089.html>
- 48 <http://www.spiegel.de/karriere/fuenf-jahre-nach-lehman-was-aus-fuld-callan-und-einhorn-wurde-a-921887-6.html>
- 49 <https://www.tagesspiegel.de/politik/steven-mnuchin-ex-goldman-sachs-partner-als-neuer-us-finanzminister-bestaetigt/19387826.html>
- 50 <https://www.tagesspiegel.de/politik/designierter-bundesminister-was-jens-spahn-als-gesundheitsminister-umsetzen-will/21010798.html>;  
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=42606>

- 51 Coudenhove-Kalergi, *Praktischer Idealismus*, S. 42f.
- 52 Ebd., S. 68f.
- 53 <http://www.neopresse.com/medien/erneuter-einbruch-deutsche-zeitungen-verlieren-drastisch-leser/>
- 54 <https://de.ejo-online.eu/qualitaet-ethik/was-vom-investigativen-journalismus-bleibt>
- 55 <http://www.bpb.de/internationales/amerika/usa/10707/medien-in-den-usa>
- 56 <https://www.youtube.com/watch?v=x-BS7wFDj9E>
- 57 [https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/spiegel-verlag-streicht-150-stellen-regionalteil-fuer-nrw\\_id\\_5124775.html](https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/spiegel-verlag-streicht-150-stellen-regionalteil-fuer-nrw_id_5124775.html); <https://www.abendblatt.de/kultur-live/article/11691389/Das-Zeitungs-haus-Berliner-Verlag-streicht-86-Stellen.html>
- 58 <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/michael-best-tv-journalist-wird-neuer-bundesbank-sprecher/4468320.html>
- 59 <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/fernsehen/steffen-seibert-wird-regierungssprecher-der-wechselwaehler-11010917.html>
- 60 <http://www.flurfunk-dresden.de/2015/12/14/christian-fischer-wird-neuer-presse-sprecher-der-cdu-landtagsfraktion/>
- 61 [https://de.m.wikipedia.org/wiki/Eva\\_Christiansen?wprov=sftil](https://de.m.wikipedia.org/wiki/Eva_Christiansen?wprov=sftil)
- 62 [https://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich\\_Wilhelm](https://de.wikipedia.org/wiki/Ulrich_Wilhelm)
- 63 <https://www.bunte.de/wirtschaft/christine-strobl-schaeubles-maechtige-tochter-67570.html>
- 64 <http://www.planet-interview.de/interviews/wolfgang-herles/49417/>  
(Auszüge aus einem Interview im Deutschlandfunk am 29. Januar 2016; vgl. auch <https://www.youtube.com/watch?v=uGp61LMJbzY8rfeature=youtu.be&t=27m43s>)
- 65 <https://www.youtube.com/watch?v=hnH10TfhkOQ>
- 66 <http://www.zeit.de/kultur/2017-01/bundesgerichtshof-zdf-zeit-journalisten-die-anstalt-satire>
- 67 <https://www.pcwelt.de/ratgeber/Vom-Arpanet-zum-WWW-So-entstand-das-Internet-312786.html>
- 68 <http://www.pnas.org/content/112/4/1036.abstract>
- 69 <https://www.internetworld.de/social-media/facebook/kampf-hate-speech-facebook-stellt-10000-mitarbeiter-1463624.html>
- 70 <https://gizmodo.com/ajit-pai-is-reportedly-being-investigated-by-the-fccs-i-1823029745>; [https://en.wikipedia.org/wiki/Ajit\\_Pai](https://en.wikipedia.org/wiki/Ajit_Pai)
- 71 <http://www.sfgate.com/politics/article/Chevron-redubs-ship-named-for-Bush-aide-2922481.php>

- 72 <https://www.rand.org/pubs/papers/P7927.html>
- 73 [https://www.focus.de/wissen/experten/zerjadtk/demokratie-in-der-kritik-aristoteles-und-platon-waren-keine-fans-der-demokratie\\_id\\_4813409.html](https://www.focus.de/wissen/experten/zerjadtk/demokratie-in-der-kritik-aristoteles-und-platon-waren-keine-fans-der-demokratie_id_4813409.html)
- 74 Rainer Mausfeld, »Warum schweigen die Lämmer? Demokratie, Psychologie und Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements« [Vortrag am 22.6.2015 in der Universität Kiel, <https://www.youtube.com/watch?v=ScqPOdcDYQM>; Textfassung unter <http://www.uni-kiel.de/psychologie/mausfeld/> als pdf-Datei abrufbar] und »Die Angst der Machteliten vor dem Volk: Demokratie-Management durch Soft-Power-Techniken« [Vortrag am 2.11.2016 im Steiner-Haus Hamburg, <https://www.youtube.com/watch?v=Rk6I9gXwack&feature=youtu.be>; Textfassung unter <http://www.uni-kiel.de/psychologie/mausfeld/> als pdf-Datei abrufbar].
- 75 <http://www.azquotes.com/quote/906177>
- 76 [https://press.princeton.edu/titles/l\\_1152.html](https://press.princeton.edu/titles/l_1152.html)
- 77 [https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1947/nov/11/parliament-bill#column\\_206](https://api.parliament.uk/historic-hansard/commons/1947/nov/11/parliament-bill#column_206); [https://de.wikiquote.org/wiki/Winston\\_Churchill](https://de.wikiquote.org/wiki/Winston_Churchill)
- 78 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-10/occupy-wall-street-protest>
- 79 <https://www.derwesten.de/politik/proteste-der-occupy-bewegung-schlagen-in-gewalt-um-id6084799.html>; <https://cityroom.blogs.nytimes.com/2011/10/01/police-arresting-protesters-on-brooklyn-bridge/>
- 80 <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-protesten-im-iran-trump-warnt-teheran-die-welt-schaut-hin/20801040.html>
- 81 <https://www.cashkurs.com/hintergrundinfos/beitrag/im-gespraech-mit-wolfram-siener-analyse-und-hintergruende-zur-occupy-bewegung/>
- 82 <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article13719989/Neid-und-Antisemitismus-in-der-Occupy-Bewegung.html>
- 83 <https://www.youtube.com/watch?v=WY7s75bxfCc>
- 84 <http://www.fnp.de/lokales/frankfurt/Finger-weg-von-unserem-Bargeld;art675,2004298>
- 85 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/afd-syrnpathisant-und-bestseller-autor-thorsten-schulte-15284479.html>
- 86 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Ex-Facebook-Praesident-warnt-vor-Facebook-Co-3887208.html>
- 87 Coudenhove-Kalergi, *Praktischer Idealismus*, S. 143.
- 88 <http://www.20min.ch/wissen/news/story/In-100-Jahren-sind-alle-auf-der-Erde-tot-20122435>

- 89 Coudenhove-Kalergi, *Praktischer Idealismus*, S. 146f.
- 90 [https://www.welt.de/politik/ausland/article\\_131459175/Russland-hat-Ebola-zur-Waffe-gemacht.html](https://www.welt.de/politik/ausland/article_131459175/Russland-hat-Ebola-zur-Waffe-gemacht.html)
- 91 <https://www.zerohedge.com/news/2017-12-04/us-military-invests-doomsday-genetics-technology-my-main-worry-we-do-something-irrev>; <https://www.welt.de/print-welt/article513516/Pocken-Pest-und-Ebola-als-perfide-Biowaffen.html>
- 92 [https://de.wikipedia.org/wiki/Maslowsche\\_Beduerfnishierarchie](https://de.wikipedia.org/wiki/Maslowsche_Beduerfnishierarchie)
- 93 <https://www.facebook.com/notes/mark-zuckerberg/building-global-community/10154544292806634/>
- 94 [https://en.wikipedia.org/wiki/White\\_trash](https://en.wikipedia.org/wiki/White_trash)
- 95 <https://www.goodreads.com/quotes/288637-for-more-than-a-century-ideological-extremists-at-either-end>
- 96 Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Weinheim: Beltz, 1997 (danach als Fischer Taschenbuch).
- 97 [https://www.welt.de/newsticker/dpa\\_nt/infoline\\_nt/wirtschaft\\_nt/article172263524/Chinesischer-Autobauer-fordert-deutsche-Hersteller-heraus.html](https://www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/wirtschaft_nt/article172263524/Chinesischer-Autobauer-fordert-deutsche-Hersteller-heraus.html)
- 98 <https://www.youtube.com/watch?v=83Q24eg7peI>
- 99 <https://www.youtube.com/watch?v=siqHZsMMwkM>
- 100 <http://www.spiegel.de/sport/wintersport/olympia-2018-warum-die-spiele-keine-fahnen-und-hymnen-brauchen-a-1192542.html>
- 101 <https://www.n-tv.de/politik/Wie-Gabriel-sich-Aussenpolitik-vorstellt-article20167834.html>
- 102 <https://www.m-r-n.com/>
- 103 Coudenhove-Kalergi, *Praktischer Idealismus*, S. 172f.
- 104 <https://www.welt.de/geschichte/article19180782/CLA-bekannt-sich-zu-Militaerputsch-1953-im-Iran.html>
- 105 <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/kultur-und-medien/medien/Herr-Praesident-Sie-sind-ein-Folterknecht-article3205494.html>
- 106 <http://armedforcesjournal.com/blood-borders/>; [https://upload.wikimedia.org/wikipedia/en/7/7c/Ralph\\_Peters\\_solution\\_to\\_Mideast.jpg](https://upload.wikimedia.org/wikipedia/en/7/7c/Ralph_Peters_solution_to_Mideast.jpg)
- 107 <http://www.telegraph.co.uk/news/1525200/Death-and-despair-amid-US-pursuit-of-new-Middle-East.html>; [http://news.bbc.co.Uk/2/hi/middle\\_east/5205164.stm](http://news.bbc.co.Uk/2/hi/middle_east/5205164.stm)
- 108 <https://www.welt.de/politik/ausland/article172403209/Shithole-countries-Trump-kritisiert-Migration-aus-Drecksloch-Laendern.html>

- 109 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article64827505/Bis-zu-6-6-Millionen-Fluechtlinge-warten-auf-Fahrt-nach-Europa.html>
- 110 <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/entwicklungsminister-gerd-mueller-warnt-vor-100-millionen-fluechtlingen-aus-afrika-aid-1.6888747>
- 111 <https://www.wiwo.de/politik/europa/plan-von-george-soros-vorteile-der-zuwanderung-ueberwiegen-die-nachteile/13900490-6.html>;  
<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article158525160/Fluechtlinge-in-der-EU-am-Ende-rechnet-sich-das.html>
- 112 Coudenhove-Kalergi, *Praktischer Idealismus*, S. 22f., 87.  
[https://www.huffingtonpost.de/2016/05/06/frans-timmermans-europa-fluechtlinge-\\_n\\_9855310.html](https://www.huffingtonpost.de/2016/05/06/frans-timmermans-europa-fluechtlinge-_n_9855310.html)
- 113 <https://www.n-tv.de/politik/Wie-Gabriel-sich-Aussenpolitik-vorstellt-article20167834.html>
- 114 <https://www.youtube.com/watch?v=1XjBPMZiykM>
- 115 <https://www.youtube.com/watch?v=PMkKz6laAGo>
- 116 <https://www.youtube.com/watch?v=BE6dR7T-zIQ>
- 117 [http://www.deutschlandfunk.de/notenbanken-die-geldpolitik-der-ezb-im-jahr-2013.766.de.html?dram:article\\_id=273309](http://www.deutschlandfunk.de/notenbanken-die-geldpolitik-der-ezb-im-jahr-2013.766.de.html?dram:article_id=273309)
- 118 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/essay-die-waehrungsunion-auf-dem-weg-zur-fiskalunion-11593620.html>
- 119 [https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Aufgaben/Unbarer\\_Zahlungsverkehr/TARGET2/TARGET2\\_Saldo/target2\\_saldo.html](https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Aufgaben/Unbarer_Zahlungsverkehr/TARGET2/TARGET2_Saldo/target2_saldo.html)
- 120 <https://www.wallstreet-online.de/nachricht/9439379-faule-kredite-italiens-geldhaeuser-belasten-360-milliarden-euro>
- 121 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-06/italien-banken-veneto-banca-ebz-rettung-milliarden>
- 122 <https://www.br.de/nachrichten/santander-ebz-abwicklung-banco-popular-100.html>
- 123 <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/thema/bail-in/>
- 124 <http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/oekonomie/wissenswert/subprime-bitte-anschnallen/2921274.html>
- 125 <https://www.welt.de/wirtschaft/article64020653/College-Blase-wird-zum-Risiko-fuer-die-Weltwirtschaft.html>
- 126 <https://www.welt.de/vermishtes/article66883503/Wie-US-Studenten-Banken-ein-Schnippchen-schlagen-koennten.html>
- 127 <http://www.studentloanborrowerassistance.org/collections/federal-loans/default-and-delinquency/>
- 128

- 129 [https://www.welt.de/finanzen/article\\_164191010/Amerikas-neues-Schreckenswort-heisst-Peak-Auto.html](https://www.welt.de/finanzen/article_164191010/Amerikas-neues-Schreckenswort-heisst-Peak-Auto.html)
- 130 <https://www.wiwo.de/finanzen/geldanlage/us-autokredite-naechstes-ziel-finanzkrise/19819196.html>
- 131 <https://www.usatoday.com/story/money/personalfinance/2018/01/07/car-sales-loan-interest-rates-rise-those-poor-credit/999394001/>
- 132 <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/energie/rockefeller-erben-ziehen-ihr-geld-von-oel-gas-und-kohle-ab-a-992998.html>
- 133 <https://www.theguardian.com/environment/2014/sep/22/rockefeller-heirs-divest-fossil-fuels-climate-change>
- 134 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41794704.html>
- 135 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-41794704.html>
- 136 <http://www.zeit.de/1971/10/von-den-kapitalisten-gelernt/komplettansicht>
- 137 <http://www.zeit.de/1973/43/der-krieg-des-muammar-al-gaddafi>
- 138 [http://news.bbc.co.Uk/2/hi/middle\\_east/3333995.stm](http://news.bbc.co.Uk/2/hi/middle_east/3333995.stm)
- 139 <https://www.bloomberg.com/news/features/2016-05-30/the-untold-story-behind-saudi-arabia-s-41-year-u-s-debt-secret>; <https://deutsch.rt.com/wirtschaft/38830-besondere-beziehung-wie-saudi-arabien/>
- 140 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/is-islamischer-staat-saudi-arabien-verhaengt-aehnliche-strafen-a-1014231.html>
- 141 <https://www.n-tv.de/politik/Berlin-genehmigt-Walfen-an-Saudi-Arabien-article20130877.html>
- 142 <http://www.sueddeutsche.de/politik/ruestungsgeschaeft-usa-und-saudi-arabien-schliessen-gigantischen-waffendeal-1.3514974>
- 143 <https://www.tagesschau.de/ausland/trump-saudi-arabien-123.html>
- 144 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-mehr-als-200-festgenommene-angeblich-100-milliarden-schaden-a-1177242.html>; <https://www.marketwatch.com/story/saudi-government-may-confiscate-up-to-800-billion-in-anticorruption-crackdown-2017-11-07>
- 145 [https://www.focus.de/finanzen/news/tid-22278/erneuerbare-energien-photovoltaik-solarzellen-aus-fernost\\_aid\\_626327.html](https://www.focus.de/finanzen/news/tid-22278/erneuerbare-energien-photovoltaik-solarzellen-aus-fernost_aid_626327.html)
- 146 <https://www.die-wirtschaftsnews.de/elon-musk-der-mann-hinter-tesla-und-paypal/>
- 147 [https://www.focus.de/wissen/weltraum/universum-spacex-chef-elon-musk-will-ab-2025-den-mars-besiedeln\\_id\\_6001973.html](https://www.focus.de/wissen/weltraum/universum-spacex-chef-elon-musk-will-ab-2025-den-mars-besiedeln_id_6001973.html)
- 148 [https://www.amazon.com/WHO-KILLED-ELECTRIC-CAR/dp/B00G4DQ092/ref=pd\\_lpo\\_sbs\\_74\\_t\\_1?\\_encoding=UTF8&psc=1&refRID=P7R7H7VVNC8FQ28PYEXZ](https://www.amazon.com/WHO-KILLED-ELECTRIC-CAR/dp/B00G4DQ092/ref=pd_lpo_sbs_74_t_1?_encoding=UTF8&psc=1&refRID=P7R7H7VVNC8FQ28PYEXZ)

- 149 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/apple-solar-feld-fuer-850-millionen-geplant-a-1017850.html>; <https://insideclimatenews.org/news/21022017/california-clean-energy-electric-grid-solar-wind-climate-change>
- 150 <http://www.pflanzenforschung.de/de/themen/pflanzenautos/bye-bye-erdoel>
- 151 [https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiewende/Fragen-Antworten/1\\_Allgemeines/1\\_warum/\\_node.html](https://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Themen/Energiewende/Fragen-Antworten/1_Allgemeines/1_warum/_node.html)
- 152 <http://www.20min.ch/schweiz/energychallenge/story/story/-Das-einzig-wertvolle-oel-wird-kuenftig-Olivenoel-sein-17072516>
- 153 [https://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/verschwenderisches-koenigreich-riesen-miese-so-bedroht-der-saudi-kollaps-auch-die-deutsche-wirtschaft\\_id\\_5170680.html](https://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/verschwenderisches-koenigreich-riesen-miese-so-bedroht-der-saudi-kollaps-auch-die-deutsche-wirtschaft_id_5170680.html)
- 154 <http://www.manager-magazin.de/politik/weltwirtschaft/fracking-sei-dank-usa-erlauben-wieder-den-export-von-oel-a-1068187.html>
- 155 <http://thecollegeconservative.com/2016/08/01/frack-baby-frack-a-quick-history-of-fracking/>
- 156 <https://www.welt.de/politik/ausland/article71267897/Trump-verkleinert-US-Naturschutzgebiet-um-mehr-als-80-Prozent.html>
- 157 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/oelpreis-saudi-arabien-nutzt-seine-macht-schamlos-aus-1.3117299>
- 158 [https://diepresse.com/home/zeitgeschichte/4646559/Abd-alWahhab\\_Der-Wanderprediger-des-saudischen-Jihad](https://diepresse.com/home/zeitgeschichte/4646559/Abd-alWahhab_Der-Wanderprediger-des-saudischen-Jihad)
- 159 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-08/isis-dschihadisten-irak-saudi-arabien>
- 160 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ende-eines-wohlfahrtsstaats-wenn-saudis-arbeiten-muessen-15025993.html>
- 161 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/387152/umfrage/benoetigter-oelpreis-fuer-einen-ausgeglichenen-haushalt-in-ausgewahlten-laendern/>
- 162 <https://www.haaretz.com/middle-east-news/the-saudi-kings-100m-vacation-is-moroccos-fantasy-holiday-1.5444272>
- 163 <http://www.dw.com/de/saudi-arabien-freiheit-fuer-eine-milliardendollar/a-41601046>
- 164 <https://finanzmarktwelt.de/oel-ueberangebot-vor-rotterdam-langeschlangen-von-tanker-schiffen-28654/>; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/oelpreise-shell-und-haendler-bunkern-erdoel-in-supertankern-auf-see-a-1012034.html>

- 165 <https://www.welt.de/wirtschaft/article50183363/Ist-das-Geld-der-Saudis-in-fuenf-Jahren-aufgebraucht.html>
- 166 <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/saudi-arabien-a-1185779.htm>
- 167 <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/finanzmarkt/boersengang-beim-oelgigant-saudi-aramco-gibt-es-probleme-15307578.html>
- 168 <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Saudi-Arabien-klopft-bei-01-Multis-an-article19789308.html>
- 169 <https://www.welt.de/politik/ausland/article64790452/Saudis-spenden-100-Millionen-an-Ivanka-Trumps-Hilfsfonds.html>
- 170 <http://www.tagesspiegel.de/politik/15-jahrestag-der-anschlaege-vom-11-September-welche-rolle-spielte-saudi-arabien-fuer-9-11/14527706.html>
- 171 Ebd.
- 172 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/naher-osten/barack-obama-erhaelt-in-saudi-arabien-kuehlen-empfang-14191506.html>; [https://www.focus.de/politik/ausland/buendnis-gegen-den-iran-pakt-mit-dem-teufel-warum-saudi-arabien-sich-trump-als-us-praesidenten-wuenscht\\_id\\_5457418.html](https://www.focus.de/politik/ausland/buendnis-gegen-den-iran-pakt-mit-dem-teufel-warum-saudi-arabien-sich-trump-als-us-praesidenten-wuenscht_id_5457418.html)
- 173 <http://www.tagesspiegel.de/weltspiegel/us-staatsbesuch-in-saudi-arabien-hat-das-saudische-fernsehen-michelle-obama-verpixelt/11293100.html>
- 174 [https://www.welt.de/politik/ausland/article\\_164765067/Trump-einigt-sich-mit-Saudis-auf-Mega-WafFendeal.html](https://www.welt.de/politik/ausland/article_164765067/Trump-einigt-sich-mit-Saudis-auf-Mega-WafFendeal.html)
- 175 Ebd.
- 176 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/saudi-arabien-und-israel-in-feindschaft-vereint-a-1179688.html>
- 177 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/libanon-saad-hariri-bleibt-premier-beben-in-beirut-a-1179767.html>
- 178 <https://www.welt.de/politik/ausland/article70757872/Saad-Hariri-der-Mann-zwischen-den-Maechten.html>
- 179 <http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/leviathan-feld-im-mittelmeer-israel-will-erdgas-foerdern-und-fuerchtet-terror/13565852.html>
- 180 <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/rohstoffmarkt-warum-die-saudis-die-oelpreise-druecken-1.2175047>
- 181 [https://www.welt.de/politik/ausland/article\\_151089740/Internationale-Sanktionen-gegen-den-Iran-aufgehoben.html](https://www.welt.de/politik/ausland/article_151089740/Internationale-Sanktionen-gegen-den-Iran-aufgehoben.html)
- 182 <http://www.dw.com/de/1953-irans-gestohlene-demokratie/a-17008768>
- 183 <https://www.nzz.ch/article8PD77-1.222358>

- 184 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2016-01/iran-atomvertrag-sanktionen-iaea-wien/komplettansicht>
- 185 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/iran-westen-stoppt-sanktionen-das-bedeutet-die-einigung-a-1072415.html>
- 186 <https://www.nzz.ch/international/iran-kauft-kampfflugzeuge-von-russland-1.18693067>
- 187 <https://www.n-tv.de/politik/Russland-liefert-S-300-aus-article17435241.html>
- 188 <http://www.dw.com/de/saudi-arabien-krieg-gegen-die-schiitische-minderheit/a-40025351>
- 189 <http://www.sueddeutsche.de/politik/exklusiv-deutsche-waffen-fuer-saudi-arabien-1.3747180>; <http://www.rp-online.de/politik/ausland/merkel-in-saudi-arabien-polizei-und-bundeswehr-sollen-saudische-kraefte-ausbilden-aid-1.6789153>
- 190 <https://www.tagesschau.de/ausland/saudiarabien-hinrichtungen-103.html>
- 191 <http://app.handelsblatt.com/politik/international/verschaefter-ton-iran-droht-saudi-arabien-/19768482.html>
- 192 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/259314/umfrage/arbeitslosenquote-im-iran/>
- 193 <https://de.tradingeconomics.com/iran/youth-unemployment-rate>
- 194 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-unterstuetzt-proteste-in-iran-die-welt-schaut-zu-a-1185604.html>; <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/iran-warum-die-wirtschaftslage-iraner-auf-die-strasse-treibt-a-1185841.html>
- 195 [http://www.deutschlandfunk.de/syrien-krieg-die-fehler-des-westens.1310.de.html?dram:article\\_id=381710%20](http://www.deutschlandfunk.de/syrien-krieg-die-fehler-des-westens.1310.de.html?dram:article_id=381710%20)
- 196 <http://www.businessinsider.com/r-two-caches-of-arms-and-explosives-found-in-iran-says-intelligence-ministry-2018-1?IR=T>
- 197 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2017-12/huthi-rebellen-rakete-jemen-riad-bombadiert>
- 198 <https://www.welt.de/politik/ausland/article143422691/UN-rufen-hoechste-Notfallstufe-fuer-den-Jemen-aus.html>
- 199 <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/waffenexporte-270-leopard-panzer-fuer-saudi-arabien-100-fuer-indonesien/7387092-2.html>; <http://www.dw.com/de/kommentar-keine-waffen-in-krisengebiete/a-18797718>
- 200 <https://www.heise.de/tp/features/Saudi-Arabien-hebt-Konflikt-mit-Iran-auf-die-naechste-Stufe-3881172.html>

- 201 <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=4430>
- 202 <https://www.n-tv.de/politik/Deutsche-Tornados-kommen-in-Al-Asrak-an-article20066721.html>
- 203 <http://www.kn-online.de/Nachrichten/Hamburg/Deutsche-Kampfjets-zu-Uebung-in-Israel>
- 204 <http://armedforcesjournal.com/blood-borders/>
- 205 <https://www.zeit.de/politik/ausland/2017-12/wladimir-putin-russland-aussenpolitik>; <http://www.fr.de/politik/meinung/leitartikel/wladimir-putin-muskelkraft-statt-intelligenz-a-1508247>
- 206 <https://www.n-tv.de/politik/Gutachten-Syrien-Militaerschlag-war-Unrecht-article20396320.html>
- 207 <https://www.youtube.com/watch?v=1WCxYNZZJbA>
- 208 <https://www.heise.de/tp/features/US-Verteidigungsminister-Mattis-Keine-soliden-Beweise-fuer-Chemiewaffenangriff-4023021.html?seite=all>
- 209 <http://www.sueddeutsche.de/politik/powell-ueber-irak-rede-vor-un-sicherheitsrat-schandfleck-meiner-karriere-1.928315>
- 210 <http://www.spiegel.de/einestages/giftgasangriff-auf-halabdscha-1988-a-951065.html>
- 211 [https://www.focus.de/wissen/mensch/tid-26654/chemische-kampfstoffe-das-moerderische-erbe-der-weltkriege-assads-giftgas-arsenal\\_aid\\_786812.html](https://www.focus.de/wissen/mensch/tid-26654/chemische-kampfstoffe-das-moerderische-erbe-der-weltkriege-assads-giftgas-arsenal_aid_786812.html)
- 212 <https://www.welt.de/reise/Fern/article174057160/Gay-Travel-Index-2018-Wo-Homosexuellen-Verfolgung-und-Todesstrafe-drohen.html>
- 213 <http://www.bpb.de/apuz/29572/das-system-guantanamo?p=all>
- 214 <https://www.heise.de/tp/features/Nato-Osterweiterung-Das-ist-eine-brillante-Idee-Ein-Geniestreich-4009027.html?seite=all>; <https://www.heise.de/tp/features/Keinen-Inch-weiter-nach-Osten-Was-den-Russen-zur-Wiedervereinigung-ueber-die-Nato-versprochen-wurde-3918651.html?seite=all>; <https://www.youtube.com/watch?v=JXcWVTpQF3k>
- 215 <https://www.businessinsider.de/usa-verlegen-via-bremerhaven-massiv-truppen-an-die-russische-grenze-2017-1>
- 216 <https://www.tagesschau.de/ausland/soros-stiftung-ungarn-101.html>
- 217 <https://www.youtube.com/watch?v=U2fYcHLouXY>
- 218 <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2008/03/23-2-bk-kommandeur.html>
- 219 <https://www.nachdenkseiten.de/?p=37010>
- 220 <http://www.dw.com/de/nordkorea-will-einen-friedensvertrag/a-38790655>

- 221 Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*. Weinheim: Beltz, 1997.
- 222 [http://world.kbs.co.kr/german/news/news\\_Po\\_detail.htm?No=59968&id=Po](http://world.kbs.co.kr/german/news/news_Po_detail.htm?No=59968&id=Po)
- 223 <https://thediplomat.com/2016/07/taad-in-south-korea-what-does-it-really-mean-for-china/>
- 224 <http://edition.cnn.com/2017/06/07/asia/south-korea-thaad-suspended/index.html>
- 225 <https://de.sputniknews.com/politik/20170309314829391-thaad-china-russland/>
- 226 <https://www.wiwo.de/unternehmen/industrie/autobauer-aus-suedkorea-streit-mit-china-setzt-hyundai-und-kia-zu/19612120.html>
- 227 <http://www.faz.net/aktuell/politik/suedkorea-ex-praesidentin-park-geun-hye-wegen-korruption-angeklagt-14975140.html>
- 228 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/suedkorea-moon-jae-in-gewinnt-praesidentschaftswahl-a-1146870.html>
- 229 <https://www.welt.de/newsticker/news/1/article164088362/US-Praesident-Trump-warnt-vor-grossem-grossem-Konflikt-mit-Nordkorea.html>
- 230 <http://edition.cnn.com/2017/06/07/asia/south-korea-thaad-suspended/index.html>
- 231 <http://www.20min.ch/ausland/news/story/-Die-Aera-der-Geduld-mit-Nordkorea-ist-vorbei-23575396>
- 232 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-droht-nordkorea-indirekt-mit-militaerischer-gewalt-a-1161963.html>
- 233 <http://time.com/4930745/south-korea-thaad-anti-missile/>
- 234 <http://www.latimes.com/politics/la-pol-updates-everything-president-trump-calls-kim-jong-un-little-rocket-1512093131 -htmlstory.html>
- 235 <http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-nennt-kim-jong-un-sehr-ehrenhaft-a-1204594.html>
- 236 <https://www.welt.de/wirtschaft/article146111887/Wie-China-der-Welt-gigantisches-Wachstum-vorgaukelt.html>
- 237 <https://www.welt.de/wall-street-journal/article119227734/Wie-China-seine-Wirtschaftsdaten-faelscht.html>
- 238 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/wirtschaftswachstum-china-haelt-wachstumsmanipulationen-fuer-einzelfaelle/19279688.html>
- 239 <https://www.welt.de/wirtschaft/article161364369/So-haben-Chinas-Behoerden-ihre-Zahlen-gefaelscht.html>; <https://derstandard.>

- at/2000051227132/Zahlenbetrug-Wie-Chinas-Lokalbehoerden-  
Statistiken-faelschten; [http://www.handelsblatt.com/politik/  
international/wirtschaftswachstum-auswirkungen-auf-landesweite-  
wirtschaftsplanung/19279688-2.html](http://www.handelsblatt.com/politik/international/wirtschaftswachstum-auswirkungen-auf-landesweite-wirtschaftsplanung/19279688-2.html)
- 240 [https://www.welt.de/vermischtes/article106186204/Niemand-will-in-  
Chinas-riesiger-Geisterstadt-leben.html](https://www.welt.de/vermischtes/article106186204/Niemand-will-in-Chinas-riesiger-Geisterstadt-leben.html)
- 241 [http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wohnen/immobilienblase-in-  
china-die-deutsche-geisterstadt-12731472.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wohnen/immobilienblase-in-china-die-deutsche-geisterstadt-12731472.html); [http://www.daserste.de/  
information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/swr/2014/  
china-immobilien-geisterstaedte-100.html](http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/swr/2014/china-immobilien-geisterstaedte-100.html)
- 242 [http://www.epochtimes.de/china/china-wirtschaft/china-bip-  
wachstum-wahn-69-billionen-dollar-fehlinvestitionen-all98426.html](http://www.epochtimes.de/china/china-wirtschaft/china-bip-wachstum-wahn-69-billionen-dollar-fehlinvestitionen-all98426.html)
- 243 [https://www.n-tv.de/wirtschaft/Sharing-Hype-fuellt-Chinas-  
Fahrradfriedhoefe-article20156626.html](https://www.n-tv.de/wirtschaft/Sharing-Hype-fuellt-Chinas-Fahrradfriedhoefe-article20156626.html); [http://www.sueddeutsche.de/  
\*\*Wirtschaft/china-zombie-firmen-1.2904838\*\*](http://www.sueddeutsche.de/Wirtschaft/china-zombie-firmen-1.2904838)
- 244 [http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/yuan-china-erneute-  
abwertung](http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/yuan-china-erneute-abwertung)
- 245 [https://www.finance-magazin.de/finanzabteilung/treasury/china-  
verschaerft-kapitalverkehrskontrollen-erneut-1393251/](https://www.finance-magazin.de/finanzabteilung/treasury/china-verschaerft-kapitalverkehrskontrollen-erneut-1393251/)
- 246 [https://www.n-tv.de/wirtschaft/China-legt-Gewinne-deutscher-Firmen-  
auf-Eis-article19278041.html](https://www.n-tv.de/wirtschaft/China-legt-Gewinne-deutscher-Firmen-auf-Eis-article19278041.html)
- 247 <https://www.ft.com/content/6ae2a8ea-6aab-3041-8722-071fe3259512>
- 248 [https://www.welt.de/finanzen/article155814574/Warum-China-  
absichtlich-einen-Billionen-Crash-riskiert.html](https://www.welt.de/finanzen/article155814574/Warum-China-absichtlich-einen-Billionen-Crash-riskiert.html); [http://www.daserste.  
de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/china-  
shanghai-immobilien-100.html](http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/weltspiegel/sendung/china-shanghai-immobilien-100.html)
- 249 [http://www.sueddeutsche.de/politik/internationale-beziehungen-wird-  
aus-dem-chaos-eine-neue-ordnung-hervorgehen-1.3322456](http://www.sueddeutsche.de/politik/internationale-beziehungen-wird-aus-dem-chaos-eine-neue-ordnung-hervorgehen-1.3322456)
- 250 <http://www.zeit.de/1990/14/fluechtiges-geld>
- 251 [https://www.fhwa.dot.gov/interstate/brainiacs/eisenhower  
interstate.cfm](https://www.fhwa.dot.gov/interstate/brainiacs/eisenhower-interstate.cfm)
- 252 <http://www.publicpurpose.com/freeway1.htm>
- 253 [https://www.portofrotterdam.com/de/nachrichten-und-  
pressemitteilungen/seminar-ueber-die-neue-seidenstrasse-zeigt-  
euroasiatische](https://www.portofrotterdam.com/de/nachrichten-und-pressemitteilungen/seminar-ueber-die-neue-seidenstrasse-zeigt-euroasiatische)
- 254 [https://www.theguardian.com/world/2017/may/12/the-900bn-question-  
what-is-the-belt-and-road-initiative](https://www.theguardian.com/world/2017/may/12/the-900bn-question-what-is-the-belt-and-road-initiative)
- 255 [https://www.focus.de/politik/ausland/russland-die-chinesen-kommen\\_  
aid\\_144611.html](https://www.focus.de/politik/ausland/russland-die-chinesen-kommen_aid_144611.html)

- 256 <https://gstf.org/tibet/geschichte/massenumsiedlung-und-sinisierung/>;  
[https://www.zeit.de/2018/02/china-afrika-einwanderung-unternehmer-investoren - Senegal](https://www.zeit.de/2018/02/china-afrika-einwanderung-unternehmer-investoren-Senegal)
- 257 <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2018/02/26/handelskammern-rufen-deutsche-firmen-zur-beteiligung-neuer-seidenstrasse-auf/>
- 258 <https://www.n-tv.de/politik/Macron-warnt-vor-Chinas-Neuer-Seidenstrasse-article20219989.html>
- 259 <http://www.handelsblatt.com/politik/international/frankreich-lobt-die-seidenstrasse-macron-als-drachenbaendiger-in-china/20822496.html>
- 260 <https://www.zerohedge.com/news/2018-03-03/change-coming-china-accelerating-its-plan-military-base-pakistan>; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/china-eroeffnet-militaerbasis-in-dschibuti-welche-ziele-verfolgt-pekings-a-1158755.html>; [https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/362\\_Alter/seidenstrasse](https://www.iz3w.org/zeitschrift/ausgaben/362_Alter/seidenstrasse)
- 261 <http://www.independent.co.uk/news/world/asia/rohingya-burma-myanmar-muslim-attack-ambush-police-dead-machetes-rakhine-a7911601.html>
- 262 Ebd.
- 263 <https://www.reuters.com/article/us-china-silkroad-myanmar-sez/chinas-10-billion-strategic-project-in-myanmar-sparks-local-ire-idUSKBN18Z327>
- 264 [https://www.verkehrsrundschau.de/fm/3576/grafikl\\_stuetzpunkte\\_der\\_pe.jpg](https://www.verkehrsrundschau.de/fm/3576/grafikl_stuetzpunkte_der_pe.jpg)
- 265 <https://timesofindia.indiatimes.com/world/south-asia/how-israel-is-helping-myanmar-army-against-rohingya/articleshow/60404954.cms>
- 266 <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7389/>
- 267 <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Widerstand-gegen-Neue-Seidenstrasse-waechst-article20293888.html>; <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Widerstand-gegen-Neue-Seidenstrasse-waechst-article20293888.html>
- 268 <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Chinas-Wirtschaftsplaner-bauen-bereits-vor-article20256840.html>
- 269 <https://www.fuw.ch/article/hna-ist-definitiv-groesster-aktionaer-von-dufry/>; <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Hahn-Kaeufer-laesst-Alarmglocken-schrillen-article19963810.html>
- 270 <http://www.aero.de/news-28691/Hessen-unzufrieden-mit-HNA-am-Flughafen-Hahn.html>
- 271 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/chinesen-steigen-zum-groessten-deutsche-bank-aktionaer-auf-14997883.html>

- 272 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2017-07-19/bank-of-america-said-to-halt-deals-with-hna-amid-debt-concerns>
- 273 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/deutsche-bank-aktionaer-hna-warnt-vor-finanzengpass-15423859.html>
- 274 <http://www.dw.com/de/deutsche-bank-grossaktionaer-hna-und-die-schulden/a-42600507>
- 275 <https://www.fuw.ch/article/hna-plant-boersengang-fuer-gategroup/>
- 276 <http://www.fr.de/wirtschaft/china-chinesischer-versicherer-unterstaatskontrolle-a-1454695>; <http://www.bbc.com/news/business-43164788>
- 277 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/kontrolle-des-finanzsystems-china-uebernimmt-kontrolle-bei-versicherungsriesen-anbang/20995898.html>
- 278 [https://www.wanda-group.com/culture/film\\_holdings/](https://www.wanda-group.com/culture/film_holdings/)
- 279 <http://www.spoX.com/de/sport/fussball/international/spanien/1501/News/atletico-madrid-45-millionen-chinese-steigt-ein.html>
- 280 <https://www.transfermarkt.de/chinesische-wanda-group-nicht-mehr-anteileseigner-bei-atletico-madrid/view/news/301047>
- 281 <https://www.clsa.com/idea/chinas-bad-debt-epidemic/>
- 282 <https://www.bloomberg.com/news/artides/2018-01-24/chinese-companies-rack-up-foreign-debt-again-in-boost-for-yuan>
- 283 <http://www.dw.com/de/hohe-risiken-iwf-warnt-china/av-41694469>
- 284 [https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/wackliges-wachstum-exzessive-kreditexpansion-iwf-warnt-vor-schuldenblase-in-china\\_id\\_7948925.html](https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/wackliges-wachstum-exzessive-kreditexpansion-iwf-warnt-vor-schuldenblase-in-china_id_7948925.html)
- 285 <https://www.clsa.com/idea/chinas-bad-debt-epidemic/>
- 286 <https://www.euromoney.com/article/b12kq4hllvmt3n/asia-banking-chinas-shadow-monster-cant-be-stopped>
- 287 <https://www.goldreporter.de/ex-zentralbanker-william-white-china-macht-mir-angst/news/56797/>
- 288 <http://www.businessinsider.de/global-debt-his-record-233-trillion-debt-to-gdp-falling-2018-1 ?r=US&IR=T>
- 289 <http://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/geldschleusen-goeffnet-us-notenbank-befeuert-die-aktienmaerkte/7131984.html>
- 290 <http://www.digitaljournal.com/article/294234>; <https://www.watson.ch/Wissen/USA/588287900-Erdbeengefahr-Wann-kommt-The-Big-One-in-Kalifornien->

- 291 <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/auffaelliges-tierverhalten-forscher-raetseln-ueber-erdbebenwarnung-durch-kroeten-a-553571.html>
- 292 <https://www.zerohedge.com/news/2018-03-09/dumb-money-helping-smart-money-exit-stock-market>
- 293 [http://farm5.static.flickr.com/4024/4311513219\\_7d27ff5264\\_o.jpg](http://farm5.static.flickr.com/4024/4311513219_7d27ff5264_o.jpg)
- 294 <https://www.welt.de/politik/article3614152/Die-Weltwirtschaftskrise-vor-80-Jahren.html>
- 295 <http://www.rp-online.de/wirtschaft/finanzen/weltwirtschaft-in-gefahr-aid-1.2332202>
- 296 <http://www.sueddeutsche.de/geld/boerse-frankfurt-dirk-mueller-popstar-1.266922>
- 297 <http://www.crn.de/markt/artikel-52850.html>
- 298 <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-8716989.html>; <https://www1.wdr.de/stichtag/stichtag4412.html>; Peter Collier/  
David Horowitz, *The Kennedys: An American Drama*. New York:  
Summit Books, 1984.
- 299 <https://www.celebritynetworth.com/richest-businessmen/business-executives/joseph-kennedy-net-worth/>
- 300 <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/thema/bail-in/>
- 301 [http://www.deutschlandfunk.de/buerokratische-knebel-fuer-kleinbetriebe-wenn-vorschriften.724.de.html?dram:article\\_id=406404](http://www.deutschlandfunk.de/buerokratische-knebel-fuer-kleinbetriebe-wenn-vorschriften.724.de.html?dram:article_id=406404);  
<https://bdi.eu/artikel/news/buerokratie-und-fachkraeftemangel-belasten-mittelstand/>
- 302 [https://www.welt.de/wirtschaft/article\\_128247128/Wie-Starbucks-den-deutschen-Staat-austrickst.html](https://www.welt.de/wirtschaft/article_128247128/Wie-Starbucks-den-deutschen-Staat-austrickst.html); <http://www.zeit.de/wirtschaft/unternehmen/2014-12/steuern-starbucks-google-amazon/seite-2>
- 303 <http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/ezb-geld-unternehmen-100.html>
- 304 <https://www.youtube.com/watch?v=wEscxtb6Fr4>
- 305 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2018-03-14/bitcoin-is-worthless-bubble-may-pop-soon-allianz-global-says>
- 306 <http://www.epochtimes.de/wirtschaft/finanz/oekonom-rogoff-rechnet-mit-staatlichen-cyberwaehrungen-a2332615.html>
- 307 <https://en.bitcoin.it/wiki/SHA-256>
- 308 <http://www.epochtimes.de/wirtschaft/finanz/oekonom-rogoff-rechnet-mit-staatlichen-cyberwaehrungen-a2332615.html>
- 309 <http://www.xing-news.com/reader/news/articles/1164169?cce=em5e0cb4d.%3AAAAdIkWybEkvyeZJTxEaNTuAF&li>

- nk\_position=digest&newsletter\_id=30460&toolbar=true&xng\_share\_  
origin=email
- 310 [https://www.focus.de/finanzen/boerse/das-kartell-verschwörung-oder-hirngespinnst-wie-die-us-notenbank-die-weltfinanz-manipuliert\\_id\\_3995856.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/das-kartell-verschwörung-oder-hirngespinnst-wie-die-us-notenbank-die-weltfinanz-manipuliert_id_3995856.html)
- 311 [https://www.digitaltrends.com/cool-tech/goldman-sachs-cryptocurrency/?xng\\_share=news](https://www.digitaltrends.com/cool-tech/goldman-sachs-cryptocurrency/?xng_share=news)
- 312 <https://www.welt.de/wirtschaft/article65248634/Deutschlands-Innenstaedte-drohen-zu-veroeden.html>
- 313 <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/ladensterben-makro-interview-100.html>
- 314 <https://www.zerohedge.com/news/2017-09-26/sam-zell-calls-retail-real-estate-market-falling-knife-says-not-time-buy-anything>;  
<https://www.n-tv.de/wirtschaft/Amerikas-Shopping-Malls-in-der-Krise-article20184435.html>
- 315 <http://www.sueddeutsche.de/auto/coal-roller-trend-in-den-usa-schmutzige-provokation-1.2041429>
- 316 <https://www.nzz.ch/mobilitaet/auto-mobil/giftige-abgase-bei-benzinern-schweizer-studie-erweist-feinstaub-bei-benzinern-giftiger-als-bei-diesel-mit-filter-ld.1305834>
- 317 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/autoindustrie-die-grosse-angst-vor-dem-grossen-jobkahl-schlag-a-1172464.html>
- 318 <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/james-dyson-elektroauto-plaene-des-staubsauger-zampanos-werden-konkreter-a-1193525.html>
- 319 <https://www.zukunft-mobilitaet.net/13615/strassenverkehr/parkraum-abloesebetrag-parkgebuehr-23-stunden/>
- 320 <http://www.sueddeutsche.de/auto/mobilitaet-der-zukunft-wie-selbstfahrende-autos-die-verkehrsprobleme-loesen-sollen-1.3498817>
- 321 <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/autoindustrie/chinesen-werben-wichtigste-elektroauto-entwickler-von-bmw-ab-a-1088240.html>
- 322 [https://www.swp.de/wirtschaft/news/studie\\_-zahl-der-e-autos-steigt-weltweit-deutlich-24808444.html](https://www.swp.de/wirtschaft/news/studie_-zahl-der-e-autos-steigt-weltweit-deutlich-24808444.html)
- 323 <https://www.swr.de/marktcheck/2-schwerpunkt-wohl-auf-langsameren-ladesaeulen/-/id=100834/did=19253270/nid=100834/lmrw5cg/index.html>
- 324 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/E-Mobilitaet-Rund-zehn-tausend-Ladepunkte-in-Deutschland-offiziell-verfuegbar-3991825.html>

- 325 <https://www.ideenwerkbw.de/brennstoffzelle-und-schiffe/>
- 326 <https://www.welt.de/dieweltbewegen/sonderveroeffentlichungen/article18988228/Das-schmutzigste-Gewerbe-der-Welt-bleibt-auf-Kurs.html>; <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Der-Skandal-beim-Klimaschutz-article18932511.html>; <https://hamburg.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/klimaschutz/18701.html>
- 327 [http://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/nachrichten-mainz/rhein-main-gebiet-frankfurt-wiesbaden-mainz-brennstoffzellen-busse\\_18077481.htm](http://www.allgemeine-zeitung.de/lokales/mainz/nachrichten-mainz/rhein-main-gebiet-frankfurt-wiesbaden-mainz-brennstoffzellen-busse_18077481.htm); <http://www.Fnp.de/rhein-main/Erste-Regionalbahn-in-Hessen-Faehrt-mit-Brennstoffzellen-Antrieb;art801,2960597>; [http://www.deutschlandFunkkultur.de/brennstoffzellen-busse-fuers-rhein-main-gebiet-nahverkehr.1001.de.html?dram:article\\_id=393000](http://www.deutschlandFunkkultur.de/brennstoffzellen-busse-fuers-rhein-main-gebiet-nahverkehr.1001.de.html?dram:article_id=393000); <https://www.automobil-industrie.vogel.de/brennstoffzellenbus-soll-2018-in-serie-kommen-a-654795/>; [http://bizz-energy.com/staedte\\_stellen\\_auf\\_brennstoffzelle\\_und\\_elektroantrieb\\_um](http://bizz-energy.com/staedte_stellen_auf_brennstoffzelle_und_elektroantrieb_um)
- 328 <http://www.Faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/Fuer-lkw-bosch-setzt-auf-brennstoffzelle-15208157.html>
- 329 <https://www.shell.de/medien/shell-publikationen/shell-hydrogen-study.html>
- 330 <http://h2-mobility.de/h2-mobility/>
- 331 <https://www.welt.de/wirtschaft/bilanz/article172713241/Brennstoffzellen-Ist-Wasserstoff-besser-als-Batterie.html>
- 332 <https://www.toyota.de/news/toyota-Foerdert-wasserstoff-inFrastruktur.json><http://hydrogencouncil.com/our-mission/>
- 333 <http://hydrogencouncil.com/our-mission/>
- 334 <http://europexhinadaily.com/en/a/201802/13/WS5a823ca6a3106e7dcc13c6F4.html>
- 335 <https://www.golem.de/news/hohe-nachfrage-elektroautos-kaum-zubekommen-1802-132649.html><https://www.welt.de/newsticker/bloomberg/article142237038/Menschliches-Versagen-selbstFahrende-Autos-ofFenbaren-Schwaecher.html>
- 336 <https://www.mckinsey.com/industries/automotive-and-assembly/our-insights/ten-ways-autonomous-driving-could-redefine-the-automotive-world>
- 337 <https://www.welt.de/newsticker/bloomberg/article142237038/Menschliches-Versagen-selbstFahrende-Autos-ofFenbaren-Schwaecher.html>
- 338 <http://taxipedia.info/zahlen-und-fakten/>

- 339 <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/autonome-lkw-in-zehn-jahren-werden-keine-fahrer-mehr-benoetigt-a-1112566.html>
- 340 <https://www.agrarheute.com/technik/traktoren/erste-autonome-john-deere-traktor-welt-542212>
- 341 <https://futureoflife.org/open-letter-autonomous-weapons>
- 342 <https://www.cancom.info/2014/12/ist-kunstliche-intelligenz-schon-im-jahr-2045-moeglich/>
- 343 <https://t3n.de/news/ki-schlaegt-anwaelte-analyse-963741/>
- 344 <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-08/hochfrequenzhandel-boerse-wertpapiere-finanzmarkt>
- 345 [https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The\\_Future\\_of\\_Employment.pdf](https://www.oxfordmartin.ox.ac.uk/downloads/academic/The_Future_of_Employment.pdf)
- 346 <https://www.ing-diba.de/pdf/ueber-uns/presse/publikationen/ing-diba-economic-research-die-roboter-kommen.pdf>
- 347 <http://www.fr.de/wirtschaft/unternehmen-china-ade-firmen-kehren-nach-deutschland-zurueck-a-864007>
- 348 <https://www.feuer-pt.de/index.php?id=20>
- 349 <http://www.infranken.de/regional/erlangenhoechstadt/die-speedfactory-in-ansbach-adidas-produziert-schuhe-mit-einem-3d-drucker;art215,2838193><https://www.welt.de/wirtschaft/article158523661/Die-De-Globalisierung-hat-laengst-begonnen.html>
- 350 <https://www.welt.de/wirtschaft/article158523661/Die-De-Globalisierung-hat-laengst-begonnen.html>
- 351 Aristoteles, Politik, 1337b; <http://reillex.de/arbeit-im-antiken-griechenland/>
- 352 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/nach-davos-diskutieren-wieder-alle-ein-bedingungsloses-grundeinkommen-14052661.html>
- 353 [https://de.wikipedia.org/wiki/Panem\\_et\\_circenses](https://de.wikipedia.org/wiki/Panem_et_circenses); Quelle: Fronto, *Principia historiae* 18, ed. Van den Hout, S. 199f.
- 354 Coudenhove-Kalergi, *Praktischer Idealismus*, S. 70-72.
- 355 <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/joe-kaeser-siemens-ueber-groko-ministerien-und-kuendigungen-15365577.html>
- 356 <https://www.n-tv.de/panorama/Dauphin-war-die-Stadt-ohne-Armut-article15287556.html>
- 357 <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/neue-regelung-visa-kartengebuehr-beim-gluecksspielen-15562102.html>; [https://www.focus.de/finanzen/versicherungen/krankenversicherung/big-brother-trainiert-mit-us-krankenversicherung-verteilt-tracking-baender\\_id\\_4503015.html](https://www.focus.de/finanzen/versicherungen/krankenversicherung/big-brother-trainiert-mit-us-krankenversicherung-verteilt-tracking-baender_id_4503015.html)

- 358 <https://www.rettungsdienst.de/magazin/46-milliarden-stunden-ehrenamt-in-deutschland-5196>
- 359 [http://www.deutschlandfunkkultur.de/chinas-sozialkredit-system-auf-dem-weg-in-die-it-diktatur.979.de.html?dram:article\\_id=395126](http://www.deutschlandfunkkultur.de/chinas-sozialkredit-system-auf-dem-weg-in-die-it-diktatur.979.de.html?dram:article_id=395126)
- 360 <https://www.heise.de/newsticker/meldung/China-schafft-digitales-Punktesystem-fuer-den-besseren-Menschen-3983746.html?seite=all>
- 361 [https://www.merics.org/sites/default/files/2017-12/171212\\_China\\_Monitor\\_43\\_Social\\_Credit\\_System\\_Implementation.pdf](https://www.merics.org/sites/default/files/2017-12/171212_China_Monitor_43_Social_Credit_System_Implementation.pdf)
- 362 [http://rn.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/chinas-sozialkreditsystem-die-totale-kontrolle-15575861.amp.html?\\_\\_twitter\\_impression=true](http://rn.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/chinas-sozialkreditsystem-die-totale-kontrolle-15575861.amp.html?__twitter_impression=true)
- 363 <https://www.csoonline.com/article/3228444/security/skynet-in-china-real-life-person-of-interest-spying-in-real-time.html>
- 364 [http://rn.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/chinas-sozialkreditsystem-die-totale-kontrolle-15575861.amp.html?\\_\\_twitter\\_impression=true](http://rn.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/chinas-sozialkreditsystem-die-totale-kontrolle-15575861.amp.html?__twitter_impression=true)
- 365 <https://www.businessinsider.de/in-chinas-schulklassen-wird-gerade-ein-duesteres-zukunftsszenario-wahr-2018-5>
- 366 [http://www.deutschlandfunkkultur.de/chinas-sozialkredit-system-auf-dem-weg-in-die-it-diktatur.979.de.html?dram:article\\_id=395126](http://www.deutschlandfunkkultur.de/chinas-sozialkredit-system-auf-dem-weg-in-die-it-diktatur.979.de.html?dram:article_id=395126)
- 367 [http://www3.weforum.org/docs/WEF\\_The\\_Known\\_Traveller\\_Digital\\_Identity\\_Concept.pdf](http://www3.weforum.org/docs/WEF_The_Known_Traveller_Digital_Identity_Concept.pdf)
- 368 <https://www.nbcnews.com/tech/social-media/worried-about-what-facebook-knows-about-you-check-out-google-n860781>
- 369 <http://theduran.com/is-facebook-recording-your-phone-conversations-and-text-messages/>
- 370 <https://t3n.de/news/facebook-google-daten-nutzer-1002195/>
- 371 <https://www.wiwo.de/technologie/digitale-welt/big-data-big-data-zum-verbrehen-zu-verhindern/8884968-4.html>
- 372 <https://www.marketwatch.com/story/zuckerberg-saved-tens-of-millions-by-selling-facebook-stock-ahead-of-monday-decline-2018-03-19>



## Bildnachweis:

Innenteilbilder: Alexander Multerer / Schriftgut: 167 (unter Verwendung von Shutterstock / dikobraziy), 196 (nach einer Vorlage von Thomson Reuters Eikon, Quelle: The Peoples Bank of China), 219 (unter Verwendung von iStockphoto / Smart), 236 (Quelle: Bloomberg, DoubleLine); Dirk Müller unter Verwendung von: Tele Trader Software GmbH, 2018: 241 (2x), 242 (Tele Trader Work Station: <https://www.teletrader.com/products/WorkStation>); Mercator Institute for China Studies, Berlin (meric): 210/211 (Übersetzung / Anpassung: Alexander Multerer / Schriftgut); Wikimedia: 113 ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:The\\_Ralph\\_Peters\\_solution\\_to\\_the\\_Middle\\_East.svg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:The_Ralph_Peters_solution_to_the_Middle_East.svg); By Map drawn by Editor at Large [GFDL (<http://www.gnu.org/copyleft/fdl.html>), CC-BY-SA-3.0 (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>) or CC BY-SA 2.5 (<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.5/>)], via Wikimedia Commons. Übersetzung / Anpassung: Alexander Multerer / Schriftgut)

# Wenn Mafiamethoden offizielle Regierungspolitik werden

Sie sind die »neuen Paten«: rechtspopulistische und rechtsradikale Politiker wie Viktor Orbán in Ungarn, Recep Tayyip Erdogan in der Türkei, Wladimir Putin in Russland, Donald Trump in den USA. Ihr Ziel: eine neue politische Ordnung. Ihr ideologisches Arsenal: Nationalismus, Rassismus und Religion. Sie sind demokratisch gewählt, doch sie unterwerfen den Staat und seine Institutionen, um sich selbst, ihre Familien und Gefolgsleute hemmungslos zu bereichern – mit Mafiamethoden. Erstmals deckt Jürgen Roth die Strukturen und Hintergründe auf – und die Verflechtungen dieser autoritären Herrscher mit der Mafia und der organisierten Kriminalität.



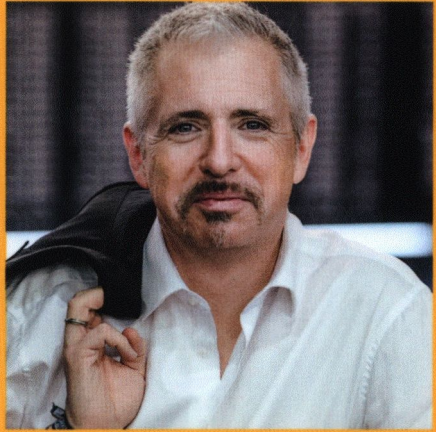
Heyne Hardcover  
ISBN 978-3-453-20189-7  
Auch als E-Book erhältlich

Leseprobe unter [heyne.de](http://heyne.de)

**HEYNE <**

Für Dirk Müller ist die Börse der Schmelztiegel all dessen, was auf der Welt geschieht. Wer die Finanzwelt verstehen will, sollte daher weltweite wirtschaftliche und politische Zusammenhänge erkennen und analysieren können. Denn was nützt es, Unternehmensbilanzen zu wälzen, wenn wir nicht verstehen, welche Interessen die einflussreichen Kräfte der Weltpolitik auf den jeweiligen Feldern verfolgen? Wozu Bilanzen von Stromkonzernen analysieren, wenn die Politik dann über Nacht den Ausstieg aus der Atomkraft verkündet? Manche Entscheidungen sind einfach nicht vorhersehbar, andere kündigen sich sehr wohl an, wenn man die Mächtigen dieser Welt und ihr Agieren verfolgt.

Nichts anderes macht Dirk Müller täglich und fasst sein Wissen nun zusammen, denn er ist sich sicher: Wir stehen vor der nächsten Weltwirtschaftskrise. Müller zeigt die aktuellen Konflikte auf und erklärt, woran wir künftig selbst erkennen können, ob die Lage für uns gefährlich wird, und was dann zu tun ist. Der Finanzexperte gibt viele wertvolle Tipps, wie ein möglicher Krisenplan für jeden Einzelnen aussehen kann, um nicht nur unbeschadet durch die Krise zu kommen, sondern auch noch von ihr profitieren können. Denn wer die Zusammenhänge kennt, sein Risiko jederzeit beurteilen kann und vor allem weiß, was im Fall des Falles zu tun ist, kann beruhigt in die Zukunft blicken.



© Marvin Ströter

1992 begann DIRK MÜLLER seine Karriere an der Börse, wo er zunächst als Rentenhändler und später dann als amtlich vereidigter Kursmakler und Skontoführer arbeitete. Heute zählt der mehrfache Spiegel-Bestseller-Autor zu den bekanntesten Finanzexperten Deutschlands, berät national wie international Politik und Wirtschaft und gilt als »Dolmetscher zwischen den Finanzmärkten und den Menschen außerhalb der Börse«.

ISBN 978-3-453-20489-8



9 783453 204898

[www.heyne.de](http://www.heyne.de)

Umschlaggestaltung:

Hauptmann & Kompanie Werbeagentur, Zürich,  
unter Verwendung eines Fotos von © Marvin Ströter

# Crash oder Jahrhundertchance?

Dirk Müller, Deutschlands bekanntester Finanz- und Wirtschaftsexperte, ist sich sicher: Wir stehen vor der nächsten Weltwirtschaftskrise und einer gigantischen Umverteilung. Ob China, Russland, Nordkorea, Naher und Mittlerer Osten oder USA und Europa – Müller erklärt in seiner gewohnt verständlichen Art Hintergründe, Zusammenhänge und Konsequenzen der aktuellen Konflikte. Klug und glaubhaft schildert er den voraussichtlichen Ablauf dieser kommenden Weltwirtschaftskrise. Er zeigt, welche Rolle Digitalisierung und Automatisierung spielen, wo die Zukunft des Geldes, der Arbeit und der Gesellschaft liegt, und gibt wertvolle Tipps, wie wir diesen Umbruch nicht nur unbeschadet überstehen, sondern auch noch davon profitieren können – aktuell und hochspannend!